

110-12-96

269 lista

3.12.2008 Luit

Dr. Eduard Beneš

Demokratie heute und morgen

Band II.

Herausgegeben vom Kreis der Freunde des tschechoslowakischen
Buches unter Mitwirkung der Wochenschrift „Čechoslovák“
in London

Printed in Great Britain by
Unwin Brothers, Limited, London and Woking

Sl. 4-2-116/119

Dr. Robert K. ...

Anlage zu *11* *11a*

St. M. XII Fe - 1/6/43

48095

in London

Printed in Great Britain by
Gwyn Evans, Limited, London and Woking

Inhalt:

Erster Teil

Vorrede

I.) Die ideelle und politische Entwicklung des zeitgenössischen Europa in Bezug auf die moderne Demokratie

- 1.) Die Zeit der mittelalterlichen feudalen Gesellschaft
- 2.) Die Zeit der absoluten Monarchie
- 3.) Die Zeit der französischen und der amerikanischen Revolution und die Zeit der Entwicklung der englischen Konstitution als Vorbereitung der modernen Demokratie
- 4.) Die Entwicklung von der liberalen bürgerlichen Demokratie bis zum Auftreten des vierten Standes
- 5.) Von der französischen Revolution bis zur heutigen antidemokratischen Bewegung in Europa

II. Der Weltkrieg 1914 - 18 und sein Einfluss auf die Demokratisierung Europas

- 1.) Die Ursachen des Weltkrieges und ihre Beziehung zur Demokratisierung Europas und der Welt
 - a) Politisch-machtmässige Ursachen des Krieges
 - b) Bildung einer neuen demokratischen Kriegsideologie
 - c) Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg und die Bedeutung der russischen Revolution für die demokratische Ideologie des Weltkrieges
 - d) Streit um die Ideologie des Weltkrieges
- 2.) Die Ergebnisse des Weltkrieges 1914/18 vom Standpunkte der Demokratie

III. Der Sturz der Demokratie in Europa und seine Ursachen

- 1.) Die europäischen Völker unvorbereitet auf die Demokratisierung Europas
- 2.) Die Hauptursachen des Sturzes der europäischen Nachkriegsdemokratien
- 3.) Der Kommunismus und seine Nachkriegspolitik gegen die Demokratien. — Die Reaktion der bürgerlichen Demokratie auf diese Politik
- 4.) Der Ultrationalismus der autoritativen Regime als Waffe gegen die Demokratien

IV. Der Völkerbund als Ausdruck der Demokratisierung Europas und der Welt nach dem Kriege vom Jahre 1914

- 1.) Die Entwicklung der Idee des Völkerbundes
 - a) Die ideellen Vorläufer des heutigen Völkerbundes
 - b) Die Friedensbewegung in der Praxis der letzten Jahrhunderte
- 2.) Die Vorbereitung des Völkerbundpaktes während des Krieges
- 3.) Der Völkerbund als Ausdruck der Demokratisierung der Innen- und Aussenpolitik der führenden europäischen und Weltnationen
- 4.) Die Ursachen des Misserfolges des Völkerbundes
 - a) Gegensatz zwischen Theorie und Praxis
 - b) Schwierigkeiten mit wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen
 - c) Misstrauen einzelner Staaten gegen die Politik und die Grundsätze des Völkerbundes
- 5.) Der Verfall der europäischen Demokratien als Hauptursache des Verfalles des Völkerbundes

Zweiter Teil

V. <u>Die zeitgenössischen antidemokratischen Ideologien und die europäische Demokratie</u>	6
1.) Drei Hauptgegensätze zwischen dem autoritativen und dem demokratischen Regime	6
2.) Die Theorie des Faschismus	15
a) Der Faschismus als Reaktion und Verneinung der politischen Lehren des 19. Jahrhunderts	15
b) Der Begriff der Autorität im faschistischen Staat	24
c) Der Begriff des Führertums im faschistischen Staat	31
d) Die faschistische Praxis	33
3.) Die Theorie des Nationalsozialismus	36
a) Nationalsozialismus, der Vorkriegs- und der heutige Pangermanismus	36
b) Volkstum, Blut und Boden, Volksgemeinschaft, Führertum	43
c) Der Begriff des Rechtes in der nationalsozialistischen Theorie	51
d) Der Nationalsozialismus in seiner Beziehung zur Theorie des Demokratismus	58
VI. <u>Auf dem Wege zum neuen Weltkrieg. - Sein demokratischer Sinn und seine Ziele</u>	64
1.) Die Unvermeidlichkeit des Kampfes für die neue europäische Demokratie und Freiheit	64
2.) Kommt es wirklich zum neuen Weltkriege ?	78
3.) Sinn und Aufgaben des neuen Weltkrieges	91
4.) Erneuerung der sittlichen und ideellen Werte der Vorkriegsdemokratie	95

5.) Demokratische Reorganisierung Nachkriegs-Europas und der Welt	104
a) Das neue europäische Gleichgewicht der grösseren politischen Einheiten	106
b) Nachkriegs-Deutschland	110
c) Mitteleuropa	113
d) Die tschechoslowakische-polnische Zusammenarbeit	116
e) Die Frage der nationalen Minderheiten	118
f) Die internationale Garantie des künftigen Friedens	126

VII. Die Wiedergeburt und Zukunft der Nachkriegs-

<u>Demokratie</u>	131
1.) Ist eine Wiedergeburt der Nachkriegs-Demokratie und ihr Zusammenleben und ihre Zusammenarbeit mit dem System des Sowjetsozialismus überhaupt möglich ?	139
2.) Was sollte die Politik im wahren demokratischen Regime sein	176
3.) Das Problem der Partei-Oligarchie und die Frage des Führertums in der Demokratie	187
4.) Die Psychologie des politischen Parteiwesens als antidemokratische Erscheinung	206
5.) Beschränkung der Zahl der politischen Parteien als Mittel zur Gesundung der Demokratie	234
6.) Notwendigkeit einer neuen Begrenzung der Funktionen der politischen Parteien in der Nachkriegs-Demokratie	238
7.) Die Nachkriegs-Demokratie und das Problem der Staats- und Verwaltungs-Dezentralisation	253
8.) Die Nachkriegs-Demokratie und das Problem der demokratischen Bürokratie	259
9.) Schlusswort	266

V.

Die zeitgenössischen antidemokratischen Ideologien und die europäische Demokratie.

1.) Drei Hauptgegensätze zwischen dem autoritativen und dem demokratischen Regime.

Wenn ich mich hier ganz kurz mit den zeitgenössischen antidemokratischen Ideologien be fasse, so habe ich nicht die Absicht, ihre vollständige Theorie und heutige politische Praxis darzulegen. Es wurden schon so viele Bücher und Studien über die faschistische und die nationalsozialistische Theorie und Praxis geschrieben, dass es nicht notwendig ist, ihre politischen autoritativen Systeme hier wieder bis ins Einzelne zu erklären. Ich will nur jene Punkte betonen, die in denen sie sich wesentlich von den Hauptgrundsätzen der Demokratie unterscheiden und dabei zugleich die Tatsache verzeichnen, dass der Kommunismus als Regime einige äussere Kennzeichen mit dem Faschismus und dem Nationalsozialismus gemeinsam hat und wieder andere mit der Demokratie, sodass man ihn garnicht als typisches totalitäres Regime bezeichnen, noch es theoretisch auf die selbe Linie wie die autoritativen Systeme, den Faschismus und den Nationalsozialismus, stellen kann. Deshalb werde ich in meiner weiteren

Darlegung die Theorie des Kommunismus nur ganz oberflächlich berühren und kurz eben diese Unterschiede in seiner Beziehung zur Demokratie kennzeichnen.

Bei der Darstellung einiger Hauptthesen des Faschismus und des Nationalsozialismus will ich etwas ausführlicher vor allem zwei bedeutungsvolle Punkte berühren. Ich habe schon erwähnt, dass der Hauptunterschied zwischen diesen Systemen und der Demokratie in den philosophischen Voraussetzungen beruht: Für den Autoritativismus jeder Art ist das Menschenleben nur ein Kampf - ein Kampf zwischen Einzelnen, zwischen Klassen, zwischen gesellschaftlichen Kollektiven, zwischen Staaten und Völkern.

Wenn der Kampf der Grundfaktor der menschlichen gesellschaftlichen Entwicklung ist, so entscheidet allerdings schliesslich die grobe Gewalt. Wenn die grobe Gewalt ein entscheidendes Element im sozialen Geschehen ist, so haben alle materiellen Kräfte im Menschenleben eine primäre Funktion - und nehmen daher auch in jeder menschlichen Gesellschaft eine führende Stellung ein. Vom metaphysischen Standpunkt sollte dies zur Folge haben, dass die Grundlage jeder Existenz materiell und nicht geistig wäre.

Die unvermeidliche Folge eines solchen Standpunktes ist, dass die Gewalt gleichfalls die Grundlage jeder Moral und des ganzen ethischen Systems in jeder menschlichen Gesellschaft und deren ethisches System relativistisch, zynisch und materialistisch wäre. Die praktischen Schlussfolgerungen aus diesen philosophischen und moralischen

Thesen sind offensichtlich : Ungleichheit der Menschen, der Völker und der Staaten, Berechtigung der Vorherrschaft von Einzelnen, Klassen und sogenannten höheren Völkern und Versklavung von Einzelnen, Klassen und sogenannten niedrigeren Völkern. Es wäre demnach eine brutale, materialistische und aristokratische Konzeption des gesellschaftlichen Lebens und der Welt überhaupt.

Dagegen ist die Grundlage der Demokratie ein ethisches System, das absolut abweichend ist und den Kampf als Haupt- und einzigen Grundsatz des sozialen Geschehens und der Entwicklung zurückweist. Dieses System bestreitet nicht, dass in der gesellschaftlichen Entwicklung der Faktor des Kampfes seine grosse Rolle spielt - gerade im Gegenteil ; aber es besteht darauf, dass ausser diesem bedeutsamen Element der gesellschaftlichen Entwicklung hier noch das ganz gleichwertige Element der Zusammenarbeit, der Diskussion, der Verständigung, der Liebe, der sozialen Sympathie und der Anziehungskraft vorhanden ist und dass das gesellschaftliche Geschehen und die Entwicklung auf einer Synthese des Elementes des Kampfes und des Elementes der Zusammenarbeit beruhen müssen, das heisst auf der Lösung der gesellschaftlichen Konflikte nicht allein durch Kampf, sondern durch verstandesmassige und humane Mittel. Das bedeutet, dass in der Demokratie die materielle Gewalt nicht für die menschliche Entwicklung primär und wesentlich ist, sondern die geistige und moralische Kraft, die bei der schliesslichen Lösung von ideellen und Interessen-Konflikten an erster Stelle benützt werden muss und immer siegen soll.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur eine kurze Zwischenbemerkung über einen anderen bedeutsamen sozialen Faktor machen : über die Religion und die religiöse Auffassung des Lebens.

In der Entwicklung der Gesellschaft spielt der soziale Faktor der Religion genannt wird, eine so grosse Rolle, dass es oberflächlich und ungebildet, aber wissenschaftlich, soziologisch einfach ein Unsinn wäre, ihn übergehen und verneinen zu wollen. Die Demokratie respektiert die Wissenschaft und alle wissenschaftlichen, philosophischen und sittlichen Geisteskräfte und stellt ihre Hauptthese gerade auf die genau wissenschaftlich richtige Anerkennung aller materiellen und geistigen Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Religion war stets in jeder Gesellschaft eine grosse geistige und sittliche Kraft. Deswegen kann die Demokratie als politisches und ideelles System der Geistesfreiheit und der Toleranz und als geschlossene spiritualistische Weltanschauung nicht anti-religiös sein. Ich stelle mich daher als Demokrat zur Religion als einem der grossen Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung und als einer der grossen geistigen und sittlichen Kräfte in der menschlichen Gesellschaft durchaus positiv.

Wenn ich daher über die Unterschiede zwischen den Hauptkonzeptionen des Autoritativismus und der Demokratie spreche, so komme ich zu dem ewigen Gegensatz und dem Kampf zwischen Materialismus und Spiritualismus. Dieser Kampf ist der beständige Inhalt der ganzen Philosophie-Geschichte vom fernsten Altertum bis in die Gegenwart. Alles mensch-

liche Denken bewegt sich immer in der Hinneigung entweder zu der einen oder zu der anderen dieser Richtungen. Das ist aber ein metaphysisches Problem. Den endgiltigen und verstandesmässigen Beweis über ihre definitive Gültigkeit und Wahrheit kann weder die eine, noch die andere Seite erbringen. In dem Streit zwischen Spiritualismus und Materialismus muss einfach jedes menschliche denkende Wesen Mut genug haben, um sich für diese oder jene Anschauung zu entscheiden, und muss, nachdem es sich entschieden hat, logischerweise gemäss seiner Entscheidung sein ganzes System einer Lebensanschauung ausarbeiten und sich in seinem praktischen täglichen Leben danach richten. Das bedeutet, dass jeder Mensch mutig erklären soll, ob er ein Mensch der Materie und der Gewalt oder ein Mensch des Geistes und des universalen Rechtes ist oder zu sein wünscht; ob er in allem, was er im Leben unternimmt, auf der Seite der groben Macht und Gewalt oder auf der Seite der moralischen und geistigen Kräfte sein will.

Der Faschismus und der Nationalsozialismus verkünden öffentlich und feierlich, dass sie in ihrem ganzen politischen System auf der Seite der groben Gewalt stehen. Dagegen verkündet die Demokratie öffentlich und feierlich, dass ihr Platz an der Seite der sittlichen und geistigen Kräfte sich befindet. Hier ist weder in der Theorie noch in der Praxis eine Verständigung möglich. Auf diese Tatsache keine Rücksicht nehmen, und nicht ihr gemäss handeln, ist eine Selbsttäuschung, ein Irrtum und eine grobe Unwissenheit oder Unkenntnis des wahren Tatbestandes. Das

ist meine erste Schlussfolgerung in diesem Kapitel über die Theorie des Faschismus und des Nationalsozialismus und ihre Beziehung zur Demokratie.

Der zweite Hauptpunkt, den ich gerne betonen möchte, ist die Auffassung vom allmächtigen Staat in den autoritativen Systemen und die Ablehnung dieser Konzeption durch die Demokratie. Der Faschismus, der Nationalsozialismus und allerdings auch der Kommunismus sind in ihren Grundlehren anti-individualistisch. Für sie soll bei jedem Einzelnen die primäre Idee und das Hauptbewusstsein, das Bewusstsein der gesellschaftlichen Kollektivität, nicht das individuelle Bewusstsein sein. Die gesellschaftliche Kollektivität - ob Partei oder Gesellschaft oder Volk oder Staat - muss als Grund - und höchstes Element des sozialen Zusammenlebens betrachtet werden. In seiner Tätigkeit, seinem Zusammenleben und seiner Entwicklung ist das Individuum von dieser Kollektivität abhängig und entstammt ihr. Sie ist primär, das Individuum sekundär.

Dagegen ist die Demokratie individualistisch. Die Demokratie geht nicht vom kollektiven Bewusstsein aus, sondern vom Bewusstsein der Individualität des Einzelnen und sieht daher das menschliche Wesen als primär und fundamental an, und jede gesellschaftliche Kollektivität ist, da sie sich aus einzelnen zusammensetzt, sekundär. Die autoritativen Systeme betrachten ihre kollektiven Körper - die Parteien, das Volk, den Staat - als primär und allmächtig, und die Entwicklung und die Freiheit des Individuums sind ihrer kollektivistischen Auffassung von der

menschlichen Gesellschaft untergeordnet. Und in diesen Punkten sind diese beiden ideellen Schulen, die Demokratie und der Totalismus oder Autoritativismus, wieder unversöhnlich. Wir müssen einfach zwischen dieser oder jener wählen und unser ganzes Leben und alle unsere politischen und sittlichen Systeme in der Praxis danach einrichten.

Bei diesem grundsätzlichen soziologischen Streit habe ich mich stets bemüht, zu einer annehmbaren schliesslichen Synthese zu kommen. Die menschliche Kultur und Zivilisation wurde durch ununterbrochene gegenseitige Beziehungen und ununterbrochenen gegenseitigen Einfluss dieser beiden gesellschaftlichen Grundelemente geschaffen - des Individuums und des Kollektivs. Streng wissenschaftlich gesprochen, ist es nicht möglich zu sagen, dass dieses oder jenes dieser beiden Elemente primär ist; das ist derselbe Streit, der aus der mittelalterlichen scholastischen Philosophie bekannt ist: ob das Ei früher war oder die Henne. Die menschliche Gesellschaft dauert als kollektiver Körper zugleich und gleichzeitig wie der menschliche Einzelne. Aber vom metaphysischen und moralischen Standpunkt zweifle ich nicht im geringsten daran, dass dieser Streit nicht anders gelöst werden kann, als durch das klare Bekenntnis, dass das Individuum die primäre Kraft ist, d.h. dass der Mensch metaphysisch und moralisch als menschliches Individuum der höchste Wert in der menschlichen Gesellschaft ist. Aus diesem Grunde bin ich Individualist und aus diesem Grunde bin ich für die Demokratie als das System, das seine Grundlagen in der individualistischen

Lebensauffassung hat. Und ich füge nochmals hinzu: auch hier ist ein verstandesmässiger Beweis nicht möglich. Der Mensch ist vom philosophischen und sittlichen Standpunkt entweder Individualist oder Kollektivist.

Bei einer solchen Entscheidung muss es den Individualisten kein Hindernis sein, in der praktischen sozialen und wirtschaftlichen Politik sehr kollektivistische praktische Massnahmen anzunehmen. Wirkliche schlechte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse oder ein unseliger Zustand der sozialen Gesetzgebung sind und können für jeden ein gemügender Grund sein, um kollektivistische Massnahmen anzunehmen, auch wenn er sich zur Philosophie des Individualismus meldet.

Ausser diesen beiden Hauptargumenten aus dem Gebiete der Philosophie und der Soziologie habe ich für die Demokratie noch einen anderen praktischen Hauptgrund. Jedes politische System in der Geschichte der Menschheit kann nur danach gewertet werden, ob es nach allmenschlichem Recht und Gerechtigkeit, zweckmässig und für die Gesellschaft erfolgreich, das Problem der Beziehung zwischen dem Einzelnen als Bürger und dem Staat als der Form, in der jede menschliche Gesellschaft leben muss, gelöst hat; ob der Einzelne einerseits genügend individuelle Freiheit zur freien Entfaltung und zum freien würdigen Leben gehabt hat und ob andererseits der Staat gemügende Macht und einen genügenden Grad von Einfluss gehabt hat, um gegen den angeborenen Egoismus des Einzelnen eine disziplinierte, geregelte und gerechte Gesellschaft zu erhalten. Wenn einer-

seits der Grad der individuellen Freiheit zu hoch war, ist der Staat der Zersetzung und Anarchie verfallen. Wenn im Gegenteil der Grad der individuellen Freiheit ungenügend war und die Staatsmacht ihre richtigen Grenzen überschritten hat, war das Ergebnis ein Absolutismus und eine Tyrannei der Klassen, Kasten oder Einzelner. Die unvermeidliche Folge war in beiden Fällen die Revolution und der absolute Misserfolg der nationalen und staatlichen Gemeinschaft.

Kein anderes politisches System als die reife, gebildete und gerechte Demokratie ist fähig, dieses ewige Problem der menschlichen Gesellschaft nach Recht und Gerechtigkeit zu lösen. Die Natur und die Organisation der Demokratie sind allein derart, dass sie den ununterbrochenen Kampf aller ihrer Bürger für die gerechte Beziehung zwischen dem Einzelnen und der Kollektivität erfordern. Aus diesem Grunde ist die gesamte politische Entwicklung der menschlichen Gesellschaft praktisch eine Entwicklung zur immer höheren Demokratie. Aus der politischen Geschichte der Gesellschaft ergibt sich, dass dieser Kampf in allen zivilisierten Staaten aller Zeiten durchgekämpft wurde und dass regelmässig nach einer Zeit verhältnismässiger Freiheit eine Zeit entweder der Anarchie oder des Absolutismus zu kommen pflegt, worauf dann wieder der Versuch um eine bessere Art von Demokratie und Freiheit folgt.

Es liegt im Wesen der menschlichen Natur einerseits und der menschlichen Gesellschaft andererseits, dass der Mensch immer für diese verstandemässig ausgewogene Beziehung zwischen der Kollektivität und der individuellen

Freiheit kämpfen muss und dass er für dieses Gleichgewicht wieder nur in einem Regime von relativer politischer Freiheit kämpfen kann, d. i. in irgendeiner Form der Demokratie. In keinem autoritativen System der Menschheitsgeschichte gab es und konnte es eine solche verstandesmäßig ausgewogene Beziehung zwischen Individuum und Kollektivität geben - denn das wäre im Widerspruch zum Wesen und der Natur wie eines solchen Systemes selbst.

Auf den weiteren Seiten will ich daher - nach dieser grundsätzlichen Umschreibung des Konfliktes zwischen autoritativen Regimen und der Demokratie - sehr kurz einige Grundthesen des Faschismus und des Nationalsozialismus vom Standpunkte der Hauptgrundsätze geben, die ich soeben dargelegt habe.

2.) Die Theorie des Faschismus.

a) Der Faschismus als Reaktion und Verneinung der politischen Lehren des 19. Jahrhunderts.

Der italienische Faschismus und der Faschismus als Doktrine überhaupt geht von einer philosophischen Grundlage aus, die für einen grossen Teil der Gedankenwelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts so kennzeichnend war und die in groben Umrissen ihren ausgeprägten Charakter dem politischen Kampfe in Europa nach dem Kriege aufdrückt: die Abneigung gegen alle dauerhafte und ewig wahre Werte, die Abneigung gegen jeden Universalismus, die Abneigung gegen eine allgemeine, allweltliche, allmenschliche, für die ganze Menschheit und alle Zeiten giltige Moral, die Abneigung gegen Vernunft und gegen jeden Rationalismus und

Intellektualismus überhaupt, die Abneigung gegen alles Statische.

Mit anderen Worten: der konsequente, allseitige, alles durchdringende philosophische und sittliche Relativismus und biologische Dynamismus, der von der a priori - Voraussetzung ausgeht, dass ein Grundfaktor der menschlichen Gesellschaft das gelebte, materielle Leben sei, dessen Leben ein unaufhörlicher materieller biologischer Kampf, Entwicklung und Änderung sei, und dass dieser Kampf überhaupt das Wesen aller Entwicklung und allen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Geschehens sei, und zwar sowohl unter den Individuen als auch unter den Kollektiven.

Dieser Biologismus und Vitalismus von rein moderner Prägung, verbunden mit einem primitiv aufgefassten und materialistisch unterbauten Evolutionismus, ist zugleich ein metaphysischer Materialismus seiner Art; denn indem er den Kampf als Prinzip der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung annimmt, gelangt er notwendigerweise zur Folgerung des physischen Kampfes, in dem die spirituellen Kräfte nur ein Werkzeug der physischen Macht und der physischen Gewalt sind.

Die logische Folge dieser philosophischen und metaphysischen Voraussetzungen ist, dass die menschliche Individualität bestimmt, charakterisiert und bedingt ist nur durch jene ihre Seiten, die in besonders kennzeichnender Weise eben dem Dynamismus, Relativismus, animalischen Biologismus und Vitalismus passen und sich in ihren primitiven Formen leichter mit dem metaphysischen Materialismus

in Übereinstimmung bringen lassen : den Willen, den Instinkt, das Gefühl. Voluntarismus, Instinktivismus und Empirismus in ihrer extremen positivistisch-materialistischen Form sind ihm der Ausgangspunkt für die Beurteilung der Rolle, der Aufgabe in der Tätigkeit des Individuums und des Volkes.

Ausgehend von diesen a priori - Anschauungen über das Wesen der Welt, des Lebens und der Menschenseele, bildet der Faschismus seine politische Lehre. Er knüpft dabei sehr eng an die Lehre des französischen revolutionären Syndikalisten Georges Sorel an, der nach dem Jahre 1900 in der französischen Arbeiterbewegung eine gewisse Rolle gespielt und durch seinen Revolutionismus teils an den Blanquismus vom Jahre 1848, teils an die revolutionären und kommunistischen Anfänge von Karl Marx erinnert hat. Er hatte mit ihnen die Idee des Kampfes als das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben beherrschende Prinzip gemeinsam, die Idee der Revolution um jeden Preis, durch die allein sich das Proletariat befreien und bei der Macht erhalten könne, und die Idee der Macht und Gewalt, die am Ende die einzige Grundlage und der Erhalter des Rechtes in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sei. Auch nur diese Idee gewinne dem Proletariat eine neue führende Stellung und die Regierungsmacht, früher als sein neues Regime die Gesellschaft ohne Vorrechte und ohne Gewalt werde aufbauen können.

Der Faschismus war ursprünglich eine Bewegung,

eine Reaktion, eine Verneinung dessen, was bisher gewesen war und ist, d.i. eine Reaktion gegen den damaligen gegebenen ideellen und politischen Zustand. Er hatte anfangs überhaupt keine feste Doktrine, war eine Zusammenfassung unklarer und unsystematischer Vorstellungen von Ideen, Schlagwörtern und Gefühlsregungen. Er sehnte sich nach etwas Neuem, sehnte sich nach Änderungen in dem gegebenen Regime der unvollkommenen und schlecht funktionierenden italienischen Demokratie, die auf sich streitenden Parteien beruhte und immer zwischen opportunistischen Kompromissen schwankte, unter denen der Staat tatsächlich litt; dieser Zustand war daher absolut unhaltbar, war ein Marasmus, ein statisch unbewegliches Regime, das nur in der völligen Dekadenz des Volkes und des Staates enden konnte.

Dieser gegebene Zustand muss durch Kampf, durch eine Tat, eine Aktion, immerwährende Bewegung geändert werden, denn das Leben ist Kampf und unaufhörliche Bewegung, beständige Änderung, fortwährende Entwicklung. Hier halten wir bei dem wesentlichen, grundlegenden Artikel der faschistischen Lehre, die sich ergibt und Schritt für Schritt in einem mühevollen täglichen politischen Ringen zur Vollkommenheit und einem System durcharbeitet. Und er arbeitet sich zu seinem System eben als Reaktion in beiden Richtungen durch: einerseits als politische Bewegung gegen den gegebenen und sozialen Zustand, andererseits als ideelles System und als Doktrine gegen das ideelle System und die Doktrine, die bisher geherrscht haben.

Der Faschismus ist vor allem, wie soeben gesagt wurde, eine Reaktion, ein Kampf und eine Verneinung aller bisherigen Doktrinen und Anschauungen aus der Vorkriegszeit und Doktrinen und Anschauungen, die aus dem Weltkrieg hervorgegangen oder durch ihn betont und unterstützt wurden. Das heutige Europa ist ideell auch in seinen Institutionen ein Werk der französischen und amerikanischen Revolution und der englischen liberalen konstitutionellen Institutionen aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Das ganze 19. Jahrhundert ist ein Kind der französischen Revolution, das bedeutet der humanistischen Philosophie des 18. Jahrhunderts des universalistischen revolutionären Kosmopolitismus, der die Gleichheit der Menschen und die Gleichheit der Völker (auf Grund des sogenannten Naturrechtes), die allgemeine Verbrüderung, Toleranz und politischen, wirtschaftlichen kulturellen Liberalismus, Pazifismus und die friedliche Zusammenarbeit aller Völker, gegenseitige Verständigung und idealistische Schwärmerei für die Einheit der Welt und der Menschheit verkündete.

Alle diese Ideen werden als letztes Wort der menschlichen Zivilisation, als höchster Grad der sittlichen Entwicklung der Menschheit, als endgiltige und unveränderliche Grundsätze der menschlichen Entwicklung und der Weltkultur, als Dogmen betrachtet, nach denen die Menschheit sich immer richten soll und wird.

Unter diesen Voraussetzungen entwickelt sich das gesamte Leben Europas im 19. Jahrhundert und gelangt am Ende des ersten Jahrzehntes des 20. Jahrhunderts zur sogenannten

demokratischen Kultur und demokratischen Periode der europäischen Politik, die im Weltkriege gipfelt; Der Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg gibt diesem Kriege geradezu den Charakter eines Kampfes für den Sieg der demokratischen, liberalen humanistischen und universalistischen Doktrine in der ganzen Welt.

Der Faschismus ist die gerade und konsequente, heftige und kompromisslose Verneinung dieser ganzen Konzeption, dieser ganzen Doktrine. Vom Grundbegriff des Kampfes ums Dasein ausgehend, lehnt er die demokratische Konzeption des Naturrechtes für den Menschen, für jeden Menschen und für jeden Staat, des stets dauernden, stets geltigen, allgemein angenommenen Naturrechtes ab. Es gibt kein solches Recht, es gibt nur ein erkämpftes Recht. Wenn die Stellung und der Platz eines jeden Einzelnen in der Gesellschaft durch Kampf bestimmt wird, so gibt es weder unter den Menschen noch unter den Völkern und Staaten eine Gleichheit und kann es nicht geben. Wenn es keine Gleichheit gibt, so gibt es keine Universalität, keine humanistische Brüderlichkeit, gibt es keine gleichberechtigten politischen, sozialen, wirtschaftlichen Freiheiten und kann es nicht geben, so gibt es keinen Glauben an ein Prinzip gegenseitiger Verständigung nach innen unter den Bürgern, nach aussen unter den Staaten und kann es nicht geben. Der Pazifismus ist daher eine absurde, unrichtige, unwahre, unmögliche und daher schädliche Lehre.

Wenn Europa demnach bis zum Jahre 1914 ein Kind der rationalistischen, humanistischen und demokratischen fran-

zösischen Philosophie und amerikanischen Revolution ist, so ist der Faschismus bewusst antidemokratisch, anti-liberal, antihumanistisch, antikosmopolitisch, antipazifistisch, antirationalistisch. Gegen all dies stellt er die Idee des immerwährenden Kampfes, die Idee der Tat, die Idee des Dynamismus, der fortwährenden gesellschaftlichen Bewegung und Entwicklung, der Unruhe und der Veränderung, des fliessenden Lebens, geleitet vom Willen, Gefühl, Instinkt, Wille zur Macht, zur Gewalt, zur Herrschaft, zur Expansion, zur Beherrschung anderer Menschen und anderer Völker. Gegen die rationalistische, humanistische und liberalistische Revolution vom Ende des 18. Jahrhunderts, die das Naturrecht des Menschen und des Bürgers verkündete, gerichtet, will er die neue grosse faschistische Revolution des 20. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Kraft, der Macht, der Autorität, der expansiven Individualität und des nationalen Dynamismus einiger neu emporkommender Völker.

Für den Faschismus ist ferner seine konsequente Abneigung gegen jede Doktrine kennzeichnend, die sich als dauernd, endgültig und für alle Zeiten und alle Völker geeignet präsentiert. Es gibt keine solche Doktrine, es gibt keine solchen Grundsätze - ausser den Faschismus selbst. Der Faschismus ist nämlich der Ausdruck des ewigen und dauernden Kampfes, des einzigen Prinzips, das dauert und von dem die Menschheit immer geleitet werden wird. Als Ausdruck der ständigen Veränderung und der ständigen Entwicklung, der die grundsätzliche Ablehnung aller dauernden, unbeweglichen Prinzipien und Doktrinen in sich enthält, lehnt er es ab, sich

durch dauernde, grundsätzliche und feste Methoden in der politischen Arbeit und in den Beziehungen zwischen den Staaten und den Völkern zu binden. Der Faschismus ist daher der Ausdruck der Flüssigkeit des Lebens, er nimmt kein anderes Prinzip für seine Theorie und Doktrine und auch für seine Praxis an, es sei denn, dass er sich in seinem Beginnen, seiner Tätigkeit und seiner Politik durch kein Prinzip binden lässt.

In diesem Sinne ist der Faschismus ein konsequenter Utilitarismus und ins Extrem getriebener Opportunismus. Er ist in dem Sinne ein „Possibilismus“, dass er alles tut, was ihm vorteilhaft ist und was ihm seine Mittel im gegebenen Augenblick ermöglichen, ohne sich durch ein anderes als sein eigenes Interesse leiten zu lassen und ohne auf irgendeine Verpflichtung, ein Versprechen, einen Vertrag Rücksicht zu nehmen; denn die fortwährende tägliche politische Veränderung, Entwicklung und der ununterbrochene Kampf können jede Verpflichtung und jeden Vertrag von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr überwinden. In diesem Sinne setzt der Faschismus teils die Philosophie von Hobbes über den gesellschaftlichen und politischen Kampf als Grundlage aller Politik, teils die Philosophie Macchiavelis fort, namentlich was die politische Praxis anbelangt. Er formuliert sie nur moderner und treibt sie bis in alle Konsequenzen.

Der Faschismus ist ferner antisozialistisch und antikommunistisch, wobei er betont, dass er als rein nationalistische Doktrin aus Liberalismus und Demokratie, aus Sozialismus und Kommunismus alles Internationale, Universa-

listische und Humanistische, also alles Gleichmachende und Pazifistische ablehnt, kurzum alles, was in diesen Doktrinen als für alle Zeiten und alle Völker geeignet und gültig vorausgesetzt wird, als statisch und unveränderlich. Dagegen nimmt er von diesen und anderen Doktrinen alles was lebendig geblieben sei und bleiben werde und was aus dem 19. Jahrhundert ins 20. übergehen könne, das Jahrhundert des faschistischen Kollektivs und der faschistischen Autorität. Es ist sehr wichtig und kennzeichnend, was der Faschismus eben von diesen Doktrinen behält: vom Liberalismus und von der Demokratie die Abneigung gegen das Prinzip des Klassenkampfes; vom Sozialismus und Kommunismus vor allem den Grundsatz und die Tendenz nach sozialer Gerechtigkeit für die breiten Volksmassen, deren Durchführung er in die Hände des Volkes und des Staates als Ganzes legt, er übernimmt daher in hohem Masse die Erweiterung der wirtschaftlichen Funktionen des Staates im Sinne des Estatismus, der Verstaatlichung, der staatlichen Wirtschaftskontrolle und des Staatskapitalismus. Er nähert sich zwar dadurch in einigen seiner Konzeptionen dem Sozialismus und dem Kommunismus, indem er die weitere wesentliche Idee des Sozialismus und des Kommunismus von der vollen und entschiedenen Souveränität des staatlichen und nationalen Kollektivs über das Individuum annimmt, aber er berührt nicht das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft und verkündet nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Beseitigung des unbeschränkten Privatgewinns.

Die Übernahme solcher verschiedener und einander geradezu feindlicher Grundsätze und Lehren sieht der Faschismus

nicht als Widerspruch an. Er geht dabei von seiner These aus, dass keine Lehre jemals absolut neu und originell ist, dass jede politische Doktrin sich auf die stets ändernde Praxis stützen soll, d.h. dass sie von der Tat ausgehen und sich den Verhältnissen, den Umständen, den neu entstehenden Bedürfnissen und Reaktionen anpassen und so allmählich ihr ganzes ideelles und auch praktisch-politisches System schaffen soll.

b) Der Begriff der Autorität im faschistischen Staate.

Durch die Annahme dieser Thesen von den gegnerischen Lehren gelangt der Faschismus zu seinem zentralen Problem: zum Prinzip der Autorität. Als Verneinung des Liberalismus, der Demokratie und des Sozialismus ist der Faschismus eine Verneinung des liberalen und konstitutionellen Staates und all jener Elemente, auf die diese Regime das Autoritätsprinzip ihrer Gesellschaft und ihres Staates gründeten. Auch das Prinzip des Monarchismus betrachtet er als ganz nebensächlich und sekundär, braucht es nicht, wenn er es auch zulassen kann. Aber die vorrevolutionäre, absolute Monarchie und die Monarchie von Gottes Gnaden sieht er als tot an, die Kirche und die Religion schliesst er vom politischen Leben aus und beschränkt ihre Tätigkeit nur auf das geistliche Gebiet, und zwar noch auf den kleinen rein religiösen Abschnitt (er weist z.B. den Einfluss der Kirche auf die private Führung von Schulen und auch die private Erziehung der Jugend überhaupt zurück). Das Prinzip der mittelalterlichen Autorität, das Prinzip der Autorität der absoluten

Monarchie und auch der konstitutionellen (und der von Gottes Gnaden), das Prinzip der Autorität des liberalen und demokratischen und auch des sozialistischen Staates, der von der Zustimmung des Volkes auf Grund der Gleichheit, Freiheit und der freien Abstimmung beruht, - also : die Theokratie, die Monarchie und die Demokratie als gesellschaftliche Quellen und Staatsautoritäten - sind für den Faschismus überwunden.

Das bedeutet, dass dieses „revolutionäre“ Nachkriegsregime alle jene Prinzipien ablehnt und vernichtet, auf denen der frühere Staat und die Gesellschaft die Idee der gesellschaftlichen Autorität als notwendiger Grundlage jeder gesellschaftlichen Organisation, des Zusammenhalts, der Moral und des menschlichen Zusammenlebens aufbauten. Dabei verkündet das selbe Regime, das Leben sei ein Kampf, das Prinzip des Kampfes sei der einzige Grundsatz, der den ganzen gesellschaftlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Organismus dieses oder jenes Volkes leite, durchdringe und beherrsche. Wie entgeht der Faschismus unter solchen Umständen dem gesellschaftlichen Anarchismus und dem revolutionären Chaos, deren alle Voraussetzungen seine Doktrin in so hohem Masse herausbildet ?

Er entgeht ihnen dadurch, dass er eine neue Autorität herauszubilden und anzunehmen versucht, die Autorität des absoluten, vergotteten Staates, aufgebaut auf der Konzeption eines starken nationalen Kollektivs, die im ganzen an die Autorität des kommunistischen Staates erinnert, der

grundsätzlich die Souveränität der proletarischen Klasse und des proletarischen Staates über das Individuum in seinem Stadium der vorübergehenden revolutionären Diktatur des Proletariates stellt.

Darin muss die faschistische These, die notwendig zu ihrer logischen Schlussfolgerung, d. i. zur Unterdrückung aller individuellen Freiheiten und zur Ablehnung jeder Kritik und jeder Freiheit der Überzeugung führt, am Ende - zur Erhaltung dieser neuen Autorität - den Grundsatz von der Anwendung aller Mittel gegen das revoltierende Individuum annehmen.

Wenn auch daher der Faschismus mit allen seinen „Anti“ und „Kontra“ vor allem die Reaktion und Verneinung aller bisherigen Formen des Staates, der Regierung und der politisch-sozialen Doktrinen ist, so übernimmt er doch manche Ideen als Pfeiler seines staatlichen Baues und als seine wesentlichen positiven, konstruktiven Ideen vom Sozialismus, wobei er die allerdings seiner ganzen Doktrin anpasst und zurechtmacht :

1.) Er fordert zwar nicht wie der Sozialismus eine Änderung der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Struktur im Sinne des Ausgleiches der Klassenunterschiede, aber er verkündet die Notwendigkeit einer gewissen sozialen Politik zum Nutzen der breiten Volksmassen durch die souveräne Entscheidung der Staatsautorität, wobei er eine revolutionäre Terminologie und grobe soziale Demagogie gebraucht.

2.) Er identifiziert seine Bewegung und Partei mit dem Volke (indem er keinen Klassenkampf und keinen Kampf

anderer Parteien und Klassen zulässt) und das Volk mit dem Staate; er erklärt Volk und Staat als einzigen Faktor, der in seiner vollen Souveränität und als einzige Quelle jeder Autorität im gesellschaftlichen Organismus über dem Individuum steht.

Das Prinzip des Kampfes ist ein zersetzendes, anarchisches, negatives Prinzip: nur auf ihm lässt sich eine organisierte und normal funktionierende Gesellschaft nicht aufbauen. Einige altertümliche, mittelalterliche und auch moderne Philosophen, die Theorien vertreten, welche dem soziologischen Biologismus und Vitalismus des heutigen Faschismus analog sind, haben diesen Widerspruch entweder durch das Prinzip der absoluten Monarchie mit einem absoluten Monarchen von Gottes Gnaden oder durch das Prinzip der religiösen und kirchlichen Autorität überwunden. Macchiavelli, Hobbes oder de Maistre sind darin die ausgeprägtesten Denker. Da der Faschismus weder mit einem absoluten Monarchen von Gottes Gnaden, noch trotz der Autorität der Kirche und der katholischen oder orthodoxen Religion mit Gott rechnen kann, macht er sich seinen Gott aus seiner Partei, seinem Volke und seinem Staate.

Und so stehen wir zwar vor keiner ganz neuen, aber vor einer erneuerten mittelalterlichen Theorie des absoluten Staates, der ohne dem mittelalterlichen absoluten Monarchen sich den modernen absoluten „Duce“ und „Führer“ schafft. Und diese seine Theorie umspinnt er mit einer besonderen irrationellen, sentimental, emotionellen, fast religiösen Mystik, die auf die nichtdenkende Menge wohl wirkt und dem seelisch ermüdeten Nachkriegsmenschen er-

möglichst, überhaupt nicht zu denken. Es gab Zeiten, in denen die Völker sich in der Politik in die Hand des allmächtigen Gottes und seiner Kirche, dann in die Hand des allmächtigen Königs oder Zaren auslieferten - heute liefern sie sich in die Hand des vom Genius inspirierten „Führers“ aus. Rein politisch gedacht, besteht darin kein Unterschied.

Nach der faschistischen These ist der faschistische Staat allerdings eine neue grosse Schöpfung, eine neue grosse Revolution. Der Einzelne, die Gruppe, jeder andere gesellschaftliche Organismus ist relativ; der Staat (im Sinne der faschistischen Identifizierung des Staates mit dem Volke und der faschistischen Partei) ist absolut. Ihm ist und muss alles untergeordnet werden, er ist die letzte Quelle aller Autorität und Macht in der Gesellschaft, allen Willens, aller Tätigkeit, aller Interessen des Staates. Der Staat als solcher hat seinen Willen, sein Gewissen, ist die Quelle jeglicher Moral, hat seine Ethik und als solcher ist er nicht nur eine materielle Organisation, die im Gebiet, in der Bevölkerung und in seinem ganzen materiellen Reichtum und seiner technischen Organisation ausgedrückt ist, sondern auch eine seelische und moralische Tatsache, ein ganzer seelischer und moralischer Bau.

In diesem Sinne ist der faschistische Staat die Manifestation des Geistes seines Volkes, lebt und dauert in der Gegenwart, der Vergangenheit und der Zukunft, ist dauernd wie das Volk, das sich in seiner immer lebenden Sprache, seinen Sitten, seinem Glauben und seinen Tradi-

tionen Jahrhunderte lang kundgibt. In diesem Sinne reicht der mit dem Volke identifizierte Staat über das Leben des Individuums hinaus, und stellt den dauernden Geist und das Gewissen des Volkes als Ganzen dar. Mit seinem Willen und seinem Gewissen, als dauernder Faktor und Quelle jeder Autorität über dem Individuum, soll und muss er alle Probleme seiner inneren Organisation souverän lösen und bestimmt daher völlig und konsequent, und allerdings souverän, die gesamte politische, rechtliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Tätigkeit im Schosse des Volkes und des ganzen Staatsorganismus.

Sobald diese wahre Auffassung des Staates unter den Angehörigen des Volkes zurückzugehen beginnt, wenn die Einzelnen sich nicht voll bewusst sind, dass ihr Leben nur ein Dienst für den Staat in diesem Geiste und dass ihr Leben nur eine schwere Pflicht für Staat und Volk ist, sobald das individuelle Interesse, das Gruppen-Interesse, das materielle und geistige Interesse, d.i. die Sehnsucht nach Freiheit und freiem, vom Staate unabhängigen Kulturleben vorherrscht, beginnt der Staat selber zu verfallen und entweder vegetiert er und das ganze Volk schliesslich in einem schweren Zeitabschnitt des politischen und sittlichen Verfalls oder er stürzt überhaupt.

In diesem Sinne betont der Faschismus, dass der faschistische Staat ein starker Staat ist, der sich auf das ganze Kollektiv des Volkes stützt; Millionen von Volke-angehörigen haben sich mit ihm zusammengelegt und identifiziert. Er sei völlig und ausschliesslich auf der breiten Volksbasis gegründet (daher hie und da die Erklärung,

dass das faschistische Regime auch demokratisch sei). Nach der faschistischen Theorie ist aber der faschistische Staat nicht der mittelalterliche absolutistische Staat, er hat nichts und will nichts Gemeinsames mit dem Absolutismus aus der Zeit vor dem Jahre 1789 haben. Der Einzelne soll in ihm auch nicht annulliert sein wie in den absoluten Staaten verschiedener Art in den früheren Zeiten, er sei im Gegenteil gestärkt und vervielfacht, wie der Soldat in seinem Regiment vervielfacht ist. Der faschistische Staat repräsentiere eine neue Organisation des Volkes in seiner Fülle und Wirklichkeit und überlasse dem Einzelnen Raum genug zur individuellen Tätigkeit in seiner Identifizierung mit Staat, Volk und Partei. Er nehme ihm zwar überflüssige und schädliche Freiheiten ab, lasse ihm jedoch wesentliche Freiheiten.

Nur ein solcher Staat soll sich mit Erfolg in den Kampf mit der heutigen grossen sittlichen, politischen und sozialen Krise und namentlich mit der heutigen Wirtschaftskrise einlassen können. Das heutige Problem des Kapitalismus, des Kampfes gegen ihn, der Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft und des Ausgleichs der wirtschaftlichen und Produktionsschwierigkeiten könne nur der Staat, und zwar nur der faschistische Staat lösen.

Man kann daher zusammenfassen: Nach der faschistischen Doktrin - was ihre positiven und konstruktiven Seiten anbelangt - übernimmt der Staat als Organismus, der mit dem Volke identisch ist, und als Quelle aller Autorität, allen Rechtes und aller Moral sämtliche politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Funktionen verein-

heitlich, sämtliche materielle und geistige Kräfte des Volkes in seiner Macht und Souveranität, lenkt und organisiert sie, entscheidet über sie und wird ein allmächtiger, souveräner und unbeschränkter Faktor auf allen Gebieten des Lebens jedes einzelnen Bürgers.

o) Der Begriff des Führertums im faschistischen Staat.

Es bleibt noch zu sagen übrig, wie der faschistische Staat zu seinem „Duce“ kommt. Der mittelalterliche absolute Staat hatte seinen Monarchen von Gottes Gnaden, der der Ausdruck seines Willens, seiner Traditionen, seiner politischen Ziele und seiner Sendung war. Der Staat war allmächtig und souverän durch die Person des Monarchen. Der faschistische Staat, der die Religion und die Kirche aus der Politik entfernt und der die Monarchie als eine Form von zweitrangiger Bedeutung ansieht, muss einen Weg finden, wie sich der souveräne und vergottete absolute Staat und sein Willen, sein Bewusstsein, sein nationaler Geist kundgibt und wie er im praktischen, politischen, täglichen Leben einschreitet. Er tut dies durch den „Duce“. Er kehrt nämlich die ganze Theorie der mittelalterlichen absoluten Monarchie einfach um: der „Duce“ wird souverän und allmächtig über und durch den souveränen und allmächtigen Staat, das Volk und die Partei.

Er schafft sich daher seine „Duce“-Theorie, indem er die Gleichheit der Bürger als absurde Lüge und das Prinzip der gleichberechtigten Wahlen, das demokratische Parlament und seine demokratische Abstimmung als schädliche Nivellierung ablehnt, behauptet er, dass das demokratische System niemals die Möglichkeit einer wirklichen Volksre-

gierung herausbildet, dass jedes demokratische System es am Ende zu einer tyrannischen Oligarchie einiger opportunistischer Führer bringt und dass die sogenannte Volksregierung überhaupt eine Illusion sei, weil „das Volk“ niemals und nirgends regiere; davon geht er direkt zu dem Grundsatz über, dass das revolutionäre faschistische Prinzip sich durch natürliche Auslese den Führer findet, der zum wirklichen Ausdruck des nationalen Willens und des nationalen Geistes und Bewusstseins wird. Und wie er seine Partei mit dem Volke und dem Staate identifiziert, so identifiziert er durch diese Mystik auch seinen Duce mit dem Staate und dem Volke. Der Duce ist so wie der Staat von einer besonderen, fast religiösen Mystik, einer sentimental und emotionellen Aureole umgeben. Mit Staat und Volk identifiziert, ist er selbst wie Staat und Volk souverän, unfehlbar, die letzte Autorität, deren Wort am Ende und überall entscheidet.

Das ist im Ganzen die Theorie des Faschismus und des faschistischen Staates in ihrer Beziehung zu den demokratischen Theorien. Man braucht sich nicht viel über seine praktischen Schritte in der Innen- und Aussenpolitik zu verbreiten, um diese Theorien durch Belege aus der heutigen Politik aufzuklären. Sie sind selbst so klar, und dabei so primitiv und so wenig originell, dass es wirklich genügt, einerseits nur ein gewöhnliches Handbuch der Geschichte der Philosophie und der politischen Wissenschaft, andererseits die einzelnen Phasen der praktischen Politik in Europa seit dem Jahre 1920 bis heute durchzugehen, um feststellen zu können, dass der Fall der europäischen De-

mokratien nach dem Kriege die Rückkehr zur Politik des Mittelalters bedeutet, mag es um die Anschauungen über das Wesen des politischen Lebens gehen oder um die Methoden und Mittel zur Lösung der politischen Probleme.

Nach dem Faschismus ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der neuen modernen Revolution, das Jahrhundert grosser ideeller Wandlungen und grosser faschistischer staatsmännischer Entdeckungen - den demokratischen Kritikern zufolge ist es einfach die ideelle Rückkehr zum mittelalterlichen Despotismus vom Schlage Machiavellis, Hobbes' und de Maistre. Der heutige Faschismus ist einfach der alte mittelalterliche Absolutismus oder gar der Despotismus des Altertums, bekränzt und verschönt durch verschiedene neuzeitliche philosophische Theorien von materialistischem Charakter, mit denen er eben die Tatsache verhüllen will, dass er nichts Neues ist. Er ist eine auf Unbildung, Primitivität und Nichtdenken des politisch unreifen Menschen berechnete Lehre.

d) Die faschistische Praxis.

Über die faschistische Praxis will ich vorläufig nur Folgendes sagen: So wie der Faschismus in seiner ideellen Konstruktion von der Verneinung der ganzen Philosophie und des ideellen Systems der amerikanischen und der französischen Revolution ausgeht und konsequent und grundsätzlich alle europäischen herrschenden Doktrinen aus der Zeit vor und nach dem Kriege als deren Erbschaft bekämpft, so ist er in der praktischen Politik die Verneinung des schon vor dem Kriege gegebenen Zustandes, aber namentlich auch des Zustandes nach dem Kriege (d. i. nach dem

Kriege vom Jahre 1914), denn auch dieser ist ihm teils die Erbschaft, teils der Ausdruck dieser in die Praxis übertragenen ideellen Systeme. Italien ist aus dem Kriege unbefriedigt hervorgegangen. Die Friedensverträge gaben ihm nicht, was es forderte, und schufen vieles, wogegen es sich gewendet hatte. Der Faschismus ist daher auch eine Revolte gegen die Friedensverträge vom Jahre 1919 und die ganze bisherige Machtverteilung in der Welt unter den einzelnen Nationen.

Wenn das Leben ein Kampf und auch ein Kampf zwischen den einzelnen Völkern und Staaten ist, so sind die Völker und Staaten, die sich an dieser faschistischen Doktrin inspirieren und sie annehmen, expansiv und dynamisch. Der Krieg ist für sie die stärkste Äusserung ihres Lebens, ihres Willens zur Macht und ihrer Expansion. Das Streben nach Expansion bei grossen Völkern ist das Streben, ein Imperium zu schaffen. Dieses Streben ist ein Beweis von Lebendigkeit und Wachstum, während das Streben, den gegebenen Zustand zu erhalten und dem Kampfe auszuweichen, ein Zeichen von Dekadenz und dem sich nähernden Sturze ist.

Daher haben die imperialistischen Völker und Staaten das Recht auf die Teilnahme an der Beherrschung der Welt und das Recht auf die neue Verteilung aller Quellen des Reichtums und der Macht, die den statischen, dekadenten Völkern nun aus den Händen sinkt.

Die gesamte italienische praktische Politik ist von dieser theoretischen Grundlage und ihren praktischen Schlussfolgerungen seit der Stunde inspiriert, in der sich der

Faschismus in Italien gesichert fühlte, d.i. etwa vom Jahre 1925. Daher stammt die italienische Politik in Mitteleuropa und am Balkan, daher die systematische Hilfe für die im Kriege besiegten Staaten, daher schliesslich die letzte Phase der italienischen Politik teils in der kolonialen Expansion (Abessinien), teils in der Beherrschung des Mittelmeeres (Spanien, Tunis und Aegypten). Das systematische Streben, die demokratischen Regime zu schwächen und sie in verschiedenen Teilen Europas zum Fall zu treiben, ist eine logische Ergänzung der faschistischen Theorie und der faschistischen Praxis (Österreich, Griechenland, Bulgarien, Südslawien, Rumänien, Tschechoslowakei).

Die Betonung des italienischen Ultranationalismus und die Benützung der nationalen Idee und der Idee der nationalen Selbstbestimmung zur Zerschlagung des Nachkriegs-Rechtszustandes in Europa oder zur eigenen staatlichen Expansion, die Betonung des nationalen Stolzes und des nationalen Prestiges, die Nachahmung des deutschen antisemitischen Rassismus sind nur Ergänzungen der faschistischen Praxis, die sich aus der antidemokratischen und antihumanistischen Theorie ergeben.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, ist der Faschismus sowohl als Doktrin als auch als Praxis eine politische Kraft, deren Tragweite und Bedeutung im heutigen Zustande Europas sehr ernstlich geprüft werden muss. Er ist eine umstürzlerische Lehre, eine Lehre des Kampfes und des Unterganges der kleineren Völker und der politischen Frei-

heit innerhalb der Völker. Vom Schicksal des Faschismus ebenso wie vom Schicksal des deutschen Nationalsozialismus hängt auch das Schicksal der Demokratie und der Freiheit in Europa und in der Welt ab.

3.) Die Theorie des Nationalsozialismus.

a) Nationalsozialismus, der Vorkriegs- und der heutige Pangermanismus.

Wenn der Faschismus als Theorie von einigen einfachen soziologischen und philosophisch-historischen Thesen ausgeht und seine Theorie allmählich nach seiner politischen Praxis zu einem möglichst einheitlichen System aufbaut, so ist der Nationalsozialismus gleich vom Anfang an der Versuch eines ganzen Weltanschauungssystems - auch wenn er sich gemäss den späteren Ereignissen in einer Reihe von Fragen ergänzt, präzisiert oder etwas ändert.

Er ist auch theoretisch und je weiter desto bewusster ein Versuch um etwas theoretisch Neues, eine gewisse Art besonderer Geschichtsphilosophie und einer politischen Religion, die - zum Unterschied vom italienischen Faschismus, der mit kleinen Ausnahmen nur rein italienisch bleiben will - zwar vor allem für Deutschland, aber darüber hinaus auch für die übrige Welt gelten soll. Wenn der italienische Faschismus namentlich in der ersten Zeit seiner Entstehung eine Wiedergeburt Italiens und Stärkung seiner Stellung in der Welt bedeuten soll, so soll der Nationalsozialismus die Wiedergeburt Deutschlands und darüber hinaus die Verwirklichung des politischen Übergewichtes Deutsch-

lands im ganzen übrigen Europa und in der Welt und sodann deren völlige Wandlung im Geiste des Nationalsozialismus bedeuten.

Wie der Faschismus so ist auch der Nationalsozialismus vor allem eine Reaktion und Verneinung des Rationalismus, Humanismus und Intellektualismus der französischen und der amerikanischen Revolution, eine Reaktion gegen die ganze Ära der Aufklärung der französischen Enzyklopädisten und gegen alle auf dieser Grundlage entstandene politische Theorien (Kosmopolitismus, Humanismus, Egalitarismus, Pazifismus usw.) . Gegenüber dem westeuropäischen Rationalismus stützt er sich auf die deutsche philosophische und literarische Bewegung des Romantismus und übernimmt die philosophischen Thesen des Irrationalismus, Intuitivismus und der sogenannten deutschen „Lebensphilosophie“, die bekanntlich einerseits verwandt, andererseits in vielem identisch ist mit dem Evolutionismus, Utilitarismus, Vitalismus und vielfach auch mit dem materialistisch-darwinistischen Konzeptionen der Lebens- und Weltentwicklungen. Darin hat der Nationalsozialismus mit dem Faschismus in vieler Beziehung eine gemeinsame philosophische Grundlage.

Während aber der Faschismus von der einfachen allgemeinen These vom Leben als ständigem Kampfe, als Entwicklung, Bewegung und Wandlung ausgeht, fügt der Nationalsozialismus als zweiten grossen Pfeiler sein eigenes neues Element hinzu, dass in seiner ganzen Konzeption eine entscheidende Rolle spielt: es ist das Element der Rasse.

Dieses Element spielte in den Betrachtungen der deutschen Politiker, Soziologen, Anthropologen und anderer Gelehrten eine bedeutende Rolle schon vor dem Kriege. Es wurde von den bekannten Theorien des Franzosen Grafen A. de Gobineau übernommen, der im Jahre 1854 sein Buch „Essai sur l'inégalité des races humaines“ herausgab; dieses Buch wurde seit dem Jahre 1870 in Deutschland Gegenstand bemühten Studiums und rief dort eine ganze Bewegung hervor. Ebenso wurden in Deutschland die Bücher des neueren französischen Anthropologen Vacher de Lapouge studiert, der übereinstimmend mit Gobineau die These über die Ungleichheit der Menschenrassen und über die unbestreitbare Überlegenheit der Arier über alle anderen Rassen ausgebaut hat.

Wenn diese Werke und diese Thesen schon lange vor dem Kriege vom Jahre 1914 von der deutschen Wissenschaft verbreitet und studiert wurden, so übertrug sie auf brillante Weise ein anderer Nichtdeutscher, der Engländer Houston Steward Chamberlain in die Politik, der im Jahre 1899 sein berühmtes Werk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ herausgab, das zwar von Philosophen und Historikern nicht allzu geschätzt wird, dafür aber politisch bereits vor dem Kriege ausserordentlich verbreitet und in der praktischen Politik erfolgreich verwendet wurde. Dieses Werk schildert in ausführlichen Synthesen und unklaren, geistreichen Verallgemeinerungen die Rolle und die Sendung der arischen Rasse in der Entwicklung der Menschheit. Typische Arier seien die Germanen! Ihnen sei daher all das Grosse zuzuschreiben, was die Arier in der Geschichte getan haben. Daher sei auch diese Rasse als beste und höchste

dazu berufen, die niedrigeren Rassen zunächst in ihrer Umgebung zu beherrschen und dann Europa und die ganze Welt zu führen.

Kaiser Wilhelm unterstützte diese Bewegung schon vor dem Kriege und der Vorkriegs-Pangermanismus nährte seine politische Theorie mit ihr, wobei er zu den früheren rein deutschen Theoretikern des Pangermanismus, Lagarde und Treitschke, zurückkehrte, die mit dem romantischen Mystizismus in der Kunst Wagners und dem überspannten Voluntarismus in der Philosophie Nietzsches ergänzte.

Wie bekannt, drückte diese Bewegung schon vor dem Kriege zwei politische Thesen aus: die allmähliche nationale Einigung aller Deutschen und ihre Folge, die grosse Weltexpansion dieses 80-Millionen-Volkes zunächst in Mittel- und Osteuropa, dann in Vorderasien und Nordafrika - und dadurch in der ganzen Vorkriegswelt.

Von diesem Vorkriegs-Pangermanismus unterscheidet sich der nationalsozialistische Pangermanismus in einigen Fragen. Er geht, wie ich gesagt habe, vor allem von seiner Rassentheorie aus. Die Geschichte ist nach dieser Konzeption ein unaufhörlicher Kampf, Sieg, Fall und Untergang der verschiedenen Menschenrassen. Diese Rassen sind natürlich, von der Natur gegebene und unveränderliche Faktoren, die bereits in ihrem ursprünglichen Inhalt und ihren angeborenen Dispositionen und Eigenschaften alle möglichen Schöpfungen und Formen der menschlichen Kultur und ihrer weiteren Entwicklung latent bergen. Das Klima, die natürliche Umgebung, die geographischen und andere Lebensbedin-

gungen und das Milieu können Einfluss auf ihr materielles Wachstum, ihre Entwicklung und ihren Fall haben, nicht aber auf ihr angeborenes Wesen.

In diesem ihren Wesen sind aber verschiedene Rassen von einander absolut verschieden, es gibt höhere und niedrigere Rassen, schlechtere und bessere, gleich von ihrem Anbeginn an; dieser Unterschied in ihrer Qualität und ihrem Wesen lässt sich durch keine Entwicklung beseitigen, und keine Theorie von der Allmenschheit, von der Gleichheit der Menschen und vom menschlichen Universalismus ist im Stande, diese natürlichen Ungleichheiten aus der Welt zu schaffen.

Unter den einzelnen Rassen ist sodann die höchste und vollendetste die sogenannte nordische, arische Rasse. Sie schafft und ist der Träger der besten, der vollkommensten menschlichen Kultur. Im Laufe der Entwicklung ist sie zwar auf dem Wege vom Norden nach dem Süden mit anderen und niedrigeren Rassen in Berührung gekommen, wobei sie ihre Kultur auf sie übertrug und in vielen Fällen sie verschlang; sie wurde so die Trägerin der höheren Kultur unter den anderen Rassen und verstand es doch, sich in ihrer Reinheit zu erhalten und daher die Geschichte der Menschheit fest weiter zu formen, obgleich sie an manchen Stellen und in manchen Zeiten in zu grosser Gefahr der Rassenmischung schwebte.

Nach der nationalsozialistischen philosophisch-historischen Anschauung ist also die Menschheitsgeschichte einfach ein Kampf der höheren Rasse mit niedrigeren Rassen,

und der Sinn der Geschichte soll der Kampf um den Sieg der höheren Rasse sein, die dann die Menschheit führen und beherrschen soll. Diese Anschauung lehnt konsequent und grundsätzlich die Behauptung von der Gleichheit der Rassen und Völker ab, sie verkündet im Gegenteil ihre Ungleichheit und erachtet es als ihre Pflicht, für den Sieg der besseren und höheren Rasse zu kämpfen und zu fordern, dass die niedrigere, schlechtere Rasse und Nation sich der Führung der höheren Nation unterordne.¹⁾ Und da diese höhere Rasse die germanische arische Rasse sei, sei die menschliche Kultur und Zivilisation unzertrennlich mit der Entwicklung und dem Siege dieser Rasse verbunden. Ihr Fall würde den wirklichen Niedergang der menschlichen Kultur und Zivilisation überhaupt bedeuten.

Dieser Niedergang drohe von der Rassenmischung so, wie es den alten Griechen und den alten Römern ergangen ist. Und obgleich alle heutige Zivilisation im Wesentlichen die Schöpfung germanischer Stämme der arischen Rasse als der höchsten Rasse sei, sei diese Rasse in letzter Zeit ebenso von der Gefahr der Mischung bedroht gewesen und dadurch eigentlich ihrer berechtigten Führung der heutigen Welt beraubt. Im Interesse des Deutschtums und sei-

1) A. Hitler äussert sich darüber in scharfer Weise wie folgt: „Der Unterschied, der zwischen den niedrigsten, noch sogenannten Menschen und unseren höchsten Rassen besteht, ist grösser als der Unterschied zwischen den niedrigsten Menschen und den höchsten Affen.“ Rede Hitlers beim nationalsozialistischen Parteitag im Jahre 1933.

ner Entwicklung und Macht müsse deshalb diese Gefahr abgewehrt, die arische Rasse durch die germanische Reinheit und dadurch ihre grosse Sendung erhalten werden. Der Sinn der heutigen Entwicklung, der Sinn allen heutigen politischen Kampfes sei dieser Kampf um die Reinheit der germanischen arischen Rasse und dadurch um ihre Sendung in der Welt.

Das Element, das diese Reinheit am meisten bedrohe und das als Parasit unter den anderen Rassen und Völkern lebe, seien die Juden, Sie verbreiteten unter den anderen Rassen und Völkern verderbliche, unrassische, unnationale, allmenschliche, allweltliche, universale Anschauungen und Gefühle. Sie verkündeten die Gleichheit der Menschen und Völker, verteidigten den Liberalismus, die Toleranz, die Gleichheit, die formale Demokratie und an Stelle der wirklichen Führung der Massen, die einer erlesenen Elite von Führern gebühre, setzten sie anonyme Kräfte entweder des Kapitals ein oder teilten nach marxistischen Anschauungen das Volk in Klassen ein und argumentierten für die Herrschaft einer Klasse über die anderen Klassen. Daher jener bekannte nationalsozialistische Antisemitismus als Reaktion und Verneinung gegen die Mischung der reinen, höheren arischen Rasse mit der semitischen und daher die ganze Verfolgung des Judentums im heutigen Deutschland.

Daher auch bildet sich in Deutschland im Rahmen des Nationalsozialismus das übertriebene, bis zum Mythos gesteigerte Streben nach Eugenismus, nach Verbesserung, Kultivierung, Säuberung und Vervollkommnung der Rasse zum Ideal

des nordischen Ariers, zum biologisch idealen Typus des Deutschen und der deutschen Rasse überhaupt. Die Hauptaufgabe des Volkes sei es, aus seinem Organismus alle nichtnordischen Elemente auszuschliessen, die Vitalität seiner reinen nationalen Rasse tunlichst zu kräftigen, seinen Körper und sein Blut von aller Verunreinigung durch eine andere Rasse zu schützen, die Manneskraft durch Kampf, Sport, Anspannung zu pflegen, auf diese Weise ein starkes Volk zu schaffen, namentlich auch durch eine zahlreiche Nachkommenschaft, und derart seinen Sieg im Kampfe der Rassen und im Kampfe der Kulturen zu ermöglichen.

b) Volkstum, Blut und Boden, Volksgemeinschaft, Führertum.

Das deutsche Volk durch die allmähliche Ausschaltung aller fremden rassistischen Elemente säubern, bedeutet alle seine ihm ursprünglich durch seine Rasse von der Natur oder von der Vorsehung gegebenen Grundqualitäten stärken, ihm seinen festen, starken Charakter und ihm seine ursprüngliche Kraft zurückgeben. In der ganzen nationalsozialistischen Theorie ragt immer wieder die Betonung der ursprünglichen Eigenschaften der germanischen Rasse und die Rückkehr zu ihnen hervor, die beständige Rückkehr zu den einstigen mythischen germanischen Zeiten, zu den Kundgebungen der ursprünglichen Germanen in Literatur, Kunst, Sagen, in den Kämpfen und Lebensbestrebungen, wie sie sich in der ganzen deutschen Geschichte unter dem Einfluss der rassistischen, klimatischen, geographischen Elemente und auch unter dem Einfluss der Nachbarvölker und Staaten im friedlichen Verkehr und im Kampfe mit ihnen ent-

wickelt haben.

Dies alles schafft ein neues wesentliches Element in der ganzen nationalsozialistischen Theorie - die bekannte Idee des Volkstums. Die Idee des Volkstums ist wieder nur ein nebelhafter, unklarer romantischer Mythos, mit dem sich oft sehr primitive Völker ausgezeichnet haben, wenn sie ihre verschiedenen Mythen entweder aus der Natur, oder aus ihrem früheren Leben und ihrer Geschichte schufen. Aber der Mythos vom „Volkstum“ spielt heute in der praktischen deutschen Politik eine grosse Rolle.

Die Betonung des romantischen Begriffs „Volkstum“ ist nämlich jene gelaufene primitive Auffassung von Nationalität und Patriotismus, die unkritisch und übertrieben die Rückkehr von der städtischen Kultur, von der höheren literarischen, künstlerischen und geistigen Kultur überhaupt zu den sogenannten lebendigen Quellen und Kräften des schlichten Volkes verkündet und fordert, zu ihm herabzusteigen, sich an ihm zu inspirieren, ihm seine lokale, örtliche, massenhafte und anonyme Färbung zu geben, darin die wirkliche Äusserung des Volkes, seinen Geist, seine ursprünglichen Qualitäten zu erblicken - und sich so gegen alles Fremde, Unnationale, Kosmopolitische und Internationale zu wehren. Soweit diese Bestrebungen mit Mass gepflegt und in ihnen realistische Kennzeichen und Eigenart gesucht werden, der Charakter und die Eigenschaften des schlichten Volkes welcher Nation immer ohne ihre mythischen und philosophisch-historischen Darlegungen, sind es gute und richtige Bestrebungen. Aber der Nationalsozialismus hat dieses Mass weit überschritten und dies alles unwissenschaftlich

und tendenziös zu weittragenden soziologischen Theorien benützt. Von hier ist nur noch ein kleiner Schritt zum untoleranten, fanatischen, exklusiven, beschränkten nationalen Chauvinismus.

Zurückkehrend zum Volke, zu seinem primitiven, ursprünglichen Bauernberuf, betont der Nationalsozialismus seine Anhänglichkeit an die örtlichen Gebräuche, an die engere Heimat und dadurch den Boden und fügt so zu seinem rassischen Element des Blutes, d.h. der Rasse, noch das Element des Bodens hinzu. Und er prägt so sein bekanntes Schlagwort "Blut und Boden", das in seinen unbestimmten Formen und in seiner unklaren Bedeutung doch zwei starke konkrete Ideen ausdrückt. Die blutmässige und rassische Verwandtschaft und das Hängen am Boden und der Heimat sind ja bei jedem primitiveren Menschen Vorstellungen, die völlig sein Leben ausfüllen; und so wird dieses Schlagwort wieder eine grosse politische Kraft und ein Faktor im praktischen politischen Kampfe des heutigen deutschen Regimes.

Es verbindet nämlich alle Deutschen, wo immer in der Welt sie leben, zu einer Einheit, bringt ihnen ihre nationale Zusammengehörigkeit in Erinnerung und ist die Grundlage zweier grosser politischer Tendenzen:

a) die geistige nationale Einheit, die einheitliche nationalsozialistische Weltanschauung auf alle Angehörigen deutschen Blutes und deutscher Kultur, wo immer in der Welt, zu erweitern;

b) als Grundlage für die territoriale Expansion des nationalsozialistischen Staates zu dienen, der auf Grund der

nationalen Idee dann die Tendenz hat, allen Boden, alle Territorien, auf denen Deutsche wohnen, ob sie historisch schon seit langer Zeit zu anderen Staaten gehören oder politisch im Laufe späterer Ereignisse den Nachbarstaaten angegliedert wurden, zu annektieren.

Die Idee des Volkstums bildet auch die Grundlage einer anderen politischen Idee, der Idee der völligen, tiefen, unzerstörbaren Gemeinschaft aller Angehörigen des deutschen Volkes - der völkischen, nationalen Gemeinschaft - der „Volksgemeinschaft.“ Das Bewusstsein der nationalen Gemeinschaft, das Bewusstsein der Zugehörigkeit zum Kollektiv, dessen Mitglieder aneinander dadurch gebunden sind, was das Charakteristikum des nationalen „Volkstums“ ist - d. i. durch Blut und Rasse, Boden, Sprache, Tradition, Kultur, Kunst usw. - dieses Bewusstsein schafft eine grosse nationale Gemeinschaft, die aus allen Deutschen, aus dem ganzen miteinander unlösbar verbundenen Volke besteht.

Der Begriff dieser Gemeinschaft, dieses kollektiven Bewusstseins geht von unten, vom Volke aus und es ist ein Bewusstsein, ähnlich demjenigen, das sich am besten zum Beispiel während des Krieges unter den Soldaten in der gemeinsamen Kompagnie geäußert hat, das sich im einheitlichen Verband von Arbeitern, die durch ein gemeinsames Interesse miteinander verbunden sind, im einheitlichen Verband von Studenten, unter Mitgliedern eines Arbeitslagers, Mitgliedern einer konspirativen nationalen Gesellschaft, in Verbänden junger Studenten und junger Arbeiter äussert. Dieser Geist, dieses Bewusstsein ist und soll das Bewusstsein

des ganzen Volkes sein, in dem der ganze Geist die ganzen Aspirationen und alle Lebenskundgebungen des ganzen Volkes wurzeln. Diese nationale und völkische Gemeinschaft ist das eigentliche souveräne Volk.

Dieses souveräne Volk ist Herr aller seiner Mitglieder, ihm soll alles geopfert werden, dafür soll jeder leben, ihm soll alles dienen. Jeder junge Deutsche soll sich nur daran inspirieren, soll sich in aller Schlichtheit, Ergebenheit und Unpersönlichkeit darauf vorbereiten, in seinem Leben nur das zu tun, was dieser „Volksgemeinschaft“, ihrem Leben, Wachsen und ihrer Expansion, ihrem guten Funktionieren dient. Er soll in diesem Geiste leben wie die Jugend Spartas im Altertum.

So gelangt das nationalsozialistische System zum Begriff der gesellschaftlichen Autorität. Wir haben gesehen, dass für den Faschismus der souveräne Staat, der sich dann mit dem Volke identifizierte, die Quelle aller Autorität war; aber der erste und ursprüngliche Faktor zur Bildung der gesellschaftlichen Autorität ist der Staat, nicht das Volk. Beim Nationalsozialismus ist der Vorgang ein anderer, im gewissen Masse verkehrt - der Staat wird erst der zweitrangige Faktor; an erster Stelle steht das Volk, seine völkische nationale Gemeinschaft, und der Staat ist ihm nur der Rahmen, in dem das Volk lebt, arbeitet, sich entwickelt. Der Staat ist das angepasste, veränderliche, erweiterte oder verkleinerte Werkzeug, das Volk der ursprüngliche, einzig dauernde, unverkleinerte, um seine Expansion, seine Regierung, Kultur, Macht - allerdings durch Vermittlung des Staates

tes - kämpfende Faktor.

Diese Auffassung der gesellschaftlichen Autorität und Souveränität, die vom „Volkstum“ und von der „Volksgemeinschaft“ ausgeht, führt dann zu der natürlichen Folge - zum Totalismus, wie auch im Faschismus die Konzeption des absoluten Staates zu ihm geführt hat. Der Staat ist das Werkzeug der völkischen, nationalen Gemeinschaft, die souverän ist. Der Staat vollstreckt auf allen Gebieten das, was die nationale Gemeinschaft braucht und erfordert. Recht ist das, was für die nationale Gemeinschaft, für das Volk in nationalsozialistischer Auffassung gut und vorteilhaft ist; und alles das, was ihm ungeeignet und schädlich ist, steht im Widerspruch zum Recht. Die nationale Gemeinschaft ist das höchste Element alles Lebens, aller Tätigkeit, allen politischen Kampfes - der Staat ist der einfache Vollstrecker des Willens der nationalen Gemeinschaft und in dieser Richtung umfasst er alle gesellschaftliche Tätigkeit, alle Gebiete des geistigen und materiellen Lebens, alle kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen. In dieser Beziehung ist das Individuum dem völkischen, nationalen Kollektiv völlig untergeordnet, fließt mit der „Volksgemeinschaft“ zusammen und im Hinblick auf den Staat hat es einen Wert und ein Recht nicht als Individuum, sondern nur als Bestandteil des Kollektivs.

Aus diesen Thesen erklären sich dann, wie ersichtlich ist, zwei wichtige Ideen des Nationalsozialismus, die ihm einerseits mit dem Faschismus, andererseits - wenigstens in gewisser Masse - mit dem marxistischen Sozialismus und Kommunismus gemeinsam sind:

1.) Die Idee der absoluten Unterordnung des Individuum unter das nationale Kollektiv und den Staat,

2.) die Idee einer gewissen sozialen Gerechtigkeit und neuen wirtschaftlichen Struktur in der nationalsozialistischen Gesellschaft, die sich diese Struktur danach bilden will, wie es nützen oder wie es die Gesundheit, der Vorteil und die Zunahme der nationalen Gesellschaft brauchen wird.--

Es bleibt uns die Formulierung der letzten der Hauptelemente der nationalsozialistischen Theorie übrig: der Idee des „Führertums“. Der Begriff der gesellschaftlichen Autorität ist auf der Idee der „Volksgemeinschaft“ und des „Volkstums“ gegründet. Die Idee des Führertums stützt sich auf der einen Seite gleichfalls auf diese beiden Ideen, denn nur über sie kann man vom souveränen nationalen Kollektiv zum souveränen „Führer“ gelangen, so wie man im Faschismus über den absoluten Staat zum absoluten „Duce“ gelangt war.

Die Autorität des „Führers“ im nationalsozialistischen System stammt nicht von seiner intellektuellen Überlegenheit oder seinen besonderen sittlichen Qualitäten oder einer besonderen persönlichen Grösse her. In diesem System -- das so viel Irrationelles und Romantisches in sich birgt, das seine wichtigsten Konzeptionen aus dem Mythos vom „Volkstum“ und dem Mythos von der „Volksgemeinschaft“ schöpft -- ist auch das Führertum ein Mythos. Das Führertum ist einfach „die Sendung“, ist etwas Übernatürliches, vernunftmässig undefinierbares, Irrationelles. Der Führer ist die

Inkarnation des Volkes, der Ausdruck der „Volksgemeinschaft“, er steht keineswegs über dem Volke und der Nation, er stammt aus ihnen, ist in ihnen, ist gleichsam ihr Medium. Durch den Führer gibt sich das nationale Kollektiv kund, durch ihn vervielfältigt es sich, verstärkt sich, durch seine Kraft, sein Emporwachsen, seine Tat wächst, stärkt sich und handelt das nationale Kollektiv. Sich von diesem Führer führen lassen, bedeutet zwar den Verzicht auf seine Freiheit, aber die Erhöhung der Kraft seines ganzen nationalen Kollektivs, die Vervielfältigung der Macht und der Lebensexpansion der ganzen nationalen Gemeinschaft. Auch in diesen Theorien ist einer der Elemente der Expansivität und des Dynamismus des ganzen Regimes.

Die Annahme dieser Art von Führertum und die Herausbildung dieser Zusammengehörigkeit zwischen Führer und Kollektiv hat nichts Gemeinsames mit dem sogenannten demokratischen Führertum, wo das Führertum durch einen intellektuellen Prozess, d. i. eine allgemeine Abstimmung mechanisch geschaffen werde. Das nationalsozialistische Führertum ist nach nationalsozialistischer Ansicht kein gewaltsames, durch Macht und Gewalt erhaltenes Führertum. Es ist eine besondere Art von Kameradschaft zwischen dem Führer und den Millionen seiner Kameraden, die durch einen Geist und eine Idee in der völkischen, nationalen Gemeinschaft verbunden sind; es soll eine besondere Verpflichtung der Ehrenhaftigkeit von der einen und der anderen Seite sein, ein besonderes grosses Verantwortungsbewusstsein auf der

einen Seite, das aus der Überzeugung von der besonderen persönlichen Sendung kommt, und ein Bewusstsein absoluten Vertrauens, dass die Massen zu ihrem Führer haben, von dem sie glauben, dass er der feste Ausdruck ihrer Gefühle, Bedürfnisse, Bestrebungen und Interessen sei.

c) Der Begriff des Rechtes in der nationalsozialistischen Theorie.

Besondere Wichtigkeit für das ganze nationalsozialistische Regime hat seine Auffassung des Rechtes. Da jede Kundgebung des sozialen und geistigen Lebens nach nationalsozialistischer Weltanschauung ihre Grundlage im Element der Rasse und des Volkstums hat, muss auch das ganze System des nationalsozialistischen Rechtes auf diesen Faktoren aufgebaut sein. Deswegen hat jede Rasse, jede Nation ihr eigenes, ihr gehöriges Recht als Ausdruck ihrer Rasse, ihres Volkstums. Der Begriff des allgemeinen, allgemein geltigen, abstrakt formalen, vom Volke getrennten und allmenschlichen Rechtes sei ein Erzeugnis rationalistischen, individualistischen, abstrakten, zersetzenden und solchen Denkens, wie auf ihm die Gesellschaft der liberalen Demokratie beruht hat. Ein solches Recht weist der Nationalsozialismus zurück.

Die nationalsozialistischen Juristen präzisieren ihren Rechtsbegriff wie folgt: Nach dem Nationalsozialismus für den die Rasse und das Volkstum die Grundlagen des Rechtes sind, ist das Recht das, was das Leben und sein Wachsen, die Rasse, ihre Entfaltung und Blüte unterstützt und erhält; Aufgabe des Rechtes ist es, die reine Rasse zu erhalten und ihre Reinheit zu schützen, Recht ist einfach das, was dem Volke

nützt. Un dem fugt der Theoretiker des Nationalsozialismus, Rosenberg, in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ hinzu: „Recht ist für uns allein und einzig das, was der deutschen Ehre dient. Und deshalb ist der nationalsozialistische Staat nur ein Werkzeug dieses Rechtes und seine Aufgabe ist, ihn zur Geltung zu bringen, durchzuführen und zu schützen. Das Recht der liberalen Demokratien ist ein rein formales Recht, beruhend auf dem abstrakten allgemeinen Rechtsbegriff, auf dem abstrakten Begriff der menschlichen Gleichheit, die es nicht gibt.“

Aus dieser Auffassung kommt z.B. auch jene bekannte Konzeption der gesetzgeberischen eugenischen Tätigkeit zur Vervollkommnung der Rasse und allerdings auch die Gesetzgebung gegen die Rassenmischung und dadurch gegen die Juden her. So wird auch durch die ganze nationalsozialistische Rechtstheorie der Antisemitismus als Ergänzung der allgemeinen Rassentheorie über die vollendete Rasse der Arier politisch begründet.

Mit dieser allgemeinen Auffassung des Rechtes hängt auch die nationale Auffassung vom internationalen Recht zusammen, die wieder nur ein einfaches System von Thesen zur Begründung und Verteidigung der nationalsozialistischen Aussenpolitik ist: auch hier gilt einfach der Grundsatz, dass Recht ist, was der nationalen deutschen Gemeinschaft nützt, und auch hier gilt der Grundsatz, „dass das einzige Ziel aller internationalen Konzeptionen das Gedeihen Deutschlands sein muss, der einzige souveräne Richter sein Vorteil, sein Anwachsen und seine Entfaltung. Es ist eine

rein subjektive Konzeption, die jedes Müssere und objektive Kriterium ablehnt. Einziger und letzter Schiedsrichter ist da die deutsche nationale Gemeinschaft und ihr Vorteil.

Wenn sich diese Konzeption des Rechtes innerhalb des Staates in gewissem Masse begreifen und begründen lässt - sie endet notwendigerweise für die innere Politik im absoluten Totalismus und Autoritativismus - so ist ein solcher Begriff des internationalen Rechtes im Verhältnis eines Staates zu anderen Staaten ein völlig exklusivistischer, fragmentarischer, international anarchistischer Begriff. Jeder Staat hat nach dieser Konzeption sein eigenes internationales Recht, so muss dieses verschiedenartige Recht auf einander stossen, es muss zu Konflikten kommen, alle Konzeptionen einer internationalen gemeinsamen Autorität, eines gemeinsamen Richters, einer gemeinsamen internationalen Organisation mit irgendeiner internationalen Rechtsvollmacht und dadurch allerdings einer Beschränkung der eigenen staatlichen und nationalen Souveränität müssen abgelehnt werden.

Es ist demnach ein Recht, das damit rechnen muss, dass im gegebenen Augenblick die zwischen den Staaten auf Grund der verschiedenen subjektiven, rein nationalen Konzeptionen des internationalen Rechtes entstandenen Konflikte bei dem Mangel an irgendeiner internationalen Autorität nur durch Druck, Gewalt, Krieg, d.h. durch das Recht des Mchtigsten und Stärksten gelöst werden können. Das ganze System des nationalsozialistischen Rechtes bedeutet also innerhalb des Staates den absoluten Totalismus und Autoritativismus der sogenannten nationalen Gemeinschaft, d.h. des absoluten

Staates, und nach aussen einfach das Recht des Stärkeren.

Nach allen diesen Voraussetzungen muss man die praktische Politik des heutigen Deutschlands, wie folgt beurteilen: Innerhalb Deutschlands ist es die absolute Beherrschung des Individuums in allen Äusserungen seiner kulturellen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen Tätigkeit; die absolute Unterdrückung der individuellen Freiheit, der Freiheit der Presse, der Überzeugung, der Wissenschaft, der Kunst = alles ist gelenkt und dirigiert. Auch das ganze Wirtschaftsleben des Staates und des Volkes unterliegt einer konsequenten Lenkung und Planung.

Die Grundsätze über die Pflege der Rasse haben zu Gesetzen gegen die Juden geführt, der Standpunkt von der Unzulässigkeit irgendwelcher religiöser und politischer Anschauungen und Überzeugungen, die dem Interesse der nationalen Gemeinschaft im Geiste des Rassismus und des Nationalsozialismus nicht entsprechen, führt zur Unterdrückung aller politischen Parteien und zum Kampfe gegen jede Religion, die sich gegen die nationalsozialistischen Thesen stellen würde = also auch gegen den Katholizismus und den Protestantismus als Kollektive soziale Kräfte.

In der Aussenpolitik bedeutet es die Expansion nach aussen gemäss dem Schlagwort „Volkstum - Blut und Boden“, d. i. die Vereinigung aller Teile des deutschen Volkes und des Bodens, auf dem die einzelnen Bruchteile des Volkes wohnen, in einem Reich unter einem Führer; es bedeutet den geistigen Einfluss auf alle Deutschen in der ganzen Welt im Geiste der nationalsozialistischen Theorien, den Einfluss und die Expansion in der Weltpolitik, einerseits

weil die arische germanische Rasse den gebührenden Einfluss auf die Entwicklung der Weltkultur, andererseits weil sie den gebührenden Anteil an allen Gütern der übrigen Welt haben soll und so ihre kulturelle Sendung erfüllen kann.- Ferner bedeutet das aber auch den Widerstand gegen jede internationale kollektive Aktion und Autorität, den Widerstand gegen jede internationale Einrichtung, wo nach dem Grundsatz der Gleichheit aller Staaten entschieden werden würde, den Widerstand gegen jeden Völkerbund, der auf den universalistischen Grundsätzen des Völkerbundes vom Jahre 1919 beruhte, den Widerstand gegen jede kollektive Sicherheit oder gegen ein internationales Gericht und jede grundsätzlichere Beschränkung der eigenen Staatssouveränität.

Dagegen stellt sich als Richtlinie der praktischen Aussenpolitik der Grundsatz, nur bilaterale Verträge abzuschliessen, mit einem Staate nach dem anderen unter Druck und Propaganda zu verhandeln, vorübergehende und entsprechend der veränderten Machtposition, dem Anwachsen der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen sich wandelnde Vereinbarungen zu treffen, der Grundsatz, Bündnisse und Allianzen abzuschliessen, die klar nicht einem defensiven und auf die Sicherung des status quo gerichteten Ziel, sondern im Gegenteil einem ganz positiven, bestimmten expansiven Ziel dienen, das einen ganz bestimmten Vorteil bringen und durch Druck und Gewalt, entweder auf diplomatischem Wege oder auch durch den Krieg erreicht werden soll.

Zur Charakteristik der ganzen Konzeption des inter-

nationalen Rechtes und zur praktischen internationalen Politik des Nationalsozialismus gebe ich folgende zwei Zitate wieder:

Im Buche „Mein Kampf“ sagt A.Hitler: „ Die nationalsozialistische Volksbewegung will nicht Verteidiger anderer Völker sein, sondern Vorkämpfer des eigenen Volkes... Insbesondere sind wir nicht ein Polizeischutz der bekannten „kleinen, schwachen Völker“, sondern Soldaten des eigenen Volkes - das bedeutet : der Nationalsozialismus ist nicht ein Pionier der allgemeinen Idee des Nationalsozialismus oder eines anderen Völkern und Rassen gehörenden Rechtes; er ist nur für seinen Nationalismus und für seine Rechte.“

Im Buche „Der Mythos des 20.Jahrhunderts“ sagt Rosenberg (Seite 644) Folgendes: „Der Nationalismus als Kraft und andere innere Werte zur Wiedergeburt und zum Aufstieg dieses oder jenes Volkes wollen wir nur bei jenen Völkern unterstützen, von denen wir glauben, dass die Kräfte ihrer Schicksalsmassigen Entwicklung nicht in einen feindlichen Konflikt mit den Tendenzen der Entwicklung des deutschen Volkes geraten ... Wir können feststellen, dass unter dem Schlagworte der Selbstbestimmung der Völker ganz schematisch auf dieser Erdkugel auch ganz minderwertige Volkselemente die Freiheit für sich verlangen können. Das Alles interessiert uns überhaupt nicht oder nur in dem Masse, als die voraussehende deutsche Politik sich von ihrer Benützung eine Stärkung des Germanentums verspricht.“

Es muss noch bemerkt werden, dass in einer Phase der praktischen nationalsozialistischen Aussenpolitik (i.J.

1935 - 36) die scharfen Konturen der ganzen ursprünglichen Theorie der deutschen internationalen Politik - aus rein opportunistischen Gründen - etwas abgestumpft waren, den augenblicklichen deutschen Bedürfnissen entsprechend: so z.B. wurde in der Kolonialfrage betont, dass man Kolonien auf der Grundlage der unter den Grossmächten gleichen Rechte verlange; von anderen kleineren Völkern wurde erklärt, dass man nicht beabsichtige, sie zu entnationalisieren und dass man ihre nationale Gemeinschaft und ihr "Volkstum" respektiere; man sprach ferner von deutscher "Gleichberechtigung", sprach von der Achtung ewiger Grenzen, z.B. des Brenners usw.

In diesen Formulierungen waren manche Widersprüche damit enthalten, was man gleich von Anfang an als ursprüngliche Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung verkündet hatte. Es sind Formulierungen, die die Umstände der augenblicklichen praktischen Politik erfordern, also opportunistische Formulierungen. Da das Wesen der Doktrin selbst ebenso wie beim Faschismus in der Fähigkeit beruht, sich der Entwicklung und den Umständen anzupassen, muss man solche Formulierungen als zeitbeschränkten Opportunismus ansehen. Soweit diese Abweichungen dem deutschen Interesse dienen und dem deutschen Volke nützen werden, werden sie gelten. Dort, wo sie dem Interesse nicht dienen werden, wird die reine und grundsätzliche Doktrin gelten, denn sie ist die einzige und authentische Kundgebung der wirklichen nationalsozialistischen Bewegung und Revolution und ihrer "Weltanschauung".

Es ist aber Pflicht der Objektivität, auch so auf die-

se vorübergehenden entwicklungsmässigen Formulierungen aufmerksam zu machen und sie in Betracht zu ziehen. Sie ergänzen nur klarer das ganze Bild des abscheulichen nazistischen Systems. Der Krieg vom Jahre 1939 hat selbst gezeigt, dass die ursprünglichen Gewaltformulierungen sich noch nach Bedarf verstärken und dass die gemässigten Formulierungen nur zeitbeschränkt sind, wie es der augenblicklichen Politik des Dritten Reiches passt.

d) Der Nationalsozialismus in seiner Beziehung zur Theorie des Demokratismus.

Aus all diesen Erwägungen möchte ich nun eine allgemeine Schlussfolgerung über das Verhältnis dieser ganzen Doktrin zur Philosophie und Praxis des demokratischen Systems ziehen.

Vor allem kann man über das Verhältnis der faschistischen und der nationalsozialistischen Doktrin nur ganz kurz Folgendes sagen:

1.) Beide Doktrinen, der Faschismus und der Nationalsozialismus, haben eine Reihe gemeinsamer Thesen, in anderen unterscheiden sie sich ziemlich. Beide sind in der Theorie und in der Praxis eine Reaktion gegen die ganze französische Philosophie und die amerikanische Revolution und gegen die Traditionen und Ideen des britischen konstitutionellen Parlamentarismus, aus denen die moderne Demokratie geboren wurde. Sie sind antirationalistisch, antihumanistisch, antiegalitär, sie gehen im Wesen von der Philosophie des Intuitivismus und des Instinktivismus aus, sind voluntaristisch und subjektivistisch.

2.) In manchen Punkten sind sie einander nahe, wenn sie sie auch anders formulieren. Grundlage beider ist das Prinzip des Kampfes als einzigen Elementes, das alles Leben, seine Entwicklung, seinen Fluss und seine beständige Wandlung vorwärts treibt. Beim Faschismus ist es der Kampf überhaupt, in der Natur und in der Menschenwelt, des Individuums gegen das Individuum, beim Nationalsozialismus kommt als besonderer Faktor der Entwicklung der menschlichen Gemeinschaften der Kampf der Rassen hinzu, ihr Emporwachsen, ihr Sieg und ihr Verfall. Der Begriff des Totalismus geht beim Faschismus vom absoluten Staat aus, mit dem das Volk identifiziert wird, beim Nationalsozialismus ist es die völkische nationale Gemeinschaft, die souverän ist und von der der Staat die Souveränität erst übernimmt. Beim Faschismus geht der äusserste staatliche und nationale Utilitarismus von der Idee des Kampfes ums Dasein aus, vom Übergewicht, von der materiellen Kraft und von der vorausgesetzten Unrichtigkeit allgemeiner, für alle Zeiten und Völker gültiger Grundsätze; beim Nationalsozialismus von der subjektivistischen Vorstellung der höheren Rasse und ihres Rechtes, alles zu ihrer Entfaltung und ihrem Nutzen zu benützen, und von der Vorstellung der höheren Sendung des Germanentums in der Menschheitsgeschichte.

3.) Aus diesen Beispielen sind auch manche Unterschiede zwischen den beiden Doktrinen ersichtlich: der Faschismus hat, obgleich er antirationalistisch und anti-intellektuell ist, doch nur manche Kennzeichen seiner

lateinischen Rasse und geht von allgemeineren, allgemeiner giltigen Thesen aus. Der Nationalsozialismus ist deutscher, germanischer; er geht von deutsch zugespitzten, national subjektivistischen Thesen aus, die nur für die sogenannte nordische Rasse geschaffen sind und nur der nordischen Rasse dienen. Das gilt noch mehr von den Thesen, in denen sich beide Systeme direkt unterscheiden: die Begriffe Volkstum, Volksgemeinschaft, Blut und Boden und auch der Begriff Führer sind in der nationalsozialistischen Formulierung vor allem typisch deutsch. Es ist eine Mystik, die rein aus der Vergangenheit und aus deutschem Geiste herkommt, deutlicher gesagt, aus germanisch-preussischem Geiste.

Was dann die direkte Beziehung des Nationalsozialismus zur Demokratie als einem System der Philosophie und der Politik betrifft, muss Folgendes festgestellt werden:

1.) So wie die Demokratie der Ausdruck des philosophischen Universalismus, Humanismus, Egalitarismus, so wie sie vom Rationalismus und von der Philosophie der natürlichen, allgemeinen Menschenrechte ausgeht, so ist der Nationalsozialismus antihumanistisch, antiuniversalistisch, antiegalitär, er ist ein extremer nationaler Exklusivismus und gewaltsamer nationaler Egoismus als Reaktion gegen die Ideen der Allmenschlichkeit; er ist ein rassischer, gewaltsamer Aristokratismus als Reaktion gegen die Theorie von der Gleichheit der Völker, ein primitiver Voluntarismus, Intuitivismus und Instinktivismus als Reaktion gegen den gereiften Rationalismus und Intellektualismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Seit dem 18. Jahrhundert bis zur heutigen Zeit kämpfen

in der Geschichte der modernen Philosophie zwei gegnerische philosophische Richtungen hartnäckig gegeneinander; der Rationalismus aller Schattierungen auf der einen Seite, der Intuitivismus, der Instinktivismus und die sogenannte deutsche „Lebensphilosophie“ mit ihrem Vitalismus und darwinistischem Evolutionismus auf der anderen Seite. In Deutschland feierte diese zweite Richtung in den letzten Vorkriegsjahren grosse Siege, und das heutige Deutschland treibt diese Theorie bis ins Extreme. Der Nationalsozialismus ist in seinen philosophischen Thesen das primitive Spiegelbild dieser Siege aus den Kämpfen der beiden philosophischen Lehren in den deutschen Fachkreisen, in der Wissenschaft, der Literatur und im Geistesleben überhaupt.

Alle drei Hauptwerke der nationalsozialistischen Theorie und Praxis: Moeller van den Brucks „Das Dritte Reich“ erschienen im Jahre 1921 und vielfach Hitler als Inspiration zu seinem eigenen Werke dienend, A. Hitlers „Mein Kampf“ und Alfred Rosenberg „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ sind nichts anderes als eine Paraphrase der sehr vereinfachten deutschen Thesen der „Lebensphilosophen“, deren typischer Repräsentant Hr. Nietzsche selbst ist, aus der theoretischen Philosophie, Psychologie und Biologie in die praktische Tagespolitik übertragener Thesen.

2.) Die ganze rassistische Theorie ist überflächlich, ungebildet, aristokratisch, ebenso wie alles, worauf der Chauvinismus des Nationalsozialismus aufgebaut ist; sie lehnt grundsätzlich alles ab, was allgemein für alle Völker und Rassen gelten sollte. — Das ist dann ausser der eben

erwähnten philosophischen Grundlage der zweite Pfeiler des nationalsozialistischen Antidemokratismus, sowie die ganze Konzeption des sozialen Kampfes der Individuen untereinander und der Rassen untereinander, die die Idee eines demokratischen gleichberechtigten friedlichen Ausgleiches und Abkommens ausschliesst.

3.) Die Idee des Volkstums und der Volksgemeinschaft führt in der nationalsozialistischen Auffassung logisch zum staatlichen Totalismus, zur Unterdrückung der Freiheit des Individuums, der Freiheit der Überzeugung, der Wissenschaft, der Religion und der Kunst und überhaupt der Freiheit des Geisteslebens - d.i. alles dessen, was die moderne Demokratie zum Unterschied vom staatlichen Absolutismus kennzeichnet.

4.) Die ganze Konzeption des Rechtes überhaupt - und die Konzeption des internationalen Rechtes im besonderen - ist in der nationalsozialistischen Theorie eine ausserst national subjektivistische, utilitaristische, gewaltsame, egoistische und vom internationalen Standpunkt anarchistische Konzeption. Sie ist buchstäblich der Ausdruck der Anschauung, dass Recht derjenige hat, der die Macht und die Gewalt hat.-

Im Ganzen ist demnach der Nationalsozialismus ein gemeiner, ungebildeter Materialismus, ein kollektiv nationales und staatlich brutales und primitives Gewaltssystem, das die grundlegendsten menschlichen Freiheiten des Individuums und die prinzipiellen Forderungen menschlicher Würde unterdrückt, ein System, das alle, auch die schlimmsten Methoden

des politischen Kampfes rechtfertigt, wenn sie nur seinem Ziel dienen; es ist ein nationaler Exklusivismus, ein lächerlicher Übermensch-Aristokratismus einer Rasse über die andere, begründet auf oberflächlicher und äusserst tendenziöser Pseudowissenschaftlichkeit. Es ist mit einem Worte das Erzeugnis eines Volkes und eines Regimes, das offenkundig die Kennzeichen schwerer geistiger Krankheit und Zerrüttung, politischer Unreife und Dekadenz und sozialen und sittlichen Zerfalls aufweist.

VI.

Auf dem Wege zum neuen Welt-
krieg. - Sein demokratischer Sinn
und seine Ziele.¹⁾

1.) Die Unvermeidlichkeit des Kampfes für die neue
europäische Demokratie und Freiheit.

Im Laufe der letzten fünf und zwanzig Jahre seit dem Ausbruch des Weltkrieges vom Jahre 1914 machte Europa bedeutungsvolle und rasche Änderungen und Umwälzungen durch. Nur sehr wenige historische Zeitabschnitte können sich mit dieser bewegten Epoche der Weltgeschichte vergleichen. Durch den Fall der vier grossen Reiche (Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland und Türkei) entstanden grosse materielle Veränderungen, zahlreiche neue Nationalstaaten wurden geschaffen, Bürgerkriege und gewaltsame Änderungen von Regierungen und Regimen (Italien, Spanien, Österreich, Ungarn, Polen, Griechenland, Bulgarien, Deutschland) spielten sich ab, ganze Gesellschaftsklassen und Kasten ver-

1) Der erste und der zweite Teil dieses Kapitels wurden bald nach München geschrieben und im April und Mai 1939 an der Universität in Chicago vorgetragen, der dritte Teil sowie das ganze folgende (VII.) Kapitel wurde in der ersten Hälfte des J. 1942 geschrieben.

schwanden, und neue Herrschaftsklassen - und - Völker traten auf; tiefe Wandlungen erfolgten auch in der geistigen und kulturellen Sphäre. Die rasche Folge der sich wandelnden politischen Regime wurde von einer raschen Folge neuer ideeller Systeme begleitet; es entstanden neue politische und soziale Theorien und Lehren, neue Philosophien und moralische Systeme, neue Rechtsgrundsätze und neue politische Regime - all dies hat kaum eine Analogie in der Geschichte.

In den vorangehenden Kapiteln habe ich betont, dass der Weltkrieg vom Jahre 1914 ein Zusammenstoß zwischen dem alten aristokratischen und militaristischen System und dem neuen liberalen und demokratischen Konzeptionen war, die vor anderthalb Jahrhunderten aus der französischen und der amerikanischen Revolution und aus der Entwicklung der englischen konstitutionellen Demokratie hervorgewachsen sind. Die Demokratien haben diesen Krieg gewonnen, sie versuchten ein demokratisches Europa aufzubauen und begannen mit idealistischer Begeisterung eine demokratische und pazifistische internationale Ordnung im Rahmen des Völkerbundes zu schaffen.

Nach einigen Jahren kam aber, wie wir gesehen haben, die Reaktion in Form von autoritativen Regimen und Regierungen, und es fing eine allgemeine Rückkehr zur alten nationalistischen Machtpolitik der europäischen Grossmächte an. Gegen die demokratische und humanitäre Philosophie und Moral und die Rechtsordnung, die sich auf sie stützt, erhoben sich wieder Theorien, die nicht die Philosophie der Menschlichkeit, allmenschliche Sittlichkeit und religiöse Toleranz an die

erste Stelle setzten, sondern national ausschliessliche, gewaltsame Theorien über Volk und Staat, über eine besondere privilegierte, gewaltsame herrschende Gesellschaftsklasse oder politische Partei, mit einem besonderen, mystisch-diktatorischen „Führer“ an der Spitze, deren Macht, Bedürfnissen und Interessen – nach der Anschauung ihrer Anhänger – alles andere geopfert werden muss.

Der Krieg als Mittel nationaler Politik, der in den ersten Jahren nach dem Weltkonflikt vom Jahre 1914 endgültig beseitigt werden sollte, wurde wieder Gegenstand der täglichen Diskussionen und eine ständige Gefahr, etwas ganz Natürliches, Ehrenhaftes und sogar Richtiges und Gutes – nach diesen sogenannten neuen Theorien, die übrigens sehr alte Theorien sind. Die Verträge, die nach früheren Rechtstheorien heilig und unverletzlich waren und nur nach früher vereinbarten Grundsätzen geändert werden konnten, wurden merkwürdigen neuen Regeln unterworfen: sie waren nur solange gültig, als sie der gegebenen Situation entsprachen, d. i. solange sie für die eine Partei vorteilhaft waren oder soweit hier nicht Macht genug vorhanden war, sie mit Gewalt oder durch einfachen Wortbruch ohne Rücksicht auf jemand anderen zu ändern.

Auch innerhalb der Staaten kam es zu tiefen politischen und sozialen Umstürzen; einzelne Klassen und Parteien wollen ohne Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen des Staates als Ganzen entweder sich der Herrschaft, die ihnen rechtmässig nicht gehören sollte, bemächtigen oder sie erhalten, sie zerrütten die früheren Verhältnisse und trei-

beim den Staat in Bürgerkriege, in denen alle modernen bürgerlichen Freiheiten bedroht sind.

Solch eine Zeit ist die Gegenwart, in der alle Traditionen auf diese Weise rücksichtslos bei Seite geworfen werden, in der es keine allgemein anerkannten, festen und beständigen philosophischen, religiösen, sittlichen und rechtlichen Konzeptionen gibt, in der die politischen und sozialen Regime ohne Rücksicht auf Verträge oder loyale Verhandlungsmethoden beseitigt und in der neue Regime in harten und oft blutigen sozialen und politischen Kämpfen geschaffen werden - solche Zeiten sind, wie wir wissen, Zeiten einer sittlichen und ideellen Krise und des Chaos, Zeiten sozialer Umwälzungen und Revolutionen.

Das ist allerdings nichts Neues. In der Geschichte der Menschheit wechseln ziemlich regelmässig Zeiten der universalen humanitären Philosophie und Sittlichkeit mit Zeiten der exklusiven, egoistisch nationalen und staatlichen Philosophie unter der Vorherrschaft eines Volkes, einer Partei oder Klasse ab. Von der Blüte der Ägyptischen und der jüdischen Zivilisation und Kultur über die klassische Zivilisation bis zur Blüte des Christentums, von dem mittelalterlichen katholischen Universalismus über den Humanismus und die Renaissance zur Zeit des Feudalismus und monarchistischen Absolutismus, von der „Aufklärung“ über die französische Revolution bis zu Reaktion nachher und bis zur Zeit des Konstitutionalismus und Liberalismus im 19. Jahrhundert mit den ersten sozialistischen Experimenten in Europa, vom Weltkrieg vom Jahre 1914 und dem vorübergehenden Sieg der

Wilsonschen Demokratie und des universalen Völkerbundes bis zu der jetzigen Reaktion gegen sie - bewegten wir uns fortwährend zwischen dem Kampf für den humanistischen Universalismus, für die Freiheit und die freie Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit auf der einen Seite und der ausschliesslich vom Staate beherrschten egoistischen, exklusiven nationalen Doktrin oder einem ähnlichen politischen gewaltsamen System, das auf Gewalt, Druck und Mangel an Freiheit nach aussen und innen beruht, auf der anderen Seite.

Nach dem Siege eines dieser Systeme und Regime folgen notwendig und unvermeidlich Versuche, ein alternatives System und eine solche Ordnung zu errichten. Zumeist kämpften in den historischen Epochen immer diese zwei sozialen, politischen und ideellen Ordnungen gegenseitig in den individuellen nationalen Gemeinschaften; und nur sehr selten konnte eine von ihnen das gegnerische System völlig unterdrücken und die absolute Herrschaft in der oder jener Gemeinschaft erobern. In ausserordentlichen Zeiten, in Zeiten grosser Krisen, Kriegen und Katastrophen, in revolutionären Zeiten, wie es die unsere ist, gewinnt allerdings dieser Kampf so sehr an Intensität, Fanatismus und Leidenschaftlichkeit, dass die Kräfte der Reaktion, der Macht und Gewalt auf das Rücksichtsloseste alle möglichen Methoden anwenden um die Bewegung für die Freiheit endgiltig zu entwurzeln. In bestimmten Staaten hatten diese Kräfte in den letzten zehn Jahren grossen Erfolg: in Deutschland, Italien, Japan und einer Reihe kleinerer europäischer Staa-

ten.

Es ist ein wesentlicher Charakterzug und Eigenschaft jeder Revolution, dass in ihrer Entwicklung und ihren Foligen Elemente der Reaktion gegen ihre eigenen Grundsätze und Ergebnisse enthalten sind. Wir haben gesehen, wie die französische Revolution verschiedene mächtige und grausame ideelle und praktische Strömungen, die sich gegenseitig bekämpften, hervorgebracht hat. Wir haben die selbe Erscheinung im letzten Weltkrieg gesehen und sehen sie gleichfalls in der heutigen furchtbaren Krise. Anscheinend ist es ein soziologisches Gesetz. In jedem Fall ist es eine wirkliche historische Erfahrung. Jede Revolution übertreibt in ihrem ersten revolutionären Eifer, schiesst bei der Verwirklichung ihrer revolutionären Grundsätze übers Ziel, missachtet die wirklichen Bedingungen des sozialen Organismus, der sich in revolutionärer Wandlung befindet, übertreibt mehr als die Kräfte der revolutionären Bewegung im Stande sind, im praktischen Leben zu verwirklichen, und die Bewegung und ihren Erfolg genügend dauerhaft zu machen. Und ebenso übertreiben in ihrem Widerstand diejenigen, die gegen sie die alte Ordnung verteidigen, und haben regelmässig nicht Verständnis genug für den Geist und die Bedürfnisse der neuen Zeit, sodass sie ihre überlebten persönlichen, parteiichen und Klassenpositionen blind verteidigen.

Die revolutionäre Begeisterung, die revolutionären Kollektivkräfte und die heissen Köpfe unter den führenden Revolutionären, die ihre oft für ihre Zeit entweder über-

triebenen oder von der gegnerischen Seite absolut nicht begriffenen revolutionären Ziele zu verwirklichen trachten, müssen gewöhnlich Macht und Gewalt anwenden - und so kann man beobachten, dass fast jede wirkliche Revolution eine Zeit des revolutionären Terrorismus und fast unvermeidlich auch ein Kriegsabenteuer durchmacht. Und wenn in der kritischen Stunde des Umsturzes, in der die sittlichen, ideellen und wirklichen politischen Kräfte der revolutionären Bewegung und ihrer Grundsätze verbraucht, durch den Kampf mit der gegnerischen Reaktion, den Terrorismus oder den Angriffs- oder auch den Verteidigungs-Krieg erschöpft und die revolutionären Führer nicht fähig sind, den revolutionären Schwung durch die wirklichen, richtig bewerteten Bedingungen des Staates und des Volkes, die diese soziale Veränderung durchmachen, zu massigen und ihn anzupassen, da beginnt die neue gegenrevolutionäre Reaktion, die ihre Grundlage in den entgegengesetzten ideellen Strömungen, in den entgegengesetzten Klassen, Parteien und anderen konservativen sozialen Kräften hat, die unterdessen immer unterirdisch gearbeitet und die Rückeroberung ihrer alten Stellungen vorbereitet haben.

Dieses soziologische Gesetz ist eine normale Erscheinung jeder grossen politischen und sozialen Revolution. Der Fall des römischen Reiches, herbeigeführt durch die christliche Revolution, die mittelalterlichen religiösen Revolutionen und Kriege, die französische Revolution vom Jahre 1789, die Revolution vom Jahre 1848 in Europa, die Revolution der französischen Kommune vom Jahre 1871 und schliesslich die grosse russische Revolution vom Jahre 1917 -

alle diese grossen historischen Revolutionen gingen mehr oder minder durch solche Zeitabschnitte hindurch.

Die Soziologen, Geschichtsschreiber und Psychologen sehen in diesen sozialen Geschehnissen, Aktionen und Reaktionen eine natürliche Erscheinung und notwendige Phase des politischen Kampfes. Gerade die Kraft dieser natürlichen Reaktion gibt ihnen die Möglichkeit, zu beurteilen, wie tief die Welle der Revolution ist oder war, ob sie wirklich erfolgreich sein kann und ob sie im Staade ist, neue und dauerhafte Bedingungen eines neuen sozialen und politischen Lebens zu schaffen und ob neue revolutionäre Grundsätze als wirkliche und dauerhafte Grundlage für eine Rekonstruktion des Staates und des ganzen sozialen und nationalen Nachrevolutionsorganismus angenommen werden können.

Europa windet sich heute also wieder einmal in den Krämpfen einer solchen grossen Erneuerung und wir alle leben in einer Zeit eines grossen ideellen Überganges und der Überschätzung aller bisher angenommenen Werte und Geschehnisse. Die ganze historische Entwicklung der Menschheit ist ein einziger gigantischer, heroischer Kampf für die Verwirklichung der stets höheren und gerechteren, sozial und sittlich fortgeschritteneren und freien menschlichen Persönlichkeit, die aber zugleich durch ihrx hohes sittliches Niveau und ihre Bildung ihren Pflichten gegenüber der Staatsautorität, gegenüber der Gesellschaft als Ganzem Genüge tun sollte, die diszipliniert und dennoch innerlich frei sein sollte, die auf der einen Seite freiwilliges Verständnis für ihre sozialen, nationalen und

bürgerlichen Pflichten beweisen sollte und zugleich auf der anderen Seite nicht so grausamen Formen einer mechanischen Disziplin oder Autorität und Gewalttätigkeit unterworfen werden dürfte, wie es heute in den autoritativen Staaten geschieht.

Es ist eine soziale Tatsache, dass der Kampf des Menschen für diese höhere Kultur und Zivilisation, diesen höheren Grad der Freiheit und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit nicht in gerader Linie durch eine ruhige Entwicklung besteht; er geht in sozialen Wellen vor sich. Wir haben Zeiten der Freiheit, in denen die erste revolutionäre Begeisterung vielleicht zu hoch aufflammt, in denen die befreite Generation und ihre befreiten Führer aus Begeisterung oder Schwäche Fehler begehen und Misserfolge haben, weil sie unerfahren sind; und es folgt die Reaktion - oft eine gewaltsame. Auf Zeiten des Verfalles folgt aber eine neue Welle der Freiheit. Diesmal ist das neubefreite Volk und seine Führung vorbereitet, reifer; es lernt und muss aus seinen früheren Irrtümern und Misserfolgen lernen und verwirklicht in diesen neuen Zeiten eine höhere Stufe der Kultur und Zivilisation, der Freiheit und der Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit. Es kommt also eine neue Welle, eine höhere Welle der Entwicklung der Gesellschaft und der menschlichen Zivilisation.

Gewiss ist es hart und bedauernswert, dass die Menschheit ihren Fortschritt und die Bestrebungen um ihre eigene Vervollkommnung so teuer bezahlen muss. Vielleicht wird jemand vermuten, dass diese Konzeption der Geschichts-

philosophie zu pessimistisch sei. Leider ist es eine durch die natürlichen Eigenschaften des menschlichen Geistes, die menschliche Psychologie und die Gesetze des Kollektivs in der menschlichen Gesellschaft gebildete historische Sache. Übrigens ist es nicht einmal so pessimistisch. Ich nehme den absoluten Pessimismus oder den Optimismus als überwiegende oder richtige Charakteristik des Lebens der menschlichen Gesellschaft nicht an. Wenn das menschliche Leben nur ein brutaler Kampf und Ausdruck grober Gewalt sein sollte, wo wäre dies eine pessimistische Auffassung des gesellschaftlichen Geschehens und Lebens. Aber das menschliche Leben ist auch Zusammenarbeit, Liebe und Mitleid, ist auch ein Kampf für grosse sittliche Ideale, sowie der Ausdruck der höchsten Eigenschaften des menschlichen Geistes und der höchsten Werte der menschlichen Gesellschaft. Die Menschen und die Gesellschaft, die ohne Vorbehalte, ohne Kompromisse und ohne Ermüdung auf der Seite des Geistes und des Ideales gegen das Schwert und die grobe Gewalt kämpft, sind der Ausdruck des wahren, objektiven und realistischen Optimismus; und das ist auch tatsächlich die richtige Konzeption der menschlichen Entwicklung und des glücklichen menschlichen Lebens.

Die zeitgenössische Reaktion in Europa auf die demokratischen Regime hat daher eine sehr natürliche Unterlage nicht nur in den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in den einzelnen Staaten, sondern auch in dem allgemeinen Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung und der Geschichtsphilosophie der modernen Menschheit.

Ich habe bereits in den früheren Kapiteln betont, dass

nur wenige von den europäischen Staaten im Jahre 1919 durch ihre inneren Bedingungen genügend vorbereitet waren zur neuen europäischen demokratisierenden Revolution. Viele von ihnen waren nicht im Stande, der riesigen und unerwarteten Nachkriegsschwierigkeiten Herr zu werden, die sich in den verschiedenen Fachern des öffentlichen Lebens zeigten, politische, wirtschaftliche, finanzielle Schwierigkeiten, Währungsfragen, Fragen der modernen Verwaltung, Nationalitätenfragen usw. Ich muss zugeben, dass in manchen europäischen Staaten bei der Verwirklichung demokratischer Grundsätze übertrieben wurde, namentlich in der Schnelligkeit, mit der manche Volksbewegung die antidemokratischen Ordnungen durch neue Regime zu ersetzen trachtete: z.B. die kommunistische Revolution in Ungarn, die Agrarrevolution in Bulgarien, manche ungenügende Nationalitätenmassnahme in geradezu allen mitteleuropäischen Ländern, ob grossen oder kleinen, usw. Anderswo war wiederum nicht der Mut vorhanden, soweit zu gehen, wie es möglich gewesen wäre und wie es das Interesse des Staates und der Demokratie erforderte: z.B. in Deutschland, in Polen, später in Frankreich usw. Dies alles hatte einen sehr ernsten Einfluss auf die Lebensfähigkeit der neuen demokratischen Revolution und erleichterte in sehr weitem Masse das Kommen der autoritären Reaktion in Europa.

Aber dasselbe unvermeidliche und verhängnisvolle Gesetz der gegenrevolutionären Reaktion hat heute auch für die Konterrevolution der autoritativen Regime seine Gütigkeit. Es ist eine absolute und offenbare Wahrheit, dass die autoritativen Staaten schwer für ihre antidemokratischen

Revolutionen, ihre neuen antidemokratischen Massnahmen und Experimente büssen. Die Diktatur ist und war immer nur ein vorübergehendes Regime. Die Geschichte bestätigt diese soziologische Tatsache. Jede Diktatur kann die Schwierigkeiten, die vielleicht ein notwendiges Erzeugnis des demokratischen oder des freien Regimes überhaupt sind, nur für eine kurze Zeit lösen. Im allgemeinen schafft jede Diktatur eine Situation, die sich sehr bald als schlechter erweist, als die Situation während des vorangegangenen freieren Regimes. In fast allen Fällen bleibt die Situation, die die Diktatur hervorgerufen hat, unlösbar durch normale Entwicklung, und es bedarf entweder eines Krieges oder eines inneren Aufstandes und einer Revolution, um schliesslich den Ausgangsweg aus den Wirren der autoritativen Verhältnisse zu finden. Auch das ist ein einfaches soziologisches Gesetz.

Ausser den unvermeidlichen Folgen eines solchen Regimes - die Vernichtung jeder individuellen Freiheit, der Freiheit der Presse und der öffentlichen Meinung, der freien Bildung, der Freiheit der Kirche und des religiösen Lebens, der Kultur, Wissenschaft und Kunst, die Vernichtung der Toleranz, soweit es sich um die freie Entwicklung der gesellschaftlichen Klassen und Minderheiten jeder Art handelt - erzeugt jedes unfreie, diktatorische Regime in seiner Gesellschaft eine innere Demoralisation, Korruption, administratives Chaos, Unordnung, soziale Zersetzung, offenen Hass und Erbitterung einzelner ganzer Klassen und Einzelner im ganzen gesellschaftlichen und öffentlichen Leben.

Heute ist es auch kein Geheimnis mehr, dass, soweit es sich um die finanzielle und wirtschaftliche Lage der heutigen diktatorischen Regime handelt, diese einen unvermeidlichen völligen Misserfolg darstellen. Damit die Politik dieser Regime erfolgreich sei, hätten sie ihre Tüchtigkeit und Fähigkeit durch die Lösung der schwierigsten wirtschaftlichen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Haushaltschwierigkeiten, Handels- und Ausfuhr-Probleme, Währungsfragen beweisen müssen; sie zwangen sie aber zu unglaublichen Experimenten auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet. Heute ist es bereits klar, dass diese Experimente einen absoluten Misserfolg darstellen, da sie notwendigerweise teils extremistisch, teils künstlich und gewaltsam waren und den allgemeinen natürlichen Möglichkeiten der betreffenden Länder nicht entsprachen. Heute ist es auch sehr gut bekannt, dass die Diktaturen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet - zum Unterschied von den demokratischen Staaten - Methoden und Mittel gebrauchten, die sie entweder zum unvermeidlichen finanziellen Sturz oder zu einer stets neuen und sich wiederholenden gewaltsamen und erschöpfenden sozialen und wirtschaftlichen Revolution trieben.

Die Diktaturen mussten infolge dessen systematisch und allmählich ihren Lebensstandard senken, die Bevölkerung ist verarmt, leidet Entbehrungen und wird in Zukunft noch lange Zeit Entbehrungen leiden. Es ist eine Tatsache, dass sich die faschistischen Diktaturen seit dem Jahre 1938/39 inmitten einer sehr tiefen sozialen und wirtschaft-

lichen Krise und neuen inneren Revolution befinden, die die gegenwärtige Situation namentlich ihrer mittleren und höheren Klassen von Grund aus ändern wird; dabei schreiten sie wollend oder nicht, nur um sich aus ihren Schwierigkeiten zu helfen, eilig in der Richtung auf den Staatskapitalismus und Kollektivismus zu, und in der Wirtschaft und im Finanzwesen ist ihr Weg vielfach analog oder absolut gleich wie im kommunistischen Staate, gegen den sie kämpfen, indem sie so laut, wie sie können, hinausschreien, dass sie die einzigen und wahren Feinde der barbarischen kommunistischen Zivilisation seien.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese autoritativen Regime wirtschaftlich, politisch, moralisch und sozial heute den Höhepunkt ihres Aufbaus und Wachsens überschritten haben; wir nähern uns der Stunde, in der die Entwicklungskurve der autoritativen Regime in Europa den Punkt ihres Bruches erreicht. Dieser Punkt muss notwendigerweise nicht nur dann erreicht werden, weil es das politische und soziologische Entwicklungsgesetz so will, sondern auch besonders darum, weil diese Regime in Wirklichkeit sozial und politisch sehr ernstlich krank sind. Überall in Europa, wo die Demokratie gefallen ist, waren dies eigentlich bereits Anzeichen der Krankheit im staatlichen und nationalen Organismus und der Erkrankung der bürgerlichen Demokratie selbst. Die Errichtung verschiedener europäischer Diktaturen war keine Heilung der Krankheit, sondern eine Äusserung der Krankheit, - und war ein Zeichen, dass die betreffenden Völker und Staaten dadurch noch abnormaler und kränker wurden.

Im gegebenen Augenblick wird sich diese Krankheit als tödlich erweisen: im Augenblick einer mächtigen inneren Reaktion der Freiheitskräfte oder in der Stunde eines Kriegsabenteuers, in das sich regelmässig das diktatorische Regime einlässt, das zu einer inneren und auswärtigen Hazardpolitik verurteilt ist, wird es unvermeidlich zum schliesslichen Zusammenbruch kommen.

2.) Kommt es wirklich zum neuen Weltkriege ?

Alles, was ich in den vorangegangenen Kapiteln über die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem europäischen Festlande dargelegt, und das, was ich über die Gesetze der sozialen Entwicklung gesagt habe, bedeutet also, dass auf die jetzige stürmische Zeit der europäischen Geschichte, die uns den Fall so vieler Demokratien gebracht hat, bald eine heftige Änderung folgen wird. Kein Volk kann auf die Dauer in Sklaverei leben. Die Reaktion kommt in den dunkelsten Stunden; im Hinblick auf den heutigen Stand der Dinge in Europa bedeutet dies demnach, dass sie bereits auf dem Wege ist. Es kann garnicht anders sein.

In den Vereinigten Staaten, in England, Frankreich, ja, in Deutschland, kann man heute eine sehr mächtige und tiefe Reaktion gegen die Diktaturen in Form von neuen geistigen Strömungen, Kämpfen um eine neue Philosophie, eine neue Sittlichkeit, ein neues internationales Recht und eine neue politische Wissenschaft beobachten; ich sehe sie in Form einer Reihe praktischer politischer Strömungen, Bewegungen und machtpolitischer Entscheidungen, die von gewissen Staa-

ten getroffen wurden, in Versuchen, diese Krise, die durch die gesamte Entwicklung des 19. Jahrhunderts den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufen wurde, zu überwinden. Es wird um den Sturz unmenschlicher, gewaltsamer, barbarischer und antidemokratischer Konzeptionen der europäischen autoritativen Staaten auf politischem, sittlichem, intellektuellem und sozialen Gebiet gehen.

Wenn der wirkliche Stand der Dinge ein solcher ist und wenn die autoritativen europäischen Staaten sich demnach gegenwärtig ihrem Höhepunkt nähern, wie wird ihr Übergang zu ihrem neuen Stadium sein? Durch einen Krieg oder eine Revolution oder dadurch, dass sie langsam durch innere Änderungen sich den neuen Bedingungen anpassen?

Ich behaupte vor allem, dass in Europa und in der ganzen Welt heute schon wirklicher und grosser Krieg ist und dass schon heute ¹⁾ eine Art grosser Revolution durch Europa tobt.

War es denn ein Frieden, als Japan seit dem Jahre 1931 einen grossen Einfall in China zunächst geplant und dann durchgeführt hat? Es geschah vor den Augen der ganzen Welt im Jahre 1932, und seither führt das japanische Volk einen gewaltsamen und barbarischen Krieg auf chinesischem Boden. Die Intervention des Völkerbundes wurde angerufen - aber ohne Erfolg. War es vielleicht ein Frieden im Jahre 1934, als eine andere Invasion vorbereitet wurde - die italienische Invasion in Abessinien? Trotz der Inter-

1) D.i. im Frühjahr 1939.

vention des Völkerbundes und obgleich in Genf Sanktionen abgestimmt wurden, wurde die Invasion durchgeführt und die Unabhängigkeit dieses Staates vernichtet.

Dann folgten weitere militärische Abenteuer der autoritativen Staaten: die militärische Besetzung des Rheinlandes, die Einnahme Österreichs, der Krieg in Spanien, die systematische Gewaltandrohung gegen die Tschechoslowakei und dessen zwei Mobilisierungen im Mai und September 1938, die dieser Staat zur Verteidigung seines Gebietes gegen die deutsche Invasion vollzog. Dann kam die militärische Besetzung der Tschechoslowakei, der Einfall in Albanien, weitere Drohungen mit Militärgewalt gegen Litauen, gegen Polen, gegen Griechenland und Rumänien, gegen die Schweiz, Belgien und Holland. Auf all dies folgte ein neues riesiges Rüstren aller europäischen Staaten und die Mobilisierung weiterer Millionen von Männern in Deutschland, Italien, Frankreich, Russland, Polen, Rumänien, Ungarn und zahlreichen anderen Staaten.

Ich wiederhole: ist das ein Frieden? Und wie lange kann man dies alles fortsetzen? Ist es nicht eine gewaltsame, brutale und barbarische Zersetzung der Gesellschaft und nicht eine sittliche Revolution, wenn das ganze System des internationalen Rechtes auf solche Weise durch die politischen Praktiken der autoritativen Staaten zerstört wird - eine Erscheinung, die leider in zahlreichen Fällen von einem unglaublichen Verfall der europäischen Demokratien begleitet wird. Seit dem Jahre 1932 wurde der Völkerbundspakt systematisch sabotiert und in seinen grund-

legendsten Artikeln verletzt; ein internationaler Vertrag nach dem anderen wurde zerrissen und vernichtet; die Einmischung der autoritativen Staaten in die innere Politik demokratischer Nachbarstaaten wurde ein System ihrer Tagespolitik; ihre Führer hielten systematisch öffentliche Reden und gaben Erklärungen und Manifestationen ab, von denen sich gleich darauf zeigte, dass sie Lügen, öffentlicher Verrat und Täuschung der eigenen Völker und der freien Regierungen sind; sie verpflichteten sich hundertmal mit ihrem Wort und brachen es hundertmal; sie gaben alle möglichen Bürgschaften und achteten keine; sie unterschrieben feierlich neue Verträge und verletzten sie alle.

Die autoritativen Regime vernichteten ihre Parlamente und alle öffentlichen Freiheiten, das freie Kulturleben, die freien Schulen, ihre liberalen Rechtssysteme und setzten eine völlige barbarische Rechtlosigkeit mit Konzentrationslagern und mit einem unglaublichen Martyrium ihrer politischen und nationalen Gegner ein. Wir sehen alle, wie Hunderttausende, ja Millionen leidender Auswanderer, ehemals freie Menschen und Bürger, aus ihren Jahrhunderte alten Heimstätten vertrieben werden und wie ihnen gesagt wurde, dass sie nie mehr zurückkehren dürfen. Wo in der Welt sollen sie jetzt eine neue Heimat suchen? Wir sehen, wie diese ganzen Hunderttausende von ehemals freien Menschen der Armut und dem Leiden den Vorzug gaben vor Erniedrigung, Behrlosigkeit und Tyrannei im Vaterland. Und wir sehen ganze Völker in Angst vor dem unaufhörlichen Terror und in

Unsicherheit vor dem Morgen, in einer unglaublichen moralischen und Nervenspannung; manche von ihnen trachten, sich vorübergehend Schweigen aufzuerlegen, und nehmen vorübergehend selbst die grösste Erniedrigung auf sich, nur um einmal wieder in gegebener Stunde stärker und zum Kampfe vorbereiteter sich erheben zu können. Das ist in dieser Stunde der Fall meines Vaterlandes, der Tschechoslowakei.

Ist dieses Alles nicht die unzivilisierteste und barbarischste sittliche Zersetzung und Revolution? Und wenn ich diese furchtbaren Tatsachen feststelle, so glaube ich nicht, auf die gegenwärtigen und politischen Kämpfe mit Leidenschaft, Hass, Vorurteil oder Enttäuschung zu blicken.

Wir haben im September 1938 und im März 1939 gesehen, was der Tschechoslowakei geschehen ist. Und wenn ich von meinem Vaterlande spreche, so habe ich nicht die Absicht, jemandem Vorwürfe oder Rekrinationen zu machen. Ich gebe nur das Beispiel, das berühmt geworden und das eine wirkliche Warnung für die ganze Welt ist, damit sie auf diesem Wege des Verderbens, der überall unvermeidlich zur absoluten Vernichtung der bisher noch lebenden Demokratien führen muss, nicht weiterschreite. Im Laufe der sogenannten Septemberkrise des Jahres 1938 wurde von der Tschechoslowakei verlangt, ein massloses Opfer für die Erhaltung des Friedens zu bringen. Unser Volk war bereit, Opfer zu bringen. Wir trachteten immer wieder, durch Verhandlungen zu einem vernünftigen Abkommen zu gelangen und wollten vernünftige Zugeständnisse machen, die unser Land annehmen könn-

te. Wir wollten der Welt zeigen, dass die Tschechoslowakei - eine wirkliche, gesunde, erfolgreiche und fortschrittliche Demokratie - anderen Staaten keine Schwierigkeiten bereiten will, sondern bereit war, zur allgemeinen Verständigung in Europa beizutragen.

Ein solches Abkommen, wie es schliesslich in München ohne jede Beteiligung der tschechoslowakischen Regierung erzielt wurde, haben wir allerdings nicht erwartet. Es war gewiss eine ungerechte Entscheidung, durch die im Namen der Selbstbestimmung unserer deutschen Bevölkerung mehr als 1,200.000 Tschechoslowaken - was mehr ist als 10 % des ganzen Volkes - anderen Staaten zugeteilt wurden. Verstehen wir gut : ein freies, verträgliches und demokratisches Land wurde gezwungen, seine Bevölkerung einem brutal bedrückenden Staate auszuliefern , und zwar auf Grund einer einseitigen Entscheidung, die geradezu die ganzen wirtschaftlichen Grundlagen unseres Staates zerstörte und der Tschechoslowakischen Republik so künstliche Grenzen gab, dass der ganze Staat vom wirtschaftlichen und strategischen Standpunkt praktisch in die Hand seines mächtigen diktatorischen Nachbarn gegeben wurde.

Die Annexion dieses Staates durch Deutschland im März 1939, einige Monate nach der Münchener Entscheidung, hat gezeigt, dass die Münchener Lösung einfach unmöglich, ausserst ungerecht war. Als wir aber im September 1938 sahen, dass unser 10-Millionen-Volk, das von einem Volk umringt ist, das 80 Millionen Einwohner zählt und über einen mächtigen Kriegsapparat verfügt, keinen Widerstand

gegen die überwältigende Übermacht seines zur Invasion unseres Staates vorbereiteten Nachbarn leisten kann, mussten wir uns der Münchener Entscheidung, die uns den Frieden bringen sollte - woran die westlichen demokratischen Signatarmächte anscheinend wirklich glaubten - unterwerfen. Einer der Gründe der Unterwerfung unter das Münchener Diktat war, dass vier europäische Grossmächte feierlich ein Dokument unterzeichneten, wodurch dem tschechoslowakischen Volke seine Unabhängigkeit und dem tschechoslowakischen Staate seine neuen Grenzen verbürgt wurden.

Wir haben aber gesehen, dass trotz all unseren Opfern, trotz der feierlichen Münchener Erklärung, trotz der Garantien der vier Grossmächte, der deutsche Diktator nach einem neuen, harten Druck auf die Prager Regierung und nach neuen öffentlichen Lügen, Gewalttaten und Verrat teils an den Tschechen, teils an den Slowaken, am 15. März 1939 in feiger Weise unsere entwaffnete Republik militärisch überfiel, das ganze tschechische Gebiet besetzte und es, nach der Abtrennung der Slowakei, als deutsches Protektorat erklärte. Trotz einem frei angenommenen und feierlich unterzeichneten Abkommen überfiel auch die magyarische Regierung in verräterischer Weise militärisch Karpathorussland und die Ostslowakei und annektierte diese Gebiete gewaltsam für das heutige Ungarn.

Die deutsche Regierung als Signatar des Münchener Abkommens brach abermals ihr Wort, vernichtete durch grobe Gewalt den blühenden demokratischen Staat und unterwarf sich ein freies Volk, indem sie zynisch erklärte, dass das nazistische Deutschland dieses Gebiet brauche, dass es sich seiner einfach bemächtige und dass es darauf niemals verzich-

ten werde. Das tschechoslowakische Volk, das vorübergehend moralisch gebrochen war durch die Ereignisse vom September 1938, als es verlassen und gezwungen worden war, die unmögliche und ungerechte Entscheidung anzunehmen, deren militärische Bedingungen ihm absolut die Möglichkeit raubten mit der Waffe in der Hand seinen Staat wirksam zu verteidigen, war einfach genötigt, sich vorübergehend zu unterwerfen. So wurden die Münchener Entscheidung gerade durch jene Macht vernichtet, die sie gefordert und mit Gewalt erzwungen hatte; und es zeigte sich, dass die Münchener Garantie der vier europäischen Grossmächte absolut keinen positiven Wert hatte.

Wie konnte dies alles im 20. Jahrhundert geschehen, in dem Jahrhundert, das oft als Jahrhundert hoher Zivilisation, hoher Kultur, hoher sittlicher, geistiger und technischer Werte gerühmt wurde, die unsere Aera auf die Höhe menschlicher Kultur und menschlichen Fortschrittes erhoben hätten? Wie ist es möglich, dass es in diesem sogenannten aufgeklärten Zeitalter in Europa Regierungen gibt, die offen und zynisch das Recht der groben Gewalt verkünden, die es ablehnen, die humanitäre und christliche Lebenskonzeption anzuerkennen, die jede Idee internationaler Sittlichkeit und Ehrlichkeit zerstören und die absolut keine Achtung vor dem gegebenen Wort, der gegebenen Bürgerschaft, dem angenommenen Abkommen und dem unterzeichneten Vertrag haben?

Ich weiss, dass es nicht die Grundsätze des ganzen deutschen Volkes sind. Das deutsche Volk selbst befindet sich heute auch in Knechtschaft. Es ist wahr, siebzehn Jahre lang arbeitete das demokratische Deutschland in Frieden mit der

Tschechoslowakei zusammen. Es ist aber das heutige deutsche Regime und die anderen Diktaturen in Europa, die diese Situation der absoluten Verwirrung und Zersetzung, des Hasses und der Gewalt, des Krieges und der Revolution hervorbringen. Man bedenke nur, was die Deutschen z.B. mit den Juden getan haben! Man bedenke, wie sie mit ihren politischen Gegnern umgegangen sind! Man bedenke, was sie mit den Kirchen, den Wissenschaften und Künsten, mit dem gesamten Geistesleben getan haben! Man bedenke, wie sie heute mit allen ihren Nachbarn vorgehen! Alle diese Erscheinungen muss man als absoluten Zerfall der modernen menschlichen Zivilisation und aller gesunden menschlichen, moralischen und rechtlichen Konzeptionen, zu denen die Menschheit nach tausenden Jahren ihrer Entwicklung gelangt ist, ansehen. Das alles ist einfach schon heute Krieg und Revolution. In den letzten Jahren und besonders im September 1938 erklärten die demokratischen Staaten öffentlich, dass sie immer wieder vor den Kriegsdrohungen der autoritativen Staaten darum zurückgewichen sind, weil sie nicht genügend gerüstet waren, um sich den Kriegsdrohungen der Diktaturen widersetzen, um einen von ihnen hervorgegerufenen eventuellen Militarkonflikt gewinnen zu können. Aber sie waren durch eigene Schuld nicht vorbereitet, sie hatten vor diesem Konflikt eine übertriebene Angst, sie fürchteten die sozialen Folgen und die Nachkriegs-Umwälzungen, sie waren selbst innerlich sehr erschüttert, und so trachteten sie, sich durch unwürdige Zugeständnisse, Kompromisse und teilweise Niederlagen, wie es in Mänschen geschah, zu retten.

Das alles war nur ein Kennzeichen der grossen inneren Krise auch der demokratischen Staaten selbst. Ich habe schon früher alle Kennzeichen dieser Krise der bürgerlichen Demokratien erwähnt.

Sollen wir glauben, dass ihre militärischen Vorbereitungen jetzt im Jahre 1939 schon vollständig sind und dass man jetzt Widerstand leisten wird, Widerstand, der zum Kriege führen könnte? Oder erwartet man, dass die dynamischen Staaten jetzt bei der Erhebung neuer Ansprüche vorsichtiger sein und dass sie es zu keinem Konflikt kommen lassen werden, bei dem sie auf wirklichen Widerstand stossen könnten und der zum Kriege führen könnte? Erwartet man, dass alle Unstimmigkeiten mit ihnen, alle jene schwierigen und widerspruchsvollen Lebensinteressen der Diktaturen und der Demokratien jetzt durch eine Verständigung gelöst werden? Das würde bedeuten, dass diese beiden feindlichen Lager ein dauerndes Abkommen erzielen könnten und dass die autoritativen Staaten dann weiter in Ruhe und Frieden mit den Demokratien leben und loyal mit den demokratischen Staaten zusammenarbeiten werden, ohne nach einer Änderung ihrer inneren Struktur, einer Änderung ihrer Ideologie, ihrer politischen Psychologie und ihrer ganzen politischen Erziehung zu trachten. Ist diese Entwicklung möglich oder ist sie schon auf dem Wege zur Verwirklichung?

Nach meiner zwanzigjährigen Nachkriegs-Erfahrung glaube ich nicht daran, obgleich ich es allerdings die ganzen letzten Jahre hindurch gewünscht habe, denn ich habe befürchtet, dass diese Gegensätze sonst unvermeidlich

zu einer grossen Katastrophe führen werde. Da ich die Ereignisse seit dem Jahre 1931 in Betracht ziehe, die Erziehung, Psychologie, und herrschende politische Konzeption in den autoritativen Staaten und den Stand ihrer inneren Politik im Auge habe, bestreite ich absolut die Möglichkeit, dass diese beiden entgegengesetzten Regime - die Demokratien und die totalitären Diktaturen - friedlich neben einander bestehen und leben könnten. Das eine oder das andere Regime muss verschwinden, wenn der Friede erneuert werden soll.

Wird also, wie viele denken, die heutige Zersetzung noch eine gewisse Anzahl von Jahren fort dauern, bis das gegenwärtige Europa in einer grossen revolutionären Bewegung, durch die allmählich alle europäischen Länder und Staaten hinweggefegt, die zeitgenössischen politischen und sozialen Regime beseitigt und hier nationale, dort liberale und da wieder kommunistische Revolutionen entfesselt werden, in Stücke zerfällt? Oder wird alles schliesslich durch einen grossen Weltkrieg gelöst werden?

Nichts liegt mir ferner, als weitere neue Ereignisse zu prophezeien oder das Kommen grosser Katastrophen zu verkünden. Ich habe 20 Jahre an einer konstruktiven Friedenspolitik gearbeitet; 20 Jahre lang habe ich hartnäckig in Genf für den Frieden gekämpft und bei der Organisation des Völkerbundes mitgeholfen; 20 Jahre lang habe ich alles getan, was in meiner Macht stand, um der Tschechoslowakei und ganz Mitteleuropa den Frieden zu bewahren. Als ich am Ende als Präsident nur ein paar Schritte vom Kriege entfernt war, und als das tschechoslowakische Volk bereit war, sein Land mit der Waffe in der Hand bis zum letzten Atemzug zu

verteidigen, brachten wir auf den Druck zweier befreundeter Grossmächte hin unser grosses historisches und allerdings vergebliches Opfer. Das ist vielleicht in der Geschichte ein einzigartiges Beispiel eines Opfers, das von einem freien Volke für das Wohl anderer Völker gebracht wurde. Die sem Opfer gelang es jedoch nicht - wie ich übrigens in der Stunde, in der uns aufgezwungen wurde, davon überzeugt war - die Frage des Friedens oder des Krieges in Europa zu lösen, und durch die Invasion in der Tschechoslowakei, die darauf folgte, hat sich die ganze durch das Münchener Abkommen geschaffene Situation in Europa verschlimmert, ist gefährlicher und tragischer als vorher geworden. Der Kampf zwischen den Demokratien und den totalitären Diktaturen wird demnach weiter geführt. Die Verhältnisse in Europa verschlechtern sich von Tag zu Tag. Aber diese ungewisse, ungesunde, abnormale Situation kann ^{nicht} lange dauern. Es muss eine Lösung kommen, die schliesslich Ordnung und Frieden auf längere Zeit bringt, es muss einen Ausweg aus dem heutigen Chaos, der Spannung und Verwirrung geben.

Wenn wir das unvermeidliche Gesetz der sozialen Entwicklung anwenden, das ich höher oben dargelegt habe, und nach dem umfangreiche sittliche, politische und soziale Änderungen durch eigene innere Kräfte einer inneren natürlichen Reaktion und durch eine notwendige Opposition gegnerischer Kräfte gegen den neu entstandenen gewaltsamen Zustand daheim und in anderen, von den revolutionären Diktaturen unaufröhrlich bedrohten Staaten hervorgebracht werden, so be-

deutet das, dass sich in Europa unaufhaltsam grosse, unvermeidliche Änderungen nähern. Europa wird daher durch eine Epoche neuer grosser Schwierigkeiten, neuer Leiden und umfangreicher Änderungen hindurchgehen. Das gegenwärtige Europa ist heute einfach bereits politisch, ideell und moralisch zum Untergang verurteilt. Die Diktaturen mit allen ihren Schwächen, Extremen, Irrtümern, Misserfolgen, Gewalttaten, Zynismen und Barbarismen werden unvermeidlich zusammenbrechen.

Am wahrscheinlichsten ist die Eventualität, dass es zum Zusammenbruch durch einen entweder direkt oder indirekt von den autoritativen Staaten herausgeforderten militärischen Konflikt komme. Weniger wahrscheinlich ist die Möglichkeit ihres inneren Zerfalles oder einer Reihe von Revolutionen, obgleich auch dies nicht ausgeschlossen ist. Aber in jedem Falle würde auch dazu ein äusserer Zusammenstoss nötig sein. Als fast ausgeschlossen betrachte ich, dass eine allmähliche, ruhige Liquidierung des heutigen Zustandes Europas und der Diktaturen erfolgte, die sich über eine Reihe von Jahren hinzöge.

Mag sich aber die Liquidierung in welcher Form immer einstellen, so wird es meiner Meinung nach im Interesse eines besseren Europa und im Interesse eines freieren, emanzipierteren, sittlicheren und normaleren, demokratischeren und friedlicheren Europas sein. Und mit der besseren, freieren und demokratischeren inneren Struktur der verschiedenen europäischen Staaten wird auch eine neue und bessere äussere Organisation Europas kommen: ein föderatives

Europa sollte das Endergebnis der gegenwärtigen tiefen europäischen Krise sein. Die europäischen Völker sind bereits durch das jetzige internationale Chaos in den zwischenstaatlichen Beziehungen ermüdet. Alles wird sich schliesslich bei dem Gedanken, dass alle zehn oder zwanzig Jahre Europa einen Weltkrieg durchmachen soll, empören. Eine Art Vereinigter Europäischer Staaten wird vielleicht am Ende die einzige Lösung sein, die Europa vor dem absoluten und endgiltigen Zusammenbruch und vor dem moralischen und materiellen Untergang retten kann.

3.) Sinn und Aufgaben des neuen Weltkrieges.

Ich habe diese Betrachtungen im April 1939 an der Universität in Chicago vorgetragen. Fünf Monate darauf kam es zu der gewaltsamen Lösung der europäischen und Weltkrise - man muss es mit Schmerz sagen - zur grossen Überraschung und in unglaublicher Unvorbereitetheit der demokratischen Staaten. Durch den militärischen Angriff Deutschlands gegen Polen im August 1939 verwandelte sich der bisher unblutige Krieg der nazistischen Diktatur gegen die Nachbarn Deutschlands in einen blutigen Krieg. Der zweite Weltkrieg begann.

Sein eigentlicher Anfang liegt allerdings schon in München und wurde geradezu unvermeidlich durch den Angriff gegen Prag im März 1939. Die Geschichte wird einmal mit Recht feststellen, dass der Beginn des Sturzes des nationalsozialistischen Regimes und Hitler-Deutschlands von seinem unglaublichen politischen Sieg in München datiert, der ihn dazu verleitete, nachdem er sich von der grossen moralischen

Schwache und der Angst der westlichen Demokratien vor einem Konflikt mit Deutschland überzeugt hatte, den gewaltsamen Einfall in die böhmischen Länder blindlings durchzuführen. Durch diesen höchsten Verrat - und Stupidität - , begangen an der demokratischen Tschechoslowakischen Republik , war das Mass seines Unrechtes aber schon derart voll, dass die übrige Welt sich dagegen gleichfalls mit Gewalt stellen musste. Der deutsche Angriff gegen Polen war nur der Anlass dazu, dass dieser ganze grandiose moralische Konflikt zweier unversöhnlicher Welten in militärischer Form ausbrach.

Und so ist der zweite Weltkrieg tatsächlich ein Krieg der totalitären Diktaturen mit den Demokratien, ein Krieg, der aus dem Konflikt dieser Regime entstanden ist und der über das Schicksal beider endgiltig entscheiden wird. Er ist, wie ich schon im Kapitel II. dieser Betrachtungen angeführt habe, die unmittelbare Fortsetzung des vorigen Krieges, die aber zugleich eine noch tiefere und weittragendere Revolution sein wird als der Krieg vom Jahre 1914 , und zwar in jeder Beziehung: moralisch, politisch, sozial und wirtschaftlich.

Dadurch, dass der Krieg vom Jahre 1939 eine Fortsetzung des vorigen Krieges ist, dadurch, dass der zwanzigjährige Zeitabschnitt zwischen diesen beiden Kriegen nur eine Fortsetzung desselben Kampfes um die Demokratisierung Europas gegen die neu entstehenden Totalismen war, dadurch, dass der germanische Totalismus das politische imperialistische Programm des kaiserlichen Deutschlands, Europa zu beherrschen, übernommen und es in diesem

Kriege noch beträchtlich erweitert hat, und dadurch, dass am Ende in diesen neuen grossen Konflikt auch der Sowjet-Verband geraten ist, der sich zur kommunistischen sozialen Doktrin bekennt, sind der ganze Sinn dieses neuen Weltkrieges, seine Ziele und seine Folgen ganz klar bestimmt.

Es wird sich dabei um die Lösung dreier Kategorien von Problemen handeln.

Vor allem wird es sich um den Fall und die Vernichtung alles dessen handeln, was ideell, sittlich und politisch und sozial den nazistischen und faschistischen Totalismus repräsentiert und um die Erneuerung jener grossen geistigen und sittlichen Werte, die das demokratische Regime vorstellt, auf dem ganzen europäischen Kontinent. Der heutige Krieg ist ein grandioser sittlicher Konflikt zweier unversöhnlicher Welten, und dieser Konflikt muss mit dem Siege des Guten und dem Fall des Bösen enden. Dieser Konflikt, in dem die Demokratie siegen wird, muss der Nachkriegswelt die höchsten Werte, die das menschliche Individuum überhaupt besitzt und kennt, zurückgeben: die politische und soziale Freiheit, aber vor allem die geistige und die sittliche Freiheit.

Die zweite Kategorie von Fragen, die durch diesen Krieg gelöst werden müssen, betrifft die neue politische Organisierung Europas und der Welt. Es wird dies nicht nur die Befreiung aller Völker, Staaten und Gebiete sein, die von den imperialistischen und totalitären Diktaturen, der deutschen, italienischen und japanischen, besetzt sind, sowie auch von ihren kleineren Helfern (Ungarn, Bulgarien), sondern auch die wirkliche politische Umorganisierung be-

sonders des ganzen europäischen Kontinentes, der Aufbau eines neuen gerechteren und dauerhafteren Friedens auf der Grundlage der erneuerten und gestärkten internationalen Demokratien, und es wird dies endlich die Schaffung neuer internationaler Organismen sein, die den künftigen Frieden nach diesem Kriege besser garantieren und behüten werden, als es der Genfer Völkerbund verstanden hat.

Und schliesslich wird es die dritte Kategorie von Problemen sein: die Wiedergeburt, die Wandlung und der Umbau der Demokratie selbst. Der heutige Krieg ist zugleich eine innere Revolution in den meisten Staaten, die sich an ihm beteiligen oder hineingezogen worden sind. Diese Revolution wird sich in vielen Staaten in eine gewisse Art Bürgerkrieg und in soziale und wirtschaftliche Umwälzungen verwandeln. Die bürgerliche Vorkriegs-Demokratie hat, wie wir schon weiter oben dargelegt haben, viele sehr weitgehende Mängel aufgewiesen und in manchen Ländern das Kommen der totalitären Diktaturen wesentlich mitverschuldet. Sie wird reformiert und überhaupt völlig wiedergeboren werden müssen. Ich kann dies in einem Satze so ausdrücken, wie ich es bereits mehrmals hier betont habe: die politische Demokratie muss sich nach diesem Kriege systematisch und konsequent in eine sogenannte soziale und wirtschaftliche Demokratie entwickeln und wiedergebaren. Und nicht nur die Demokratie muss sich vor allem als System sittlich und politisch wiedergebaren, sondern auch die Demokraten als Menschen, d.i. nicht nur die Institutionen, sondern auch die Menschen in ihnen.

Ich mache mir keine Illusionen darüber, dass die Lö-

sung dieses dritten wesentlichen Problems des heutigen Krieges die schwerste sein wird. Denn es wird dabei wirklich darum gehen, nach diesem Kriege sittlich, politisch, sozial und wirtschaftlich eine neue bessere Welt aufzubauen.

Ich will daher in meinen weiteren Betrachtungen ganz flüchtig diese drei Aufgaben des heutigen Krieges durchnehmen. Danach, wie es der Nachkriegswelt gelingen wird, sie zu verwirklichen, wird die Demokratie von morgen aussehen.

4.) Erneuerung der sittlichen und ideellen Werte der Vorkriegs-Demokratie.

Die westeuropäische Welt kämpft schon zwei Jahrtausende für die Idee der menschlichen Würde, der geistigen und sittlichen Freiheit des Einzelnen und für den Begriff des anständigen, reifen, kultivierten, modernen Menschen, d. i. dafür, was man jetzt allgemein die moderne menschliche Freiheit, demokratische Kultur und Zivilisation nennt. Von den Zeiten des alten römischen Reiches und den Zeiten der Völkerwanderung über den Kampf für das Christentum im Altertum und für die religiöse Freiheit im Mittelalter, von den Bemühungen der französischen Revolution und der Zeit der Kämpfe für das moderne bürgerliche Recht in England im 18. und 19. Jahrhundert bis zur Revolution des Jahres 1848 und zur Zeit der grossen politischen Kämpfe um die demokratische Ordnung im politischen Leben namentlich der europäischen Völker im 19. und 20. Jahrhundert - wie viele Kämpfe, Bemühungen, grandiose Anspannungen und tragische und triumphale Ereignisse!

Im Laufe dieser Kämpfe und eben durch sie entstand die Auffassung von der Würde, der Freiheit und den Rechten des modernen demokratischen Menschen und Bürgers, dessen charakteristische Kennzeichen die folgenden sind:

1.) Die menschliche Persönlichkeit des modernen Bürgers, seine Freiheit des Denkens, Freiheit der Überzeugung, der Religion und des Glaubens sowie auch ihre freie Äusserung, sein Recht auf die Sprache und nationale Kultur müssen voll und konsequent geachtet werden.

2.) Der moderne Mensch und Bürger soll die Wahrheit ehren und sie glauben, die Wahrheit verteidigen und sie reden und die moderne Wissenschaft als Ausdruck unparteiischer Objektivität und Wahrheit achten. Man muss die Vertraglichkeit als Ausdruck echter menschlicher Kultur in Fragen des Glaubens und der Religion, der Wissenschaft und der Kultur, der politischen und anderer Überzeugung ehren und sie als eines der Hauptkennzeichen der reifen, modernen, demokratischen und würdigen Menschlichkeit ansehen.

3.) Er soll das gegebene Wort ehren und achten, seine Verpflichtungen erfüllen, die abgeschlossenen Verträge und Abkommen respektieren und sein gesamtes privates und öffentliches Leben auf die Achtung der frei angenommenen innerstaatlichen Gesetze und mit anderen Staaten und Völkern vereinbarten internationalen Verträge gründen.

Der Krieg in den Jahren 1914 - 1918 hat ohne Zweifel diese drei Grundideen des modernen demokratischen Bürgertums gestärkt.

Die totalitären Diktaturen sind in ihrem Wesen die absolute Verneinung dieser drei Kategorien von Grundsätzen.

An Stelle der Achtung der menschlichen Persönlichkeit und ihrer Würde, der Freiheit des Denkens, der Überzeugung und des Glaubens, der Freiheit der Sprache und der nationalen Kultur hat der deutsche Nazismus auf dem ganzen Gebiet, das unter seine Herrschaft geraten ist, die schlimmste Form moderner Sklaverei eingeführt. Im Namen des sogenannten Ideales „Gross-Deutschland“ hat er zuerst die Deutschen selbst verklavt, ihre gesamte menschliche, politische und religiöse Freiheit der Überzeugung unterdrückt, die Freiheit der Presse und die gesamte Freiheit der öffentlichen Äusserung unterdrückt. Er hat die gesamte Rechtsfreiheit und die Sicherheit innerhalb seines Staates vernichtet, ein besonderes System von Massengefangenschaft und -Marter in Konzentrationslagern herausgebildet, ein System der terroristischen Geheimpolizei in der Stärke von einigen Hunderttausenden rücksichtsloser Söldner aufgerichtet, die keiner öffentlichen Kontrolle verantwortlich sind und deren Tätigkeit auf völliger Polizei-Willkür beruht. In Deutschland haben sich heute die Tore undurchdringlicher Gefängnisse hinter Tausenden von unschuldigen Menschen ohne das Einschreiten gerechter oder objektiver Gerichte oder einer Untersuchung auf lange Jahre geschlossen. Tausende von Menschen, Juden, Polen und Tschechen, heute auch schon Norweger, Belgier, Holländer, Franzosen, Südslawen und Griechen werden täglich im wahren Sinne des Wortes in den Kerkern und in Konzentrationslagern unter unbeschreiblich harten Bedingungen und einem unglaublichen Sadismus, dessen sich die jungen und entarteten

Gestapo-Agenten, die durch das ganze nazistische Regime systematisch zur Brutalität erzogen werden, schuldig machen, gefoltert. Wer hätte nach dem vorigen Kriege geglaubt, dass in unserem Jahrhundert wieder eine Gesellschaft entstehen und bestehen könnte, die mit unschuldigen Menschen schlimmer umgeht als mit wilden Tieren, und zwar nur darum, weil diese Menschen zu einer anderen Rasse gehören, eine andere politische Überzeugung haben, eine andere Sprache sprechen und eine andere Religion haben ?

Soweit es sich um die zweite Kategorie von Kennzeichen des modernen freien Menschen handelt - die Achtung der Wahrheit, der Respekt vor der objektiven Wissenschaft, ihrer freien Lehre und die Verträglichkeit auf allen Gebieten des Geisteslebens - so haben die totalitären Regime Konzeptionen und Ideensysteme herausgebildet, wie sie vorher in keiner Zeit als offizielle Staatsdoktrinen bestanden haben. Der Begriff objektiver Wahrheit und objektiver Wissenschaft, der Begriff freien Denkens und der Lehre und der Verträglichkeit im geistigen und politischen Leben wurden einfach vernichtet. Diese Regime haben es in ihren offiziellen Kundgebungen und Schriften als ihre offizielle Doktrin erklärt, dass sie das Recht haben, die Lüge überall und wann immer es zu ihrem Vorteil gereicht, benützen können, dass der Betrug, die Täuschung, die Lüge, der Verrat, die Beschimpfung, die Verleumdung, die Aufreizung, die Beleidigung, der Mord, die Ermordung von Geiseln jeder Art, der wüste Terror, die Ausrottung und Zerstörung ganzer Siedlungen mit Frauen und Kindern ihre Hauptmethoden in der politischen Tätigkeit sein können und sollen; dass für sie die Wahrheit identisch ist damit, was ihnen und ihren neuen

sozialen und politischen Ordnungen nützt, dass es erlaubt ist, zur Erreichung eines politischen Erfolges alle, auch die schlimmsten Mittel zu benützen, dass nur das verehrungswürdig, ehrenhaft, richtig und gerecht ist, was zum Siege der deutschen, italienischen und japanischen Diktatoren verhilft. Ich wiederhole: diese furchtbare, unerhörte Erscheinung, die Lüge, den Betrug, das Verbrechen, den Verrat und den Mord als Staatssystem der politischen Ethik irgendeines politischen Regimes oder ganzen Staates zu erklären, hat vorher in der Geschichte niemals bestanden.

Es ist wahr, dass Macchiavelli existiert hat, dass Hobbes (oder Tayllierand) existiert hat und andere Denker als Theoretiker des extremen Absolutismus und des politisch äusserst Opportunistischen Utilitarismus. Aber nicht einmal Macchiavellismus wurde jemals vorher als offizielle politische Doktrin irgendeines Staates oder Regimes anerkannt und erklärt. Es war dies dem Nazismus vorbehalten, ^{es} der/auf die denkbar schlimmste Weise getan hat. Man lese die Bibel des Nazismus, Hitlers „Mein Kampf“ : diese unglaublich vulgare und geistig gemeine Lehre wird in dieser kulturlosen und ungebildeten offiziellen nazistischen Publikation völlig dargelegt.

Auf Grund dieser absolut unmöglichen Grundsätze und Doktrinen hat das nazistische Regime ein umfangreiches System der Weltpropaganda herausgebildet, um so die öffentliche Meinung aller Nationen und Staaten zu vergiften. Es hat zu diesem Zwecke daheim und im Auslande einen ganzen Presse- und Rundfunk-Apparat aufgebaut, der von einer ganzen

Armee terroristischer Organisationen in der Stärke von einigen hunderttausenden Menschen unterstützt wird und mit Hilfe ungeheurerer, dem freien Bürgern beschlagnahmter Geldmittel hat er aus systematischen Lügen, Betrug, Verdrehung von Tatsachen und Darstellung dieser absurdesten Lügen als seine eigenen und neuen Wahrheiten eine ganze künstliche, erdachte, imaginäre Welt, vor allem in Deutschland selbst, geschaffen.

Es ist ihm daheim gelungen, den Geist einer grossen Mehrheit des deutschen Volkes selbst zu demoralisieren. Heute gibt es in Deutschland einen grossen Teil der Bevölkerung, der blind und dumm alles glaubt, was ihm seine Regierung und sein Führer sagen; denn im Laufe der verflossenen acht, neun Jahre, der nazistischen Schreckensherrschaft hat er jeden Sinn für die Wahrheit, Kritik und Freiheit des Denkens eingebüsst. Ein anderer Teil des deutschen Volkes glaubt im Gegenteil bereits überhaupt nichts, denn aus ihm sind entweder absolut indifferente Menschen entstanden oder absolute Skeptiker, Zyniker und Nihilisten; es sind dies Menschen, die Opfer der Demoralisation, der sittlichen Zerrüttung und der ideellen Anarchie geworden sind; Menschen ohne Glauben und ohne Ideale. Das ist die schlimmste Situation, in die ein Volk überhaupt verfallen kann. Niemand kann sich heute vorstellen, welche sittlichen Verwüstungen daraus im Nachkriegs-Deutschland entstehen werden.

Ich hoffe, dass auch in Deutschland sich eine Reihe von Menschen erhält, die sich wenigstens als Einzelne ihr ideelles Gleichgewicht und ihre seelische Gesundheit be-

wahren und dass man mit ihrer Hilfe nach dem Kriege den Aufbau des künftigen Deutschlands wird beginnen können. Eine entschiedene militärische Niederlage Deutschlands ist der einzig mögliche Weg dazu.

Das dritte Kennzeichen der zivilisierten Welt und des demokratischen Systems dieses Jahrhunderts ist die Achtung vor dem gegebenen Wort, vor den internationalen Verträgen und Abkommen.

Niemals - ich wiederhole, niemals - in der Geschichte der Menschheit wurde dieser Grundsatz so rücksichtslos, zynisch, wüst und ehrlos getreten, wie es in den vergangenen paar Jahren in Europa geschehen ist. Ich habe schon höher oben dargelegt, wie im nazistischen Staate nur das als Gesetz und Gerechtigkeit gilt, was das gegenwärtige Regime im Geiste der Ideen des Nazismus erhalten hilft. Und jedes Gesetz, jede Verpflichtung, jedes gegebene Wort wird heute, morgen oder am nächsten Tage eindeutig verletzt und aufgehoben, wenn es den Interessen des Regimes und des deutschen Staates und Volkes, wie der Nazismus sie auffasst, dient. Keine Verpflichtung, die gestern unterzeichnet wurde, braucht heute gehalten zu werden, wenn es den Interessen des Nazismus nicht passt oder wenn der Nazismus seine Anschauung darüber verändert hat. Kein Vertrag ist heilig, kein gegebenes Wort gilt, kein internationaler Brauch oder anerkannter Grundsatz ist unverletzbar, wenn es dem Nazismus heute nicht passt.

Aber dieser unglaubliche Zynismus geht noch weiter: nicht nur dass dieses Regime nicht gedenkt, seine Verpflichtungen einzuhalten, sondern es verlangt gleichzeitig, dass

seine Gegner oder Partner selbst denselben Vertrag, soweit er in einer Beziehung für den Nazismus günstig ist, einhalten. Wenn dies nicht geschieht, erklärt es sie als Verräter, Betrüger und Taugenichtse. Das nazistische Deutschland hat alles vernichtet, was ihm im Vertrag von Versailles nicht gepasst hat, und verlangt von anderen, dass sie ihren Teil, der für Deutschland vorteilhaft ist, einhalten. Es hat die Verträge von Locarno vernichtet und während Grossbritannien angefallen, als es ein Abkommen mit Frankreich und Belgien über die Einhaltung der nichtverletzten Teile des Vertrages von Locarno abschloss. Es hat das Münchener Abkommen durch schändlichsten Betrug und Gewalt vernichtet und in derselben Zeit gefordert, dass Britanien und Frankreich die Teile des Abkommens, die ihm passten, einhalten. Es versprach, die Tschechoslowakei nicht anzutasten, wenn seine Wünsche in der Grenzfrage befriedigt werden, und gleich darauf hat es das Land besetzt und darin den grössten nationalen Druck und eine Schreckensherrschaft über den Tschechen eingeführt, wie man sie sich kaum vorstellen kann. Es hat einen Freundschaftsvertrag mit Polen auf zehn Jahre abgeschlossen und gleich darauf angefangen, den Krieg gegen Polen vorzubereiten, den es in dem Augenblick anfang, der ihm passte. Dasselbe gilt von den mit Norwegen, Holland, Belgien, Dänemark, Südslawien, Griechenland, Rumanien und dem Sowjet-Verband abgeschlossenen Verträgen Deutschlands.

Das Verzeichnis dieser Lügen, Betrügereien, Verrat und Verbrechen ist endlos. Es ist aber nicht das Schlimmste, dass Deutschland sie begeht. Es ist geradezu unerträglich

für einen Menschen des 20. Jahrhunderts, dass aus ihrer Verübung die totalitären Systeme eine in einem politischen System aufgebaute Doktrin geschaffen haben, dass sie geradezu die Grundlage der ganzen sogenannten nazistischen Politik, der nazistischen Ordnung und des nazistischen Staates bilden. Diese politischen Grundsätze, die unmoralischsten von allen, die die Welt je gesehen hat, sind also das wirkliche Wesen, die ideelle und sittliche Grundlage der nazistischen Welt.

Alle moralischen Werte des modernen Menschen wurden auf diese Weise vom Nazismus völlig hinweggefegt. Wagners „Götterdämmerung“ ist im heutigen Deutschland Wirklichkeit geworden. Im moralischen Sinne bedeutet der Nazismus das Ende aller sittlichen und geistigen Werte des freien, demokratischen Menschen des 20. Jahrhunderts.

Darum befinden wir uns jetzt im zweiten Weltkrieg. Nicht nur darum, weil wir die Expansion des Pangermanismus in Europa aufhalten, und ihm wehren sollen, die Welt zu beherrschen, sondern vor allem darum, weil dieses sittliche Chaos, diese Zerrüttung und diese scheussliche Verwüstung für die Zukunft beseitigt und unmöglich gemacht werden soll, sei es in Deutschland oder wo immer. Der Zustand, in dem das nazistische ideologische und politische System Deutschland und Europa gebracht hat, bedeutet den geistigen und sittlichen Tod; ein solches Leben hat keinen Wert. Das ist der Grund, warum wir heute den zweiten Weltkrieg führen.

Die totalitären Regime und das heutige Deutschland, die alle echten sittlichen Werte unserer gegenwärtigen Zivilisation zerstört haben, haben sie durch eine Philosophie

und Moral des Gangstertums ersetzt. Unser Sieg ist unerlässlich, damit wir der europäischen Menschheit und der Menschheit überhaupt den Glauben an die Wahrheit und die Wissenschaft, die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit und vor dem gegebenen Wort und allgemein den Glauben an die menschliche Würde zurückgeben können, damit wir den europäischen Menschen wieder die geistige und sittliche Freiheit und ein Leben, das einen sittlichen Wert hat, schenken können. Ich wiederhole, dass es ein Kampf zwischen zwei Welten ist, von denen die eine - die autoritative - endgiltig in den Abgrund gestürzt werden muss. Es geht hier um einen der grössten sittlichen Konflikte in der Geschichte der Menschheit, und darum gibt es dabei weder ein Kompromiss noch Gnade und kann es nicht geben.

5.) Demokratische Reorganisierung Nachkriegs-Europas und der Welt.

Es wäre verfrüht, schon heute über Einzelheiten der künftigen demokratischen Regelung der europäischen Verhältnisse zu sprechen. Der Verlauf des Krieges und die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen werden noch so viel verändern, dass das, was heute über Nachkriegs-Europa gesagt wird, eher Propaganda als eine wissenschaftliche Untersuchung der Probleme ist. Ich will also nur einige ganz allgemeine Grundsätze andeuten, wobei ich mir die Möglichkeit vorbehalte, sie entweder zu ergänzen, oder der weiteren kriegerischen und politischen Entwicklung Europas im Kriege und nach dem Kriege anzupassen. Im Prinzip kann aber wenigstens so viel gesagt werden, dass die führende Idee jeder neuen Nachkriegsregelung

das Bewusstsein sein muss, dass es zu einem dritten Weltkrieg nicht kommen soll und kann.

Dabei ist und bleibt die fundamentale Frage die Sicherung Mitteleuropas, das sowohl im Jahre 1914 als auch im Jahre 1939 die Ausfallbrücke des deutschen Imperialismus geworden ist. Aber gerade die Ereignisse der letzten Jahre haben ganz klar die wechselseitige Abhängigkeit der Sicherheit aller Länder und Völker in Europa erwiesen. Der deutsche „Drang nach Osten“ oder „nach Südosten“ war immer nur eine Seite desselben deutschen Ausfalles. Die andere Seite war der „Drang nach Westen“. Namentlich dem nazistischen Deutschland hat es sich niemals um eine bloße Erweiterung der Macht in Mittel- und Osteuropa gehandelt, sondern um die Hegemonie über ganz Europa, weil dies einerseits der unmittelbare Sinn und das Ziel der nazistischen rassistischen Theorie ist und andererseits ohne die deutsche Hegemonie in ganz Europa eine Herrschaft Deutschlands über Mitteleuropa niemals sicher und von Dauer wäre; und die deutsche Hegemonie über Europa sollte wieder nur die erste Stufe zu einer Art deutscher Weltherrschaft sein.

Nicht also dieser oder jener besonders verwundbare Teil Europas, sondern ganz Europa wird eine neue Organisation erfordern, denn die pangermanische totalitäre Gefahr ist ganz Europa gemeinsam, und man kann niemals sagen, welcher Teil in einer bestimmten Situation bedrohter ist als ein anderer. Alle Berechnungen mancher europäischer Mächte, Deutschland diesen oder jenen Staat in Mitteleuropa zu opfern, damit es dann den anderen Ruhe gebe, waren immer Unsinn und Narretei, begründet auf selbstmörderischem Egoismus, Unkenntnis und törichter Beschränktheit des Horizontes.

a) Das neue europäische Gleichgewicht der grösseren politischen Blocks.

Aus der neuen europäischen Nachkriegsorganisation muss vor allem ein dauerhafteres allgemeines europäisches Gleichgewicht hervorgehen. Dieses Gleichgewicht des kommenden Europas muss politisch und wirtschaftlich auf dem Ausgleich der Kräfte einiger grösserer politischer Einheiten beruhen. Der Begriff des Gleichgewichtes, der aus der früheren politischen Geschichte bekannt ist, bedeutet allerdings in dieser meiner Auffassung nicht das Gleichgewicht der materiellen, konkret gesprochen der Wehrkräfte, sondern eine vernünftige Einteilung Europas in einzelne grössere ausgeglichene politische Organismen, die territorial, politisch und wirtschaftlich genügend stark sind. Es wird darum gehen, dass die Schwäche kleiner Staaten künftighin nicht mehr ein Vorwand zu Versuchen sein wird, die kleineren Staaten von grossen in der Voraussetzung zu überfallen oder zu verlassen, dass die Einen auf Kosten der Anderen den Frieden für sich erkaufen. Ich habe da begreiflicherweise besonders den Fall der Tschechoslowakei vom Jahre 1938 und 1939 im Sinne, der schon für immer ein typisches Beispiel für politische Kurzsichtigkeit, Leichtsinns und unverzeihlichen Egoismus der meisten entscheidenden europäischen Regierungen in einer kritischen Stunde Europas vor dem heutigen Kriege sein wird.

Ich stelle mir die Durchführung der Idee einer neuen Organisation Europas als Durchsetzung der sogenannten Atlantischen Charta vor, die am 14. August 1941 von Roosevelt und Churchill unterschrieben und am 1. Januar 1942 von 26

gegen die Achse kämpfenden Völker wieder angenommen wurde, und zwar etwa so, dass im Nachkriegseuropa als Grundlage der neuen Regelung die folgenden grösseren politischen Einheiten bestehen würden:

1.) Der westeuropäische Block, d.i. Grossbritannien auf der einen, Frankreich auf der anderen Seite mit einem Abkommen über Belgien und Holland.

2.) Nachkriegs-Deutschland. Innerhalb Deutschlands müsste eine Dezentralisation in Form einer Konföderation durchgeführt werden, die die Vorherrschaft Preussens über die anderen Bestandteile des deutschen Volkes brächte. Preussen selbst sollte etwa in drei oder vier getrennte staatliche Einheiten geteilt werden. Eine Rückkehr zur ehemaligen konföderativen, aber modernisierten Form des Reiches ist vielleicht möglich oder erwünscht. Und es versteht sich von selbst, dass Deutschland auf die Grenzen vor dem Jahre 1938 mit eventuellen Berichtigungen zu Gunsten der Nachbarn Deutschlands dort gebracht wurde, wo es ihre und die europäische Sicherheit offenkundig erfordert.

3.) Italien, das offenbar bedeutend geschwächt sein wird, jedenfalls in Afrika und im Mittelmeer. Das wird offenbar das Schicksal eines jeden Staates sein, der sich zusammen mit dem nazistischen Deutschland verbrecherisch in das heutige imperialistische Abenteuer eingelassen hat.

4.) Das reorganisierte Mitteleuropa, dessen Kern eine tschechoslowakisch-polnische Allianz oder Konföderation sein könnte, die gestützt wäre auf die tschechoslowakisch-polnisch-sowjetische Zusammenarbeit oder Allianz (namentlich zwecks endgültiger Aufhaltung des „Drangs nach Osten“).

Darüber, was mit Österreich und Ungarn gegebenenfalls mit Rumänien sein wird, kann heute kein endgiltiges Urteil gesagt werden; alles wird an dem künftigen inneren Zustand dieser drei Länder am Ende des heutigen Krieges gelegen sein. Namentlich die inneren Verhältnisse in Ungarn müssen grundlegend geändert werden.

5.) Der Balkan-Block, der vielleicht in einer Form Südslawien, Griechenland, Albanien (eventuell Rumänien) vereinigen kann. Was mit Bulgarien sein wird, kann man sagen, bis diese Staaten ihre gegenseitigen Konflikte mit ihm ausgetragen hätten. Es ist schon zum dritten Mal in den letzten dreissig Jahren, wollend oder nicht, das Werkzeug anderer Grossmächte gegen seine Kameraden, die kleineren Staaten am Balkan. Dem muss ebenso ein Ende bereitet werden, wie dies im Falle des heutigen Ungarn geschehen sollte.

Nicht ausgeschlossen ist auch eine andere Organisation, wenn z.B. sich Südslawien mehr nach Norden zu den slawischen Staaten hin orientieren würde. Diese Einzelheiten müssen vorläufig weiteren Erwägungen überlassen werden.

6.) Der Sowjet-Verband, der zum Unterschied von verschiedenen Plänen (z.B. dem sogenannten Paneuropa) ein Bestandteil dieser europäischen Organisation und des Zusammenspiels der neuen europäischen Blocks sein muss. Es war gerade ein grosser Mangel des politischen europäischen Statuts nach dem vorigen Kriege, dass der Sowjet-Verband, der zu seiner Mitbegründung und Mitleitung nicht hinzugenommen worden war, zu spät (d.i. erst im Jahre 1934) zu seiner Mitverteidigung herangezogen wurde. Dadurch fühlten sich die Sowjets,

mit Recht oder Unrecht, immer isoliert und bedroht. Wenn der Sowjet-Verband wieder aus dem organisierten Europa ausgeschaltet wäre, würde dieses Zusammenspiel der neuen organisierten politischen Einheiten in Europa ihr Gleichgewicht dadurch verlieren, dass abernals der deutsche Einfluss in der Richtung nach dem Osten zu sehr verstärkt wäre. Ausserdem würde es wieder absolut unabwendbar zu den Bestrebungen führen, Russland überhaupt vom Einfluss in Europa auszuschalten und zu isolieren.

Diese Politik hat in den letzten zwanzig Jahren mehr als einen Nachteil für den Sowjet-Verband gebracht, dessen innere Befriedigung und wirtschaftliche Entwicklung unter Mithilfe des übrigen Europa hätte rascher und leichter vor sich gehen können, aber noch grössere Nachteile für Europa. Der russische europäische Kontinent gehört einfach geographisch und politisch zu Europa sowie die britischen Inseln dazu gehören. Das ist eine wissenschaftliche und politische Tatsache. Diese dauernde Gleichgewichtsverschiebung und Entblössung des Ostens zu Gunsten Deutschlands war eine der Ursachen des zweiten Weltkrieges. Und wenn sich dieser Fehler wiederholte, würde er wahrscheinlich zum dritten Kriege führen.

7.) Im Norden Europas könnte sich vielleicht eine grössere skandinavische politische Zusammenarbeit - im Einvernehmen mit Grossbritannien und Russland herausbilden. Im Südwesten die iberische Zusammenarbeit.

b) Nachkriegs-Deutschland.

Ich wiederhole ausdrücklich, dass ich für die beste Lösung für Deutschland die grundsätzliche Rückkehr zu seinen Grenzen vor der Münchener Konferenz halte, vielleicht mit einigen oben angedeuteten Änderungen. Es wäre der verhängnisvollste Irrtum, wenn Deutschland einen einzigen Fuss Bodens von seinem gewaltsamen Ländergewinn behalten dürfte. Es wäre das eine Genugtuung für Hitlers nazistische Politik, denn es würde beweisen, dass sich die totalitäre antidemokratische Gewalt rentiert. Und wenn auch Hitler mitsamt seinem Regime für immer verschwände, so wäre diese Ausdehnung des deutschen Gebietes eine zu grosse Versuchung für seine Nachfolger, sich abermals auf den Weg der Gewalt zu begeben, sobald die Lektion aus diesem Kriege ein wenig vergessen wäre. Das heutige und auch das künftige Deutschland muss im Gegenteil „ad oculos“ und ein für allemal überzeugt werden, dass Gewalt sich nicht rentiert und im Gegenteil zu vergeblichen und schweren Opfern und zur Bestrafung führt.

Ich füge hinzu, dass auch die Besetzung grosser Teile des tschechoslowakischen Gebietes nach dem Münchener Diktat Gewalt war, wenn auch eine weniger blutige, aber besonders eine unmoralische. Daher finde ich es selbstverständlich, dass Deutschland und Ungarn ihren Raub vom Jahre 1938 ebenso wie alles, was sie später gewonnen haben, herausgeben; Deutschland wird daher gezwungen werden, auch Österreich zu räumen, dessen es sich durch den gewaltsamen „Anschluss“ im März 1938 bemächtigt hat. Dasselbe gilt auch von den anderen Angreifern, die heute Mitglieder der Achse sind.

Diese Ansicht ist bei mir nicht von irgendeinem Gefühl der Rache, des Hasses, der Feindschaft oder der Germanophobie diktiert. Für mich sind das politisch-moralische Gründe. Ich behaupte nicht, dass die Deutschen ein schlechtes Volk sind oder dass alle Deutsche schlecht sind. Ich behaupte etwas, was nach meiner Meinung viel ernster und weittragender ist : dass Deutschland als Nation und Staat sich in einer grossen sittlichen und politischen Dekadenz befindet, in der es vielleicht ganze Generationen lang bleiben wird, und dass es für diesen furchtbarsten Krieg der Weltgeschichte voll verantwortlich ist; dass die Theorie dieses furchtbaren totalitären Krieges in Deutschland und in den nichtnazistischen Kreisen schon vor mehr als 20 Jahren diskutiert und ausgearbeitet wurde und die Deutschen als Nation und Staat für Hitler und Himmler ebenso verantwortlich sind wie die Amerikaner für Lincoln oder Rossevelt, die Engländer für Churchill, die Italiener für Mussolini, die Magyaren für Horthy, die Tschechoslowaken für Masaryk und die Russen für Lenin und Stalin. Wenn diese These nicht wahr und als solche angenommen werden würde, wäre ein geordnetes und organisiertes internationales Leben nicht möglich. Und einzelne Staaten und Völker müssen die Folgen dieser Verantwortung tragen. Meiner Meinung nach ist das gerecht. Diese Gerechtigkeit braucht allerdings keine Rache, kein Versuch der Vernichtung des Gegeners zu sein. Wenn aber nicht einmal nach diesem Kriege der Beweis gegeben werden würde, dass kein Angriffskrieg mehr ohne Strafe hervorgerufen werden darf und dass man politische Systeme mit nazisti-

scher Moral einfach international nicht mehr dulden wird, so hätte ich überhaupt keine Hoffnung mehr, dass Europa und der Menschheit geholfen werden kann.

Die aktive Beteiligung des Sowjet-Verbandes an der Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes muss sich allerdings vor allem in einem Abkommen zwischen den Sowjets und der Tschechoslowakei und Polen äussern. Viele böse historische Erinnerungen liegen zwischen Russland und Polen. Diese Vergangenheit sollte aber in dieser heutigen historischen für die gegenseitige Verständigung einzig günstigen Stunde dem guten Verhältnis dieser beiden Länder in Zukunft nicht im Wege stehen. Auf die Unstimmigkeit zwischen Polen und Russland hat Deutschland sich in seinen diplomatischen Intriguen und seiner politischen Vorbereitung des Ausfalles nach dem Osten verlassen. Auch künftighin wird es, wenn ein Riss zwischen Warschau und Moskau sich zeigen wird, Berlin zum neuen „Drang nach Osten“ verführen. Der Osten Europas muss ebenso wie der Westen fest geeinigt sein, damit Deutschland in Zukunft von vornherein die Unmöglichkeit seines Versuches erblickt, Europa und die Welt zu erobern und zu zerrütten.

Die Tschechoslowaken, die durch keine ungünstige historische Erinnerung von den Russen getrennt werden und die sich entschieden haben, alle ihre - übrigens ungrossen - ehemaligen Konflikte mit den Polen freundschaftlich zu lösen und mit ihnen in eine neue Form der Zusammenarbeit einzutreten, sind sehr froh, dass das Verhältnis zwischen

Polen und Russen sich in letzter Zeit bedeutend gebessert hat. Sie werden immer bereitwillig daran arbeiten, dass diese zwei slawischen Länder, an die beide^{sie}/durch die Verwandtschaft der Sprache und des Ursprungs gebunden sind, sich gut verstehen.

o) Mitteleuropa.

Es wird verhältnismässig nicht schwer sein, Westeuropa zu organisieren, das aus alten Staaten mit Grenzen zusammengesetzt ist, an denen kaum etwas geändert wird, mit ausgeprägtem politischem Charakter und einer fast endgiltigen Regierungsform. Frankreich wird gewiss schwere Umwälzungen durchmachen. Seine korrumpierte bürgerliche Demokratie hat seinen Fall und seine heutigen Leiden verschuldet. Sie ist verantwortlich für ihre Bonnets und Daladiers, Pétains und Lavals. Frankreich wird viel leiden, sich aber im Ganzen erholen, allerdings nach einer beträchtlichen Reihe von Jahren. In der Stunde des Falles Deutschlands wird offenbar sein heutiges Regime wie Schnee an der Sonne verschwinden, allerdings unter bedeutendem Krachen und schweren Folgen. Aber in Europa wird wieder die Grossmacht Frankreich und Frankreich der grossen Jahrhunderte alten Kultur und der revolutionären Tradition existieren.

Die Situation wird am schwierigsten in Mitteleuropa sein, wo das neue Statut vom Jahre 1919 in den letzten zwanzig Jahren keinen ganz endgiltigen Charakter gewinnen konnte, wo es viele ungelöste Sprachen-, politische, soziale und andere Probleme gibt und wo der heutige Krieg und das unerhört verbrecherische Verhalten und Vorgehen der Deutschen in den besetzten Ländern noch viele neue Probleme hervorgerufen ha-

ben. Darum kann heute noch nicht gesagt werden, ob und in welcher Form die eventuellen mitteleuropäischen Konföderationen werden verwirklicht werden können. Es ist nichts leichter, als schon heute einen theoretischen Plan einer solchen grossen oder mehreren kleiner Konföderationen zu skizzieren und sogar ihre Verfassungen und ihr ganzes Funktionieren in Einzelheiten auszuarbeiten. Es wäre aber unter den heutigen Umständen nur eine Studie oder eine Übung in internationalen Rechtslehren ohne Beziehung zur Wirklichkeit. Wir müssen die Ereignisse noch abwarten.

Einige internationale politische Faktoren, die keinen einigenden und festen Punkt bilden, um den solche mitteleuropäische konföderative Blocks gravitieren könnten, denken an die Erneuerung einer grossen oder mehrerer Monarchien. Diese Staatsform ist meistens in Mittel- und Ost-Europa als Folge von revolutionären Erschütterungen verschwunden, die in diesen Ländern sich am Ende des vorigen Krieges abgespielt haben. Wer aber würde nicht bemerken, dass auch dieser Krieg mit noch mächtigeren und tieferen revolutionären Erschütterungen enden wird als der vorige Krieg und dass diese Erschütterungen gerade in Mitteleuropa besonders radikal sein werden? Und wer würde nicht sehen, dass nach dem heutigen Kriege mehr als nach dem letzten Kriege die breitesten Volksmassen entscheiden werden, die durch Hunger, Leiden und das unglaublich barbarische Regime des deutschen Nazismus vital getroffen sind und die schon heute ihre Vorstellungen von der künftigen, in jeder Richtung sehr radikalen europäischen Demokratie fast fertig haben?

Ich glaube deshalb nicht, dass es in diesem Kriege, der

vor allem auch um neue Formen der Demokratie geführt wird, möglich wäre, wieder Dynastien auf verwaisten Tronen einzusetzen, denn es ginge nicht ohne Gewalt, Revolution, Konterrevolution und neue Diktaturen. Es gibt im Gegenteil Trone in Europa, für deren Dauer nach dem Kriege gewiss kaum jemand garantieren wollte oder könnte - ich habe z.B. den bulgarischen Tron im Sinn. Was würde dort mit der Dynastie geschehen, wenn Hitler siegen würde? Und was wird mit ihr geschehen, bis Hitler den Krieg verliert? Weder politisch noch psychologisch wird meiner Ansicht nach die Situation zur Erneuerung irgendeiner einheitlichen ^{und} grossen Monarchie in Mitteleuropa günstig sein.

Namentlich aber glaube ich nicht an die Möglichkeit einer Erneuerung der habsburgischen Monarchie, obgleich man in Europa und auch in Amerika häufig den Fall dieser Monarchie im Jahre 1918 als verhängnisvollen Fehler schildert, der vielleicht gutgemacht werden sollte, wenn in Mitteleuropa ein dauernder Frieden und Ordnung erneuert werden soll. Ich nehme zu dieser Frage eine unsentimentale, vorurteilslose, objektive Stellung ein. Heute ist das für mich überhaupt keine strittige Frage. Auch nicht eine die Tschechoslowakei betreffende Frage. Die Frage der Habsburger halte ich für erledigt.

Die Aufteilung der habsburgischen Monarchie und der Fall der Dynastie war kein Werk der Friedenskonferenz, sondern der Völker selbst, die durch die innere Revolution und ausländische militärische Aktion (tschechoslowakische und polnische Legionen, die südslawische und die rumänische Armee) sehr ausgiebig den Entente-Armeen halfen, dieses poli-

tische Ganze zu teilen und die sich lange Zeit schon vor dem Kriege innerlich von der Monarchie infolge der Bedrückung seitens der Deutschen in Österreich und der Magyaren in Ungarn getrennt hatten. Die Friedenskonferenz hat einfach „faits accomplis“ zur Kernthesis genommen, die Monate, ja, ganze Jahre vorher verwirklicht worden waren, bevor die Konferenz überhaupt zusammentrat.

Die Kräfte und Einflüsse, die die alte Donau-Monarchie im Jahre 1918 gegen den Willen mancher einflussreicher Kreise in London, Paris und Rom beseitigt haben, werden wieder jedes Bemühen, dieses Gebilde in alter oder in veränderter Form zu erneuern, abwehren. Die Kräfte sind so gross - heute grösser als im Jahre 1918 - dass sie auch nach diesem Kriege nicht überwunden werden können. Es genügt, nur den Boden in diesen Ländern auch heute, während des Druckes durch Hitler, zu sondieren. Wenn diese Völker die Freiheit haben werden, sich darüber frei zu äussern, so werden alle sagen: nein!

d) Die tschechoslowakisch-polnische Zusammenarbeit.

Eines der Mittel zur neuen dauerhafteren Ordnung in Mitteleuropa könnte jene tschechoslowakisch-polnische Zusammenarbeit sein, zu der wir während des Krieges in London die Unterlage gegeben haben. Das würde an sich einen politisch-territorial und wirtschaftlich ziemlich starken Block bedeuten. Dieser Block müsste eine dauernde Freundschaft und volle Zusammenarbeit mit dem Sowjet-Verband erreichen - was bei dem gegenseitigen guten Willen gewiss ganz möglich ist; es könnte die absolute Gesundung der Situation

in Mittel- und Ost-Europa für lange Zeit bedeuten. Der Anschluss anderer interessierten Staaten an diese Zusammenarbeit liegt in ihrem eigenen Interesse und konnte früher oder später vielleicht verwirklicht werden. Das ist der gangbarste Weg zur Sicherung Mitteleuropas vor einer neuen deutschen Invasion.

Es ist mir selbstverständlich, dass das Endziel eine gesamteuropäische Vereinigung als Bestandteil einer grösseren internationalen Weltvereinigung sein sollte, ohne die man sich die künftige Friedensorganisation der Welt wirklich nicht vorstellen kann. Ich sage sogar, dass ohne diesen europäischen Rahmen keine regionale Konföderation denkbar ist und dass weder Grossbritannien noch der Sowjet-Verband nach den Erfahrungen der letzten Jahre gewiss nicht mehr zulassen wird, dass in Mitteleuropa ihr Einfluss unsichtbar sei. Die Sicherheit Europas und der Welt ist unteilbar; das ist eines von den Aximomen, die sich aus diesem zweiten Weltkrieg ergeben. Ich sehe mit Freude, dass auch die Mehrheit der amerikanischen öffentlichen Meinung zu ähnlichen Folgerungen gelangt ist.

Übrigens bestätigt die Unterzeichnung des britisch-sowjetischen Vertrages in London am 26. Mai 1942 über die Allianz dieser beiden Staaten und ihre Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas für die nächsten zwanzig Jahre bis zum Aufbau eines neuen internationalen Sicherheitssystems die ganze bisherige tschechoslowakische Politik und kann gewiss die Grundlage für die künftige Reorganisation Europas bilden.

Wieder und augenblicklich eine zu mechanische breite

Einheit schaffen, wie es der Völkerbund war, würde zu dem selben unseligen Ende wie das erste Experiment dieser Art führen. Zunächst müssen jene Gebiete, die ehedem zu einander gehören, in festen Blocks zusammenwachsen. Ich ziehe den organischen Wuchs vom Kleinen zum Grossen, wenn er auch ziemlich langsam sein muss, dem grossen Ganzen vor, in dem die Mitglieder, die noch keine Gelegenheit hatten, sich zu erkennen und zusammen zu leben, verfrüht zusammentrafen.

Bedingung dazu wird sein, dass allen diesen Völkern eine genügend lange Periode des Friedens geschenkt wird. Das kann durch die Verwirklichung des 8. Punktes der Atlantischen Charta geschehen. Deutschland darf nicht die Möglichkeit gegeben werden, sich nach diesem Kriege neu auszurüsten und seine kleine Nachbarn nach Hitlerische Methode durch das Umbringen eines nach dem anderen zu vernichten, wie es in den letzten vier Jahren auf dem ganzen europäischen Kontinent geschehen ist.

e) Die Frage der nationalen Minderheiten.

Die Minderheitenfrage wird eine der grössten Schwierigkeiten an der Schwelle der neuen Organisation Mitteleuropas sein. Minderheiten sind überall, aber in Mitteleuropa besonders, ein wirklich schweres Problem der einzelnen Staaten, hauptsächlich soweit es sich um deutsche und magyarische Minderheiten handelt. Während andere grosse Nationen - die Engländer, Franzosen, Russen, Spanier - den Überschuss ihrer Bevölkerungskräfte und ihrer Energie in andere Kontinente

sandten, unbekannte Länder entdeckten, sie kolonisierten, sie aber zugleich zivilisierten, begnügten sich die Deutschen damit, ihre Kolonisten in die Mehrzahl der Nachbarländer zu senden, wo sie Träger der deutschen Interessen und Brennpunkte dessen wurden, was wir heute die Fünfte Kolonne nennen. Anderswo siedelte sich die deutsche Bevölkerung für immer als Folge Jahrhunderte langen deutschen militärischen und kulturellen Druckes auf den Osten an, so dass sie dort heute den Charakter autochthoner Bevölkerung hat. Übrigens gibt es über diese Frage noch immer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschen und den anderen Völkern in Mitteleuropa.

Deshalb war es nicht möglich, im Jahre 1918 auf diesem Gebiete sprachlich und national homogene Staaten zu errichten, wenn dies nicht durch eine umfangreiche Umsiedlung der Bevölkerung geschehen sollte. Diesen Weg haben schon damals manche wirklich vorgeschlagen - z.B. der französische Soziolog Bernard Lavergne; sie wurde aber abgelehnt, denn sie widersprach scheinbar den idealistischen Tendenzen, nach denen sich der Plan des neuen Europa vom Jahre 1919 richtete. Statt dessen wurde der Weg des internationalen Minderheitenschutzes gewählt.

Ich selbst bin der Letzte, der die Grundsätze ablehnen wollte, auf denen diese Politik gegründet wurde. Der Fehler lag aber seit Beginn darin, dass der Minderheitenschutz nur manchen Staaten und nicht allen, die Minderheiten hatten, auferlegt wurde. Es war gewisse skandalös, dass nach allem, was Deutschland auf dem Gebiet der gewaltsamen Germanisierung anderer Völker verbrochen hatte, der Minder-

heitenschutz nicht auch ihm auferlegt wurde. Bald zeigte es sich, wie es auch unrichtig war, die nationalen Minderheiten in Italien nicht zu schützen, deren Leben eine wirkliche Hölle seit der Stunde geworden ist, in der der Faschismus zur Macht kam.

Geradezu unhaltbar war aber die Tatsache, dass der Minderheitenschutz am Ende die Geisel für die Staaten wurde, die ihm wirklich befolgten oder wenigstens ehrlich bestrebt waren, ihn zu befolgen, während die Staaten, die ihn zynisch, wissentlich und systematisch verletzten, faktisch keine Strafe dafür traf. Ungarn sabotierte seine Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten seit dem ersten Augenblick, gab ihnen weder Schulen noch die Freiheit des Wortes und der Presse und entnationalisierte in zwanzig Jahren seines diktatorischen Systems viele Tausende von Slowaken, Rumänen und Deutschen ohne irgendein Risiko. Oberst Beck konnte in einer Sitzung des Völkerbundes erklären, dass er die Zuständigkeit der Kontrollorgane des Völkerbundes in Minderheitenfragen nicht anerkenne, und der Völkerbund musste sich auf einige platonische Proteste beschränken.

Dagegen fand die Tschechoslowakei, die ihre Minderheitenverpflichtungen besser als irgendein anderer Staat erfüllte - siehe das Zeugnis, das ihr Lord Robert Cecil in dem Buche „A great Experiment“ ausstellt - keinen Dank für diese Politik der Generosität und Gerechtigkeit. Ich sage nicht, dass bei uns alles vollendet war, ich sage nur, ^{bei uns} dass/es in Europa ausser der Schweiz am besten war und

dass unsere Minderheitenpolitik stets von den Grundsätzen der Loyalität, Toleranz, Objektivität und des guten Willens getragen war. Teile der deutschen und der magyarischen Minderheit missbrauchten aber auf unglaubliche Weise die Gleichberechtigung, die ihnen die Republik zuerkannte, zu ihrer Zerrüttung im Innern und zur Verunglimpfung nach aussen. Von Deutschland und Ungarn gab man dazu Geld her. Im Namen des sogenannten Minderheitenschutzes und der Achtung der Grundsätze der Demokratie musste die Tschechoslowakische Republik die gefährliche staatsfeindliche Tätigkeit mancher deutschen politischen Parteien, die systematische Vergiftung, die durch die Henlein-Presse verbreitet wurde, und umstürzlerische Tendenzen, die an den deutschen Hochschulen und anderen Schulen auf unserem Gebiete verbreitet wurden, dämpfen. Das Ausland hat bis München unser Streben, die Minderheitenverpflichtungen bis zum letzten Buchstaben zu erfüllen, absolut nicht gebührend gewürdigt.¹⁾ Das Gegenteil der illoyalen Minderheiten erweckte schliesslich in Europa die Meinung, dass man den

1) Erst als der heutige Krieg begann, als man sah, was Henlein, Frank u. a. in den Plänen Hitlers für die Zerrüttung der Republik bedeuteten, als man die Bedeutung des Quie-lingtums im heutigen Krieg begriff und als man namentlich sah, was die Deutschen heute mit der Germanisierung in der Tschechoslowakei treiben, wurde unsere Politik in England und Amerika und in der ganzen Welt voll anerkannt und gewürdigt und ist heute unsere grosse moralische und politische Kraft. Sie wird einer der Hauptgründe sein, dass München voll aufgehoben und eine stärkere Tschechoslowakei errichtet wird.

Minderheiten bei uns wirklich, ich weiss nicht, wie sehr, unrecht tut, und das Bemühen den Frieden um jeden Preis, hauptsächlich um den Preis der Aufopferung der Tschechoslowakei, fand einen Vorwand in der Behauptung, durch die Teilung der Tschechoslowakei geschehe nichts Schlimmes, denn man erfülle einfach den Anspruch der unterdrückten Minderheiten auf die Befreiung von tschechoslowakischer Bedrückung.

Es kam sogar zu der unglaublichen Tatsache, dass die totalitären und diktatorischen Staaten (Deutschland, Ungarn, Italien) ihre Minderheiten auf unerhörte Weise umbrachten und zugleich Beschützer der Minderheiten in den demokratischen Staaten wurden, wo sie zynisch die demokratische Freiheit dieser Staaten misbrauchten, und ungerecht selbst die kleinste innere Schwierigkeit mit den Minderheiten vor der ganzen Welt zu einem Skandal machten. Der Völkerbund, der über den wirklichen Stand der Dinge gut informiert war, rührte keinen Finger in jenem Jahre 1938, als der einzige Staat, der seine Minderheitenverpflichtungen in höherem Masse achtete, als er nach den unterschriebenen Verträgen verbunden war, vor dem Anblick der Welt als Bedrucker angeprangert wurde. Mit Schmerz stelle ich daher fest, dass das Vorkriegssystem des Minderheitenschutzes gescheitert ist. Es ist dies heute nach allem, was in Mitteleuropa in diesen Fragen Deutschland, Italien und Ungarn getan haben, auch die Meinung der zuständigen entscheidenden Kreise unter den alliierten Nationen.

Es ist daher nicht möglich, diese Absurditäten zu erneuern. Bevor man beginnen wird, die Minderheitenrechte

zu umschreiben, muss man auch einerseits die Mehrheiten, rechte, andererseits die Pflichten der Minderheiten umschreiben. Jedes Volk hat das Recht, frei und friedlich in seinen Staatsgrenzen zu leben. Sind diese Grenzen zugleich seine nationalen Grenzen, umso besser. Aber in Mitteleuropa ist dies nicht der Fall; jeder mitteleuropäische Staat hatte seine Minderheiten. Im heutigen Krieg sind vor allem die deutschen Minderheiten, die sich in allen Staaten teils passiv, teils aktiv zu einem Werkzeug des deutschen Imperialismus hergegeben haben, zu einer internationalen Gefahr geworden. Kein mitteleuropäischer Staat wird noch einmal riskieren wollen, was wir ausser Südslawien, Rumänien oder Polen in den letzten Jahren riskiert haben.

Ich kenne aber kein Rezept, womit man die Minderheitenfrage ideal lösen würde. Ich empfehle auch kein brutales und gewaltsames Mittel. Vielleicht ist es möglich, in einzelnen Fällen durch örtliche Grenzberichtigungen die Zahl der Minderheitsbevölkerung in einzelnen mitteleuropäischen Staaten etwas herabzusetzen. Vielleicht wird es diesmal nötig sein, zur Umsiedlung der Minderheitsbevölkerung zu greifen. Das alles wären allerdings schmerzliche Operationen und es gäbe dabei viele kleinere und vielleicht auch grössere Ungerechtigkeiten. Gewiss wird es aber jedes Volk in Mitteleuropa als sein heiliges Recht ansehen, mit aller Strenge jene Angehörigen seiner Minderheiten zu bestrafen, die sich durch Hochverrat, Spionage, Folterung

der Mehrheitsbevölkerung, Terror, Mord, Raub in Massen und mit Hilfe deutscher Truppen, wie es heute in Polen, der Tschechoslowakei, in Norwegen, Belgien, Holland, Südslawien, Griechenland usw. geschieht, verschuldet haben. Ähnlich wird jeder Staat seine eigenen Quislinge streng bestrafen.

Bis dies alles durchgeführt sein, bis jeder Staat gesichert haben wird, dass seine Minderheiten nicht mehr ein gegen seine staatliche Existenz gerichteter Revolver sein werden, wird man sich neue Massnahmen zum Schutze loyaler Minderheiten, zur Sicherung ihrer politischen und kulturellen Rechte wohl überlegen müssen, allerdings auf der Grundlage absoluter Gegenseitigkeit. Es ist nicht möglich, nochmals einen abnormalen Zustand von privilegierten Minderheiten auf der einen und stets unterdrückten Minderheiten auf der anderen Seite zu schaffen, so wie man nicht einen Zustand schaffen kann, in dem einzelne kleinere Staaten stets unter dem Terror grösserer Staaten leben, nur weil sie kleinere Bruchteile der Bevölkerung umfassen, die die Sprache der grösseren Staaten sprechen.

Deshalb kann man heute noch keinen endgültigen Vorschlag zur Lösung des Minderheitenproblems in Einzelheiten geben. Man kann vielleicht nur drei allgemeine Grundsätze aufstellen:

1.) Auch nach diesem Kriege wird man in Europa nicht national homogene Staaten schaffen können, denn es gibt Felle, in denen manche Länder als Staaten überhaupt nicht bestehen können ohne bestimmte Teile von gemischten Ge-

bieten (z.B. die Tschechoslowakei ohne die gemischten Bezirke in Böhmen und Mähren und die gemischten Gegenden in der Slowakei). Man wird nach diesem Kriege solche Gebiete an die betreffenden Staaten in unerlässlich notwendigen Fällen wirklich anschliessen müssen.

2.) Man wird vielleicht nach diesem Kriege eine Umsiedlung der Bevölkerung in weit grösserer Masse durchführen müssen als nach dem letzten Kriege. Es wäre aber am Platze, dies in der menschlichsten, organisierten und international finanziell unterbauten Form durchzuführen.

3.) Der Minderheitenschutz sollte in Zukunft vor allem auf dem Schutz aller demokratischen menschlichen Rechte beruhen. Es wird nicht mehr möglich sein, in einzelnen Staaten aus den Minderheiten politische, international fast anerkannte Rechtseinheiten zu schaffen, die dann automatisch in ihren Staaten Keime des Separatismus und der staatlichen Zersetzung werden.

4.) Dagegen wird man die Umsiedlung aus einem Staat in den anderen ermöglichen müssen, damit nationale Minderheiten, wenn sie in einem ihnen fremden Staate nicht werden leben wollen, sich allmählich mit ihrem eigenen Volke in den Nachbarstaaten vereinigen und endgiltig ihren früheren Staat verlassen können.

Auch dazu wird man aber längerer Zeitperioden und vor allem langer Perioden internationalen Friedens bedürfen. Ich schliesse nicht aus, dass nach diesem Kriege, wenn keine Aussichten auf beständige Zersetzung nicht homogener Staaten durch die Nachbarstaaten von aussen bestehen werden, das

Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Mehrheiten und der Minderheiten sich nach dem Ablauf einer gewissen Zeit als rascher und viel leichter erweisen wird, als wir heute vielleicht vermuten.

f) Die internationale Garantie des künftigen Friedens.

Aber das künftige europäische politische und soziale Statut würde, auch wenn es noch so vollkommen wäre, auf die Dauer weder sich selbst noch den Frieden retten, wenn es keine aktive Bereitwilligkeit gäbe, es zu verteidigen. Die politischen und sozialen Institutionen dauern nur solange, als die Menschen entschlossen sind, sich für sie zu opfern. Der Frieden von Versailles bedeutete eine grosse Verbesserung der europäischen Verhältnisse gegen die Situation vor dem Jahre 1914. Aber nicht einmal Staaten, die an seiner Erhaltung am meisten interessiert waren, wollten „der Gendarm Europas“ sein, wie man in Frankreich sagte. Keine gesellschaftliche Ordnung ist jedoch leider ohne Gendarmen möglich. Alle Staaten müssen nach den Erfahrungen der letzten Zeit den Mut haben, solidarisch die Gendarmen der Ordnung zu sein, die sich nach diesem Kriege bilden wird. Dieser gemeinsame Wille muss sich in einer gemeinsamen Sicherungsorganisation äussern - vielleicht hat schon heute jedermann begriffen, dass die Voraussetzung des Friedens auf dem europäischen Kontinent der Grundsatz der kollektiven Sicherheit ist. Als wir diesen Grundsatz im Jahre 1924 in das Genfer Protokoll aufnahmen, wurde dies als zu kühn angesehen. England lehnte es damals ab. Heute ist es eine Selbstverständlichkeit. Gewiss haben die-

jenigen, die im Jahre 1938 München herbeigeführt haben, nicht begriffen, dass es sie im Jahre 1942 Singapore und die Bedrohung Australiens kosten wird.

Es war aber auch eine der Täuschungen des alten Völkerbundes, dass er sich nicht um die innere Einrichtung der Staaten gekümmert hat, aus denen er zusammengesetzt war. Der Völkerbundspakt setzte zwar fest, dass Mitglieder des Völkerbundes nur Nationen werden können, die „sich frei regieren“, aber dies wurde im Sinne der staatlichen Souveränität nicht als Forderung der Freiheit im Inneren des Staates ausgelegt. Heute ist es klar, ein wie grosser unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem inneren Regime der Staaten und ihrer Aussenpolitik ist. Imperialismus und Militarismus entwickeln sich am besten in diktatorischen Staaten. Niemandem wird es vielleicht heute mehr einfallen, den Faschismus und den Nazismus als Besonderheiten Italiens und Deutschlands anzusehen, die die zivilisierten Länder nichts angehen. So wie man in einem richtig organisierten Feuerwehrdienst gegebenen Falles mit der öffentlichen Gewalt einschreitet, damit sich nicht in einem Hause ohne Kontrolle Zündstoffe anhäufen, so wird künftighin das verbündete Europa jeden Absolutismus in den einzelnen Ländern rechtzeitig verhindern müssen, bevor er eine öffentliche Gefahr wird. Es wird demnach nötig sein, die Rechte des demokratischen Menschen und Bürgers durch den künftigen Frieden in einer besonderen Weltcharta der Menschenrechte zu sichern und dann solidarisch und kollektiv auch durch Gewalt zu garantieren und zu schützen.

Übrigens muss schon dieser internationalen Heuchelei,

die, wenn es ihr passt, sich alle möglichen Gründe findet, um sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, und, wenn es ihr nicht passt, plötzlich das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates als ein heiliges und unantastbares Recht der Nationen ausgibt, ein Ende gemacht werden.

Wenn ich bedenke, wie sich Europa nach dem Jahre 1918 hätte entwickeln können und wie es sich wirklich entwickelt hat, so bin ich sowohl als Politiker als auch als Soziolog peinlich berührt, wie eben der blinde Egoismus einzelner Staaten, verbunden mit trüger Unkenntnis der Dinge; das Abgleiten Europas auf der schiefen Ebene verschuldet hat, das zu der gegenwärtigen Zerrüttung geführt. Es war ein auf der Vorstellung beruhender Egoismus, dass ein Staat seine eigene Sicherheit dadurch sichern könne, dass er seinen bedrohten Nachbarn, über denen sich schon der Rachen der Krokodile öffnete, keine Hilfe gewährte. Nach den Worten Winston Churchills hat dieses verzweifelte Streben, sich den Frieden „um jeden Preis“ zu sichern, Hitler die Methode „one by one“ - „einer nach dem anderen“, mit der er bis unlängst so viel Erfolg hatte, eingegeben.

Sie ist ihm nicht bis ans Ende gelangen, und das wird Europa wirklich „in extremis“ retten. Aber auch wenn Hitler fällt, so wird dadurch der verbrecherische Hitler'sche Typus noch nicht aus der Geschichte der Menschheit ausgerottet. Neues und wiederholtes Nichtbegreifen der elementaren Notwendigkeit der Solidarität und kollektiven

Sicherheit, die in Zukunft der Ausdruck der Zusammenarbeit aller Demokratien in ihren internationalen Beziehungen sein soll, würde einen neuen Hitler zu einem neuen Kriege den Mut geben, den ein zermartertes Europa nicht mehr aushalten würde.

Seit dem Jahre 1934 habe ich diesen heutigen Krieg erwartet. Ich war sicher, dass Hitler und Mussolini ihn hervorrufen werden. Ich nehme also von meiner Aussenpolitik nichts zurück, die ich in den letzten zwanzig Jahren getrieben und vertreten habe. Im Jahre 1938 wollte ich auf ihrer Grundlage nicht nur die Tschechoslowakei, sondern auch das übrige demokratische Europa militärisch verteidigen. Der ganze Verlauf dieses Krieges hat jener der Demokratie bis zum Tode treuen Politik recht gegeben, die die Tschechoslowakei vertreten hat. Es war dies wahrhaft eine Politik der Demokratie, sowohl in den inneren Angelegenheiten als auch in den äusseren Beziehungen. Aber es war nicht nur irgendeine Ideologie oder ideologische Politik; es war eine Politik der lebendigsten tschechoslowakischen nationalen und staatlichen Interessen, wie es der ganze Verlauf des zweiten Weltkrieges geradezu typisch zeigt. Diese Politik findet nochmals in diesem Kapitel ihren Ausdruck, in der neuen Form und im Sinne der fortgeschritteneren Entwicklung nach dem heutigen Kriege. Und ohne dass ich behaupten will, dass alles, was hier gesagt wird, bis ins Einzelne richtig und einwandfrei ist, bin ich davon überzeugt, dass es, wenn diese Prinzipien nach dem heutigen Kriege nicht in den Hauptumrissen entschieden und mutig durchgesetzt werden, nach zehn, fünf-

zehn Jahren zum dritten Weltkrieg kommt, den wieder ein militaristisches und diktatorisches Deutschland hervorrufen wird. Und das würde den endgiltigen Zusammenbruch der europäischen und der Weltdemokratie bedeuten.

VII.

Die Wiedergeburt und die Zukunft der Nachkriegs-Demokratie

Die dritte wesentliche Aufgabe des zweiten Weltkrieges und seiner Folgen ist die Wandlung und der Umbau der bürgerlichen, liberalen Demokratie selbst.¹⁾

-
- 1) Wenn ich dieses Kapitel als Fortsetzung meines früher verfassten Buches über die Demokratie veröffentliche, so stelle ich es vor allem allen unseren Leuten, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, zur Diskussion oder zur Erwägung. Es soll keine Verkündigung von endgiltigen Wahrheiten sein, nach denen daheim die Republik organisiert werden soll. Durch die weiteren Ereignisse im Kriege und nach ihm können auch sie neu beeinflusst werden. Was zu Hause getan werden wird, wird allerdings unser Volk selbst in demokratischer Weise entscheiden.

Ich verfolge tunlichst die ganze wissenschaftliche Literatur über diese Probleme. Sie ist heute bereits umfangreich, denn die ganze Welt weiss, dass diese Probleme alle gelöst werden müssen und gelöst werden. Man muss auch bei uns auf diese Fragen rechtzeitig hinweisen, damit unsere Leute eine Unterlage zu sachlichen Erwägungen erhalten. Der Krieg wird enden und das kann uns absolut unvorbereitet treffen. Deswegen habe ich, obgleich diese Fragen viel gründlichere und eingehendere Studien von Fachleuten, namentlich von Juristen und Volkswirtschaftlern erfordern würden, meinen englischen Buche in dieser tschechischen Übersetzung diese kurze Betrachtung über Fragen beigelegt, die nach dem Kriege für uns alle geradezu vital und für das Leben unseres Staates und Volkes von wesentlicher Bedeutung sein werden. Sie möge nur als Anregung zum Nachdenken aufgenommen werden.

Wir haben im früheren Kapitel gezeigt, wie sich die demokratischen Ideen und Institutionen im Verlaufe der letzten fünf Jahrhunderte entwickelt haben, und haben jenes Unaufhaltsame der politischen und sozialen Wandlung vom mittelalterlichen Feudalismus mit seinen drei Ständen zum absoluten Monarchismus und zur französisch-englisch-amerikanischen Revolution betont, die uns in politischer Beziehung die moderne demokratische konstitutionelle Freiheit und in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung die Herrschaft des liberalen Bürgertums und die Herausbildung des modernen Industrialismus und Kapitalismus gebracht hat. Daraus entstand dann der Kampf um die Durchsetzung des vierten Standes und das Ringen um seine politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte vom Jahre 1848 bis zum letzten Kriege. Die russische Revolution versuchte im Jahre 1917/18 den vierten Stand völlig an die Macht zu bringen und nicht nur die letzten Überreste der feudalen Stände und des Feudalismus und Aristokratismus in allen seinen Formen überhaupt zu beseitigen, sondern auch der Macht des liberalen Bürgertums ein Ende zu bereiten und eine sogenannte klassenlose Gesellschaft einzusetzen, in der die breitesten Volksschichten als Ganzes der wirkliche Herr ihrer ganzen Politik und ihrer Gesamtwirtschaft waren. Sie erklärte dies und sah es als wirkliche Demokratie an, als wahre Volksregierung. Die sogenannte Diktatur des Proletariates sollte eine vorübergehende Institution bis zu der Zeit werden, in der die Überreste aller früheren Klassen verschwunden wären und die klassenlose Gesellschaft für die Zukunft völlig gesichert, volle Wirklichkeit wäre.

Die zwanzig Jahre zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg waren in politischer Beziehung eine Zeit des Ringens um die Liquidierung des Krieges und um die Sicherung eines neuen Friedens in den neueren demokratischeren Regimen des europäischen Kontinents, aber in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung waren sie ein Kampf der sich neu bildenden politischen Demokratie um soziale Probleme und wirtschaftliche Revolutionen, die gleichfalls aus dem vorigen Kriege hervorgegangen waren und die vor allem durch das System des Sowjetsozialismus repräsentiert wurden.

Aus der Reaktion gegen sie und gegen den Kommunismus entstanden die autoritativen Regime, die, indem sie vorübergehend den Mantel der Verteidigung des Bürgertums gegen den Kommunismus umhängten, zunächst das politische Wesen der liberalen Demokratie zerstörten und dann, da sie sich anders nicht an der Macht halten konnten, gleichfalls in die Sphäre, wenn auch nicht der sozialen und wirtschaftlichen Revolution, so doch wenigstens der revolutionären sozialen Demagogie übergingen. Und so standen wir in den Jahren unmittelbar vor dem heutigen Kriege, in den Jahren 1937 - 1939, inmitten der Kämpfe der drei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme, von denen zwei, das linke und das rechte, das liberale demokratische Bürgertum in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung wesentlich untergruben und politisch seine Existenz überhaupt dadurch gefährdeten, dass sie dies durch Revolutionen durchführten, die auf beiden Seiten die politischen, demokratischen Freiheiten beseitigten.

Die ganze Krise wird nunmehr abermals durch den zweiten Weltkrieg gelöst, der direkt aus machtpolitischen Konflikten zwischen den gegenwärtigen europäischen Grossmächten und aus ideologischen Kämpfen zwischen den drei gegenwärtigen politisch-sozialen Systemen - der liberalen Demokratie, dem Faschismus - Nationalismus und dem Sowjet-Sozialismus - hervorgegangen ist. Und die Endfrage lautet allerdings wie folgt: Welchen künftigen Grad wird diese Entwicklung haben und welches Schicksal wird die Demokratie als politisches und soziales System erreichen, das bisher unbestreitbar als das kulturell reifste politische Regime angesehen wurde ?

Schon der letzte Weltkrieg war in seinen Folgen nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale und sittliche Revolution und hat die ganze frühere Entwicklung ausserordentlich beschleunigt. Der zweite Weltkrieg wird es, wie ich hier schon betont habe, noch in weit höherem Masse sein, und wird der Entwicklung ganz bestimmte neue, endgültige Formen geben. Die liberale bürgerliche Demokratie wird aus dem Kriege vom Jahre 1914, aus den zwanzigjährigen Kämpfen zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg mit den faschistischen und den nazistischen Totalismen um ihre eigenpolitische Konzeption der Gesellschaft auf der einen Seite und mit dem Kommunismus um seine wirtschaftliche und soziale Konzeption der neuen Gesellschaft auf der anderen Seite und schliesslich auch aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges und seinen künftigen Folgen eine gründliche Lehre ziehen müssen. Sie ist durch

diese Entwicklung in solcher Masse berührt, dass sie nach dem heutigen Weltkrieg nicht in ihre früheren Positionen zurückkehren kann. Es ist eine Tatsache, dass die liberale bürgerliche Demokratie nach dem Jahre 1918/19 ihre Probleme politisch nicht bewältigt hat, und dass sie, wie ich höher oben dargelegt habe, in einzelnen Ländern vor allem auch durch ihre eigenen Fehler ihren Gegnern von links und von rechts unterlegen ist. Wirtschaftlich und sozial konnte sie mutig nur in manchen Ländern radikalere und erfolgreichere Reformen versuchen. Allgemein wird daher begriffen, dass der zweite Weltkrieg überall ohne Ausnahme weitreichendere politische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen bringen wird, vor allem allerdings auf dem ganzen europäischen Kontinent. Hier wird es überall nicht nur zu rein politischen Revolutionen, sondern auch zu tiefen sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen kommen. Alle Art Kämpfe um den Kommunismus und den Faschismus waren und sind auch für das demokratische Regime meistens Kämpfe um soziale und wirtschaftliche Probleme.

Die Praxis, das Vorgehen, die Mittel und die Methoden der europäischen Demokratien in ihrer Tagespolitik nach dem Kriege vom Jahre 1914/18 wurden demnach schon früher und mussten auch weiter einer strengen Kritik unterzogen werden. Das betrifft sowohl die grossen westlichen Demokratien als auch die europäischen und anderen kleineren, neueren Demokratien. Ich habe es flüchtig in den vorangegangenen Kapiteln getan. Hier will ich einige weitere kritische Betrachtungen mit Rücksicht auf die Aufgaben der europäischen

Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg hinzufügen.

Die Kritik der Vorkriegs-Demokratie konzentrierte sich in den letzten zwanzig Jahren regelmässig auf zwei Kategorien von Fragen: auf sozial wirtschaftliche und auf rein politische Fragen. Die Vorwürfe auf sozial wirtschaftlichem Gebiete sind ganz grundsätzlich und berühren eigentlich das Wesen der ganzen sozialen Struktur der heutigen demokratischen Gesellschaft. Kurz kann dies, wie folgt, zusammengefasst werden: die heutige bürgerliche Demokratie hatte nicht den Mut und die Fähigkeit, nachdrücklicher und systematischer die sozialen Hauptprobleme zu lösen und schärfer in die wirtschaftliche Struktur der modernen Gesellschaft derart einzugreifen, wie es der Staat und die Gesellschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts gebraucht hat (z.B. das ungelöste Problem der Arbeitslosigkeit!). Auch die soziale Gesetzgebung und der soziale Reformismus vom Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts, die in einer Reihe fortschrittlicher Staaten angestrengt durchgeführt wurden, genügen heute nicht mehr. Man muss tiefer zu strukturalen, d.h. kollektivisierenden und sozialisierenden Massnahmen greifen. Radikalere Kritiker - manche Sozialisten und alle Kommunisten - sind noch weiter gegangen und haben direkt die grundsätzliche Frage aufgeworfen: ist die liberale Demokratie überhaupt fähig, diese Probleme zu lösen, und hat dies nicht zu bedeuten, dass wir, wenn wir überhaupt die Verwirklichung einer wesentlichen Wandlung und Reform der politischen Demokratie versuchen, die ihre heutigen Mängel und Schwächen wirklich beseitigen würde, unabwendbar bis zur völligen strukturalen Wandlung der ganzen

heutigen bürgerlichen Gesellschaft in ein neues, sehr weitgehendes sozialisierendes Stadium des demokratischen Regimes gelangen müssten ?

Diese Frage ist so wesentlich, dass ihre vorbehaltlose Beantwortung im Sinne dieser letzten Kritiken die grundsätzliche Annahme der kommunistischen Doktrin bedeuten würde, und danach überhaupt, dass von den Versuchen um eine Wiedergeburt der heutigen Demokratie nicht viel zu erwarten sei. Ich gehe nicht so weit und glaube an die Möglichkeit und Notwendigkeit einer wirklichen Wiedergeburt der heutigen Demokratie und trachte nach ihr. Ich glaube aber, dass die heutige Demokratie zu manchen strukturellen Änderungen der Gesellschaft greifen muss, wenn sie sich erhalten soll. Ich glaube auch, dass dies möglich sei. Ich werde darüber weiter ein paar grundsätzliche Worte sagen.

Die zweite Kategorie von Vorwürfen, die man gegen die heutige bürgerliche Demokratie erhebt, bezieht sich auf eine Reihe von Mängeln rein politischen Charakters. Diese Kritiken greifen nicht so tief in das Wesen des Regimes selber ein. Die wichtigsten von ihnen betreffen folgende Fragen:

a) Allgemein wurde sehr streng die Organisation des politischen Lebens in der Form der bisherigen politischen Parteien kritisiert, ihr rücksichtsloser egoistischer Kampf um die Macht im Staate, ihre zu grosse Zahl, die parteiliche Voreingenommenheit und der Egoismus; aus ihnen sei eine Atomisierung des Staates entstanden, eine

Zerrüttung der bürgerlichen Moral und eine Verpestung des ganzen öffentlichen Lebens durch den nichtobjektiven Parteigeist; eine weitere Folge dieser Verhältnisse sei die Korruption des öffentlichen Lebens und - sowohl von der Partei als Ganzem als auch von den Einzelnen als ihren Mitgliedern - die Tendenz, überall auf Kosten des Staates und seiner Gesamtinteressen zu leben.

b) Im Zusammenhang mit der Kritik der politischen Parteien und des Parteiwesens überhaupt wurde sehr kritisch die Frage des Führertums in der Demokratie und der politischen Führung überhaupt erörtert; man wies auf die Unzulänglichkeit der Führer hin, die sich nicht nur aus der demokratischen Nivellierung ergebe, sondern direkt der Demokratie mit ihren zahlreichen politischen Parteien inherent sei, und auf die automatische Entwicklung der Führung der Demokratie zu einer Oligarchie entweder nach der Regierung, Ämtern und Geld strebender Parteibonzen und-sekretäre oder reicher industrieller und finanzieller Plutokraten, die auf allen Seiten alles korrumpieren und im Wesen den ganzen Staat zu Gunsten ihrer Klasse beherrschen.

Damit soll auch der ungesunde Zustand und die Organisation der Presse in der Demokratie zusammenhängen, deren systematische Korrumpierung oder Beherrschung durch Geld und daher die bewusste und systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung in dem Geiste, der zwar den Interessen dieser oder jener Klassen oder Einzelnen entspricht, nicht aber den Interessen des demokratischen Staates und der Gesellschaft.

o) Man hat auf die Unfähigkeit der Demokratie hingewiesen, rasche, feste und verantwortliche Entscheidungen zu fassen, wie das heutige Leben sie verlangt, einerseits im Hinblick auf ihre ganze Struktur und im Hinblick auf das Prinzip der Verantwortlichkeit der Exekutivmacht gegenüber einzelnen gesetzgebenden und Kontroll-Körperschaften, andererseits zum ganzen Funktionieren des Systems der zahlreichen politischen Parteien mit ihren hartnäckigen Parteikämpfen. Daher soll die Wirkungslosigkeit und Langsamkeit der demokratischen Methoden bei der Führung des Staates namentlich in Zeiten der Krise, Spannung und Schwierigkeiten stammen. Damit hängt ferber die Schwerfälligkeit, die Reaktion, die Wirkungslosigkeit, häufig die Korruption und die zu grosse Politisierung der demokratischen Bürokratie zusammen. Ich will die wichtigsten von diesen Vorwürfen der europäischen Vorkriegs-Demokratie durchnehmen. Es sind nur die Hauptvorwürfe und -kritiken und weitaus nicht alle. Sie sind aber insgesamt für die Wiedergeburt der heutigen Demokratie wesentlich und die völlige oder wenigstens weitgehende Lösung dieser Fragen ist eine Frage auf Leben oder Tod der heutigen Form der politischen Demokratie.

1.) Ist eine Wiedergeburt der Nachkriegs-Demokratie und ihr Zusammenleben und ihre Zusammenarbeit mit dem System des Sowjet-Sozialismus überhaupt möglich ?

Bevor ich an die eingehendere Analyse dieser konkre-

ten Vorwürfe herangehe, muss ich einige ganz grundsätzliche Fragen über die Möglichkeit einer erfolgreichen Wiedergeburt der Demokratie als politischen Systems der heutigen Zeit überhaupt berühren.

Aus der Geschichte der letzten zwanzig Jahre vor dem zweiten Weltkrieg geht hervor, dass es um den Kampf auf Leben und Tod der drei politisch sozialen Systeme ging und im heutigen Kriege tatsächlich geht und dass wir nach diesem Kriege einer neuen politisch sozialen Organisation der Welt, namentlich der europäischen, Auge in Auge stehen werden; die autoritativen (faschistischen) Systeme, das System der liberalen Demokratie und das System des Sowjetsozialismus kämpfen in diesem Kriege tatsächlich um die Rettung ihres Lebens - es ist ein "war of survival", wie Franklin D. Roosevelt gesagt hat. Heute spricht man vom Kriege bereits offiziell als von einem nicht nur machtmässigen, sondern auch ideologischen Kampfe: die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Britischen Reiches und des Sowjet-Verbandes und aller anderen Verbündeten haben verbindlich erklärt, dass es sich tatsächlich um die Vernichtung des nationalsozialistischen Regimes und des sogenannten Hitler-Deutschlands handelt.

Und wirklich geht und wird es darum gehen, dieses Ziel zu erreichen. Zwischen der Demokratie und allen Arten von Faschismus ist keine Versöhnung möglich. Es ist eine Tatsache, dass das Zögern der demokratischen Regierungen in den letzten zwanzig Jahren, die Politik des "appeasement" und die Kompromisse mit Hitler und Mussolini einfach ver-

zweifelte Versuche waren, den heutigen Kriegskonflikt um die existenzielle Erhaltung der bürgerlichen Demokratie - um jeden Preis - den Kampf um das Survival auszuweichen. Diese Bestrebungen entstammen den Vorstellungen, dass die liberale Demokratie zwischen dem Faschismus oder dem Kommunismus wählen müsse, wenn sie überhaupt etwas von ihren Stellungen retten will, und dass auch ein Krieg mit dem Faschismus und dem Nazismus in eventuellen sozialen Nachkriegsrevolutionen ihren Fall herbeiführen könnte. So suchten seit dem Jahre 1932 alle konservativen Elemente der bürgerlichen Demokratie fast ohne Ausnahme die Zuflucht in Kompromissen mit dem Faschismus gegen den Kommunismus.

Es war ein verhängnisvoller Irrtum und der heutige Krieg hat dies mit voller Klarheit gezeigt. Die Demokratien hätten, um sich und ihre Ehre zu retten, einfach dem Geist der Demokratie treu bleiben sollen, was auch immer geschähe. Ich habe schon in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich dargelegt, warum ein Zusammenleben zwischen der Demokratie und der nazistischen und der faschistischen Diktatur nicht möglich ist. Es gibt keine einzige wesentliche politische Idee, keinen einzigen wesentlichen sittlichen Grundsatz, in dem sie übereinstimmen oder sich wenigstens gegenseitig tolerieren könnten. Deswegen muss zwischen ihnen Kampf sein, wie ich schon weiter oben betont habe, bis er bis ans Ende ausgekämpft und durch den heutigen Krieg ausgekämpft sein wird. Siegt die Demokratie, so fällt der Faschismus, siegt der Faschismus, so fällt die Demokratie; ein unentschiedenes Ergebnis des Krieges würde eine kurze

Fortsetzung des Kampfes in einer anderen, gemässigten Form und sodann den wahrscheinlichsten raschen und schliesslichen Fall der Demokratie bedeuten. Darüber kann heute niemand mehr zweifeln.

Es stellt sich daher die Frage: was wird geschehen? Denn auch der Faschismus (aller Schattierungen) und der Sowjetsozialismus vertragen sich gegenseitig nicht, und auch hier wird es um einen Kampf bis zur Vernichtung gehen. Obgleich die beiden Systeme manche äussere Kennzeichen analog haben, ist eine Versöhnung und ein Zusammenleben beider nicht möglich. Deswegen musste am Ende Hitler den Sowjet-Verband überfallen - aus Macht - und ideologischen Gründen. Daher fanden sich die bürgerliche Demokratie und das System des Sowjetsozialismus ziemlich automatisch seit Juni 1941 in demselben Kriegslager gegen die faschistischen Diktaturen, und jetzt müssen sie beide mit vereinten Kräften die autoritativen Systeme vernichten,

Und so werden nach diesem Kriege - zunächst als Verbündete, später möglicherweise als Rivalen - das System der politischen Demokratie und das System des Sowjetsozialismus übrigbleiben. Können und werden sie zusammen und nebeneinander leben? Werden sie zusammen arbeiten oder sich wenigstens gegenseitig tolerieren? Oder wird der Kampf zwischen den beiden auch bis zum Fall des einen oder des anderen weitergehen, vielleicht nach einer gewissen Pause, die beide nach der kriegerischen Erschöpfung für ihre innere Erholung und Erstarkung nötig haben werden?

Der konsequente theoretische Marxismus muss allerdings an die schliessliche Liquidierung der liberalen Demokratie als Systems des bürgerlichen Kapitalismus glauben,

und die kommunistische Internationale führt theoretisch ihren Kampf um den Triumph der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft weiter und wird ihn weiter führen. Wird sie ihn nach diesem Kriege auch praktisch wie früher weiter führen? Und wird sie in diesem Kampfe vom Sowjetstaat unterstützt werden? Je nach der Beantwortung dieser Fragen wird sich natürlich nach diesem Kriege das praktische Verhältnis zwischen den westeuropäischen Demokratien und dem Sowjet-Verband entwickeln. Die Unterzeichnung des britisch-sojetischen Vertrages vom 26. Mai 1942 über die Zusammenarbeit im Kriege und die Zusammenarbeit am Wiederaufbau und an die Sicherung des Nachkriegsfriedens würde bedeuten, dass hier die Absicht und der Entschluss bestehen, eine wenigstens zwanzigjährige freundschaftliche und verbündete Zusammenarbeit der beiden Systeme nach der Unterschreibung des künftigen Friedens zu sichern.

Ich selbst antworte auf alle diese Fragen im Hinblick auf die heutige internationale Gesamtlage ganz eindeutig: ich glaube, dass es möglich und dass es richtig und notwendig ist, dass - ebenso wie heute im Kriege - diese beiden Systeme einträchtig zusammenarbeiten und sich auch nach dem Kriege gegenseitig loyal tolerieren. Das hätte gewiss zunächst ihre weitere vorübergehende gegenseitige Annäherung und schliesslich vielleicht ihren dauernden, entwicklungsmässigen Ausgleich und ihre Anpassung zur Folge. Diese Anschauung stütze ich teils auf die theoretischen Erwägungen, teils auf die praktischen Bedürfnisse.

Es ist Tatsache, dass das System der politischen Demokratie und das System des heutigen Sowjetsozialismus in einer Reihe von grundsätzlichen Konzeptionen auseinandergehen, wenn sie auch in anderen weniger wesentlichen Fragen grundsätzlich übereinstimmen.

Das System des Sowjetsozialismus beruht auf der ideologischen materialistischen Basis, auf der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. In der Philosophie ist das der sogenannte dialektische Materialismus, in der Auffassung der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung ist das der historische Materialismus, in den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Erscheinungen des heutigen Lebenskampfes ist das der ökonomische Materialismus. In der Philosophie und in allen sittlichen Erscheinungen ist er positivistisch (und daher seine ablehnende Stellung zur Metaphysik, zu den absoluten und idealen Werten, zur Religion usw.); in der gesellschaftlichen und historischen Entwicklung ist ihm der entscheidende Faktor allen Lebens die wirtschaftliche Struktur der betreffenden Gesellschaft, in den täglichen politischen, sozialen und kulturellen Erscheinungen ist ihm die Grundlage allen gesellschaftlichen Lebens der Kampf der sozialen und wirtschaftlichen Klassen um Brot und politische Macht.

Die Demokratie ist, wie wir schon höher oben betont haben, in ihrem Wesen spiritualistisch. Wenn schon bewusste und theoretisch gebildete Demokraten in der Philosophie und Metaphysik schliesslich den Idealismus, den Dualismus oder den Pantheismus annehmen, so bedeutet das immer, dass sie

in ihrer Lebensanschauung eine gewisse Synthese zwischen den geistigen und den materiellen Erscheinungen suchen und es ablehnen, im Menschenleben die Priorität materiellen und wirtschaftlichen Erscheinungen zu geben, und dass sie zum Unterschied vom Marxismus zu einer religiösen Konzeption des Lebens, zur Anerkennung einer Form des Absoluten, und daher Gottes gelangen. In der historischen Entwicklung stellen sie die geistigen, kulturellen, religiösen Erscheinungen und daher die nicht nur wirtschaftliche Struktur und den Kampf ums Brot, sondern auch nichtwirtschaftliche, nichtmaterielle, geistige Faktoren als ebenso entscheidend über den Zustand der Gesellschaft in ihren einzelnen historischen Entwicklungsphasen sowie über die Form ihrer täglichen Kämpfe ums Leben auf. Der Kampf um die politische Macht und ums Brot, geführt in der Form von Klassenkämpfen, betrachten sie als eine der Formen der Gesellschaftlichen Kämpfe um das Leben überhaupt, nicht als die einzige, die die historische Entwicklung der menschlichen Gesellschaften und der staatlichen Kollektive bestimmt und kennzeichnet.

Als direkte Folge dieser grundlegenden theoretischen Verschiedenheit zwischen den beiden Systemen, muss man auch die Verschiedenheit in der Anschauung über Gesellschaft und Staat ansehen. In den vorangegangenen Kapiteln habe ich betont und wiederhole hier, was ich bereits über die absolutistische Auffassung des Staates und der Gesellschaft bei den autoritativen Regimen und allerdings auch beim Kommunismus gesagt habe. Der von der Philosophie des Materialismus ausgehende Kommunismus ist in seinen grundsätzlichen

Thesen über den Staat anti-individualistisch. Die Grundidee und das Grundbewusstsein bei jedem Einzelnen sollen seinem Standpunkt nach das gesellschaftliche Bewusstsein, das Bewusstsein der staatlichen Kollektivität und nicht das individuelle Bewusstsein sein. Die gesellschaftliche (und staatliche) Kollektivität muss als grundlegendes und souveränes Element des sozialen Zusammenlebens genommen werden. In seiner Tätigkeit, seinem Zusammenleben und seiner Entwicklung ist das Individuum von dieser Kollektivität abhängig und entstammt ihr. Sie ist primär, das Individuum ist sekundär.

Wie ich oben dargelegt und betont habe, ist die philosophische und soziologische Grundlage der von der Philosophie des Spiritualismus ausgehenden Demokratie dagegen individualistisch. Die Demokratie geht in ihrer Theorie und ihrer politischen Praxis nicht vom kollektiven Bewusstsein aus, sondern vom Bewusstsein der Individualität des Einzelnen und sieht das menschliche Wesen als primär und die aus Einzelnen zusammengesetzte grundlegende und gesellschaftliche Kollektivität (und namentlich den Staat) als sekundär an. Auch beim Kommunismus sind Entwicklung und Freiheit des Einzelnen der kollektivistischen Auffassung der menschlichen Gesellschaft untergeordnet und der Staat und die kommunistische Gesellschaft in ihrer Allmächtigkeit und Souveränität sind ihm der schliessliche und höchste Masstab für alle Werte, auch die sittlichen und geistigen Werte überhaupt. Daher so viel Neigung zum rücksichtslosen Aufopfern des Individuums an Staat und Gesellschaft. Nach der wissenschaftlichen soziologischen Themi-

nologie handelt es sich hier um den Streit zwischen dem soziologischen Objektivismus mit dem soziologischen Subjektivismus.

Ich habe schon oben gesagt, dass ich bei dem Suchen des gegenseitigen Einflusses des Individuums auf die Gesellschaft und der Gesellschaft auf das Individuum immer getrachtet habe, einen Ausgleich und eine Synthese zu erreichen: die menschliche Gesellschaft dauert und lebt soziologisch als kollektiver Körper zugleich und gleichzeitig mit dem menschlichen Einzelnen. Sie beeinflussen und bilden sich gegenseitig gleichmässig und gleichzeitig. Aber vom metaphysischen und moralischen Standpunkt betrachte ich das menschliche Individuum als den höchsten Wert in der menschlichen Gesellschaft und bin als Spiritualist Individualist. Für die praktische Politik schadet es mir nicht, sehr kollektivistische, soziale und wirtschaftliche Massnahmen anzunehmen - im Interesse des Wohles und des in der menschlichen Gesellschaft höchst möglichen Grades der Freiheit des Individuums.

In diesen beiden wesentlichen Punkten gehen die beiden Systeme diametral auseinander. Theoretisch ist demnach eine Versöhnung nicht möglich. Es wird sich darum handeln, ob hier eine ideelle Toleranz und eine Freiheit des Denkens und der Überzeugung möglich ist - wie dies heute in ihrem Kampfe um die Existenz alle Formen der Demokratie bedingungslos verlangen. Denn im Streite um den Materialismus aller Art auf der einen Seite und den Spiritualismus und die Metaphysik auf der anderen Seite wird es - ich wiederhole hier, was ich schon in früheren Kapiteln gesagt habe, als ich über die

philosophischen Gegensätze zwischen der spiritualistischen Demokratie und dem materialistischen Faschismus gesprochen habe - niemals eine Einigkeit in den menschlichen Anschauungen geben, solange freies menschliches Denken und Forschen bestehen werden. Es sind zwei Richtungen der philosophischen Forschung, die seit den ersten Zeiten des älteren philosophischen Denkens bestanden haben, und es ist nicht möglich, den Streit mit definitiver Giltigkeit zu lösen. Man muss daher diese Tatsache zur Kenntnis nehmen und einfach in diesen beiden politisch sozialen Systemen die Freiheit des Denkens und Forschens, die Freiheit der Philosophie und der Wissenschaft respektieren.

Dagegen haben diese beiden Systeme für eine ganze Reihe von Konzeptionen und philosophischen und sittlichen Grundsätzen eine gleiche Grundlage; indem sie die Gleichheit der Menschen und der Völker anerkennen, sind sie universalistisch, humanistisch, international und pazifistisch. Indem sie die Gemeinsamkeit der Wissenschaft und der Wahrheit für alle Menschen und Völker anerkennen, sind sie rationalistisch und intellektualistisch. Das gemeinsame und gleiche Wohl aller Menschen und aller Völker ist ihnen der Masstab aller sozialen und öffentlichen Moral.

Ausgehend von seinen theoretischen Voraussetzungen des historischen und ökonomischen Materialismus, der alle historische und wirtschaftliche Entwicklung als Kampf der sozialen Klassen um die politische Macht und um Brot auffasst, versucht der Kommunismus theoretisch und der Sowjet-Sozialismus praktisch bei der Errichtung seines sozialistischen

staatlichen und gesellschaftlichen Baues die Herausbildung der klassenlosen Gesellschaft. Das Kriterium der Klasse sind ihm ausschliesslich und einzig das kapitalistische Eigentum und die Verfügung über die Produktionsmittel und die Verteilung der Güter und Waren auf der einen Seite und der Verkauf der Arbeitskraft für Verdienst oder Lohn bei der Geltendmachung des Prinzips des Privatgewinnes auf der anderen Seite. Er ist nicht, wie man populär sagt oder meint, gegen das individuelle Eigentum; im Gegenteil, er achtet und erkennt voll und vorbehaltlos bestimmte Arten von individuellem Eigentum an. Er will aber sämtliches individuelles Eigentum an Erzeugungsmitteln und Güterverteilung kollektivisieren, vergesellschaftan, welches Eigentum in der bürgerlichen demokratischen Gesellschaft einem Individuum die Möglichkeit gibt, andere Einzelne zu zwingen, für den Besitzer der Produktionsmittel (Maschinen, Gebäude, Boden, Verkehrsmittel usw.) gegen Entlohnung zu arbeiten und wirtschaftlich von ihnen abzuhängen. Dieses wirtschaftliche System gibt dann auch der ganzen politischen Organisation der heutigen sogenannten kapitalistischen Gesellschaft und daher auch der demokratischen Gesellschaft in ihrer, wie man zu sagen pflegt, kapitalistischen Phase den Charakter und die Form: alle Schichten beteiligen sich zwar an politischen Leben in verschiedenen Formen, aber die eigentliche politische Macht hat die Schicht der Eigentümer der Produktionsmittel in Händen.

Die heutige bürgerliche Demokratie, d.i., wie die

Kommunisten sagen, die demokratische Gesellschaft in ihrer kapitalistischen Phase - zum Unterschied von der demokratischen Gesellschaft in ihrer künftigen sozialistischen oder heutigen sowjet-sozialistischen Phase - erkennt an und achtet dagegen alle Art von individuellem Eigentum ohne Ausnahme,

Der Sozialisierungs-Prozess ist allerdings auch in den modernen Demokratien in ihren heutigen Formen auf dem Vormarsche; die soziale Gesetzgebung und die soziale Reform, die von den fortschrittlichen Demokratien wahrhaft und aufrichtig angenommen sind, hat schon heute freilich das frühere unbeschränkte Eigentum an Produktionsmitteln, das unbeschränkte Walten mit ihnen, die unbeschränkte Diktierung von Arbeitsbedingungen den Lohnarbeitern und die unbeschränkte Festsetzung des Privatgewinnes aus kapitalistischen Unternehmungen wesentlich begrenzt. Es war dies bisher meistens - neben einer Reihe von anderen Massnahmen moderner sozialer Gesetzgebung - die laufend angenommene oder geduldete Verstaatlichung oder Verstädtlichung bestimmter grosser Unternehmungen und mancher öffentlicher Dienste oder mit anderen Worten: man baute eine gewisse Art von sozial orientiertem staatlichen und städtischen oder öffentlich kontrolliertem Kapitalismus. Ebenso nimmt man in den letzten zwanzig Jahren allgemein und fast vorbehaltlos die zweite wesentliche Folge des sozialisierenden Entwicklungsstadiums der heütigen Gesellschaft - die wissenschaftliche Planwirtschaft an, die endgiltig die letzten Reste der liberalen kapitalistischen Theorie vom freien Spiel der

Wirtschaftskräfte nach dem Grundsatz des Unternehmergewinnes beseitigen soll.

Dies alles war zwar niemals ~~war~~ ein grundsätzlicher, noch ein einzelner Eingriff in das Prinzip des Eigentums an den Produktionsmitteln und am privaten kapitalistischen Gewinn; es war aber immer bisher die ausgeprägteste und, was den Charakter betrifft, sehr wesentliche Beschränkung bei der Verfügung über manche wichtige Produktionsmittel seitens der individuellen Kapitalisten, wobei der Privatgewinn nicht in die Taschen der Einzelnen, sondern in die staatlichen, städtischen, öffentlichen Kassen floss. Es war gewiss ein Schritt zur Sozialisierung der demokratischen Gesellschaft und eine gewisse Art von ziemlich weitgehendem Kompromiss mit dem reformistischen Sozialismus. Es ist aber kein marxistisch-leninistischer Sozialismus. Und darin besteht daher der wesentliche Unterschied zwischen den bisherigen Formen des wirtschaftlichen Lebens der Demokratien und dem System des Sowjet-Sozialismus in der Praxis und dem System des theoretischen Kommunismus.

Dabei befindet sich das Prinzip der Etatisierung, der Verstaatlichung und der Verallgemeinerung der Produktionsmittel, der Güterverteilung und des Privatgewinnes in einigen bürgerlichen Demokratien ganz in seinen Anfängen, anderswo ist er ziemlich fortgeschritten; manchen Orts kämpft er bisher um seine allgemeine grundsätzliche Anerkennung, anderswo ist es überhaupt kein Kampf um das Prinzip mehr, sondern nur um den Grad seiner praktischen Durchsetzung auf diesem oder jenem Gebiet.

Und da werfe ich die andere wesentliche Frage auf: ist ein Zusammenleben und eine Zusammenarbeit zwischen dem sowjet-sozialistischen System und der neu umgebauten Demokratie möglich, die grundsätzlich bereits das Prinzip der Verallgemeinerung der Produktionsmittel und des Privatgewinnes angenommen hat und die es in der praktischen Politik - neben anderen sogenannten Sozialisierungswegen und Sozialisierungsmitteln - mutig und dabei vernünftig anwenden würde? Ja oder nein?

Ich antworte wieder bejahend. Vor allem bedeutet es, dass das wirtschaftliche System des klassischen Liberalismus und Kapitalismus auch von den Demokratien als überlebt angesehen wird - darin stimmen die Demokratien dieser Art mit dem Sowjetsozialismus überein. Die Demokratien dieser Art, die allgemein ausser anderen Wegen und Mitteln der modernen Sozialpolitik als Grundsatz ihrer Wirtschaftspolitik das Prinzip der allmählichen Verallgemeinerung der Produktionsmittel und des Privatgewinnes annehmen, sind auf dem Wege zu einer weiteren Entwicklung, die sehr weit im Aufbau der klassenlosen Gesellschaft führen kann, wo - mit gewissen Ausnahmen hauptsächlich quantitativen Charakters - die Produktionsmittel und der Unternehmergewinn den Einzelnen gehören würden und wo das kapitalistische „freie Spiel der Wirtschaftskräfte“ in der Produktion und der Güterverteilung durch die wissenschaftliche Planwirtschaft (Regulierung und Stabilisierung der Preise und der Löhne!) ersetzt werden würde, die einer der wesentlichen Bestandteile

eines jeden sozialistischen Systems ist. Dieser Weg ist hier tatsächlich offen. Die Erreichung dieses Zieles wird einerseits eine Frage der allmählichen Entwicklung, der neuen Methoden der politischen Arbeit und des Reifegrades der oder jener Gesellschaft und des oder jenes Staates, andererseits eine Frage der Erfahrung, der Bewährung und des Vorteils eines geringeren oder höheren Masses und Grades der Sozialisierung der modernen Gesellschaft. Wird aber einmal der Grundsatz anerkannt, dass das unbeschränkte Eigentum an Produktionsmitteln und das Erwerben von Privatgewinn in der Produktion und der Guterverteilung in dem Masse missbraucht wird, wie der moderne Kapitalismus es tut, wenn anerkannt wird, dass dies unsittlich, unsozial und schliesslich staatsfeindlich und volksfeindlich ist, so ist es eine Frage der Eignung und der Wahl der Mittel, wie es gutzumachen wäre. Man kann es mit einem Schlage durch gewaltsame Revolution durchführen; man kann aber auch allmählich, entwicklungs-mässig, empirisch und mit wissenschaftlicher Planwirtschaft, ohne Katastrophen und ohne Gewalt, durch Verständigung und Zusammenarbeit vorgehen.

Ich bin für diesen zweiten Weg = ich bin für ihn heute mehr als je aus Gründen, die ich noch anführen werde. Ich bin auch darum für ihn, weil ich Demokrat bin. Ich weiss, dass in der Entwicklung der Völker und der Staaten Zeiten kommen, in denen gewaltsame Revolutionen notwendig sind. Aber als Demokrat will ich alle Verständigungswege, alle Mittel des Abkommens und alle Formen der Zusammenarbeit erschöpfen. Ich will dabei nicht wie ein Sekretär über Fragen einer Parteitikette oder Fragen der Terminologie

und Worte streiten: ob dieser Weg noch ein Weg des Liberalismus, des Kapitalismus und des Bürgertums ist oder ein Weg des sozialistischen Reformismus oder des Marx-Leninismus oder Kommunismus. Mir macht es nichts aus, wenn der oder jener Politiker es als Rettung des alten Regimes qualifizieren oder ein anderer einige praktische weitreichende Massnahmen, die sich aus solchen Änderungen ergeben und entwicklungs-mässig notwendig sind, mit sehr radikalem Namen belegen wird, Mir handelt es sich um die Sache, nicht um Worte und mir wird es sich darum handeln, dass unser Staat und unser Volk den besten und dauerhaftesten Bau erhält. Als praktischer demokratischer Politiker will ich das tun, was nötig, was möglich und was nach den gegebenen Verhältnissen der oder jener Gesellschaft und des oder jenes Landes richtig ist, auf dem Entwicklungsunwege und ohne Gewalt. Ich glaube auch, dass unter diesen Umständen die beiden erwähnten politisch sozialen Systeme - die neue Nachkriegs-Demokratie und das System des Sowjet-Sozialismus - neben einander ohne Rivalität und Feindschaft, in Zusammenarbeit und im gegenseitigen Einvernehmen leben könnten. Was für ein schliesslicher Zustand dieser Entwicklung bei dem einen oder dem anderen System von diesen beiden sein wird, kann heute niemand sagen. Es hat heute auch nicht viel praktische Bedeutung.

Wenn also in der ersten Kategorie der grundsätzlichen Verschiedenheiten zwischen den beiden Systemen - dem historischen und ökonomischen Materialismus, dem Positivismus und soziologischen Objektivismus auf der einen und dem

Spiritualismus und soziologischen Subjektivismus mit all seinen Folgen auf der anderen Seite - eine Versöhnung nicht möglich ist und bei beiden nur eine gegenseitige Toleranz ersucht werden muss, so muss festgestellt werden, dass die Nachkriegs-Demokratie in der zweiten Kategorie der Unterschiede - in Fragen des praktischen sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus der Nachkriegsgesellschaft - wesentlich reformiert werden und den Mut haben muss zu bedeutenden Kompromissen im Sinne der Beschränkung der Rechte des privaten Eigentums und im Sinne der Sozialisierung.-

Eine dritte Kategorie wesentlicher Unterschiede zwischen dem System des Sowjet- Sozialismus und der Nachkriegs-Demokratie betrifft das grundsätzliche Problem der marxistischen Theorie von der Diktatur des Proletariates. Es liegt im Wesen der Demokratie, dass sie gegen jede Form der Diktatur ist und sein muss und daher auch gegen diese Diktatur ist.

Vor allem möchte ich aber betonen, dass ich es für richtig halte, dass die Demokraten objektiv anerkennen, dass ein bedeutender Unterschied zwischen den faschistischen Diktaturen und der sogenannten Diktatur des Proletariates besteht, wie sie im System des Sowjet-Sozialismus verteidigt wird. Qui bene distinguit, bene docet.

Die Diktatur des Proletariates in der Marxistisch-leninistischen Auffassung ist eine theoretisch vorübergehende Diktatur - sie soll nur in der revolutionären Übergangsperiode zwischen der Durchführung der Revolution des Proletariates gegen die bürgerliche Gesellschaft und der

Konsolidierung der neuen, auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruhenden klassenlosen Gesellschaft dauern. In dem Maße, wie die neue Gesellschaft sich wirtschaftlich und politisch festigt, lockert sich die Diktatur und geht in die sogenannte Phase der sozialistischen Demokratie über, die nach der kommunistischen Theorie viel demokratischer und freiheitlicher sein soll als jede bürgerliche Demokratie. Denn in dieser Phase der Demokratie ist hier und wird nicht nur die Freiheit des Denkens und der Überzeugung, d. i. die geistige Freiheit sein, sondern auch die Freiheit von der wirtschaftlichen Unterdrückung und Beherrschung, und es wird namentlich in der Klassenlosigkeit auch eine wahre soziale Gleichheit und grundsätzliche wirtschaftliche Gleichheit geben.

In der Praxis würde das bedeuten, dass im heutigen sowjet-sozialistischen Staate die Entwicklung zur allmählichen politischen, religiösen, geistigen Freiheit überhaupt als Folge der politischen inneren Wirtschaftskonsolidierung und der endgültigen Sicherung der Existenz der auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruhenden, daher sozial absolut gleichen klassenlosen Sowjet-Gesellschaft automatisch gehen wird. Das bedeutet auch, dass nach diesen Voraussetzungen die Entwicklung in Sowjet-Russland auf diesem Gebiete automatisch in der Richtung der demokratischen geistigen und politischen Freiheiten gegangen ist, wie sie sich die heutigen Demokratien in ihren eigenen Staaten annähernd vorstellen und vertreten. Man pflegt dazu zu sagen, dass die Entwicklung in Russland „nach rechts“ gehen wird, wie es genannt

wurde, als auf dem wirtschaftlichen Gebiet nach dem Jahre 1922 oder auch in den letzten Vorkriegsjahren manche Härten oder Übertreibungen des Sowjetsystems beseitigt wurden, die aus der gewaltsamen wirtschaftlichen Revolution hervorgegangen waren (Rückkehr zum beschränkten individuellen Eigentum in der Landwirtschaft, Auflegung von Staatsanleihen mit Verzinsung, Gründung von Kreditbanken und Depositionierung von Geld auf Zinsen, Erhaltung eines beschränkten Erbrechtes, Festsetzung einer verhältnismässig niedrigen Ertragssteuer auf ziemlich hohe persönliche Einnahmen usw.)

Auf diese Weise kann gesagt werden, aber es wäre ein Irrtum, es zu glauben, dass dies eine Änderung des Systems und der Grundsätze ist. Nach der sowjetischen Konzeption ist es nur eine natürliche und automatische Entwicklung im Konsolidierungsprozess der sowjetischen sozialistischen Demokratie, die nach diesen Theorien in ihren weiteren Phasen, nach der Übergangszeit der Diktatur, eine Demokratie von höherem Typus ist, als die bisherige bürgerliche Demokratie war. Theoretisch ist es nicht möglich, diesen Anschauungen und Standpunkten die logische Festigkeit und Konsequenz abzulehnen. Tatsache ist, dass theoretisch das sowjetsozialistische Regime die grundsätzliche und dauernde Diktatur abweist, dass es ein grundsätzlicher Gegner der faschistischen Systeme auch darum ist, weil diese Systeme dauernd diktatorische sind in ihrer ganzen Konzeption, weil sie mechanisch den breiten Volksmassen Disziplin und geistlosen, toten Gehorsam auferlegen und in die Hand eines ein-

zigen Diktators, einer einzigen herrschenden Partei und eines einzigen herrschenden Volkes - des Herrenvolkes - die absolute Macht geben. Tatsache ist auch, dass trotz ihrer revolutionären politischen und sozialen Demagogie die faschistischen Systeme die soziale Struktur ihrer Staaten nicht ändern, den kapitalistischen Charakter ihrer Gesellschaft sogar durch die Bildung von monopolistisch-kapitalistischen Mammut-Unternehmungen, die bestimmten Menschen und Schichten gehören, verstärken, und, indem sie durch ihr tyrannisches System neue herrschende Cliquen und Kasten hervorbringen, ihr unsoziales und unmoralisches Ausbeutungssystem sogar auch auf internationales Gebiet erweitern und die Gebiete von niedrigerer Wirtschaftskultur der ausdrücklich und absichtsvoll ausgebeuteten Völker wirtschaftlich plündern.

Ebenso muss in diesem Zusammenhang die Frage des Totalismus in den modernen Diktaturen klargestellt werden. Die faschistische und die nazistische Diktatur ist totalitär: sie ist totalitär, d.h. vollständig, konsequent, kompromisslos auf geistigem Gebiet, auf politischem, sozialen und kulturellem Gebiet. Im Gebiet der wirtschaftlichen Erscheinungen ist sie diktatorisch, soweit sie die sogenannte Planung annimmt, aber im Wesen bewahrt sie das System des privaten Gewinnes und des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Diktatur in den wirtschaftlichen Erscheinungen bringt sie, soweit es ihre privatwirtschaftliche Auffassung vom Wirtschaften zulässt, mit Hilfe der Diktatur und des politischen Totalismus zur Geltung.

Die vorübergehende Diktatur des Proletariates und des

sowjet-sozialistische System lehnen es aber ab, dass ihr System und ihre verschiedenen Formen und Kundgebungen auf jeglichem Gebiete als „totalitär“ qualifiziert werden.

Nicht nur, weil sich die Diktatur des Proletariates selbst als geistig, politisch und sozial nur vorübergehend ansieht und sich automatisch in eine Demokratie von höherem Typus entwickeln soll - was das gerade Gegenteil eines jeden Totalismus ist -, aber namentlich auch, weil die Einheitlichkeit, Disziplin, Nivellisierung in den faschistischen, autoritativen, totalitären Systemen und ihre Versuche, die gesellschaftlichen, idealien und politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zu beseitigen, insgesamt auf mechanischen Wege, durch einen tyrannischen politischen Apparat, durch machtmässige, wüste, aussere, brutale Gewalt (Gestapo, SS-Formationen, Truppen, amtlichen Apparat usw.) erfolgen.

Das sowjetsozialistische System will dagegen die Einheitlichkeit auf diesen verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens durch die Beseitigung der grundsätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze derart erreichen, dass die ganze Wirtschaftsstruktur der Gesellschaft durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Unternehmergewinnes umbauen soll, wodurch automatisch die Mehrzahl der Gegensätze auf geistigen, politischem, sozialen und kulturellem Gebiet verschwinden kann, soll oder muss. Von kommunistischem „Totalismus“ sprechen, empfindet man in der sowjetsozialistischen Welt als Beleidigung.

Ich möchte daher diese Betrachtung über den Streit zwischen dem System des Sowjetsozialismus und dem System der

umgebauten Nachkriegsdemokratie mit der Feststellung schliessen, dass auch hier das Zusammenleben und der Ausgleich grundsätzlich möglich ist ! Allerdings muss hier das System des Sowjetsozialismus Zugeständnisse der demokratischen Freiheit in der Praxis machen - muss sich „nach rechts“ entwickeln. Theoretisch ist dies sogar sein Programm und, wie es selbst versichert, eine automatische Notwendigkeit. In der politischen internationalen Praxis würde dies bedeuten, dass, je rascher der Sowjet-Verband dieses sein Programm und die vorausgesetzte Entwicklung in die Praxis umsetzt, desto leichter seine Annäherung und sein Ausgleich mit den Demokratien sein wird und dadurch auch die Zusammenarbeit beider für die ganze internationale Welt annehmbarer.

Ich fasse also zusammen: zwischen diesen beiden politisch-sozialen Systemen ist die Zusammenarbeit und Annäherung möglich und erreichbar. Im Gebiet der reinen Theorie und ihrer philosophisch soziologischen Basis braucht man gegenseitige Toleranz. Im sozialen wirtschaftlichen Gebiet des praktischen Ausbaus der künftigen sozialisierenden demokratischen Gesellschaft muss die Demokratie wesentliche Zugeständnisse dem sowjetsozialistischen System machen; im Gebiete des politischen Regimes der demokratischen Freiheit und im Abbauen der vorübergehenden Diktatur des Proletariates muss das sowjetsozialistische System absolut wesentliche und rasche Zugeständnisse der umgebauten Nachkriegs-Demokratie machen.

Das Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Nachkriegs-Demokratien mit dem System des Sowjetsozialismus ist auch aus praktischen Gründen möglich und notwendig. Daraus, was ich oben gesagt habe, geht hervor, dass die Nachkriegs-Demokratien ihre strukturalen Nachkriegsveränderungen evolutionär, tunlichst gewaltlos durchführen sollen und können. Ich bin übrigens davon überzeugt, dass Versuche um eine gewaltsame Wirtschaftsrevolution nach russischem Muster aus der Zeit 1919-22 in den meisten europäischen Staaten auch nach dem zweiten Weltkrieg scheitern würden.

Nach meiner Rückkehr von der Pariser Friedenskonferenz erklärte ich am 30. September 1919 in meiner ersten Parlamentsrede, in der ich der tschechoslowakischen revolutionären Nationalversammlung die Genehmigung der Friedensverträge empfahl, folgendes: „Alle diejenigen, die angenommen haben, dass der Krieg mit einem sozialen Umsturz von grandiosem Stil und mit der endgiltigen sozialen Revolution enden wird, haben sich eines verhängnisvollen Irrtums schuldig gemacht. Ohne Zweifel leben wir in einer Zeit grosser Umwälzungen und müssen mit dem Geist der Zeit fortschreiten. Aber wer den ganzen Krieg in den alliierten Ländern verfolgt hat, wer den sittlichen Stand der Bevölkerung dieser Staaten und die heutige soziale Konstruktion sowohl von England, als auch von Frankreich, den Vereinigten Staaten und Italien gesehen hat, der begreift, dass alle diese vorzeitigen Hoffnungen auf falschen Voraussetzungen beruhen und sich nicht erfüllen werden. Die auf diese Hoff-

nungen sich stützende Politik würde nur das in den Anfängen umbringen, was wir so schwer erkämpft haben. Wir müssen vor allem Sinn für den Staat und für seine Bedürfnisse haben. Auch die extremen Sozialisten gestehen, dass sie nur über die Republik zu ihren Zielen gelangen können. Verteidigen wir daher mit allen Kräften unsere junge Republik, die wir unter so schweren Umständen und auf eine geradezu wunderbare Weise erlangt haben !"

Nach dem zweiten Weltkrieg werden die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent gewiss sehr anders sein als nach dem ersten Weltkrieg; sie werden für soziale Umwälzungen viel reifer und allgemein viel schwieriger sein als in den Jahren 1918/19. Aber meine Ansicht vom September 1919 wird in bedeutendem Masse auch nach dem heutigen Kriege ihre Geltung haben. In jedem Fall für unseren Staat.

Ich nehme vor allem an, dass es nach dem heutigen Kriege viele örtliche Revolutionen geben wird, aber keine einheitliche europäische oder Weltrevolution. Dies wird meiner Meinung nach aus ideellen und praktischen Gründen sein. Die Verschiedenheit der Anschauungen, der Philosophien, der Moral, der religiösen Vorstellungen und Überzeugungen und überhaupt der ideologischen Konzeptionen der Nachkriegsgesellschaft wird ebenso, wie es heute ist, auch nach diesem Kriege, gross, vielleicht grösser sein, als man überhaupt denkt. Der heutige Krieg ist ja auch ein Krieg der Ideologien ! Eine wirkliche ideologische Einheitlichkeit zwischen ihnen, die auch eine starke einheitliche gesamteuropäische

oder gesamtweltliche revolutionäre hervorrufen würde, ist meiner Meinung nach ausgeschlossen. Es werden gewiss einzelne sozialpolitische revolutionäre Strömungen entstehen, hier stärker, dort schwächer, aber sie werden kaum so sein, dass eine vollständig und endgiltig überwiegen und die anderen überwältigen würde. Gewiss könnte dies hier und da im ersten Augenblick nach dem Fall dieses oder jenes Systems geschehen, z.B. in Deutschland, Ungarn oder Italien. Aber die Versuche um eine Reaktion werden gewiss wieder sofort oder sehr bald kommen.

Diese ideologischen Verschiedenheiten und Gegensätze, die in allen Staaten, in den heutigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen ausgedrückt werden und die immer noch mit dem unmittelbaren Interesse ganzer grosser Gruppen und Klassen der Bevölkerung verbunden sind, sind grosse Machtpositionen, die in vielen Dingen sehr angestrengt die Umwälzungen abwehren werden. Ich führe nur als Beispiel mehrere dieser wichtigen konservativen Kräfte an: Die Anschauungen und Eigentums-Einrichtungen der landwirtschaftlichen Kreise, die Positionen mancher Kreise der städtischen Intelligenz und der mittleren Stände und namentlich die Positionen der Religion und der Kirchen usw.- bei uns, in Belgien und Holland, in Frankreich, England, den Vereinigten Staaten von Amerika und anderswo. Ich betone ferner, dass nach dem, was Deutschland in allen besetzten Ländern angestellt hat, der Hass gegen die Deutschen und die natürlichen Gefühle und geradezu ein neuer starker Nationalismus überall mit allen Versuchen

um eine soziale Revolution kombiniert werden; mancherorts werden sie sie verstärken, anderswo in vieler Richtung paralisieren oder wenigstens mässigen.

Ein weiteres grosses Argument für das allmähliche und jedem der betreffenden Staaten und Völker eigentümliche Vorgehen ist die unbestreitbare Tatsache, dass fast jedes Volk und jeder Staat Europas und der Welt sich auf einer anderen Stufe der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, in anderen geographischen, politischen, sittlichen und kulturellen Verhältnissen befindet. Auch der heutige Krieg und noch so grosse aus ihm sich ergebende Umwälzungen werden im Stande sein, diese Verschiedenheiten mit einem Schlag zu beseitigen, wie sie der vorige Krieg nicht beseitigt hat - auch wenn der heutige Krieg in seinen späteren Folgen gewiss eine viel grössere uniformierende Kraft haben wird als der Krieg von 1914/18. Aber auch nach diesem Kriege wird es wieder Verschiedenheiten der politischen Systeme und der nationalen Kulturen geben, verschiedene Entwicklungsstufen, verschiedene Grade der Demokratie, verschiedene Grade der Sozialisierung und sogar wieder auch verschiedene Grade der Freiheit oder des Autoritativismus in manchen zurückgebliebenen Weltgegenden.

Ich werde nur die ausgeprägtesten Beispiele erwähnen: da wird der Nachkriegs-Sowjetverband sein, vielleicht auch mit manchen Änderungen, neben dem neuen, gleichfalls veränderten England, neben den Nachkriegs-Vereinigten Staaten und China. Aber niemand wird es gewiss heute wagen, von

einer Nachkriegs-Uniformität dieser vier Grossmachttypen am Ende der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu reden. Da werden Deutschland und Frankreich sein, und niemand kann heute sagen, in welchem Zustande und System sie uns nach dem Kriege erscheinen werden. Diese beiden Staaten werden gewiss neue grosse Umwälzungen durchmachen, jeder eine Revolution von anderem Typ. Und was wird mit Polen, Ungarn, Rumänien, den Balkan-Staaten, mit Italien oder Spanien sein ?

Mit andern Worten wir wollen uns ruhig, sachlich, leidenschaftslos sagen, dass sich zum neuen Nachkriegs-Zustand zu vollkommeneren Formen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachkriegs-Demokratie jedes Land und jedes Volk auf Grund seiner eigenen einheimischen Bedingungen, Verhältnisse und Voraussetzungen mit der richtigen Rücksicht auf die Verhältnisse seiner Umgebung und die Verhältnisse Europas und der Welt als Ganzen entwickeln und durchkämpfen soll ! Die Verhältnisse in Russland in den Jahre 1917/18 waren gleichfalls ganz besondere und ihm absolut eigentümliche und so war auch seine grosse Revolution eine Revolution von besonderem Typ, die, was heute gesagt werden kann, für Russland passte und nur in seinen damaligen Verhältnissen erfolgreich war.

Von diesem Standpunkte fasse ich das ganze Problem der sozialen und wirtschaftlichen Nachkriegs-Änderungen in den einzelnen Staaten des europäischen Kontinentes auf und wünsche, dass diese Entwicklung auf evolutionären und rein praktischen Wegen entsprechend den wirklichen Verhältnissen

sen in jedem einzelnen Staate vor sich gehe. Im Übrigen blicken, soweit ich informiert bin, im Wesen auch manche russische Kommunisten derart auf die Möglichkeit der Nachkriegs-Entwicklung, und ganz bestimmt formuliert danach die Regierung des Sowjetverbandes offiziell ihre Anschauungen über die Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse der anderen Staaten nach dem Kriege. Der britisch-sowjetische Vertrag vom Mai 1942 ist der beste Ausdruck davon. Eine solche Entwicklung würde ohne Zweifel die Zusammenarbeit und das Zusammenleben der beiden Systeme nach dem Kriege erleichtern und ermöglichen. Im Übrigen werden nach diesem Kriege beide Richtungen so erschöpft und vital so hergenommen sein, dass sie eine lange Periode des äusseren Friedens und der Zusammenarbeit und der inneren Ruhe wirklich gegenseitig brauchen werden.

Das sind meine Gründe, die auf die praktischen Möglichkeiten und Bedürfnisse der nichtgewaltsamen Nachkriegs-Entwicklung der europäischen Weltdemokratie und ihres Zusammenlebens und ihrer Zusammenarbeit mit dem System des Sowjetsozialismus erweisen. Ich glaube, dass ein voraussehender Politiker diese Entwicklung, ihre theoretischen Voraussetzungen und praktischen Bedingungen und Bedürfnisse im Interesse des Volkes und des Staates als Ganzen sehen und begreifen soll und daher in seiner Tagespolitik einfach Schritt für Schritt vernünftig und nüchtern tun soll, was die neuen Verhältnisse entsprechend erfordern werden.

In diesen Erwägungen wollte ich mit Absicht jene wirtschaftlichen und sozialpolitischen Änderungen, die offenbar die Nachkriegs-Demokratien in ihren sozialen Strukturen durchzuführen werden, ^{nicht} konkret und ausführlich erörtern. Nur als Beispiel will ich einige von ihnen und nur insofern erwähnen, als sie in den Rahmen dieser mehr theoretischen Diskussionen fallen.

Eine praktische Folge des heutigen Weltkrieges wird vor allem die neue grosse soziale und wirtschaftliche Nivellierung sein. Durch den Krieg, der so kostspielig wie kein anderer in der Geschichte sein wird, werden so viel materielle Werte, so viel Eigentum der früheren reicheren Schichten und der höheren sozialen Klassen vernichtet, dass die Gesamtverarmung, die sich daraus ergibt, von selbst einen bedeutenden sozialen Ausgleich zwischen den einzelnen Klassen aller europäischen und anderer Völker automatisch schaffen wird.

Dieser Krieg ist auch finanziell anders als der vorige Krieg geführt. In dem vorigen Krieg ist eine Reihe von Staaten mit grossen finanziellen Reserven oder besonderen finanziellen Massnahmen eingetreten und war sehr wesentlich auf ihn vorbereitet (Deutschland, Frankreich, England, Amerika). In den zweiten Weltkrieg traten alle Staaten - bis auf die Vereinigten Staaten von Amerika - eher mit finanziellen Passiven, mit hohen inneren und internationalen Schulden. Die faschistischen Staaten (Deutschland, Italien, Japan) waren sogar vor dem Krieg finanziell derart erschöpft, dass ihre ganze Wirtschaft schon damals ausgespro-

ohen eine Bankrotteur-Wirtschaft war. Ausserdem wird der heutige Krieg in finanzieller Beziehung von allen Staaten so geführt, dass man direkt aus der finanziellen Substanz des Volkes und des Staates lebt; man verbraucht direkt alle Quellen des staatlichen und nationalen Eigentums und der Einnahmen und greift unmittelbar nach dem individuellen Besitz. Alle Bürger dieser Staaten werden nicht nur dadurch verarmt sein, was nach diesem Kriege an Staatsschuld bleiben wird, sondern auch dadurch, dass schon im Laufe des Krieges der kriegführende Staat den Bürgern auf direktem und indirektem Wege ihr Vermögen einfach beschlagnahmt und durch den Krieg konsumiert.

In diesem Kriege werden auch offenbar die Kriegsschulden im früheren Sinne des Wortes keine so grosse Rolle spielen. Jeder gibt das, was er hat - alles wird eigentlich eine einzige Kasse bilden. Und in den besetzten Ländern wird Deutschland alles nehmen, stehlen und rauben, was es kann, und die ganze Bevölkerung buchstäblich bettelarm lassen, ohne Unterschied der Klasse und der Nationalität.

Eine zweite direkte Folge dieses Krieges werden die grossen Veränderungen in der Erzeugungsorganisation einer ganzen Reihe von industriellen Gebieten sein. Alles ist nur auf die Kriegsführung gerichtet. Alle Industrien, alle für den Krieg brauchbare Produktion ist unter direkter Staatsaufsicht oder unter direkter Staatsführung konzentriert und in hohem Masse direkt in staatlichem Besitz. Eine grosse Reihe von Produktionsgebieten konzentriert sich entweder in grossen Konzernen oder ver-

staatlich und nationalisiert, kollektivisiert sich. In gewisser Masse wird das auch schliesslich die landwirtschaftliche Erzeugung betreffen. In den von Deutschland besetzten Ländern wird ausserdem unter verschiedenen Vorwänden die Mehrheit der Grossindustrie, der finanziellen Unternehmungen und die landwirtschaftliche Grosserzeugung germanisiert, beschlagnahmt oder auf betrügerische und gewaltsame Weise aufgekauft und arisiert und dabei so verändert, dass es fast nirgends möglich sein wird, sie den ursprünglichen Eigentümern zurückzugeben.

Dabei werden manche kollektivisierende nationalsozialistischen Massnahmen nach deutschem Muster auch in diesen Ländern zur Geltung gebracht, sodass die faschistischen Staaten darin selbst eine Entwicklung zu neuen Eigentumsformen vorbereiten. In dem Augenblick, in dem diese Länder befreit werden, wird es vielleicht überhaupt keinen anderen Weg zur Lösung all dieser neuen unglaublich komplizierten Eigentums-, Rechts- und sozialen Probleme und Verhältnisse geben als solche Besitztümer einfach in die Verwaltung und Leitung des befreiten Staates zu geben und dann Wege zu einer allgemeinen Regelung je nach den Verhältnissen in jedem einzelnen Staate zu suchen.

Mit anderen Worten bedeutet das einfach, dass dieser Krieg eine grosse Eigentums- und soziale Nivellierung der einzelnen Volksklassen schafft (ausser skandalösen Fällen von ungerechter Bereicherung einer ganzen Reihe verschiedener Einzelner und Gruppen, die den verschiedenen

Gewaltregimen dienen und die Katastrophe ihrer Mitbürger und ihrer eigenen Staaten missbrauchen), in einer Reihe von Staaten eine bedeutende Kollektivisierung der grossen, namentlich der Schwerindustrie und mancher Zweige der landwirtschaftlichen Industrie herbeiführt und erzwingt und beträchtliche Änderungen in der Organisation der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung überhaupt hervorruft. Manche Formen des individuellen Eigentums werden automatisch in neue Formen des kollektiven Eigentums übergehen.

Diese Änderungen kann man noch nicht als wirtschaftliche Änderungen des individualistischen Systems ins sozialistische ansehen. Da sie aber ein nivellisierender Faktor sind, nähern sie die einzelnen sozialen Klassen an, deren Eigentumsverhältnisse sie oft sogar in der Richtung der Proletarisierung ausgleichen und so Verhältnisse schaffen, in denen die strukturalen wirtschaftlichen Änderungen nicht so schmerzlich und im Ganzen leichter zu ertragen sind. Wie alle Kriege wird auch der zweite Weltkrieg Verhältnisse hervorbringen, die tiefere soziale und wirtschaftliche Änderungen wesentlich erleichtern und zugleich den Regierungen ermöglichen werden, Massnahmen zu ergreifen, die sich unter anderen Umständen ohne schwere innere Erschütterungen und politische Umwälzungen nicht umgehen liessen.

Im Ganzen wird es nach diesen Kriege niemandem vorkommen, dass es etwas Revolutionäres sei, wenn die früheren sozialen und wirtschaftlichen Klassenunterschiede geringer werden, wenn man gesetzliche Grenzen für manche Art von

individuellem Eigentum bestimmen, verschiedene Massnahmen zur Einschränkung aller Exzesse der sogenannten individuellen Ausbeutung ergreifen, die Gebiete festsetzen wird, in denen sich das kollektive Eigentum des Staates, des Landes, der Bezirke, der Gemeinden oder anderer öffentlicher Kollektive herausbilden wird, und genau die Bedingungen festlegt, unter denen dieses Eigentum verwaltet werden soll. Es werden einfach durch die Entwicklung der beiden letzten Kriege und der aus ihnen entstandenen sozialen Kämpfe gegebenen Tatsachen sein, es wird ferner eine Frage der Zweckmässigkeit und der bewährten oder nicht bewährten Praxis und der seit dem letzten Kriege in den einzelnen totalitären und demokratischen Staaten und im Sowjetverband gewonnenen Erfahrung und schliesslich das Problem, das sich uns allen durch das grosse Leiden, das die breiten Volksmassen in der heutigen Weltkrise und im Kriege erlebt haben, zur Lösung aufzwingt. Man kann allerdings nicht daran zweifeln, dass es sozial und wirtschaftlich eine sehr wesentliche Änderung des Zeitabschnittes sein wird, den wir die Zeit des liberalen Bürgertums, des städtischen Kapitalismus und des rein individuellen Eigentums nennen.

Das öffentliche Finanzwesen wird gleichfalls grossen Veränderungen unterliegen. Die meisten Staaten werden sich offenbar den Erfahrungen teils des Sowjetverbandes, teils der totalitären Staaten zuneigen, auch wenn sie sie ihrer eigenen gründlichen Revision unterziehen. Übrigens wurden manche der heutigen revolutionären Finanz- und namentlich der Geld-Theorien schon nach dem letzten Kriege von bedeutenden britischen Theoretikern verkündet (.z.B. Keynes).

Die Währung wird offenbar nicht mehr auf Gold beruhen, sondern, wie man gewöhnlich sagt, auf der Arbeit der Einzelnen und allerdings auch auf der Autorität des Staates, der die Arbeit in Form der Währung einwertet und sie finanziell fundiert. Daraus wird es dann auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu einer ganzen Reihe neuer wichtiger Folgerungen und Konsequenzen kommen.

Das Bankwesen wird in einer Reihe von kontinentalen Staaten offenbar aufhören, ein individuelles oder Erwerbs-Aktienunternehmen in der Form zu sein, wie es bisher geführt wurde. Die Banken werden öffentliche, allgemein nützliche Institutionen sein, nicht so wie in der heutigen Form kapitalistisch spekulierende und unternehmende. Die Geldeinlagen werden nicht wie bisher nur ein Mittel zum unbeschränkten arbeitslosen Verdienst sein. Alles Bankwesen (und die Börsen) wird der strikten staatlichen und öffentlichen Regelung unterworfen sein. Die sogenannte „Plutokratie“ wird automatisch den Boden ihrer Tätigkeit in den bisherigen Formen verlieren. Die Entwicklung selbst zu diesem neuen Zustand kann völlig gewaltlos sein. Es wird sich vor allem darum handeln, für die Zukunft solche Verhältnisse und Umstände zu schaffen, unter denen nicht ungerechte arbeitslose Einkünfte entstehen.

Nach diesem Kriege werden in den meisten europäischen Staaten weiter grosse Agrarformen durchgeführt werden. Alle werden offenbar eine analoge Form haben. Der Boden wird wahrscheinlich mehr in der Theorie als in der Praxis - als staatliches oder nationales Eigentum angesehen werden.

Man wird seine neue Verteilung an landwirtschaftliche individuelle Besitzer durchführen, wobei Maximalgrösse aufs Neue gesetzlich festgestellt (und wodurch eine neue Ansammlung des Bodens unmöglich gemacht) wird, und an den Feld- und Waldbesitz des Staates, des Landes, des Bezirkes, der Gemeinde und der öffentlichen Körperschaften. Das bisherige, die Bodenspekulation ermöglichende System muss gleichfalls unmöglich gemacht werden. Man wird gewiss darüber streiten, ob man systematisch und in grösserem Umfang kooperatives landwirtschaftliches Eigentum schaffen soll, so wie es in der Frage kooperativen oder gemeinschaftlichen Industrieigentums Diskussionen geben wird. Meiner Meinung nach sollte es kein Streit um das Prinzip sein; höchstens um die Zweckmässigkeit oder Vorteilhaftigkeit und den Umfang sowie auch über die Bedingungen, unter denen es zur Durchsetzung dieser Form von landwirtschaftlichem Eigentum käme.

Der Staat wird trachten müssen, dass das Verhältnis der bodenbearbeitenden und der in der Industrie arbeitenden Bevölkerung auf einem bestimmten Gebietskomplex immer ausgeglichen und in gegenseitiger dauernder Ergänzung bleibt. Die sogenannte Industrialisierung der Landwirtschaft und die „Kultivierung“ des Landes ist und werden der richtige Weg und das wirksame Mittel dazu sein.

Durch die wirtschaftliche und soziale Kriegsnivelisierung und die hier nur als Beispiel angeführten Reformen werden wir uns gewiss, wie ich schon höher oben gesagt habe, dem annähern, was wir die klassenlose wirt-

schaftliche Gesellschaft nennen. Es wird aber nicht das sein, was der marxistische Sozialismus fordert. Es wird eine bedeutende Wandlung der bisherigen Gesellschaft mit dem ganzen System des Rechtsüberbaus sein, die namentlich durch den durchgesetzten Grundsatz des Rechtes auf Arbeit und Arbeitspflicht sowie auch durch den Grundsatz der Versicherung aller Art und der Altersversicherung konsequent ergänzt werden wird. Im System der Planwirtschaft versteht sich dies, ebenso wie die automatische und radikale Beseitigung des schmerzlichen Arbeitslosigkeitsproblems, von selbst, das die Periode des bürgerlichen Industriealismus und der Demokratie in ihrer sogenannten kapitalistischen Phase kennzeichnet.

Ich beschränke mich auf diese prinzipiellen und nur ganz allgemeinen Bemerkungen, ohne mich jetzt absichtlich mit den Einzelheiten befassen zu wollen. Ich möchte nur noch zwei Schlussbemerkungen hinzufügen:

a) Diese neue Wirtschaftsorganisation der Nachkriegs-Demokratie wird - namentlich in der Zeit der revolutionären Wandlungen und Übergänge - komplizierter, schwieriger zu beherrschen und schwieriger zu verwalten sein. An den Staat wird man grosse neue Forderungen erheben, was die Wirksamkeit seines administrativen Apparates betrifft. Darum wird das Problem der Bürokratie in der demokratischen Gesellschaft des neuen Typus eine grundlegende Frage sein. Die bisherige demokratische Bürokratie muss sich, namentlich auch bei uns, wesentlich umerziehen. Ich will darüber einige grundsätzliche Worte an anderer Stelle sagen.

b) Alle diese und andere Reformen der Demokratie, die

ich noch erwähnen werde, werden das Elend und Unglück nicht beseitigen und die demokratische Gesellschaft ohne wesentliche und tiefe Umerziehung der demokratischen Bürger nicht verbessern. Es geht nicht nur um eine Änderung der Institutionen, schon heute und noch mehr nach dem Kriege wird es um eine Änderung der Menschen gehen. Auch der marxistisch-leninistische Kommunismus verspricht nicht nach der Beseitigung der Klassengesellschaft, nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Ausschliessung des sogenannten anarchisierenden Faktors - des kapitalistischen Privatgewinnes * irgendeine ideale Gesellschaft oder ein Paradies, sondern nur die Beseitigung jener wesentlichen Mängel der gesellschaftlichen Organisation, die die strukturalen Hauptursachen des gesellschaftlichen Elends und jener Ausbeutung sein sollen, die eine, wie man zu sagen pflegt, „soziale Basis“ hat.

Der menschliche Egoismus, die menschlichen Leidenschaften und die menschliche Unwissenheit, die die zweite und gewiss noch wesentlichere Hauptursache der menschlichen Entbehrungen und des Leidens sind, kann man dagegen in ihren Äusserungen überhaupt nicht beseitigen. Aus ihnen entstehen in der Gesellschaft nicht weniger heftige Kämpfe als die Klassenkämpfe sind, nicht weniger Ungerechtigkeit, Hass und Missbrauch der politischen und anderer Macht als aus den Klassenkämpfen und aus der wirtschaftlichen Ausbeutung eines Menschen durch den andern. Deswegen muss sich derjenige, der die politische Nachkriegsgesellschaft vervollkommen will, wenigstens in gleicher Masse wie dem Kampfe um neue Institutionen - dem Kampfe um neue Menschen widmen.

2.) Was sollte die Politik im wahren demokratischen Regime sein.

Ich gehe nunmehr zu der zweiten Kategorie von Vorwürfen und Mängeln der Nachkriegs-Demokratie über - zu den Vorwürfen rein politischen Charakters.

Die allgemeine Auffassung und die praktische Ausübung der Tagespolitik hat sich bei den europäischen Demokratien nach dem letzten Kriege sehr oft ziemlich wenig von manchen wesentlichen Thesen der autoritativen Staaten unterschieden.

Der Mangel an Glauben, an die eigenen Grundsätze und die Inkonsequenz bei ihrer Durchsetzung, der Mangel an bürgerlichem Mut, der unannehmbare utilitaristische Opportunismus, soweit es sich um die Geltendmachung der demokratischen Grundsätze handelte, die beständigen Versuche um ein unmögliches Einvernehmen mit den faschistischen Gegnern, der Klassen-, Partei- und persönlicher Egoismus, in den meisten Fällen von grosser politischer Bedeutung nach innen und aussen, der Mangel an wirklicher Kenntnis der konkreten internationalen Probleme, die Gewissenlosigkeit und Leichtfertigkeit, mit der verantwortliche Faktoren Stellung nahmen und die weitreichendsten Entscheidungen in der Innen- und Aussenpolitik trafen - dies alles war das tägliche Kennzeichen des politischen Lebens der europäischen Demokratien in den letzten zwanzig Jahren vor dem zweiten Weltkriege.

Das Schicksal, das diese Demokratie allmählich erreicht hat, hat klar gezeigt, wie es nötig ist, nicht nur

in den öffentlichen Erklärungen den Diktaturen und dem Totalismus Widerstand zu leisten, die Demokratie zu verkünden und sehr löblich über die Freiheit der Menschen und Völker zu reden, sondern dass man auch die richtige Konzeption der demokratischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Theorie haben, und dass man hauptsächlich den Mut haben muss, diese Theorien konsequent, richtig und gerecht in die Praxis umzusetzen. Sonst sind alle grossen Worte von Demokratie nur leere Worte, Worte, nichts als Worte, bestimmt, um die vulgärsten egoistischen Interessen der herrschenden Klassen, Parteien und Einzelnen zu verbergen. Und die Folge ist dann - der Sturz.

Ich will daher zunächst ein paar Worte darüber sagen, wie meiner Meinung nach der Demokrat~~ie~~ des 20. Jahrhunderts die politische Theorie überhaupt ansehen und wie er namentlich die Frage der demokratischen Führung auffassen soll.

Vom demokratischen Standpunkt muss man die Politik einerseits als wirkliche Wissenschaft und als spezialwissenschaftliche Tätigkeit, andererseits als besondere Art von Kunst, spezialkünstlerische Tätigkeit betrachten. Von allen menschlichen Tätigkeiten ist die Politik eine Tätigkeit von höchster sozialer Bedeutung, ob der Wertmasstab geistig, sittlich oder nur praktisch ist. Die Politik soll eine Wissenschaft und eine Kunst sein und immer auf einer bestimmten Philosophie und Moral beruhen, auf einer bestimmten philosophischen Auffassung des ganzen individuellen und gesellschaftlichen Lebens.

Auf der Stufenleiter der Wissenschaften pflegen die

einzelnen Spezialwissenschaften in folgender aufsteigender Ordnung eingereiht zu sein: Astronomie, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Soziologie, wobei die Soziologie die komplizierteste und höchste Wissenschaft ist, da sie sich mit dem Menschen als Glied der Gesellschaft und mit den gesellschaftlichen Erscheinungen überhaupt befasst. Die Politik als Wissenschaft ist die praktische Durchsetzung der theoretischen soziologischen Wissenschaft. Da die Politik praktische Soziologie ist, so ist sie die Wissenschaft vom Menschen in all seinen praktischen gesellschaftlichen Äusserungen, Tätigkeiten, Wünschen, Bestrebungen und Empfindungen. Sie erfordert eine vielseitige Kenntnis aller Wissenschaften vom Menschen und seiner sozialen Tätigkeit (Geschichte, die Rechte, Nationalökonomie, Geographie, Statistik, Bevölkerungsstudium, die vergleichenden Religionswissenschaften, ferner Philosophie, Psychologie usw.).

Die demokratische Politik untersucht in ihrer Funktion als Wissenschaft, die die gegenwärtigen Verhältnisse des Menschen und der Gesellschaft, in der er lebt, beschaffen sind, mit Hilfe von Spezialwissenschaften, namentlich der sozialen Wissenschaften (der Rechte, Geschichte, Geographie, Volkswirtschaft usw.) studiert sie den neuesten Stand des Individuums in seiner Beziehung zur Gesellschaft und zur ganzen Umgebung; sie fragt und prüft, was regelmässig, planmässig und dauernd in dieser und jener Gesellschaft ist, und stellt es als bestehende wissenschaftliche Tatsachen fest. Dabei muss die demokratische Politik, da sie

eine Wissenschaft ist, die Gesellschaft und die Welt objektiv betrachten, muss die wirklich objektive Realität suchen, muss die Gesellschaft parteilos wissenschaftlich durch und durch analysieren und sie, um es so zu sagen, lebendig sezieren. Der Politiker als Wissenschaftler sollte daher sehr aufmerksam und gewissenhaft alle politischen und sozialen Wissenschaften, die Philosophie, die Psychologie und in gewissem Masse auch die Biologie verfolgen, sollte Sinn für wissenschaftliche Methoden und namentlich eine volle wissenschaftliche Objektivität bei seinen täglichen Untersuchungen, „wie die politische Situation sei“ haben; allerdings muss er fähig sein, die analytischen Eigenschaften voll und besonnen zu gebrauchen, durch die sich der reife Menschenverstand auszeichnet.

Die Politik ist aber nicht nur eine Wissenschaft, sondern auch eine Kunst. Nach einigen Autoren ist sie sogar die höchste unter allen Künsten. Wie jeder Künstler ist der Politiker schöpferisch tätig. In seiner politischen Tätigkeit trachtet er die Gesellschaft zu neuen Zielen zu führen, den alten Zustand zu verändern und zu wandeln, neuen Ausdruck und neue Formen dem menschlichen und gesellschaftlichen Material zu geben, in dem alles enthalten ist, wovon gesagt wird, dass es Gegenstand der Soziologie und der Politik als Wissenschaft sei, d. i. das gesellschaftliche Leben in seinem geistigen, sittlichen, rechtlichen, sozialen, wirtschaftlichen Äusserungen usw. Er macht dies gerade so wie der Bildhauer, der seinem Material in Ton, Gips, Holz, Metall und Marmor die verschie-

denen Formen verleiht. Der Politiker als Künstler legt in den Stoff oder das Material, aus dem sich das gesellschaftliche Leben zusammensetzt, seinen Geist, seine Gedanken und Ansichten, seine Pläne, seine Gefühle und Wünsche, seine Individualität, kurzum sich selbst hinein. Er will aus der Gesellschaft eine Welt schaffen, wie er sich sie selbst vorstellt. Der Politiker als Wissenschaftler grübelt, studiert, prüft und sucht, wie die bereits existierende Wirklichkeit beschaffen ist, d.h. das, was ist. Der Politiker als Künstler verarbeitet, macht zurecht und verwandelt das, was ist, in etwas, was er als richtig, notwendig und gut für die weitere gedeihliche Entwicklung des Staates und der Gesellschaft erachtet, d.i. in das, was sein sollte. Jedes Schaffen erfordert aber Phantasie. Ohne wirkliche Fähigkeit der Imagination, der Kombination und der Synthese kann daher kein Politiker erfolgreich seine neue soziale Realität schaffen.

Ausserdem muss der Politiker - Wissenschaftler ein wahrer Psycholog sein und muss es sein, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis, um es, wie man volkstümlich sagt, „machen zu können.“ Von psychologischer Theorie muss er alles Zentrale und Grundlegende kennen. Soweit es sich um die Praxis handelt, muss der Politiker ein angeborenes Talent für psychologische Beobachtung, für das Begreifen und Sichhin-inleben in die Seele anderer, für das rasche Erkennen des Menschen in allen seinen geistigen Tätigkeiten und Neigungen haben. Das kann man aber ohne eine grosse eigene praktische Lebenserfahrung

nicht erreichen; und die kann man niemals völlig aus Büchern lernen. Ich wiederhole: keine grosse Politik konnte ohne Politiker gemacht werden, die nicht zugleich ausgezeichnete Psychologen und wahre, erfahrene praktische Menschenkenner waren.

Schliesslich ist der Politiker und soll Philosoph und seine Politik soll Philosophie sein. Der Politiker als Wissenschaftler entdeckt die Natur der sozialen Realität, analysiert sie, definiert sie und stellt fest, was ist, was existiert. Als Künstler verarbeitet er das und bereitet die Änderung dessen vor, was existiert, passt die gegebene existierende soziale Realität der neuen Entwicklung an, hilft durch seine Arbeit bei dieser Entfaltung und gibt ihr die weitere Richtung in die Zukunft. Als Philosoph, und besonders als Geschichtsphilosoph und Moralist, muss er forschen und begründen, in welcher Richtung und durch welche materiellen oder geistigen, ideellen oder praktischen Mittel er die Veränderungen im politischen sozialen Leben herbeiführen oder durchsetzen soll.

Und ich erinnere sofort an Folgendes: In der Politik Wissenschaftler, Philosoph und Moralist sein, bedeutet eine feste und klare, wissenschaftlich und sittlich begründete Überzeugung haben und sie konsequent und würdig verteidigen, einen festen, unerschütterlichen, eisernen Charakter haben, d.i. sich nicht fürchten, tapfer und ehrlich, objektiv, nicht egoistisch, leidenschaftslos und daher geduldig sein. Das bedeutet, dass der demokratische Politiker nicht ein leerer, oberflächlicher Opportunist oder zynischer Speichel-lecker sein soll, kein Bekenner des gelaufigen Macchiavel-

lismus und des leichtsinnigen Hazardeurtums, kein Demagog, der augenblickliche Erfolge dadurch sucht, dass er den Massen schmeichelt und jeder neuen und vorübergehenden Welle der öffentlichen Meinung nachläuft oder auch jede Strömung einer vorübergehenden, plötzlichen oder gewaltsamen Änderung folgt; er soll kein Spekulant oder Hochstapler sein, der charakterlos heute dahin, morgen dorthin hinter seinem persönlichen oder parteilichen Interesse und Erfolg geht. Hier verwandelt sich die Politik in praktische Philosophie und Ethik; die demokratische Politik muss sittlich sein, sie muss eine sittliche Grundlage haben und der demokratische Politiker muss eine sittliche Persönlichkeit sein.

Der demokratische Politiker steht also als Wissenschaftler, Künstler und Philosoph am Kreuzweg der Zeit und sucht Wege in die Zukunft. Er muss nicht nur vermittels Informationen und Analysen der zeitgenössischen Situation, sondern auch durch Intuition und einen auf der Kenntnis aller Probleme des öffentlichen Lebens beruhenden Wissen sehen, was - da er stets ein politisches Ziel, definiert in Ausdrücken der Geschichtsphilosophie und der Sittlichkeit im Sinn haben soll - sein augenblickliches und was sein schliessliches Ziel ist. Durch sein politisches Wissen und Können soll er erkennen und erfassen, wie weit, in welcher Richtung und um welchen Preis er dem oder jenem Stand der Dinge in dem oder jenem Augenblick die künftige Gestalt geben kann oder soll. Oder mit anderen Worten: er muss fähig sein, zu erkennen, was im gegebenen Augenblick und in

den gegebenen Verhältnissen politisch möglich ist oder nicht. Er muss ein idealistischer Realist sein. Die Fähigkeit dieses richtigen Erkennens ist das Geheimnis des politischen Erfolges.

Ich könnte in der Aufzählung dessen fortfahren, was von führenden Politiker überhaupt und besonders vom demokratischen Politiker oder Staatsmann verlangt werden kann. Ich erwähne nur die Hauptforderungen. Ein wirklich demokratischer Politiker und führender demokratischer Staatsmann kann nur ein Mensch sein dessen Geist - wohl wissend, was demokratische Politik in Wahrheit zu sein hat - die höher oben erwähnten persönlichen Fähigkeiten und Eigenschaften tunlichst im Gleichgewicht und in Übereinstimmung besitzt: das analytische Element des Verstandes und das synthetische, kombinatorische, imaginative und künstlerische Element des Gefühls und der Empfindung; ein Mensch, der wirklicher Tatmensch ist, wird sich bewusst sein, dass er in der demokratischen Politik zugleich stets ein unpersonlicher, unegoistischer, geduldiger und objektiver Beobachter, ein Geschichtsphilosoph, ein Moralist sein muss. Denn die richtige demokratische Politik muss immer ein angestrengter Kampf für die richtige realistische Erkenntnis der bestehenden Wirklichkeit und der möglichen künftigen Wirklichkeit sein, ein im Namen der wahren Geschichtsphilosophie und im Geiste der hohen allmenschlichen, sittlichen Ideale geführter Kampf.

Daraus , was hier über die Demokratie gesagt wurde, geht hervor, dass die Demokratie in ihrer täglichen politischen Tätigkeit sich immer auf drei wichtige Faktoren stützen soll, ohne die sie unsinnig ist: auf die demokratische Auffassung der Arbeit , auf die Wissenschaft und auf die Wahrheit.

Vor allem bedeutet die Demokratie Arbeit, grosse Arbeit, vor allem Kleinarbeit, beständige, ausdauernde, konsequente und angespannte Arbeit. Der Autokrat, der theokratische Monarch, der Oligarch oder der Aristokrat befiehlt und herrscht - die anderen arbeiten. Der Nichtdemokrat versteht die Regierung und die Verwaltung in dem Sinne, dass er Befehle, Instruktionen, Vorschriften erteilt - und alle anderen sind dazu da, um sie auszuführen, die ganze schwarze Arbeit tun. Der nichtdemokratische Politiker ist etwas Höheres, Auserwählteres; er befiehlt nicht darum, weil er in der Arbeit das Prinzip der Arbeitsteilung, Organisation und Führung zur Geltung bringen muss, sondern darum, weil es verschiedene Arten von Arbeit gibt, ~~sie~~ eine höhere, für das Volk entscheidende , würdigere Arbeit, und die führt er durch; Führen, Regieren, Befehlen ist hier im Wesen Nichtarbeit.

Ein anderer, in seinem Wesen nichtdemokratischer Politiker erblickt die Politik wieder im Reden, Diskutieren und Sichstreiten im Kaffeehaus und in der Bar, beim Krüge im Wirtshaus oder bei der Unterhaltung im Klub oder schliesslich in Gesellschaftssalons. Er kombiniert es meistens mit kleinlichem Politisieren, intrigieren, mit

Vereinsmeierei, Versammlungen und Streitigkeiten um persönliche Dinge. Auch das ist keine demokratische Politik - es ist Politikasterei und politisches Dreschen von leerem Stroh. Der persönliche Kontakt, das persönliche Verhandeln, das Reden, die öffentlichen Versammlungen und das Diskutieren sind allerdings ein sehr wesentlicher und notwendiger Bestandteil der politischen Arbeit; aber es ist nur ein Teil von ihr. Und wenn sie nicht mit den anderen notwendigen Bestandteilen der demokratischen politischen Arbeit verbunden sind, so ist es eitle, wertlose und demokratische Politikasterei.

Der Demokrat aber arbeitet wirklich, arbeitet beständig und viel und dabei auf der Grundlage des giltigen Prinzips der Teilung, Organisation und Führung der Arbeit. Wenn er eine Arbeit leistet, so tut er es nicht darum, weil es eine höhere und würdigere Arbeit ist, sondern weil es sich um eine rationelle Arbeitsteilung zwischen den einzelnen politischen Faktoren handelt. Er führt heute die eine Arbeit aus, morgen die andere, vielleicht die niedrigste, und gerade dadurch versteht er aller politischer und sozialer Arbeit die Weihe zu geben. Er leistet die oder jene Arbeit nach den Verhältnissen und augenblicklichen Verhältnissen, nach der politischen Situation und allerdings nach den Fähigkeiten, von denen die Teilung und Organisation der politischen Arbeit vor allem stets abhängen soll.

Die Demokratie hat, wie ersichtlich ist, eine ganz andere Anschauung über die Arbeit überhaupt und die politische Arbeit im besonderen, als die Aristokratie.

Es ist einer der wichtigsten Charakterzüge der Demokratie.

Ein anderer derartiger Charakterzug der Demokratie ist die Wissenschaft. Die Wissenschaft, d.h. die heutige moderne Wissenschaft, die immer mehr allgemeiner Besitz des Volkes, der Nation wird, unterstützt die Entwicklung der Demokratie. Die Demokratie stützt sich auf die Wissenschaft so, wie der Monarchismus sich immer auf die Theologie, den Glauben und die Kirche gestützt hat. Deswegen war Monarchismus und Aristokratismus regelmässig zugleich Theokratie (die mittelalterlichen Monarchien, die Monarchien des 17. und 18. Jahrhunderts, der russische Zarenismus usw.) (Die Demokratie verlangt dadurch, dass sie die Zustimmung oder wenigstens die Beratung der Bürger über die Hauptfragen der gesamten politischen Tätigkeit bedeutet und voraussetzt, Kritik und Diskussion, d.h. Argumente, Tatsachen, Gründe und Beweise. Argumente, Tatsachen, Beweise liefert die Wissenschaft und der richtige Gebrauch der wissenschaftlichen Methode. Und somit ist die Wissenschaft und die grösstmögliche Entfaltung der Wissenschaft und der Bildung die unerlässliche Ergänzung der Demokratie.

Die Demokratie, die den Bürgern neue weitreichende Rechte und Pflichten gibt und will, dass der einfache Bürger sie in der heutigen komplizierten Gesellschaft erfüllen kann, muss verlangen, dass der Bürger darauf auch vorbereitet werde, dass er eine grössere, auf wissenschaftlicher Grundlage und nach wissenschaftlicher Methode gewährte politische Bildung besitze. Daher kümmert sich auch die De-

mokratie um die grösstmögliche Entwicklung des Schulwesens; daher ist die heutige Popularisierung der Wissenschaft, namentlich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wissenschaften, eben das Ergebnis der Entwicklung der Demokratie.

Die Wissenschaft ist aber das Suchen der objektiven Wahrheit, und ^{so} soll die Wahrheit, d. i. Redlichkeit, Unmittelbarkeit, Ehrsamkeit, Aufrichtigkeit und Charakter in aller politischen Tätigkeit - als natürlich und logische Ergänzung der sittlichen Grundlage der Philosophie der Demokratie überhaupt - ein weiterer kennzeichnender, notwendiger und grundsätzlicher Zug jeder Demokratie sein.

Die Wissenschaft in der Demokratie bedeutet, die Tatsachen auf wissenschaftliche Methode erkennen, untersuchen und ordnen, die Bedürfnisse, Wünsche, Gefühle der Gesellschaft wissenschaftlich feststellen und danach ehrlich die Mittel zur Verwirklichung der politischen Ziele der Demokratie suchen. Die Wahrheit in der Demokratie bedeutet, diese Erkenntnisse objektiv anwenden, sie wahrheitsgemäss vorlegen, sie nicht tendenziös missbrauchen, aus der Wissenschaft keine Dirne der Politik, der politischen Partei, der sozialen Klasse oder persönlicher Interessen machen. Daraus ergibt sich, dass die Demokratie gegen politisches Intrigantenwesen und Hinterlist ist; Die Demokratie ist a priori gegen den Machiavellismus und den Jesuitismus in der Politik; die Demokratie ist gegen die Politik zweier und mehr Eisen, da sie sie mit Recht als eine Politik des Zynismus, der Charakterlosigkeit und Unmoralität ansieht.

Mit einem Wort: allein aus der Philosophie der Demokratie geht die Identität der Ziele der Politik und der Ethik hervor. In der Demokratie soll es keinen Konflikt zwischen Politik und Sittlichkeit geben, die Demokratie kennt nicht und kann nicht den Grundsatz kennen, dass eine schlechte politische Handlung, ein politischer Betrug und eine politische Lüge durch Patriotismus und Interessen des Volkes oder der Partei gerechtfertigt werden kann.

Die Demokratie der Zukunft, die Nachkriegs-Demokratie, wird daher, wenn sie besser als die bisherige Demokratie sein soll, nicht nur neue Institutionen, Reformen und Änderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse verlangen, sondern wird auch und vor allem der Änderung der Menschen und ihrer bisher gleichfalls in der Demokratie so oft gültigen und angewendeten politischen Methoden bedürfen und muss sie fordern. Ohne sittliche Erneuerung der Menschen wird es keine bessere Demokratie geben.

3.) Das Problem der Partei-Oligarchie und die Frage des Führertums in der Demokratie.

Eine ideale Demokratie gibt es nicht und es hat niemals gegeben. Die Demokratie ist ein Regime, das sich beständig in Entwicklung und in Bewegung befindet, das sich beständig den neuen Verhältnissen anpasst, sich wandelt und vervollkommnet. In der Praxis muss man eine Reihe von ~~Be-~~ zweckung schränkungen der vollen demokratischen Freiheiten annehmen, denn die demokratischen Freiheiten könnten, wenn

sie missbraucht würden, leicht zum Zerfall, zur Anarchie, selbst zum Sturz der Demokratie führen - und haben oft dazu geführt. Es gibt zumeist keine so vollkommene Volksmassen, so gebildet und politisch und sittlich so reif, ebenso gibt es keine so fähigen und reifen Führer, die die Prinzipien der Demokratie im politischen Leben in ihrer ganzen Reinheit und Vollkommenheit zur Geltung zu bringen wüssten. Dadurch begründen auch die Soziologen bisher vor allem anderen die sogenannten Schwierigkeiten und Krisen der Demokratie. Sie haben so eines der schwierigen Probleme der Demokratie berührt; das Verhältnis der breiten Volksmassen in der Demokratie zu den politischen Parteien, zu den Führern und zur politischen Führung überhaupt, und die Frage der sogenannten Oligarchie in der Demokratie.

Jede freie Gesellschaft bringt in ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tätigkeit Gruppen von Menschen hervor, die gemeinsame und identische Interessen und identische Anschauungen über sie haben. Das demokratische Regime kann und muss eine soziale, wirtschaftliche, kulturelle Politik durch Vermittlung dieser organisierten Gruppen treiben. Soweit es um das politische Leben geht, organisieren sich diese Gruppen in der demokratischen Gesellschaft als politische Parteien. Die Organisation der politischen Parteien ist ein wesentlicher Bestandteil eines jeden demokratischen Regimes.

Jeder politische Kampf braucht allerdings eine Führung und eine Organisierung, ebenso wie der Kampf und der physische Krieg Führer, Offiziere, Unteroffiziere und einen

ganzen grossem komplizierten Organisations- und Führungsplan braucht. Auch die politischen Parteien brauchen einen grossen organisatorischen Apparat; dieser bildet Führer, Unterführer, Vorsitzende, Vice-Vorsitzende, Sekretäre, Organisatoren, Vertrauensmänner usw. Je komplizierter die politischen Verhältnisse sind, eine desto festere innere Organisation braucht die Partei, einer desto intensiveren Führung bedarf sie, und die Führer, Unterführer und Organisatoren erlangen eine grössere Wichtigkeit und Autorität; die Partei bürokratisiert sich, bildet sich so wie der Staat ihren Führungsapparat heraus, d. h. sie oligarchisiert sich. Am Ende entscheidet also im taglichen Leben der - auch demokratischen - Partei fast in allen, auch den wesentlichen Fragen ein beschränkter Kreis von Menschen - einer gewissen Art Oligarchie. Dieser Parteiapparat ist dann einer der Hauptfaktoren des politischen Lebens des ganzen Staates überhaupt. Die Schaffung der sogenannten Partei-Apparate, der Partei-Sekretariate und der Vertrauensmänner mit allen ihren bekannten guten und nichtguten Folgen im politischen Leben ergibt sich aus all dem von selbst.

Die innere Tendenz der organisierten Gruppen, die unaufhaltsame und unvermeidliche Tendenz, sich zu oligarchisieren, beruht auf einer ganzen Reihe von Faktoren. Führen bedeutet Regieren, und es liegt in der egoistischen menschlichen Natur, dass sie nach Macht und Herrschaft sich sehnt; so war es immer und wird immer sein. Manche wollen aus angeborenem, mehr oder minder vulgarem Egoismus herrschen und Macht haben; es gibt aber auch viele

Ambitionen, zu führen, menschlich berechnete und sittlich begründete. Es gibt Menschen, die geführt werden wollen, entweder weil sie von indifferenter, passiver oder sklavenhafter Natur und zur Verehrung geneigt sind, oder von egoistisch mit Vorteilen rechnender Natur, die sich aus dem Gehorchen ergeben oder daraus, dass sie anerkannten Autoritäten mithelfen, die anderen Mitbürger zu Beherrschen. Es gibt ferner viele, die überhaupt keine Lust am öffentlichen Leben und keine Neigung, kein Bedürfnis und keine Möglichkeit haben, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, ihnen gegenüber gleichgiltig bleiben und von ihnen bewusst Ruhe haben wollen, um überhaupt den bekannten unangenehmen Seiten des öffentlichen Lebens auszuweichen. Schliesslich gibt es da die natürliche physische und geistige Ungleichheit der Menschen, den Unterschied der Bildung und die Ungleichheit der Fähigkeiten, des Intellektes und des Talentes, die selbst eine Auslese in der Führung der organisierten Gesellschaft erzwingt und eine geeignete Führung und richtige Organisation fordert.

Auch von diesem Standpunkt muss man die heutige Krise der Demokratie beurteilen. In den Parteien bildet sich durch das oben dargelegte Vorgehen eine Oligarchie heraus, Aber selbst das demokratische Parlament, dieses Organ, das geradezu das Symbol und der volle Ausdruck der Ideale der reinen Demokratie sein soll, oligarchisiert sich allmählich. Denn auch das Parlament muss geführt werden, seine Arbeit organisiert, seine Tätigkeit bürokratisiert. Dieselben Ursachen, die in den Parteien nur einer beschränkten

Anzahl von Einzelnen die Führung voll in die Hände geben, verursachen in den meisten Parlamenten einen analogen Prozess; ein grosser Teil von Abgeordneten weiss oft nicht was geschieht oder was geschehen soll. Ihre ganze Tätigkeit wird von verschiedenen Komitees, verschiedenen Koalitionsausschüssen geleitet, manchmal auch von anonym arbeitenden Organen, die aus den Führern und Unterführern zusammengesetzt sind, welche nur mit Schwierigkeiten ihre Klubs beherrschen und die Disziplin ihrer Parteigenossen im Parlament und ausserhalb erzwingen (in unserem Parlament wurde der bekannte „Fünfer“ berühmt, später hatten wir einen „Achter“ und noch andere ähnliche Ziffern). Alles dies lässt sich in eine Kategorie von Fragen zusammenfassen: in das Problem der Oligarchisierung der demokratischen Parteien und das Problem der Führer in der Demokratie überhaupt.

Die Gegner der Demokratie versuchten auf Grund dieses natürlichen und unvermeidlichen Prozesses die Demokratie im Ganzen zu verurteilen, indem sie sagten, dass die Demokratie entweder in ihrer Durchsetzung der individuellen Freiheit konsequent ist, und dann müsse sie sich in Anarchie, in einem Kampf aller gegen alle, in einen Kampf der Parteien, Klassen und Personen auf Leben und Tod verwandeln und am Ende die Bedrohung des Staates und des Volkes hervorrufen oder sie erzwingt die Ordnung, d.h. eine oligarchische Führung und strenge Disziplin und Gehorsam der Parteien, Klassen und Personen gegenüber den Führern, und dann geschieht dies um den Preis der unfreien Parteidisziplin und der Diktatur der Führer, um den Preis der

Bürokratisierung der Parteien und der Errichtung von Partei-Apparaten, um den Preis von Koalitionen und Koalitionsgeschäften, Korruption und Demoralisation des politischen Lebens überhaupt, in dem schliesslich beschränkte Cliques von Führern und Unterführern, Vertrauensmännern und Sekretären entscheiden.

Es ist ganz überflüssig, sich über diesen Prozess aufzuregen. Diese Schwierigkeiten der Demokratie haben stets verschiedene Formen in dem oder jenem Lande je nach den Verhältnissen des betreffenden Staates und Volkes (sie waren anders bei uns, anders in Polen, Südslawien, Frankreich oder in Spanien usw.), sie existierten und sind eine notwendige Begleiterscheinung jeder Demokratie. Ich betone aber, dass sie, sobald ihre bösen Folgen bestimmte Grenzen erreichen, im Regime der demokratischen Freiheit Gegenstand von Angriffen und Kritiken werden, die sodann in normalen Zeiten und wenigstens in den Hauptfragen zu einer hinlänglichen Besserung führen: zur Besserung der Personen, zum Fall der Führer und Unterführer, zur Bildung von Oppositionen und neuen Parteien. In einer gesunden und lebhaft politisch lebenden politischen Gesellschaft können die demokratische Freiheit der Überzeugung und der Kritik, wiederholte Wahlen, Vertrauens- und Misstrauenskundgebungen und in den Parteien und im Parlament ^{und} dadurch die fortwährende und systematische demokratische Kontrolle der führenden Personen und Parteien von selbst eine Besserung all dieser Schwierigkeiten und schwachen Seiten des demokratischen Regimes auf normalen Wege, ohne Umwälzungen, ohne Gewalt

und Revolution herbeiführen. Ich bemerke, dass die meisten dieser Erscheinungen in Diktaturen und autoritativen Parteien in noch weit höherem Masse hervorgerufen werden und dass dabei eine Besserung überhaupt nicht möglich ist, es sei denn durch den Sturz des ganzen Systems.

Die Oligarchisierung der politischen Parteien stellt der Demokratie eine weitere wesentliche Frage: die Frage der Führer in der Demokratie. Ich füge also hier dem, was ich über die Eigenschaften und die Aufgaben des demokratischen Politikers und Führers bereits oben gesagt habe, noch folgendes hinzu: der moderne demokratische Bürger nimmt die Autorität des frei gewählten Führers an, den er als Repräsentanten seiner Interessengruppe oder seiner politischen Partei und seiner politischen Ideologie anerkennt, indem er ihn zugleich als treuen Diener des Staates und Volkes ansieht, der die Interessen seiner Gruppe mit den Interessen des Staates harmonisch auszugleichen versteht. Seine Ausnahmestellung - und damit auch seine Verantwortlichkeit - die sich darin ausdrückt, dass er über öffentliche Fragen entscheidet, soll der politische Führer auf seinem wirklichen tiefen Wissen und seiner Bildung und auf der Kenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf seiner wirklichen politischen Fähigkeit und seinem politischen Talent, auf dem Verantwortungsbewusstsein, auf Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit und Ergebenheit an das Ideal der Demokratie, auf seine sittliche Würde und Grösse, namentlich auf seine persönliche Uninteressiertheit und sittliche Integrität gründen.

Der führende Politiker-Demokrat ist und soll dem demokratischen Bürger eben ein solcher Führer sein, wie es ihm

der schöpferische Dichter, Künstler oder Gelehrte ist. Er arbeitet so wie sie. Er rauft mit dem Leben, schlägt sich durch das Leben durch und löst täglich bei jedem noch so kleinen laufenden Ereignis im Kontakt mit tausenden von verschiedenen Leuten weitreichende grundsätzliche Probleme und Konflikte, in die ihn die verschiedenen politischen Situationen bringen. Durch sein tägliches Leben, seine Arbeit, seinen Kampf, seine Siege über sich selbst ist er ein schöpferischer Faktor - er schafft. Er ist eine starke Individualität und ein echter Mann, wenn er täglich hundertmal sich überwinden kann und das, was ihn herabdrückt, seine Gefühle, Leidenschaften, Triebe, Nerven, seine Aufregungen, Erbitterungen und Enttäuschungen, wenn er die Menge führen und mit Menschen verhandeln soll, die ihn kaum begreifen, und wenn er dies so tun soll, dass er er selbst und Demokrat bleibt. Er hat nur seine Ideale, seine grossen Ziele, seine mächtige Sendung; er kennt keine Eitelkeit, er bewundert sich nicht in seiner Grösse, er kennt keine Jagd nach Popularität. Seine Grösse und Befriedigung beruht eben nur in einer demokratischen Tätigkeit und oft auch in taglicher anonymer Kleinarbeit, mit der sein Leben völlig eins geworden ist. Nur so gibt es in den Begriffen Führer und Demokratie keinen inneren Gegensatz.

Es ist allerdings eine Kardinalforderung der Demokratie, dass nicht nur die Führer, sondern auch die geführten Massen selbst bei der Diskussion, der Kritik, den Wahlen und überhaupt bei der Beteiligung am politischen Leben trachten,

sich dem Ideal des demokratischen Helden zu nähern, d.h. sich zu bilden, seine grossen Aufgaben zu begreifen, und sich den Idealen und Forderungen zu nähern, die die Demokratie an der Reife des Menschen und Bürgers stellt. Die Pflichten sind beiderseitig: sowohl bei den Bürgern als auch beim Führer. Der sittlichen Höhe des echten Führer-Demokraten soll die sittliche Höhe der reifen Massen des geführten Volkes entsprechen. Sie folgen ihrem wahren Führer so, wie dem schöpferischen Künstler diejenigen folgen, die er durch seine schöpferische Kraft in andere Sphären und Reiche emporhebt. Sie kennen ihren Platz und seinen Platz, sie sehen in ihm die Verkörperung ihrer selbst und begreifen zugleich mit Recht, dass der wahre Führer sie wieder in sich selbst sucht. Sie leben mit ihm und in ihm und er mit ihnen und in ihnen.

Das Problem der neuen künftigen Demokratie ist daher zugleich ein dauerndes Problem der Erziehung zur Demokratie, das Problem der Erziehung und der Massen. Ich habe bereits betont, dass die Demokratie als Regime in beständiger Bewegung und Entwicklung ist: zur künftigen besseren Demokratie werden wir beständig erzogen und kämpfen uns durch. Wir kämpfen um die wahre Demokratie und kämpfen vor allem um die Schaffung und Erziehung der demokratischen Massen und der Führer. Wir sind am Umbruch von der monarchistisch-aristokratischen Gesellschaft zur demokratischen Gesellschaft, von der ~~liberal~~ Gesellschaft der liberal-bürgerlichen Demokratie zum neuen Stadium der bessern und vollkommeneren, sozial und wirtschaftlich entwickelteren sozialisierenden Demokratie. Die Demokratie befindet sich

in der Wiedergeburt, sie verlässt das eine Stadium und ist noch nicht im fertigen oder dauernden zweiten Stadium.

Aus dem Wesen und der Natur des ganzen Problems der Demokratie geht demnach hervor, dass die vollkommene Demokratie nur ein Ideal ist, dem wir immer zustreben und dem wir uns immer nur nähern. Die Demokratie bildet sich immer neu und vervollkommt sich. Aber man muss sie immer gegen den menschlichen Egoismus, gegen die menschliche Leidenschaftlichkeit, Unkenntnis und dem Streben nach Beherrschung anderer überwachen, schützen, erhalten, sich immer für sie schlagen. Darin besteht für die bewussten Demokraten ihre Grösse und Erhabenheit als Ideal; darin ist der wahre Demokrat ein Held, weil er seinen schweren, ungleichen Kampf mit sich selbst und seiner Umgebung austrägt, immer ohne Ruhe, ohne Pause. Und da die Organisation der Demokratie oligarchische Tendenzen hat, beruht die allmähliche Verwirklichung des besseren Stadiums der Demokratie vor allem auf dem demokratisch fühlenden, denkenden, handelnden, zur vollständigeren und immer vollkommeneren Demokratie sich erziehenden und sich durcharbeitenden Persönlichkeit.

xxx

Das Problem des politischen Führertums ist demnach eine der interessantesten, aber nicht kompliziertesten Fragen sowohl der theoretischen politischen Wissenschaft, als auch des praktischen politischen Lebens. In der Nachkriegs-Politik und besonders in den letzten Jahren vor dem zweiten Welt-

krieg, als es in der Welt zu so weitreichenden Ereignissen kam, war die Frage der Führer, wie dies immer in kritischen oder Umsturzeiten zu sein pflegt, grundlegend und entscheidend für das Verständnis der politischen Geschichte dieser Jahre. Der Fall der europäischen Demokratie im letzten Jahrzehnt war vor allem der Fall ihrer Führer. Vielleicht brauchen gar keine Beweise zitiert zu werden; die Führer von Weimar-Deutschland, dem vorfaschistischen Italien, Frankreich, Polen, Südslawien, Rumänien usw. vor dem Jahre 1939 (Daladier, Bonnet, Chamberlain, Beck, Stodajinović, Prinz Paul usw.) sind für die heutige europäische und Weltkatastrophe schwer verantwortlich. Die Demokraten sind nicht deshalb gefallen, weil sie als Regime schlecht waren, sondern hauptsächlich deshalb, weil ihre Führer schlecht, schwach und unfähig waren.

In feudalen und monarchistischen Zeiten leitete man das Führertum vom aristokratischen Familienursprung ab und es beruhte ausserdem in bedeutendem Masse auf dem Eigentum. Die politischen Führer erreichten ihre führende Stellung im politischen Leben nicht wegen ihrer persönlichen Verdienste und Leistungen; zumeist wurden sie zum Führertum geboren. Sie erbten das Führertum so wie sie ihre Klassenstellung und ihr Eigentum erbten. In der modernen demokratischen Zeit werden politische Führer in verschiedener Form ausgelesen und gewählt. Da aber selbst in so demokratischen Staaten wie z.B. Grossbritannien starke soziale und traditionelle Überreste des alten aristokratischen und Klassensystems vorhanden sind und da die meisten der euro-

päischen Demokratien in Wirklichkeit nur Halbdemokratien sind, so entscheidet auch hier über das politische Führertum und Unterführertum nicht immer nur die Wahl. Man nimmt gewöhnlich Rücksicht auch auf die Erbllichkeit der Klassenstellung und das Eigentum. So ist z.B. die Mitgliedschaft am englischen Oberhaus immer noch erblich oder wird durch Ernennung erworben und ist bisher in sehr hohem Masse durch die Geburt und das Eigentum bestimmt. In anderen Demokratien sind diese Überreste der Vergangenheit nicht so offenkundig, - z.B. in Frankreich, wo durch die Revolution die Aristokratie gestürzt wurde. Hier sind die Wahlen für die Herausbildung führender Einzelner und des ganzen Führungskaders ein wichtiger und bezeichnender Faktor. Geld spielt hier aber eine grosse Rolle.

In den autoritativen Staaten entstehen Führertum und Führer immer durch Revolution und halten sich durch Gewalt. Ausserdem ist die Konzeption des „Führers“ oder des „Duce“ im Nationalsozialismus und im Faschismus, wie wir in den vorangegangenen Kapiteln gesehen haben, auf der besonderen Auffassung vom absolutistischen und allmächtigen Staat gegründet, und diese „Allmächtigkeit“ des Staates wird im allmächtigen, unbeschränkten, unfehlbaren, fast vergotteten Duce und Führer verkörpert.

Die Führer- und Duce-Konzeption ist eine sehr mystische und vulgäre religiöse, unkritische und ungebildete Konzeption, die sich durch politische Unbildung erhält und auf Gefühlen, Emotionen, Leidenschaften und Instinkten beruht. Es ist wahr, dass beide Regime es ablehnen, die Konzeption

vom Staatsoberhaupt „von Gottes Gnaden“ anzunehmen. Dabei spricht aber der Duce und namentlich der Führer immer von der Vorsehung und gibt sich geradezu als ihr Sohn oder wenigstens als ihr Vertreter aus. Das enthält lauter Mythos und Vulgar-Mystik, die Volk und Staat vergottet, indem sie aus ihnen einen allmächtigen Gott macht, und die Führer als ihre unfehlbaren Produkte, Repräsentanten oder Äusserungen ausgibt. Bemerkenswert und allerdings natürlich ist das kein solches System sich jemals mit der Nachfolge im Führertum Rat weiss.

Die Demokratie dagegen, die ein System der angewandten Wissenschaft, des Rationalismus, der Gleichheit der Menschen, der evolutionären Methoden in der täglichen Politik ist und ein System, in dem die sittliche Makellosigkeit, Ehrlichkeit, die Wahrheit und Offenheit eine wesentliche Rolle spielen sollen, neigt natürlich dazu, Führer hervorzubringen, die der Ausdruck oder das Abbild der analytischen Wissenschaft, der Diskussion und der wissenschaftlichen Redlichkeit sind. Es sollen dies daher Menschen sein, die einen mächtig entwickelten Sinn für Verantwortung haben. Die vorsichtig die öffentliche Meinung abzuwägen und sie unaufhörlich in Betracht zu ziehen haben, die daher gezwungen sind, langsam und mit grosser Gewissenhaftigkeit vorzugehen. Es sind also eher Menschen mit einer Neigung zur gründlichen Analyse und zum wissenschaftlichen, genauen Denken. Sie prüfen, diskutieren, erörtern viel die Dinge, bevor sie zu handeln beginnen.

Wegen dieses Vorgehens und dieser Methode sind die demokratischen Führer stets in Gefahr, sehr oft unentschlossen, untätig, unwirksam zu sein. Da sie alles durch Diskussion in öffentlichen Versammlungen, in der Presse, im Parlament und innerhalb der politischen Parteien durchsetzen müssen, unternehmen sie alles immer mit gespanntem Blick auf den Wähler und das Ohr an der Erde; ihre Stellung ist daher viel schwieriger als die der Führer in den absolutistischen und autoritativen Staaten, die von ihrer „Intuition“, ihrem Bewusstsein der Allmächtigkeit, ihrer Neigung zum Abenteuer, Hazardeurum und Spieler-Risiko geleitet sind, rücksichtslos schnelle und endgültige Beschlüsse fassen können, tätig, rasch, entschlossen und in ihrer Wirksamkeit sehr effektiv.

Die Führer in den autoritativen Staaten - in denen die Leitidee ist, dass das Leben ein beständiger Kampf sei, dass die Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten ein Kampf seien, und dass daher in der täglichen Politik Gewaltmethoden angewendet werden müssen - müssen in ihrer ganzen Tätigkeit der Ausdruck dieser Charakterzüge sein. Ihr persönlicher Charakterzug ist daher Gewalt, Brutalität, unbesonnenes Spieler-Risiko und zynischester Machiavellismus. Es sind immer Männer der Tat und nicht Männer des Denkens und der Erwägung. Es sind gewöhnlich Menschen, die sich sofort, rasch, im Affekt und theaterhaft entscheiden, ohne auf die Ratschläge anderer Rücksicht zu nehmen und sich ohne sich um die historischen Tatsachen und die täglichen Umstände zu kümmern. Es sind fast immer Abenteuerer ohne Skrupeln, zynisch, ehrgeizig, egozentrisch, emotionell

und amoralisch. Sehr oft sind es physisch oder geistig abnormale Menschen. Aus diesem Grunde müssen die von einem solchen Menschentypus geführten Staaten fast regelmässig durch eine Katastrophe, gewöhnlich durch einen Krieg enden - und das eben infolge des Charakters ihres Regimes und ihrer Führung.

Auf der anderen Seite ist der demokratische Führer, der ein Mensch von gründlicher Schulung, Erfahrung und Kenntnis ist, ein Mann der Besonnenheit, der Diskussion, des Einvernehmens und des Ausgleiches zwischen den einzelnen Strömungen und gesellschaftlichen Tendenzen. Er setzt alle seine Energie ein und gebraucht alle seine Fähigkeiten zur Erkenntnis neuer Tatsachen, neuer Erfahrungen, neuer Entdeckungen in den verschiedenen Wissenschaften und im ganzen technischen Fortschritt. Er muss sich stets weiter bilden und studieren. Er muss ein Held des Fleisses, der Ehrlichkeit, der Selbstaufopferung und der Geduld in der Arbeit und in der Erfüllung seiner täglichen politischen Pflichten sein. Er hat niemals Ruhe und Frieden, denn er muss immer auf Angriffe seitens seiner Gegner vorbereitet sein, und muss ausdauernd die Opposition durch Vernunft und Logik, durch beständigen Kontakt, Unterredungen, Zureden, Überzeugen, aber auch durch seine Handlungen und die Redlichkeit seiner Arbeit überzeugen. Er ist daher oft viel rascher erschöpft als die Führer in den autoritativen Staaten, die ihre Opposition durch Gewalt statt durch Arbeit und ehrliches Überzeugen totschweigen. Die Führer in den Demokratien altern und gehen rascher ab, die Führer in den autoritativen Staaten fallen tiefer.

Fast jeder wahre demokratische Führer muss eine Zeit der allgemeinen Unpopularität durchmachen. Sehr oft ist der demokratische Führer dazu verurteilt, schliesslich völlig unpopulär zu werden und zu fallen. Er ist weise, wenn er sich dieser Tatsache bewusst ist, wenn er auf die Unpopularität und das Unverständnis der Volksmassen und sogar auf das völlige Vergessenwerden, seinen Fall und Abgang vorbereitet ist. Es ist immer eine der grossen staatsmännischen Prüfungen, wenn der Führer in der Demokratie sich entscheiden soll, ob und wann er abgehen soll. Danach kann man immer seine sittliche Grösse, seine Verstandestüchtigkeit und sein seelisches Gleichgewicht beurteilen. Es gibt nicht viele, die das können. All dies soll aber der wahre demokratische Führer als Steuer hinnehmen, die er seinem Volke und Staat entrichtet, und soll es weder als Undank noch als etwas Ungewöhnliches auffassen. Das ist der Lauf des demokratischen politischen Lebens. Ich werfe aber dem demokratischen Regimen vor, dass sie regelmässig es nicht verstehen, für den abgehenden Politiker ordentlich und würdig zu sorgen.

Das Endurteil über jeden einzelnen der beiden Führertypen wird stets die Geschichte fällen. Prüfen wir in der Geschichte das Schicksal der berühmten Diktatoren und das Schicksal ihres Werkes sowie auch das Schicksal ihrer Völker und Staaten, lassen wir uns von der objektiven Geschichte belehren und beachten wir, wie sie geurteilt hat ! Das Werk grosser Führer der Demokratie ist stets solid, auf die Dauer und normal gebaut. Das Werk der Diktatoren ist stets übertrieben eilig, vorübergehend und abnormal. Nach ihrer Periode kommen regelmässig Sturz und Chaos

und dann die Zerstörung ihres Werkes durch unversöhnliche Gegner, und zwar ebenso rasch, wie das Werk entstanden ist ! Die in einem Lande isolierte Diktatur, im Zeichen der politischen Freiheit der anderen Welt, ist eine Krankheit. Die Arbeit des demokratischen Führers ist eine Zeit der gesunden, angespannten Arbeit, des normalen Führungsmenschen für Ideale der Allgemeinheit.

xxx

Wenn man vergleicht, was ich über die demokratische Politik als Wissenschaft und Kunst und was ich über die demokratischen politischen Führer gesagt habe, so wird man verstehen, dass der demokratische Politiker und ideale Staatsmann in meiner Auffassung alle Eigenschaften des wahren demokratischen Führers haben soll, verbunden mit manchen Eigenschaften, die sich in so übertriebenen Masse regelmässig beim autoritativen Führer finden. Er muss immer etwas mehr als nur ein Mann der Analyse, des Verstandes und der Wissenschaft sein. Er darf nicht nur ein gebildeter Intellektueller sein - auf dem politischen Gebiet haben sich noch so gebildete typische Intellektuelle oft als völlig unfähig oder unfruchtbar erwiesen - sondern er muss auch ein Mann von raschem Entschluss, der Tat, des Mutes, der Intuition und des gesunden Instinktes sein. Der demokratische Führer sollte in seiner Persönlichkeit eine grosse intellektuelle Kultur und wissenschaftliche Erudition mit wacher Intuition und Instinkt, Tiefe des Denkens mit rascher Entschlusskraft und schlag-

artigem Handeln, physischen und geistigen Mut mit sittlicher Integrität in harmonischer Synthese verbinden.

Der gute politische demokratische Führer soll auch physisch und geistig gesund, d.h. körperlich und geistig normal sein. Die demokratische Politik fordert vom politischen Führer beständige Besonnenheit, Ruhe und Geduld und dabei so viel Arbeit, Fleiss und Nervenanspannung, wie ein ungesunder Mensch sie niemals aufbringen kann. Und dann beeinflusst Mangel an physischer oder geistiger und Nerven-Gesundheit immer die Tätigkeit eines jeden Menschen; öffentliche Angelegenheiten sollen niemals von dem individuellen, wandelbaren und stimmungsmässigen Zustand dieses oder jenes Einzelnen abhängen. Deswegen sollen sich an der demokratischen Politik dauernd Menschen mit guter Gesundheit beteiligen, und wenn sie ernster erkranken, sollen sie von der politischen Führung abgeben.

Zu solch vollkommener Kombination von Eigenschaften des politischen Führers in praktischem politischem Leben kommt es nicht häufig, aber es kommt zu ihr. Es ist eine Frage nicht nur der Erziehung und der Bildung, sondern auch der angeborenen Eigenschaften und Fähigkeiten der Menschen, die sich dem öffentlichen Leben widmen. Daher ist die Sache des Führertums, besonders in der Demokratie, und wird immer eine Frage der guten Bildung und der sorgfältigen Auslese der Führer sein. Es ist deswegen notwendig, dass sich die Typen der geistig begabten und physisch gesunden, sittlich, intellektuell und im Charakter ausgeglichener Einzelner für die Politik in der Demokratie interessieren. Die Politik in der Demokratie können

und müssen Einzelne aller Klassen machen; aber auch die Intellektuellen und Gebildeten müssen sich selbst für die Politik interessieren, denn die wirkliche Führung kann auch in der Demokratie vor allem aus ihren Reihen kommen. Von Zeit zu Zeit tauchen Führer direkt aus dem Volke auf - gewöhnlich nach Revolutionen und stürmischen Zeiten. Aber es pflegen Führer zu sein, die, ohgleich sie direkt aus dem Volke kommen, entweder schon in gewisser Masse Intellektuelle und praktisch Gebildete sind, oder es durch Erziehung oder eigene Anstrengung, aus Zwang oder durch die Umstände werden.

In jedem Falle ist es im modernen Leben und in den demokratischen Staaten fast unmöglich, sich mit Politik mit dem Anspruch auf eine bedeutungsvollere Führerstellung ohne sehr strenge intellektuelle Arbeit zu befassen, ohne sehr bedeutende Bildung, ohne sehr ausgedehnte Umfassung aller Zweige der politischen und sozialen Wissenschaften, ohne spezielle Fähigkeiten, grosse Lebenserfahrung und oben dargelegte Eigenschaften. Staat und Volk ohne solche Führer sind einfach schlecht geführt. Denn - ich wiederhole es nochmals - die Frage der erfolgreichen Demokratie ist vor allem eine Frage der Vollkommenheit ihrer Führer und allerdings der politischen Reife ihrer Volksmassen.

Der Grad der Wiedergeburt, der Vervollkommnung und der Besserung der Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg wird auch von dem Masse abhängen, in dem diese beiden grundlegenden Forderungen des demokratischen politischen Lebens erfüllt werden.

4.) Die Psychologie des politischen Parteiwesens als antidemokratische Erscheinung.

Die Demokratie ist in ihrer politischen Organisation ein grundsätzlicher Gegner zweier Extremes: der anarchistischen Zersetzung ohne gesellschaftliche Autorität auf der einen Seite und des Totalismus mit der Unterdrückung der individuellen Freiheit auf der anderen Seite.

In manchen Nachkriegs-Demokratien kamen die politischen Parteien teils durch ihre zu grosse zahlenmässige Stärke, teils durch ihren übertriebenen Parteigeist und ihre egoistische Ausbeutung der Staatsmacht zu ihren und ihrer Parteigänger Gunsten so weit, dass sie das staatliche und nationale politische Leben wirklich zersetzten und atomisierten und die Völker an den Rand des Bürgerkrieges und der Anarchie brachten. Danach gelangte sodann die Reaktion der autoritativen Regime gegen die politischen Parteien zu dem absurden Schluss, dass alle Parteien unterdrückt werden sollen, dass autoritativ eine einzige Partei geschaffen werden und dass man mit ihrer Hilfe Staat und Volk durch politische Diktatur beherrschen soll. Populär nannte man es: Ordnung in das Partei-Unwesen einführen. In der Praxis bedeutete es die Vernichtung der bürgerlichen Freiheit des modernen Menschen und die diktatorische Herrschaft mit Hilfe einer einzigen totalitären Partei.

Die politischen Parteien sind soziale Organismen, deren Eigenschaften, Psychologie, Arbeitsmethoden und überhaupt Neigungen zum politischen Leben wirklich gefährlich sein können. In gewissem Sinne ist die politische Partei ein notwendiges Übel. Wahre Demokraten sollen und müssen sich

der bösen Eigenschaften und Neigungen der politischen Parteien ebenso bewusst sein, wie sie sich dessen bewusst sein müssen, dass die politischen Parteien für die bürgerliche Freiheit und für die Demokratie einfach unerlässlich sind. Es hat daher keinen Sinn, sie zu verdammnen oder gegen ihre Existenz zu reden. Man muss einfach die Notwendigkeit ihrer Existenz zur Kenntnis nehmen und politisch so vorgehen, dass das aus ihnen sich ergebende Übel auf ein Mindestmass beschränkt wird.

Das Leben einer politischen Partei ist Kampf. Der Grundsatz der Mehrheit bei den Wahlen und Parlamentsabstimmungen gibt ihr fast die absolute Macht und die Freiheit, im Staate und in der Gemeinde nach ihrem Willen, oft völlig ohne Rücksicht auf irgendjemanden zu handeln oder der gleichen Willkür der gegnerischen Partei zu unterliegen. Deswegen muss die Partei, wenn sie ihre Hauptforderungen zur Geltung bringen soll, die Macht und Herrschaft wollen; und wenn sie an der Regierung ist, so hat sie die angeborene Neigung, ihre erworbene Macht möglichst auszunützen. Das bedeutet, dass sie die dauernde Neigung hat, rücksichtslos, gegen andere absolutistisch und geradezu despotisch zu sein.

Diese Rücksichtslosigkeit, Rauheit und unzählbare Eigennützigkeit sowohl bei der Partei als Ganzem als auch bei den Parteiangehörigen als Einzelnen, diese Tendenz zur Diktatur, ist die dem politischen Parteiwesen natürlichste Eigenschaft. Und sie äussert sich nicht nur in den politischen Institutionen, sondern auch überall, wohin das Parteiwesen gelangt und wo der einfache Grundsatz der egalitären Mehrheit entscheidet. Es ist wahr, dass diese

Wösen Seiten des Parteiwesens hie und da von der Partei selbst eingeschränkt zu werden pflegen; aber wiederum vor allem aus parteilichen Egoismus und aus Taktik: je rücksichtsloser eine Partei in der Ausnützung der Macht sein wird, desto rascher kann der Widerstand der anderen Parteien und zugleich für die Partei selbst die Gefahr wachsen, dass sie die Macht verliert.

Der Grundsatz der Mehrheit lässt nur eine Wahrheit, ein Recht, eine Entscheidung zu. Der Grundsatz der demokratischen Mehrheit gibt auch der regierenden Partei die Berechtigung fast zu jeder politischen Massnahme. Er führt daher leicht zur Unverträglichkeit, Unnachgiebigkeit, Fanatismus: eine Partei, die die überwiegende Mehrheit erreicht, sucht in der Regel nicht die Verständigung mit dem geschlagenen Gegner. Unnachgiebig sein, unfehlbar und unverträglich, geht daher aus dem Wesen jedes Parteitums hervor. Die Unnachgiebigkeit und der Fanatismus bei den Parteigängern bewirkt dann, dass die Partei in ihrem Urteil absolut unobjektiv zu sein pflegt.

Vor allem vom parteilichen Interesse getrieben und im Verlangen, um jeden Preis die grösste Zahl von Parteianhängern zu gewinnen, ergreift sie alles, was zeigen würde, dass sie recht hat, dass nur ihre Bestrebungen richtig sind, dass nur sie der Gipfel der Güte, der Berechtigung und der Vollkommenheit ist. Daher erhebt und rühmt sie unobjektiv alles, was sie selbst tut. Was ihre Parteigänger Gutes tun, schätzt sie hoch ein und vergrössert sie, überschätzt ihre Verdienste und macht Grös-

sen aus ihnen, denen nichts gleichkommt. Und diese Unobjektivität macht nicht einmal dort halt, wo die Objektivität eine direkte grundlegende Forderung ist und direkt aus dem Wesen der Sache hervorgeht: in der Wissenschaft. Der Wissenschaftler letzten Ranges sieht sich mit einem Schlag unter den Besten der Besten. Es entstehen erstaunliche „wissenschaftliche“ Polemiken, die dem wissenschaftlich empfindenden Geist das gesamte politische Parteiwesen und überhaupt die Parteien verekelt. Dasselbe gilt allerdings in gewisser Masse auch über das Parteiwesen in Kunst und Literatur.

Und im selben Geiste wird auf der anderen Seite unobjektiv herabgesetzt, verkleinert, nicht genügend eingeschätzt. Eine bedeutende Tat der anderen Partei wird systematisch übergangen, totgeschwiegen, übersehen, ihre Bedeutung verringert. Die wirkliche wissenschaftliche Arbeit eines Gegners wird gering eingeschätzt und so verrissen, dass sie im schlimmsten Lichte erscheint, eine bedeutende Schrift, eine Revue, eine Zeitschrift erscheint auf einmal als eine Masse überflüssig verbrauchten Papiers.

Das Vergehen eines Parteigängers wird in den Reihen seiner Partei als völlig landläufige Art des wirtschaftlichen Kampfes der Geschäftsmanipulationen, industrieller und finanzieller Spekulationen ausgelegt, wie sie täglich zu tausenden vorkommen und die nichts bedeuten. Das selbe Vergehen schildert die andere Seite als Verbrechen schlimmster Art, für das es gar keine genug strengen und abschreckenden Strafen gibt. Aber das selbe Vergehen, das in dieser letzteren Partei selbst später vorkommt, erhält

plötzlich eine andere Bedeutung und eine grenzenlose Wichtigkeit für das ganze nationale Leben, ist eine kennzeichnende Erscheinung für die Verhältnisse in der gegnerischen Partei überhaupt, zeigt das Milieu auf, aus dem es hervorgegangen ist, usw. Das bedeutet nun die Partei, die, solange es sich um ihre eigenen Leute gehandelt hat, so milde war, Nachgiebigkeit, Totschweigen, Entschuldigen und Verdrehen unter solchen Umständen oder wieder die äußerste Strenge ist die direkte Folge der parteiischen Unobjektivität.

Eine Folge der erwähnten psychologischen Neigungen des Partei-Anhänger ist eine weitere ganz besondere Art von parteiischer Unobjektivität: das erstaunlich rasche Vergessen von Fehlern und schlechten Handlungen des Gegners, sobald er sich aus diesen oder jenen Gründen der Partei nähert. Es ist aus der politischen Praxis bekannt, dass schon die unmöglichsten Allianzen und Koalitionen politischer Parteien aufgetaucht sind, die sich unmittelbar vor der Koalition aufs Messer bekämpft haben und die nach der Zerschlagung der Koalition noch leidenschaftlichere Gegner werden. Es ist natürlich, dass meine Liebe zur eigenen Partei von vornherein die Schärfe aller meiner anderen Gefühle gegen den Gegner abstumpft, sobald dieser beginnt, dem Gegenstand meiner Liebe, meiner Partei, Dienste zu erweisen. Deswegen vergisst man so leicht und rasch der gegnerischen Partei ihre ganze Vergangenheit.

Die anfangs unbewusste Unobjektivität geht unbemerkt in mehr oder weniger bewusste Unobjektivität über; und diese wirkt auf den Parteianhänger zunächst in der Form von Unaufrichtigkeit und Heuchelei, bevor sie zur direkten

Müge, zu Betrug und Täuschung wird. Der Partei-Anhänger, der sich der Fehler seiner Partei bewusst ist, muss sich von vornherein in Forderungen der Taktik hüllen, und aus taktischen Gründen entschuldigt er, sieht er nicht und will er die Fehler seiner Gruppe nicht sehen, um seiner Partei nicht zu schaden. Jeder Parteianhänger verbindet ein Stück seiner Persönlichkeit mit seiner Partei. Deswegen berührt der Kampf gegen seine Partei, die Vorwürfe gegen sie und ihre Fehler ihn auch persönlich. So wie bei Debatten und Diskussionen jeder fühlt, dass die an die Partei gerichteten Vorwürfe auch seine eigene Person treffen, so wendet er sich auch, indem er den anderen Parteien Vorwürfe macht, persönlich, aggressiv, rücksichtslos gegen seine Gegner. Die Fehler, Übertretungen und Verbrechen, die von irgendeinem Mitglied der Partei verübt werden, werden plötzlich so dargestellt, dass sie auf seinen Gegner persönlich fallen. Dabei übertreibt er oft persönlich, schießt über das Ziel und vergrössert.

So verlernt der Parteigeist das besonnene und selbständige Denken und vernichtet geradezu die geistige Freiheit des Einzelnen. Er mischt sich in jede Frage, greift in jeden Konflikt ein, äussert in allem seinen Einfluss; er greift auch dort ein, wo ihn niemand erwarten würde: in die Wissenschaft, die Kunst, die öffentliche Verwaltung, das Gerichtswesen, die Privatämter und Privatstellungen usw. Das ist eines der grössten Laster des Parteiwesens überhaupt.

Von einfacher Unobjektivität, Voreingenommenheit, Unlust, Unaufrichtigkeit und Heuchelei (und häufig von Hass) zum

direkten Betrug , zu Lüge und Täuschung ist ein so kleiner Schritt, dass sich vielleicht ein starker Einzelner, der seine Verantwortlichkeit wohl fühlt, vor ihm noch hüten kann. Nicht hütet sich aber der typische und gewöhnliche Parteimann als Angehöriger eines Körpers, hinter dem er sich verbergen und auf den er die Verantwortung abwälzen kann. Deswegen geht die Partei in ihrer täglichen Arbeit und Agitation so leicht zur Lüge, zur Täuschung über. Sie begnügt sich nicht mehr mit der systematischen Geringschätzung und unobjektiven Einschätzung der Gegner. Sie steigt tiefer herab und beschimpft, hetzt, erniedrigt in grober Weise. Die Verdienste der anderen Partei und ihrer Mitglieder verschweigt sie nicht nur und schätzt sie geringer ein, sondern kritisiert sie unaufrichtig, spricht ihnen den guten Willen ab, beschuldigt sie unsauberer Ziele, setzt an ihnen persönliche Eigennützigkeit aus. Und sie greift nach allen möglichen Vorwänden, nur um sie zu erniedrigen und ihre Schlechtigkeit zu beweisen.

Die Partei, die bis in diesen Zustand gelangt, nimmt zu leicht den Grundsatz des Machiavellismus als ihren an. Kein Mittel ist ihr in diesem Kampfe um die Stimmen, die Stärke und die Mehrheit schlecht und sie macht nicht einmal vor der Aufopferung von Menschen Halt. Auch für diese Folge des Parteiegoismus gibt es in der Geschichte der politischen Parteien Beispiele mehr als genug. Wir sind täglich Zeugen von sittlich zu verurteilenden Intriguen, Hertzereien, Feindschaften und Denunziationen. Man kennt eine Reihe von geplanten Verbrechen und angezettelten Ver-

schwörungen, die nur deswegen geplant wurden, um einflussreiche Menschen zu beseitigen oder eine gegnerische Partei zu diskreditieren. Wir kennen aus der Geschichte der politischen Parteien künstlich hervorgerufene Prozesse, die Parteizwecken dienen sollten und die bestimmten Parteien eine Reihe von unschuldigen Köpfen zum Opfer bringen sollten; wir kennen Agenten-Provokateure, angezettelte Attentate und wirklich verübte Verbrechen von bestimmten Leuten an ihren eigenen Kameraden, um dies zum Vorwand der Vernichtung einer verhassten Partei zu machen.

Es braucht vielleicht nicht hinzugefügt zu werden, dass diese Psychologie der schlechten Demokratie und des schlechten Parteiwesens vor allem eine Psychologie ihrer Presse ist. Die Presse einer Partei pflegt so zu sein, wie die Partei selbst ist: in ihr spiegelt sich die Tätigkeit der Partei am besten, sie ist ihr Repräsentant, ihre Verkörperung, ihr Ausdruck. Ihren mächtigen Einfluss fühlen wir alle gerade darum, weil wir hinter ihr die Macht der Partei, einen grossen Teil der sogenannten öffentlichen Meinung, eines grossen Ganzen, vermuten. Daher ist die Presse die furchtbarste Waffe im politischen Parteikampf. Es genügt, dass die gegnerische Presse vor einer entscheidenden Abstimmung, Wahl, öffentlichen Handlung eine falsche Meldung bringt, die dem Gegner die schlimmste Beschuldigung ins Gesicht schleudert - und die Vorstellung, dass hier nicht ein Einzelner redet, sondern viele Einzelne, die in der Zeitung verkörperte öffentliche Meinung und die Massenseele, wirkt augenblicklich auf jeden Einzelnen

so, dass er an die Wahrheit des Angriffes glaubt; die angefallene Partei ist geschlagen, und bevor die Sache in den folgenden Tagen widerlegt wird, ist das Ziel erreicht. Es genügt, einen Tag vor einer Entscheidungswahl den Gegner zu skandalisieren und dann am dritten Tage den Widerruf in irgendeiner verhüllten und die Sache unterschätzenden Form zu bringen - das Ziel ist dennoch erreicht.

Die Partei und ihre Presse kennt diese kollektive Psychologie und benützt sie. Wir sind taglich Zeugen davon, wie in der Presse dem Gegner auf echte Beschuldigungen mit Lügen, Beschimpfung und Skandalisierung dessen geantwortet wird, der die Beschuldigung ausgesprochen hat; und ebenso sehen wir, wie auf der anderen Seite pauschalmässig und ohne Beweise ruhig Beschuldigungen erhoben werden und wie dann die Parteien und die betroffene Presse regelmässig den einzigen Ausweg suchen: sie wehren sich nicht gegen die Beschuldigung, sondern beschuldigen den Ankläger noch schlimmerer Handlungen und setzen ihn herab. Und dabei erwähnen wir garnicht die Menge von allgemein bekannten journalistischen Kniffen, polemischen Wendungen, Verdrehungen, usw. Und da in der demokratischen Gesellschaft die moderne Presse eben ein bedeutungsvolles Organ des gesamten öffentlichen Lebens und eines der Elemente ist, die den Demokrasmus ermöglichen, so bedeutet das die direkte Verbreitung der Demoralisation und die Verrohung breiter Schichten und der öffentlichen Sitten überhaupt. Diese Sitten sind gerade in den letzten Jahren vor dem

heutigen Krieg bis zur Unmöglichkeit aufgeblüht.

Aus dem Milieu, in dem dieser Parteigeist hervorwächst und in dem die geschilderte Parteipsychologie sich entwickelt, entsteht beim Parteianhänger notwendigerweise ein unverhüllter und höchst unmoralisch wirkender persönlicher Egoismus und Zynismus sowohl in privaten als auch in öffentlichen Angelegenheiten; daraus ergibt sich dann jene allgemein bekannte widerwärtige Kriecherei, die von der Partei unterstützt, die rücksichtslose Jagd nach Eigentum, die von der Partei ermöglicht, der Protektionismus, der von der Partei zu einem ganzen System ausgebaut wird, usw. Der Parteianhänger stützt sich auf seine Partei und weiss, dass sie ihn schützt und ihn in all seinem Tun schützen muss. Er bringt ihr dafür gewisse Opfer und leistet ihr Gegendienste durch seinen Einfluss, seine Tätigkeit, seine Arbeit.

Eine sozial wichtige Folge des Parteigeistes pflegt das häufige und ziemlich verbreitete Umbringen von Talenten und hervorragenden Geistern zu sein, ihr Totschweigen, ihr Abgestossenwerden und ihre Demoralisierung. Wie viele Beispiele von hervorragenden Menschen hat jedes Volk, deren es sich heute rühmt und die es feiert und die sich im Leben kaum eine Schnittke Brot erkämpfen konnten, weil der Parteigeist in der Angst, der Gegner von der anderen Partei könnte die fruchtbare Arbeit dieses Menschen für sich ausnützen, seine Sicherstellung verhindert hat, die ihm ausgiebige Arbeit und Schaffen und dem Volke neue Kulturgüter und Reichtum ermöglicht hätte !

Alle diese Erscheinungen, namentlich aber die rücksichtslose Kritik und die hetzerische und lügenerische Parteiagitatio**n** bewirken, dass grosse Teile der Öffentlichkeit beginnen, alle öffentliche Arbeit und alle Ideale als vorgetäuscht, erdacht, heuchlerisch anzusehen. Die Volksschichten verlieren den Glauben an die Wahrheit, Tugend und Ehre und haben die Tendenz, alle Parteien und jede Politik ohne Unterschied zu verurteilen. Der Idealismus verschwindet mit einem Schlag aus dem öffentlichen Leben. Man glaubt niemandem und über gute und schlechte Politiker wird das verallgemeinernde Urteil gefällt: sie sind alle gleich. Überall erblickt man nur Lüge und Betrug; man würdigt nicht wahre Verdienste, versteht nicht Uneigennützigkeit, und Ehrlichkeit wird im öffentlichen Leben für unmöglich gehalten.

Es entstehen unerträgliche Verhältnisse, Menschen, die berechnigte Vertreter des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und künstlerischen nationalen Lebens sind, geraten in persönliche Feindschaft, entfremden sich gegenseitig und weichen der Zusammenarbeit aus. In Gemeinden und Bezirken bilden sich persönliche Cliques, die zum Ziele haben, das zu zerstören, was der Gegner aufgerichtet hat. Es entsteht dadurch eine Zerbröckelung des ganzen nationalen Körpers, die durch beständige Gegensätze und parteiliche und persönliche Vorurteile genährt wird. Das Volk wird dadurch zerbröckelt und zerstückelt, dass sich in seinem Innern zahlreiche einander hassende und hartnackig und leidenschaftlich einander

bekämpfende gesellschaftliche Organismen, Koterien und Cliques bilden, die sich auf dem künstlerischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen Gebiet boykottieren; sie boykottieren einander auch im gesellschaftlichen Leben. Ein Bürger sieht den anderen nur scheinbar an und beurteilt ihn nur vom Gesichtspunkt seiner Parteilichkeit. Kleinliche, überflüssige und persönliche Kämpfe werden hervorgerufen, die alle Beteiligten über die Massen erschöpfen, und so wird absolut nutzlos erstaunlich viel gesellschaftlicher und nationaler Energie vergeudet.

In einem solchen Milieu können sich gewöhnlich Menschen zweierlei Art durchsetzen: einerseits unehrliche, rücksichtslose Menschen, egoistische Abenteurer, Profitjäger, Demagogen, Menschen, die in ihren Mitteln nicht wählerisch sind, grob, gegen alle Angriffe abgestumpft und auf alles vorbereitet; Zyniker, deren eigene und fremde Ehre nichts ist, oder Menschen der Macht, Lobredner der politischen oder wirtschaftlichen Macht. Oder andererseits ausserst tapfere und ehrliche Menschen von ungewöhnlich starkem Charakter, starke gebildete Persönlichkeiten und Idealisten, begeistert für die demokratischen Ideale, die wohl begreifen, woher all diese Mängel des Parteiwesens stammen, und all den Schmutz wohl kennen, der notwendigerweise auf dem Boden oder an der Peripherie der demokratischen politischen Gesellschaften sich ansetzt. Und als Idealisten glauben sie, dass die Besserung jeder Gesellschaft nur durch den dauernden Kampf der Guten gegen die Schlechten möglich ist, und die sittliche Kraft genug haben, um in dem Kampfe trotz aller Schwierigkeiten und persönlichen Leiden auszuhalten.

Für ehrliche, intelligente, gebildete, anständige und zarte Naturen bedeutet daher das öffentliche Leben in der heutigen Demokratie zumeist ein ungeheueres Opfer, Entbehrungen, Leiden, Energievergeudung, Seelenqual und beständige Aufregung; daher erwägen sie immer, ob man nicht besser anderswo arbeiten könne. Es pflegt bei ihnen Abscheu und Ekel vor der menschlichen Kleinlichkeit und vor der Armseligkeit solcher Kämpfe zu bestehen und hunderte und hunderte Entschlüsse werden gefasst, die politische Tätigkeit zu verlassen, und man kehrt wieder zurück und entschliesst sich weitere Opfer zu bringen. Die zweite Gruppe von Menschen lebt in diesem Milieu wie der Fisch in reinem Gebirgswasser.

Das ist jener Ausleseprozess, den die moderne Demokratie gegen die sogenannte geistige Elite vollzieht. Daher sagt man, dass die Demokratie die Eliten hasst, daher sagt man, dass die Demokratie die Mittelmässigkeit verlangt und unterstützt, dass ihr Grobheit, Demagogie, rücksichtsloser Egoismus und grober Materialismus eigen sind. Darum wird ihr schliesslich Egalitarismus (Gleichmacherei) vorgeworfen, der wirkliche und soziale Werte aufweisende Aristokraten des Geistes beseitigen und sie auf das Niveau dieser niedrigen, rücksichtslosen und unfruchtbaren Kämpfe hinunterziehen wolle.

Welches gesellschaftliche Übel bleibt uns noch übrig, das nicht direkt oder indirekt die Folge oder die Begleiterscheinung des parteilichen Extremismus wäre oder nicht wenigstens durch ihn erhöht werden würde? Dann ist es allerdings nicht erstaunlich, dass sich Proteste gegen eine solche Demokratie hören lassen und dass die alten guten

Zeiten der patriarchalischen, aristokratischen und feudalen Regierungen besungen oder die verschiedenen Faschismen und Totalismen lärmend gefeiert werden, die ihre sogenannten neuen Ordnungen einführen, die politischen Parteien und die individuellen Freiheiten unterdrücken und, indem sie ihre eigenen ungeheueren Mängel und Laster gewaltsam verbergen, in den Reihen der primitiv denkenden Menschen den Eindruck erwecken, dass man durch die einfache Unterdrückung der bürgerlichen Freiheit mit einem Schlage alle die dem politischen Leben inherenten Übel beseitigt.

Alle diese Erwägungen über die Demokratie sind aber trotz allem, was ich hier vielleicht viel zu scharf über die politischen Parteien und den Parteigeist gesagt habe, nur ein oberflächliches, lässiges, unfruchtbares und vorübergehend modisches Kritisieren der Demokratie. Sozial und politisch wird es die heutige politische Gesellschaft in nichts gesünder machen. Aus diesen Schwierigkeiten gibt es keinen anderen Ausweg als die Erhaltung der Demokratie als System, abzu zu versuchen, das politische Parteiwesen als notwendiges Werkzeug des freien politischen Lebens zu verbessern, zu erneuern.

Das ist eines der schwersten politischen Probleme der heutigen Demokratie.

Daraus, was ich oben über die wahre Demokratie und über den Führer in der Demokratie gesagt habe, und daraus, was ich jetzt über die Psychologie und den Geist der politischen Parteien gesagt habe, ergibt sich klar, dass alle Eigenschaften und Neigungen der politischen Parteien eigentlich

antidemokratische Tendenzen haben. Unverträglichkeit, Unfehlbarkeit, Fanatismus, Unobjektivität, Unsachlichkeit, Hass, Voreingenommenheit, Unaufrichtigkeit, parteiliche Heuchelei, Machiavellismus, Hetze, lügnerische Agitation, Neigung zur ausschliesslichen Beherrschung des ganzen Lebens, Neigung zur Bildung einer Partei-Oligarchie, zum Despotismus und zur Diktatur - das alles ist im Wesen absolut undemokratisch. Und dabei sind alle diese Eigenschaften der politischen Parteien nur das durch die kollektive Psychologie vervielfältigte Bild des persönlichen Egoismus eines jeden Einzelnen, seiner Leidenschaften und Instinkte, seiner Unkenntnis und Unbildung, seiner Sehnsucht nach Macht und Beherrschung der anderen Einzelnen. Aber das System der Demokratie braucht die politischen Parteien unerlässlich als Bürgschaft der politischen Freiheit überhaupt, so wie es ihren gegenseitigen Kampf, d.i. ihre gegenseitige anständige, ehrliche und beständige Kritik und Kontrolle braucht. Welch sonderbarer Widerspruch und welche Anomalie!

Wie soll die Demokratie aus dieser ihr eigenen paradoxen Situation hervorgehen?

Vor allem ist es unerlässlich nötig, dass sich die wahren, ehrlichen Demokraten immer die erwähnten Eigenschaften der politischen Parteien, des politischen Parteiwesens und der Parteiangehörigen überhaupt bewusst werden, und dass sie begreifen, dass diese Psychologie des politischen Parteiwesens die Psychologie des menschlichen natürlichen Egoismus, der menschlichen instinktiven Animalität

und der menschlichen Beschränktheit und Unwissenheit ist. Das menschliche Geschöpf ist in seinem übertriebenen, ungesunden Egoismus so. Und gerade darum weiß der Mensch in der politischen Gesellschaft mit seinen Kameraden anständig leben kann, muss er bewusst und konsequent die Wege suchen und immer wieder in der täglichen Politik danach streben, wie er diese Mängel des menschlichen Charakters gutmachen und die Verhältnisse bewältigen kann. Es führen dazu, wie ich schon oben gesagt habe, zwei Wege, die immer in jedem sozialen Milieu die einzigen Wege zur Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft überhaupt waren: einerseits die sittliche Vervollkommnung der Menschen als Einzelner, andererseits die Vervollkommnung der politischen Institutionen als Institutionen an sich.

Im Kampfe um die Vervollkommnung der Menschen wird es sich um die beständige Überwindung seiner selbst, um die Hebung des eigenen Niveaus, um die Vervollkommnung seiner eigenen moralischen unegoistischen Persönlichkeit im Geiste dessen handeln, was ich am Anfang dieses Kapitels von der Konzeption des Politikers in der Demokratie und vom Führertum in der Nachkriegs-Demokratie gesagt habe. Im Kampfe um den neuen demokratischen Nachkriegsmenschen wird es sich darum handeln, wie dem ungesunden Parteigeist der Unverträglichkeit, der Unfehlbarkeit und der Unobjektivität zu widerstehen sei, dem man immer wieder den demokratischen Geist der Objektivität, der Wissenschaft und der Toleranz entgegenstellen muss. Dem Parteiegoismus muss man beständig

und konsequent das allgemeine Interesse, die Entpersönlichung den Antiegoismus, die Ehrlichkeit und die demokratische Offenheit entgegenstellen. Gegen die parteilichen oligarchischen und diktatorischen Tendenzen muss man beständig auf der Hut sein und über den Idealen der Freiheit und den individuellen Rechten des freien menschlichen Wesens so wachen, wie die wahre Demokratie sie verteidigt. Individuell sollten die Parteiführer und die führenden Politiker überhaupt stets im Gedächtnis behalten, dass im politischen Leben die Eitelkeit und die Prestigesucht der Führer, der Mangel an Selbstkritik, der Egozentrismus und der Grössenwahn geradezu als Pest oder Paralyse wirken.

In der Frage der Vervollkommung der demokratischen Institutionen wird es darum gehen, durch was für Massnahmen kollektiven Charakters wir alle schlechten und gefährlichen Eigenschaften des politischen Parteiwesens einschränken, wie wir die Zahl der politischen Parteien begrenzen, wie wir ihre Funktionen in der künftigen Demokratie richtig festsetzen und wie wir ihren Platz im ganzen neuen demokratischen Leben bestimmen. Dabei dürfen wir niemals vergessen, dass jede Vervollkommung der Demokratie im Hinblick auf die Erwägungen über die politischen Parteien auf zwei Grundsätzen beruhen muss:

a) Alle politischen Parteien ohne Ausnahme, sind, bleiben und müssen immer ein Faktor von nur im Hinblick auf das höhere Ganze - den Staat und das Volk - nur relativem Wert bleiben und daher muss alles, was sie unternehmen den Interessen dieses Ganzen untergeordnet sein.

b) Bei jeder Kritik oder jedem Streben nach Vervollkommenung der politischen Parteien und der Demokratie gelangen wir am Ende stets nicht zu der Frage, ob die Demokratie und die Partei als System und Institution oder als gesamtstaatlicher demokratischer Organismus gut oder schlecht sei, sondern zu der Frage, ob die Demokraten als Menschen gut oder schlecht seien. Wenn die Demokraten wirkliche Demokraten sein werden, wenn der demokratische Bürger wirklich in demokratischer Weise auf der Höhe sein wird, so werden die Parteiexzesse und die bösen Parteeigenschaften automatisch beseitigt oder wenigstens soviel wie möglich eingeschränkt und ihre bösen Folgen in dem Masse entfernt, dass es dazu, was den Parteien von den autoritativen Systemen vorgeworfen wird, zumeist garnicht kommen wird.

Ich wiederhole: die Demokratie ist nicht nur eine Frage der vollkommensten demokratischen Institutionen, sondern vor allem eine Frage der vollkommensten demokratischen Menschen. Nicht die politische Partei als solche ist ein Übel, sondern die ungebildeten und unreifen, unerzogenen und undemokratischen Bürger und ihre Führer im Regime der Freiheit sind das Übel. Jeder Bürger soll vor allem sich selbst als Parteimann und seine eigene Partei als eine der möglichen Sünder gegen die Demokratie kritisieren ! Die Engländer haben die Losung: Men, no measures ! - Es handelt sich um die Menschen, keineswegs um die Institutionen oder die allgemeinen Massnahmen ! Ich wiederhole, dass es in der Nachkriegs-Demokratie um beides gehen wird: um die Menschen und um die Institutionen. Aber ich füge

hinzu, dass die besten Institutionen ohne gute Menschen sehr wenig nützen und dass auch weniger gute Institutionen mit guten Menschen Wunder tun können. Die Nachkriegs-Demokratie muss daher, wenn sie sich erneuern will, bessere Institutionen haben, aber vor allem, wie es im Leben überhaupt zu sein pflegt, bessere und reifere Menschen. Daher muss auch jeder Kritiker und Reformator der Demokratie mit der Kritik und der Prüfung seiner selbst und alles dessen anfangen, was er selbst tut. Ich weiss, dass es bequemer ist, seine eigenen Fehler, Schwächen und persönlichen Interessen hinter der heftigen Kritik der Institutionen zu verbergen. Aber derjenige, der das tut und die ganze Wirklichkeit nicht sehen will, steckt einfach den Kopf in den Sand und treibt Vogel Strauss Politik. Masaryk hat dies alles in seinem bekannten Satz ausgedrückt: Die Krise der Demokratie ist vor allem eine sittliche Frage.

5.) Beschränkung der Zahl der politischen Parteien als Mittel zur Gesundung der Demokratie.

Je grösser die Zahl der politischen Parteien in der demokratischen Ordnung ist, desto mehr verstärken sich alle schlechten Eigenschaften des politischen Parteiwesens und ihre Folgen vervielfachen sich. Ihre Kämpfe sind hartnäckiger, die Zahl der Führer, Unterführer, Sekretäre, Vertrauensmänner - der sogenannten Parteibonzen - ist umfangreicher und die Parteiverhältnisse sind daher komplizierter, das Mass der Konflikte und die Zahl der Streitfälle viel grösser, das nationale und staatliche Leben zerbröckelter und der

Staat schwächer. Sollen daher in der künftigen Nachkriegs-Demokratie die bösen Folgen des Parteiwesens beschränkt werden, so ist der erste Weg dazu die Beschränkung der Zahl der politischen Parteien.

Die Beschränkung der politischen Parteien oder einfach die Unterdrückung ihrer Existenz - ausser der eigenen totalitären Partei - vollziehen die autoritativen Regime durch Gewalt und mit dem ausgesprochenen Ziele, keine Kritik des Regimes zu dulden und überhaupt alle politischen Freiheiten zu unterdrücken. Es ist ein wesentlicher Bestandteil ihrer ganzen Parteidoktrin und ihres Systems, wie wir schon oben dargelegt haben, und es bedeutet den einfachen Absolutismus einer einzigen Partei im Staate ohne Kontrolle und ohne irgendwelche Garantien. Die totalitären Parteien haben aber alle schlechten Eigenschaften der demokratischen Parteien in noch weit höherem Masse, als es in der Demokratie selbst ist und werden daher automatisch das einfache Werkzeug der schlimmsten Tyrannei. Sie können die Übertriebenheit des Koalitionswesens und seiner Folgen vermeiden: sie sind selbst die absoluten Herren und brauchen daher nicht, sich mit jemandem zu verständigen.

Im System des Sowjetsozialismus wird das Problem des Parteiwesens grundsätzlich ganz anders gestellt, als in den beiden anderen sozialpolitischen Regimen. Nach der marxistischen Theorie ist oder soll die Bildung der verschiedenen politischen Parteien ausschliesslich der Ausdruck der Klassenkämpfe in der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft sein; einzelne Klassen und Interessengruppen organisieren sich politisch in eigenen politischen Parteien,

die ihre grundsätzlichen Interessen- und Klassenkonflikte, eine im Hinblick zur anderen, ausdrücken. In der sozialistischen Gesellschaft aber, wo grundsätzliche und strukturelle Klassenkonflikte durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Bildung der sogenannten klassenlosen Gesellschaft beseitigt sind, gibt es keine Unterlage für die Bildung von mehr als einer Partei. Dieser Partei gibt dann das Sowjetsozialistische System besondere Funktionen, etwas andere, als die Parteien sie in der Demokratie besitzen, und die Funktion der Kontrolle und einer gewissen Art von Opposition - soweit sie zugelassen wird - versucht es mit Hilfe anderer Institutionen auszudrücken und durchzuführen.

Ich will hier nicht ausführlich diesen Zustand analysieren, der ganz logisch aus den theoretischen Grundlagen des ganzen Sowjetsystems hervorgeht. Ich bemerke nur, dass dieses System in der Zeit der vorübergehenden Diktatur überdies die Möglichkeit der Existenz einer anderen politischen Partei als der kommunistischen überhaupt ausschliesst - gerade darum, weil es eine, wenn auch vorübergehende Diktatur ist, die keine Opposition zulässt. Es bleibt aber unterdessen etwas ungewiss, ob dieses System in dem Augenblick, in dem es nach Beendigung der vorübergehenden Diktaturperiode zur „wirklichen“ Demokratie übergeht, als die es sich selbst ansieht, und daher zum Regime einer neuen politischen und geistigen Freiheit - ohne die Bildung neuer Parteien auskommen wird.

Denn im Regime der Freiheit sind nicht und brauchen ein staatschöpferisches Prinzip nicht nur und einzig die

Klasseninteressen zu sein. Es können auch ideologische Gegensätze sein, die nicht allein wirtschaftliche, sondern auch geistige, kulturelle Fragen betreffen, Fragen der äusseren Organisation der Gesellschaft usw. Ich weiss, dass wir/wieder den Streit um den ökonomischen Materialismus berühren, und ich will die Sache daher hier nicht wieder ausführen. Ich erwähne nur das Problem, um anzudeuten, dass in der weiteren Entwicklung des Sowjetsozialistischen Systems „nach rechts“ die Annäherung an das demokratische System auch in diesem wichtigen Abschnitt nicht ausgeschlossen ist. Ich glaube auch nicht, dass man irgendeine Regierung und Partei wirklich frei durch eine Massnahme und ein Organ kontrollieren kann, das selbst keinen genügenden Grad von Freiheit hatte, wenigstens einen solchen, wie ihn die kontrollierte Partei selbst hat.

Ich bin für die Freiheit der wissenschaftlichen, religiösen, politischen Überzeugung, bin für die Freiheit des Wortes und der Presse, die Vereins- und Versammlungs-Freiheit; ich bin auch für die öffentliche Kontrolle des politischen Lebens des Staates und halte auch die Existenz von mehr als einer politischen Partei für die notwendige Folge davon. Ich bin aber der Meinung, dass die künftige Demokratie auch, wie sie die Eigentums- und Wirtschafts-Freiheit beschränken oder regulieren wird, manche Arten und Äusserungen des früheren freien demokratischen politischen Lebens wird mehr regulieren müssen. Die Entwicklung zur Sozialisierung der modernen Gesellschaft und zur Planwirtschaft aller Art bringt das mit sich. Das muss meiner Meinung nach vor

allen auch das bisherige Leben und das System der politischen Parteien betreffen. Die Beschränkung des Parteiwesens oder die Beseitigung von politischen Parteien kann aber die Nachkriegs-Demokratie weder auf den Wegen vollziehen, die die autoritativen Regime genommen haben, d.h. durch den Totalismus einer Partei, noch auf dem Wege des Sowjetsozialismus, d.h. durch die automatische Ausschließung aller Parteien ausser der kommunistischen als Folge des Aufbaus der sogenannten klassenlosen Gesellschaft.

Ich habe schon dargelegt, warum ich die politische Partei für einen notwendigen Bestandteil der demokratischen Staatseinrichtung halte, ohne den die Einrichtung überhaupt nicht funktionieren kann. Es ist unsinnig, das politische Parteiwesen überhaupt zu verneinen und gegen die Existenz der Parteien zu reden, wie es jetzt bei politisch oberflächlich denkenden oder politisch überhaupt nicht denkenden und ungebildeten Leuten sooft Mode ist. Ich glaube aber, dass die politische Partei, die ein so wesentliches Organ der neuen Demokratie ist und in Zukunft noch mehr sein wird, ein Organ, das die Grundsätze der „Planung“ und Regulierung der Wirtschaft und überhaupt des öffentlichen Lebens in weit höherem Masse als die Vorkriegsdemokratie annimmt, ein direkter Bestandteil der konstitutionellen staatlichen Regelung sein sollte. In den kontinentalen Demokratien soll es demnach nicht wie bisher der völligen Freiheit der Bürger und ihrer freien Entscheidung überlassen sein, politische Parteien ohne vorangegangene grundsätzliche konstitutionelle Bestimmungen und ohne vorangegangenes Ein-

schreiten der demokratischen gesetzgebenden Macht zu gründen, auszubauen und zu organisieren, nur auf der Grundlage des einfachen Vereinsgesetzes, wie es bisher in den Demokratien der Fall war. Auch darin wird der Liberalismus des 19. und 20. Jahrhunderts reformiert werden.

Heute kann man eine politische Partei auf Grund irgendeines Programms und durch irgendwen gründen: eine Partei gegen gebundene Kandidatenlisten, eine Beamtenpartei, eine Miterpartei, sogar eine rein persönliche Partei usw. Welche merkwürdigen und lächerlichen Parteien haben schon im Namen der demokratischen Freiheit bestanden! Es gab keine Grenzen dagegen, dass man als parteischöpferisches Prinzip irgendeine spezielle politisch beschränkte Anschauung oder ein Interesse annahm. Man muss aber den Mut zu der klaren Feststellung haben, dass nach der bisherigen Erfahrung die künftigen kontinentalen Demokratien eine Mindestzahl an politischen Parteien haben sollen und dass man in der Zukunft verfassungsmässig und gesetzlich ein parteischöpferisches Prinzip bestimmen soll, das in jedem Staate je nach der Verfassung zugelassen und auf Grund dessen die politischen Volksmassen sich in Parteien formieren dürfen. Und zugleich muss man in Zukunft den parlamentarischen Körperschaften oder einer anderen, von der Verfassung festgesetzten Körperschaft das Recht geben, im Geiste der Demokratie und durch demokratische Methode selbst zu entscheiden, ob dieses Prinzip sich in der weiteren Entwicklung des Staates und der Gesellschaft ändern, ob in dem konkreten Fall die Zahl der Parteien erhöht werden soll oder

darf und eine neue Partei gesetzlich und verfassungsmässig ins Leben des Staates zugelassen werden.

Das wäre meiner Meinung nach keine Verletzung der demokratischen politischen Freiheit; es wäre eine demokratische Entscheidung, die eigene Freiheit im Interesse des Staatsganzen in einem ganz speziellen und in seiner Tragweise beschränkten Falle zu begrenzen. Die Freiheit der Überzeugung wird ebenso bewahrt wie die Presse- und Vereinsfreiheit für alle Anschauungen, also auch diejenigen, die die Bildung neuer Parteien anstreben würden. Aber bevor man auf ihrer Grundlage eine Partei gründen und aufbauen würde, müsste darüber das Parlament, d. i. das Volk und die Nation als Ganzes oder allerdings ein anderes, von der Verfassung dazu bestimmtes Organ den Beschluss fassen.

Parteibildende Prinzipien gab es seit der Zeit der Bildung moderner demokratischer Institutionen sehr verschiedene: das Prinzip des Konservatismus und des Fortschrittes, das Prinzip des Monarchismus, das Prinzip der Zugehörigkeit zu der oder jener wirtschaftlichen und sozialen Klasse, das Prinzip des staatlichen Zentralismus und des Dezentralismus u. a. Die Nachkriegs-Demokratie wird sich in diesen Fragen entscheiden müssen und entsprechend organisieren. Nach dem heutigen Krieg sollte z. B. die tschechoslowakische Demokratie zu der Festsetzung den Mut haben, dass politische Parteien sich ausschliesslich auf Grund des Prinzips des Konservatismus und des Fortschrittes bilden sollen und dass für das parlamentarische Leben der Republik nur zwei, höchstens drei Parteien ge-

bildet werden können; die Partei der sogenannten Linken und der sogenannten Rechten, eventuell eine Partei der Mitte.¹⁾ Alle anderen politischen Anschauungen, Ideen, Überzeugungen und Programme (nationale, dezentralisierende, religiösen und andere Probleme) sollen sich in diesen zwei oder drei Parteien konzentrieren. In ihrem Rahmen sollen die Bürger, die ein Interesse an diesen Fragen haben, die volle Freiheit der Überzeugung der Propaganda der Durchsetzung und der Verteidigung ihrer besonderen Ziele, Interessen und Programme besitzen, und zwar umso mehr als die Möglichkeit, freie Vereine und Gesellschaften, Klubs, Ligen usw. mit der Freiheit des Wortes, der Presse und der Propaganda für die verschiedenen Anschauungen in der demokratischen Gesellschaft auch weiter bestehen würde.

Das Prinzip des Konservatismus oder des Fortschrittes kann als parteischöpferisches Grundprinzip aus zwei Hauptgründen angesehen werden:

a) Jede Gesellschaft teilt sich immer automatisch und schon strukturell in diejenigen, die die bisherige Ordnung ändern wollen, und diejenigen, die sie erhalten wollen - ob aus diesen oder jenen Gründen.

b) Die menschliche Natur selbst hat die Neigung - ob angeboren oder durch Erziehung hervorgerufen - entweder zur Neuerung oder zum Festhalten an allem Alten, Traditionel-

1) Ich benütze hier die gelaufene politische Terminologie. Selbstverständlich können sich die Parteien frei ihre eigenen Namen geben. Es würde sich nur darum handeln, dass sie sich dem von der Verfassung gestatteten parteischöpferischen Prinzip unterordnen.

len , an allem durch den Brauch und die Verhältnisse Geschaffenen.

Dieses Prinzip ist also für die Bildung der für die politische Organisation der Gesellschaft notwendigen Parteien zum Unterschied von allen anderen das natürlichste und grundlegendste.

Durch die Bildung von politischen Eintagsparteien (z. B. der Mieter, der Beamten, der Hausler usw.) hat das öffentliche Leben sich nur atomisiert, und es ist dies gewöhnlich nur geschehen, weil auf kurze Zeit sich eine Opposition gegen diese oder jene Partei oder diesen oder jenen Führer gezeigt hat und weil der Ehrgeiz und die persönlichen Interessen eines oder mehrerer anderer Politiker befriedigt werden sollte. Häufig wurde die Bildung neuer Parteien auch nur unterstützt, um eine starke gegnerische Partei zu spalten. Parteien sollten aber meiner Meinung nach nur auf Grund des allgemeinsten, dauernden und die ganze Entwicklung der politischen Gesellschaft kennzeichnenden parteischöpferischen Prinzips gebildet werden. Und nicht vielleicht darum, weil in einigen Städten den Mietern für den Augenblick die Mieten zu hoch scheinen oder darum, weil die Gemeinden sich vorübergehend nicht um die Erwerbung billiger Wohnhäuser kümmern. Daher bezweifle ich auch die Massnahme, die wir in unserer Wahlordnung enthalten hatten: wenn eine Partei bei den Wahlen eine bestimmte Stimmenanzahl erreicht hatte, wurde sie ins Parlament zugelassen. Auch diese Massnahme liess in unser politisches Leben Parteien zu , (z.B. die faschistische), die niemals hätten erlaubt werden sollen. Ähnliche, der Verfassung ein-

verleibte Massnahmen müssten, um das gewünschte Ziel zu erreichen, viel radikaler und wirksamer, vor allem auf den strukturellen Charakter der staatlichen und nationalen Gesellschaft gestützt sein. Auch eine bloße Registrierung der politischen Parteien durch die Regierung oder ein anderes amtliches Organ würde ich nicht für eine genügende Massnahme halten; und auch nicht für eine demokratische. Sie gibt der Regierung und dem betreffenden Regime Gelegenheit zu einem beliebigen Vorgehen gegen den politischen Gegner.

Die politische Entwicklung Europas und daher auch unserer Republik nach diesem Kriege wird, wie ich hoffe, nach einer gewissen Zeit des sehr komplizierten revolutionären Übergangs vereinfacht sein. Durch den allmählichen Übergang zur sogenannten sozialen und wirtschaftlichen Demokratie, wie ich es oben angedeutet habe, und der eine notwendige Folge dieses Krieges sein wird, werden am Ende auch die sozialen und Nationalitätenverhältnisse automatisch vereinfacht werden. Es wird namentlich und darf keine Grundlage zur Bildung von so viel Parteien geben, wie früher auf der Grundlage der sozialen und wirtschaftlichen Teilinteressen, es wird keinen Sinn haben, Parteien nach alten Etiketten zu schaffen, man wird nicht religiöse Parteien und, wie ich erwarten würde, auch keine nationalen zu bilden brauchen. Ich hoffe, dass unser Staat als Demokratie der Zukunft diese Probleme in dem Masse gelöst haben wird,

dass man weder die einen noch die anderen Interessen durch besondere politische Parteien zu verteidigen brauchen

1)
wird.

Man wird die vereinfachten Parteien der Linken und die vereinfachten Parteien der Rechten brauchen. Eine Partei der Mitte könnte ein besonnener Faktor und dadurch ein mässiger Faktor der politischen Kämpfe sein; sie könnte verhindern, dass es zur Diktatur oder zu Versuchen der Totalität der einen oder der anderen bestehenden Partei käme. Alle ideellen und Interessenbedürfnisse und programme der einzelnen Bestandteile und Gruppen des nationalen und staatlichen Ganzen (Arbeiterinteressen, landwirtschaftliche, gewerbliche, Intelligenzinteressen usw.) können sich in diese drei Parteien gut einschalten und einreihen,

Es wird keinen Sinn mehr haben, drei Arbeiterparteien, eine nationaldemokratische oder eine Gewerbeartei, katholische Parteien oder eine rein agrarische Partei zu bilden. Alle Teilprobleme, um deren Lösung sich alle unsere früheren zahlreichen politischen Parteien bemühten, sollten daher in den angeführten drei Parteien vereinigt werden; und die Kämpfe um sie sollten innerhalb dieser Parteien so ausgetragen werden, dass der ganze Apparat des parlamentarischen Lebens und des Staates durch

1) Ich halte den heutigsten Stand des Krieges nicht für fortgeschritten genug, um schon heute über Nationalitäten- und Minderheitenfragen in Europa und bei uns in weiteren Einzelheiten zu reden - ausser denen, die ich schon oben vom internationalen Gesichtspunkt erwähnt habe. Es würde überflüssige Missverständnisse hervorrufen. Deshalb befasse ich mich hier vorläufig nicht mit ihnen, obgleich ich über dieses ganze Problem auch für die Zukunft meine feste Anschauung habe.

sie nicht fortwährend erschüttert und zersetzt wird. Vergesse niemals, dass bei dem Falle der kontinentalen Demokratien nach dem letzten Kriege die zu grosse Zahl der politische Parteien eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat. Im Wesen besteht das hier angedeutete System schon heute in allen angelsächsischen Demokratien, und die Erfahrung hat gezeigt, dass sie auch die festesten und reifsten Demokratien waren. Es wird auch uns nicht schaden, wenn wir aus dieser Erfahrung dort eine Lehre ziehen, wo die Erfahrung gut ist.

Durch die Beschränkung der Zahl der politischen Parteien wird ein grosses Übel der kontinentalen Demokratien verschwinden oder wenigstens wesentlich eingeschränkt werden: das Koalitionswesen. Die schweren Erschütterungen unserer demokratischen Institutionen wurden nicht nur durch den Parteikampf hervorgerufen; auch das Verhandeln der Parteien miteinander, die gegenseitigen Kompromisse und Konzessionen, die gegenseitige Teilung in die Macht, die Teilung der Regierungsvorteile, das gegenseitige einander Verzeihen, von Fehlern und Schuld - das alles geschah immer auf Kosten des Staates und der öffentlichen Moral, namentlich soweit viele Parteien bestanden und soweit es entweder eine gegenseitige Teilung vieler Parteien in den Staat oder die gegenseitige Paralysierung und Vetisierung bei politischen Entscheidungen und der Führung des Staates bedeutete. Die häufigste Ausserung des Koalitionswesens bestand darin, dass die Parteien sich direkt oder stillschwei-

gend darüber verständigten, dass jede sich ihre Einfluss-sphäre vorbehalte, in die sich die andere Partei nicht einmischen werde. Es entstanden so ausgesprochene Domänen einzelner Parteien, die unkontrolliert und für keinen anderen durchsichtig waren, und dadurch eine Zerstückelung des Staates in einseitige Sektoren, die ohne Rücksicht auf das ganze Leben der anderen Verwaltungsteile geleitet wurden; das hatte einen sehr demoralisierenden Einfluss auf das politische Leben des Staates. Ein anderer, noch schlimmerer Zustand entstand dann, wenn im Koalitionssystem der Parteien das System des Vetums eingeführt, geduldet wurde oder geduldet werden musste; so lange sich nicht alle Parteien verständigten, war keine Lösung auch der dringendsten Frage möglich. Dadurch litten die Staatsinteressen am meisten. Und in der Zeit, in der sich im Nachkriegseuropa die autoritativen Regime mehrten, die jede Entscheidung durch rasches Diktat vollzogen, war diese unwirksame Art der Staatsverwaltung geradezu ein Totschläger der Demokratie. Wir wissen, dass sich in manchen Ländern dieses System noch in den ersten Kriegsmo-naten ganz ungestört zur Geltung gebracht hat.

Alle Übel des Koalitionswesens sind bekannt, und ich werde sie nicht im Einzelnen durchnehmen. Ich bin allerdings weit entfernt davon, zu behaupten, dass die Parteien sich nicht verständigen oder der Regierung nicht anschliessen sollen. Im Gegenteil, es liegt im Wesen der Demokratie, dass sie sich verständigen müssen. Aber die Beschränkung der Zahl der Parteien, verleiht der Verständigung einen ganz anderen Charakter; automatisch kann sie konsequente

Durchsetzung des Vetosystems unmöglich machen und wird überhaupt den Zustand der geradezu dauernden Krise beseitigen, in der die grosse Zahl der Parteien einerseits die zu grosse Langsamkeit der Staatsverwaltung verschuldet, andererseits die Labilität jeder Parlamentsmehrheit, die absolute Abhängigkeit der Regierung von einer noch so kleinen politischen Partei und dadurch die Unwirksamkeit der Exekutivmacht überhaupt.

Die Beschränkung der Zahl der Parteien würde demnach auch dazu verhelfen, jenes schicksalsschwere Übel des dekadenten Parlamentregimes der Vorkriegsdemokratie zu verkleinern, das die Schwäche der Exekutivmacht vorstellte. Der häufige Regierungswechsel und somit die Unmöglichkeit einer systematischen Regierungs- und Verwaltungstätigkeit bildet ein Regime heraus, das unbeständig, nicht dauerhaft und labil ist, demnach unwirksam und untätig, das sich jeden Tag auf seinen Sturz vorbereitet. Vergleichen wir z.B. das französische parlamentarische Vorkriegsregime mit dem Regime in Grossbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika.-

Ich beschränke mich auf diese wenigen Gründe und Beweise, von denen ich die Notwendigkeit der bedingungslosen Beschränkung der Zahl der politischen Parteien in der Nachkriegs-Demokratie ableite. Ich möchte wünschen, dass die tschechoslowakische Nachkriegs-Demokratie sich diese Gründe zu eigen macht und rücksichtslos die Folgen daraus für ihr Nachkriegs-Parteiwesen zieht. In hohem Masse werden ihr das die strukturalen wirtschaftlich-sozialen Veränderungen erleichtern, von denen ich oben gesprochen habe und die

durch den Ausgleich der Eigentumsverhältnisse die soziale Zusammensetzung der Nachkriegs-Demokratien organisch vereinfachen können. Und soweit diese Änderungen unsere künftige Demokratie nicht automatisch bringen sollten, wird es des entschlossenen, unparteilichen und objektiven Willens der führenden politischen Kreise bedürfen, der es vollstreckt.

Es wird eine Äusserung wahrer, patriotischer Staatskunst sein.

6.) Notwendigkeit einer neuen Beschränkung der Funktionen der politischen Parteien in der Nachkriegs-Demokratie.

Geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten der kontinentalen europäischen Demokratie nach dem vorigen Kriege stammten daher, dass die politischen Parteien sich politische Funktionen aneigneten, die ihnen in Wahrheit nicht gebührten und nicht gebühren sollten. Die eigentliche Aufgabe und Sendung der politischen Partei soll darin liegen, dass sie ein Werkzeug und Mittel ist, mittels dessen sich die Wünsche, Interessen, Anschauungen und Bedürfnisse des Volkes formen, äussern und richtig ausdrücken, und dass sich mit ihrer Hilfe und durch ihre Vermittlung die freie demokratische staatliche Gesellschaft politisch organisiert.

Das Volk als Ganzes und die Masse kann unmittelbar nicht regieren und die Gesellschaft organisieren. Sie müssen es dadurch tun, dass sie sich in Klassen und Parteien gliedern, die der Ausdruck der Teil- und Gruppen-

Interessen, Bedürfnisse, Wünsche und Ideen sind und diese Klassen und Parteien - die Organe der organisierten Demokratie - müssen sich und setzen auf demokratischem Wege teils die Interessen und Anschauungen des Volkes durch, teils bestimmen und wählen sie, mittelbar oder unmittelbar, die gesetzgebenden und gerichtlichen Vollstrecker des Willens, der Wünsche und der Interessen des Volkes in die Staatsverwaltung und die Verwaltungsmacht.

Diese Organe haben den Staat im Interesse des Volkes als Ganzen, im Interesse des Staates als Ganzen, im Interesse der Nation und Gesellschaft als Ganzen zu verwalten. Ich wiederhole: im Interesse des Staates als Ganzen, nicht nur in einem Interesse oder nur im Interesse der Partei (auch wenn sie mittelbar oder unmittelbar aus ihr hervorgegangen sind). Die Partei ist hier das Mittel zur Organisation des Staates, das zur zweckmäßigen Organisierung einer jeden freien demokratischen Gesellschaft, ihrer Einrichtung und Führung unentbehrliche Werkzeug. Sie ist nicht sich selbst ein Ziel und soll es nicht sein. Werkzeug zur Organisierung der demokratischen Gesellschaft zu sein, ist demnach die erste Aufgabe der politischen Partei.

Ihre zweite Aufgabe ist nicht weniger wichtig. Der menschliche Egoismus, die angeborene Sehnsucht nach Macht und Herrschaft, die menschliche Ambition treiben die öffentlichen Arbeiter dazu, sie, wenn sie zur Macht gelangen, leicht zu missbrauchen und überhaupt die Tendenz zu haben, die Macht tunlichst lange zu behalten und sie, soweit es möglich ist, in eine dauernde oder erbliche und persönliche, oligarchische oder Parteidiktatur zu verwandeln. Daher ist ein

wesentlicher Grundsatz der demokratischen Freiheit die Teilung der staatlichen Macht (gesetzgebende, exekutive und gerichtliche) und ihre gegenseitige Kontrolle. Das konstitutionelle Recht aller freien Völker und namentlich das moderne demokratische Recht haben daher die bekannten Rechtsdoktrinen über die Teilung der drei erwähnten Staatsmächte geschaffen und diese drei verschiedenen Teile der Staatsmacht und der Souveränität in die Hände von einander getrennter und besonderer Organe gelegt, die sich gegenseitig zwar ergänzen, aber vor allem einander gegenseitig beschränken und kontrollieren sollen.

Damit das Funktionieren dieser drei getrennten Verfassungsfaktoren richtig, zweckmässig und erfolgreich sei und damit es einerseits zum Schutze der Rechte und der individuellen Freiheit, andererseits im Interesse des Staates und des Volkes als Ganzen ausgeübt werde, darum sollen ⁱⁿ sich/ihrer Kontrollfunktion gleichfalls die politischen Parteien kümmern. Die politischen Parteien sind daher ein wesentlicher Faktor der demokratischen Freiheit, ihr Ausdruck, ihr Beschützer und ihr beständiger Hüter, denn sie verhindern, da sie die ganze Staatsverwaltung und alle ihre Organe kontrollieren, den Missbrauch der Macht und die Vernichtung der demokratischen Verfassungsfreiheiten. Sie tun dies vermittels der Presse, öffentlicher Versammlungen und Kundgebungen und vermittels der Parlamentstribüne.

Indem sie dabei die Staatsverwaltung in allen ihren Zweigen kontrollieren, kontrollieren und beschränken sie auch gegenseitig sich selbst; deswegen braucht man in der demokratischen Gesellschaft wenigstens zwei politische Parteien; die eine, die der Staatsverwaltung und der Re-

gierung in ihrer Tätigkeit regelmässig hilft und ihre Aufgaben erleichtert, und die zweite, die besonders nachdrücklich ihre Kontrollaufgabe durchführt, indem sie in Opposition und ihre oppositionelle Funktion eine Bürgschaft der politischen Freiheit ist. Die Existenz nur einer einzigen Partei ermöglicht den politischen Totalismus, die Diktatur einer Partei und den Verlust der bürgerlichen Freiheit und ist daher a priori vom demokratischen Regime ausgeschlossen. Die Existenz vieler Parteien verursacht alle jene Schwierigkeiten, von denen ich im vorigen Kapitel gesprochen habe.

Diese hier angeführten Funktionen der politischen Parteien in der Demokratie - die Äusserung und Formulierung der Teilinteressen und Anschauungen der einzelnen Gruppen des Volkes und die Kontrolle der öffentlichen Macht und der Staatsverwaltung und die gegenseitige Kontrolle ihrer selbst - sind die einzigen berechtigten Funktionen der politischen Parteien.

Alle kontinentalen europäischen Demokratien haben gegen diesen Grundsatz gesündigt. Sie haben zugelassen, dass die politischen Parteien immer weniger das Mittel und Werkzeug zur Formulierung der Teilinteressen und Anschauungen der Gruppen, sondern dass sie das Ziel ihrer selbst und manchmal eigentlich geradezu ein Staat im Staate wurden. Wann immer sich dann die eine oder die andere Partei, die ihre Teilinteressen für die Interessen des ganzen Staates und Volkes ausgab, nicht der Regierung und der Verwaltung des ganzen Staates bemächtigen konnte, trachtete sie, wie ich schon oben erwähnt habe, wenigstens die Regierung und Verwaltung so zu teilen, dass sie der absolute Herr in

einem besonderen Zweige wurde. Und diesen verwaltete sie vor allen in ihrem Interesse und nicht immer im Interesse des Ganzen.

Die Parteien wurden ein ungeheuer kostspieliger Organismus, der grosse Finanzquellen brauchte, die zumeist auf keinem guten Wege beschafft wurden. Die Parteien wurden, um möglichst viele Anhänger zu gewinnen, immer weniger der Ausdruck bestimmter Teilinteressen und Anschauungen der Gruppen, sondern wurden Beschaffer von Stellungen, Ämtern, Beschäftigungen und dem Verdienst ihrer individuellen Mitglieder.

Wie einst die feudalen Stände, so organisierten sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege die politischen Parteien in festkonzentrierte Körper, teilten das Volk in konsequent einander bekämpfende Gruppen und hielten sehr oft durch ihr Veto, ihre gegenseitige Eifersucht, Kampf und ~~unnachgiebigkeit~~ Opposition der einen gegen die andere den Gang der Verwaltung und der Regierung auf, paralyisierten das Parlament, verhinderten die Raschheit und Wirksamkeit des administrativen Staatsapparates usw. ¹⁾

1) Wenn ich in diesen Kapiteln diese ziemlich strenge Kritik der kontinentalen politischen Parteien ausübe - für manchen wird sie vielleicht zu streng sein - so will ich dadurch nicht ungerecht verallgemeinern. Es gibt auch unter den Parteien Unterschiede: die einen sind besser, anständiger, weniger egoistisch, die anderen sind schlimmer, weniger anständig, egoistischer. - Das gilt übrigens von den Verhältnissen unserer Republik vor München überhaupt. Wie ich wiederholt betont habe, war unsere Demokratie in Europa eine der besten, und auch die Parteiverhältnisse waren bei uns besser als anderswo. Ihr Nachkriegs-Umbau kann also in politischer und wirtschaftlicher Beziehung entschlossen und tatsächlich, dabei doch evolutionär, organisch und leichter als bei anderen Völkern durchgeführt werden.

Am verhängnisvollsten war, dass die politischen Parteien, die ihre Aufgaben und ihre Kontrollsendung nicht richtig verstanden, an Stelle der Kontrolle der Regierung und der Verwaltung die Regierung und Verwaltung des Staates in ihre Hände nahmen und selbst regierten; nicht nur, dass sie Träger der Regierungsmacht dadurch wurden, dass sie in die Regierung direkt ihre Führer und Anhänger (oft auf eine fast verfassungswidrige Weise) delegierten, sondern auch, dass sie in alle Organe der Verwaltung und der Regierung, in die wirtschaftlichen und finanziellen Einrichtungen, in die Schulen, in die Kunst und selbst auch in die kirchlichen Institutionen eindringen. Fast verhängnisvoll war, dass sie am Ende vor allem in die staatliche Bürokratie aller Grade eindrangen, sie politisierten und „verparteilichten“. Die Folgen dieser Erscheinung sind allgemein bekannt.

Die Parlamente verloren unter dem Einfluss der Regierung der Parteien ihre ursprüngliche Funktion. Die politischen Parteien vereinbarten alles, was in den Parlamenten frei verhandelt werden sollte, nicht nur in ihrem Schoße, was natürlich ist, sondern auch oft untereinander ausserhalb des Parlamentes, wobei sie die bekannten Praktiken des sogenannten Koalitionswesens anwendeten. Das Parlament hörte auf, ein Ganzes zu sein, auch diese Institution wurde nur ein Konglomerat einiger abgeschlossener fester Parteiorganismen, die nicht frei und demokratisch, durch freie Diskussion und entsprechend den allgemeinen Interessen des Ganzen entschieden, sondern nach vorangegangenen Befehlen der parteilichen politischen oligarchi-

schen Apparate.

Der Verfall des Parlamentes und des Parlamentarismus überhaupt, die Korruption aller Art, die z.B. im liberaldemokratischen Frankreich in geradezu phantastischem Umfang emporschoss, das Koalitionswesen, das eine der Hauptursachen des Falles der deutschen Demokratie, der bedeutenden „Verbürgerlichung“ der sozialistischen Parteien und ihres offenbaren Verfalls in einer ganzen Reihe von europäischen Staaten war, dies alles war und ist die Folge jener verhängnisvollen Erscheinung, die sich kurz damit kennzeichnen lässt, was oben gesagt worden ist: die politischen Parteien in der bürgerlichen Demokratie nach dem vorigen Kriege liessen ihre ursprüngliche Sendung im Stich und änderten ihre Funktionen und überschritten die Grenze ihres eigentlichen richtigen Wirkungsfeldes; statt das Hauptmittel und Werkzeug zur Äusserung und Formulierung der Teilinteressen und Anschauungen der einzelnen Volksgruppen zu bleiben, lebten sie sich in die Rolle von unfehlbaren und unnachgiebigen Organismen hinein und wollten den ganzen Staat und das ganze Volk vertreten und wurden so das Ziel ihrer selbst, anstatt Regierung und Staatsverwaltung nur zu kontrollieren, nahmen sie sich selbst der Regierung und Staatsverwaltung an und trugen alle Eigenschaften und Neigungen in sie hinein, die kein politische's Parteiwesen vermeiden kann und die ihm eigen sind.

Dort, wo in den diktatorischen Staaten es noch zur politischen Totalität einer Partei kam, die notwendigerweise alle schlechten Eigenschaften des Parteiwesens ins Ummögli-

che steigerte, äusserten sich alle diese angeführten Folgen der Regierung der politischen Parteien und die Änderungen der Funktionen des politischen Parteiwesens in einer geradezu katastrophalen Form, wobei ausserdem noch ein solcher Staat und ein solches Volk (Deutschland, Italien und Japan) völlig alle politische Freiheit verlor.

Damit die Nachkriegs-Demokratie erneuert und gesund erhalten bleibt, ist es demnach nötig, dass alle politischen Parteien zu ihrer eigentlichen ursprünglichen Aufgabe und Sendung zurückkehren: nur ein Werkzeug der Demokratie und der Freiheit zu sein, nur die Staatsverwaltung und Regierung zu kontrollieren und nicht zu regieren.

Ich zögere nicht zu wiederholen, dass die erste Voraussetzung dazu die Änderung der sozialen und wirtschaftlichen Nachkriegsstruktur in den demokratischen Staaten ist und sein wird. Die Hartnäckigkeit und die Vernichtungssucht der Kämpfe der politischen Parteien in der bürgerlichen Demokratie beruhte ja darauf, dass man seit dem letzten Kriege sehr wohl allgemein begriff, dass es sich im ganzen politischen Kampfe eigentlich um eine tiefe soziale und wirtschaftliche Struktur-Änderung handelt. Die Angst vor dieser Art von Revolution trieb die bürgerlichen politischen Parteien zum härtesten Parteikampf, zur Steigerung aller ungunen Neigungen und Eigenschaften der politischen Parteien und führte sie vor allem selbstmörderisch in die Arme des Faschismus und der diktatorischen Reaktion

und dadurch zum Fall der Demokratie überhaupt. Manche Linksparteien entwickelten sich infolgedessen entschiedener zu einem sozialen Linksradikalismus, was dann, wie bekannt, fast alle kontinentalen demokratischen Völker in zwei unversöhnliche Lager spaltete und den Fall der Demokratien überhaupt herbeiführte oder herbeizuführen half.

Die Entwicklung der heutigen Demokratie zur sogenannten sozialen und wirtschaftlichen Demokratie wird, wie ich schon oben angedeutet habe, eine gewisse Nivellierung der sozialen Klassen und allmähliche Entwicklung der heutigen Gesellschaft mit vertikaler Gliederung (in höhere und niedrigere Klassen) zu einer Gesellschaft mit horizontaler Gliederung zur Folge haben (in einander gleiche, sich eher ergänzende und weniger untereinander rivalisierende gesellschaftliche Gruppen). In einer solchen Gesellschaft werden die politischen Parteien durch ihren gegenseitigen Kampf viel weniger die staatliche und nationale Einheit bedrohen können; sie werden auch viel weniger Ziel ihrer selbst sein und namentlich nicht regieren müssen. Ihre Kontrolle als Garantie der politischen Freiheit und Überzeugungsfreiheit wird ihnen genügen müssen. Und es wird eine grosse Aufgabe und im Hinblick auf die soziale Nivellierung der künftigen Gesellschaft eine schöne und menschlich erhabene Aufgabe sein.

Unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, eine der wesentlichen Forderungen der neuen Nachkriegs-Demokratie zu verwirklichen, eine notwendige und durch die neuen

Verhältnisse und die heutige Krise der Demokratie erzwungene Forderung: die Stärkung und Stabilisierung der staatlichen Exekutivmacht im Verhältnis zur gesetzgebenden Macht und im Verhältnis zur Tätigkeit der politischen Parteien. Die Minister, die nicht unbedingt Führer der politischen Parteien sein werden, denn diese beiden Funktionen wird man häufigst von einander trennen können, werden weniger vom unmittelbaren Einfluss der Parteien abhängen und sich mehr um ihre Ressorts als um die täglichen Parteikämpfe kümmern. Sie werden auch nicht so viel Sorgen mit der Verteilung von Stellen und Sinekuren an Anhänger haben. Die staatliche Bürokratie wird tatsächlich entpolitisiert und „entparteilicht“ werden können. Das ganze politische Leben und der politische Kampf können ideeller werden.

Gleichzeitig mit der sozialen und wirtschaftlichen Strukturänderung der heutigen liberalen bürgerlichen Gesellschaft sollte in den europäischen Demokratien vor allem eine bedeutende Dezentralisierung der Staatsverwaltung im Geiste der demokratischen Grundsätze durchgeführt werden. Ich glaube, dass die europäischen Demokratien eine strengere Trennung der zentralen Exekutivmacht von der gesetzgebenden Macht annehmen und den europäischen Verhältnissen anpassen sollten, etwa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika; wenigstens sollte sie strenger, klarer und konsequenter sein als wie bisher. Nach amerikanischem Vorbild, dessen volle Übernahme oder Nachahmung in Europa nicht möglich ist, sollte die Zentralregierung vom Parlament unabhängiger sein, auch wenn sie

von ihm völlig und beständig kontrolliert wurde und ein Vertrauens- oder Misstrauensvotum auch fernerhin den Ministern individuell ausgesprochen werden könnte. Die Minister wären aber nur dem Staatsoberhaupt verantwortlich, und das Staatsoberhaupt könnte namentlich in den republikanischen Staaten der gesetzgebenden Gewalt verantwortlich sein, wie es in den Vereinigten Staaten der Fall ist.

Andererseits würde das Parlament im dezentralisierten Staate, wo ein grosser Teil der heutigen Zuständigkeit der gesetzgebenden und der exekutiven Macht auf niedrigere Instanzen verschoben wäre - auf Gemeinden, Bezirke, Gaue und Länder oder Provinzen - sich auf wesentliche, wirklich gesamtstaatliche Probleme beschränken; es würde ein ideelleres Organ werden, den ganzen Staat und das Volk in seinen grossen Linien, Bestrebungen und Wünschen, in seinen gesamtstaatlichen Bedürfnissen repräsentieren; es würde unabhängiger, freier werden, von der Regierung und von der Exekutivmacht überhaupt unabhängig handeln. Es würde zu seiner ursprünglichen grossen ideellen und Pionierfunktion der echten Demokratie zurückkehren. Das Parlament würde wirklich Gesetze vereinbaren und sie nicht die Exekutivmacht durch alle möglichen Mittel erzwingen lassen, und die Kontrollfunktion des Parlamentes wäre tatsächlich, frei, durch parteiliche Rücksichten oder das Koalitionswesen und die parteiliche Mitschuld nicht so beeinflusst. Die Abstimmung der Gesetze und namentlich die Abstimmung des Haushaltes würde viel mehr an das selbständige und durch die Exekutivmacht weniger beeinflusste Vorgehen des amerikanischen Senates, als an das der europai-

schen Parteiparlamente der Verfallsdemokratie erinnern.

Dieses starke Parlament und diese unabhängigere Exekutivmacht würde die stärksten Führer erfordern, die ihre Staaten und Völker besser zu führen wissen und vor allem ein grösseres Bewusstsein bürgerlichen Mutes hätten, die die Volksmassen und ihre Parteien besser zu erziehen verständen und mehr Mut hätten, für ihre Handlungen und ihre Führung die volle Verantwortung auf sich zu nehmen. Sie dürften sich nicht hinter ihre Parteien verbergen, müssten führen und dürften nicht geführt werden, auch wenn sie wirklich den Willen und die Wünsche des Volkes und der Nation in deren breiten Schichten und deren Massenüberzeugung demokratisch respektieren würden.

Und ich betone nochmals, dass die Reform und Wiedergeburt der politischen Demokratie ohne soziale und wirtschaftliche Strukturänderung, wie sie oben erörtert wurde, nicht möglich ist. Wenn die kontinentale europäische Demokratie nicht allmähliche und vernünftige Änderungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur durchführt, so wird sie ihr politisches System nicht erneuern, und in Kämpfen, die nach diesen Kriege überall auf dem Kontinente entstehen werden, werden alle angeführten Schwächen der liberalen Demokratie durch irgendeinen neuen Versuch des faschistischen oder eines anderen Totalismus oder durch heftige gewaltsame soziale Revolutionen gelöst werden.

Dmit, was hier schon gesagt wurde, sind nicht im Entferntesten alle Fragen, die die politischen Reformen der Nachkriegs-Demokratie betreffen und die nach dem heutigen Krieg unbedingt gelöst werden müssen, erschöpft. Man würde aber lange Bücher brauchen, um über sie alle wenigstens etwas Wesentliches zu sagen. Was übrig bleibt, ist mehr praktischen Charakters, und die Lösung wird von den neuen Verhältnissen und Bedingungen des Nachkriegslebens ausgehen. Deswegen lasse ich es späteren Betrachtungen und Diskussionen völlig offen.

Dennoch will ich einige Fragen wenigstens flüchtig berühren, damit betont werde, dass das, was oben dargelegt worden ist, seinen Einfluss auf sie haben muss und dass sie daher neu diskutiert und geregelt werden müssten. So würde z.B. das konstitutionell festgesetzte System der drei politischen Parteien erfordern, dass bei den Wahlen die Vereinigungen und Koalitionen nicht erlaubt werden. Sie könnten die Verbindung zweier Parteien zur Vernichtung der dritten zur Folge haben (für den Fall, dass das Wahlsystem nicht die Verhältnisvertretung garantieren würde.) Es ist ferner nicht zu bezweifeln, dass in Zukunft die Finanzkontrolle der politischen Parteien gefordert werden wird, so wie eine neue Kontrolle der Presse, nicht was die Freiheit des Wortes und der Überzeugung anbelangt, sondern in der Frage des Besitzes und der Finanzierung der Presse. Der bisherige Zustand in diesen Fragen war absolut unbefriedigend.

Das Wahlsystem in alle demokratischen Körperschaften wird gewiss Gegenstand neuer Betrachtungen und Meinungs-

verschiedenheiten sein. Ich bin selbst der Meinung, dass unser bisheriges System der gebundenen Listen nicht in Geltung bleiben soll; das System der konstitutionell gesicherten drei Parteien wird keines Schutzes der Parteidisziplin durch gebundene Kandidatenlisten bedürfen und den Wählern die persönliche Freiheit dort geben, wo ihnen eine geringere parteiliche Auswahl auferlegt wird. Das Prinzip der Verhältnisvertretung würde ich in dieser oder jener Form beibehalten. Bei der neuen Vereinfachung der politischen Verhältnisse würde ich bei uns in Friedenszeiten auch die Volksabstimmung über manche grundsätzliche Fragen nicht ausschliessen. Die Präsidentenwahlen sollten durch Volksabstimmung durchgeführt werden, und ich würde das amerikanische System der Wahl von Präsidentenwählern nicht ausschliessen.

In der Voraussetzung, dass bei uns eine Landes^{de}zentralisation der Verwaltung und der Gesetzgebung durchgeführt wird und dass daher Landtage bestehen werden, würde ich es für richtig halten, dass wir in Zukunft ein nur aus einem Hause bestehendes Zentralparlament haben. Ich würde es der Erwägung unserer zuständigen Faktoren überlassen, ob an Stelle des Senates nicht eine zentrale Be-
ratungskörperschaft für wirtschaftliche und finanzielle Fragen geschaffen werden sollte - ein zentraler Wirtschafts-
rat. Die neuen wirtschaftlichen Aufgaben des Staates werden es möglicherweise erfordern.

Ferner stellt sich die Frage, in welchem Grade durch die neuen Veränderungen unser Gerichtswesen, namentlich unser Verwaltungsgerichtswesen betroffen wird; es stand

bei uns im Ganzen auf einer guten Höhe. Ebenso wird wieder unser Schulwesen, das sich im Vergleich mit anderen Staaten vom sozialen und fachlichen Gesichtspunkte auf einer hohen Stufe befand, Gegenstand der Diskussion werden. Es wird sich dabei um die neue politische Erziehung der Massen, um die neue Erziehung und Auslese der politischen und wirtschaftlichen Führer, die bessere und fachliche Vorbereitung der Bürokratie und überhaupt um die bessere demokratische Erziehung der ausgeglichenen Intelligenz handeln, die ihre künftige Sendung sozial und nicht klassenmässig, demokratisch und nicht aristokratisch und überlegen, tief national und staatlich und nicht kleinbürgerlich beschränkt auffassen würde. Es wird sich also darum handeln, dass unser Nachkriegs-Schulwesen vom neuen Nachkriegsgeist im Sinne der erneuerten besseren und vollkommeneren Demokratie erfüllt wäre.

Man könnte die Aufzählung von Fragen, die uns neu gestellt werden, noch fortsetzen; wenn ich sie nicht erwähne, so bedeutet es nicht, dass ich sie übersehe. Es sind meistens Probleme, deren endgiltige Lösung als hauptsächlich praktische Fragen von den neuen Verhältnissen und den neuen Formen des demokratischen Nachkriegslebens abhängen wird und die entsprechend so oder anders gelöst werden können. Meistens greifen sie, auch wenn sie sehr oft wichtig sind, nicht in das Wesen des neuen Regimes ein. Umsomehr betone ich, dass ich auch meine Ansichten über sie nicht als Dogmen betrachte.

7.) Die Nachkriegs-Demokratie und das Problem der Staats- und Verwaltungs-Dezentralisation.

Eines der wichtigen Probleme der Nachkriegs-Demokratie wird die Frage der Zentralisation und Dezentralisation der Staats- und Regierungsmacht und Verwaltung sowie der Zentralisation und Dezentralisation der gesetzgebenden Gewalt sein. Fast alle neuen Demokratien in Europa im letzten Kriege haben die zentralisierenden Tendenzen ihrer Regime übertrieben, obgleich die Demokratie im Wesen auf die örtlichen und regionalen Bedürfnisse der Bevölkerung und die richtige Kombination zwischen dem notwendigen Grad der Staatseinheit und dem notwendigen Grad der örtlichen Freiheit genügend Rücksicht nimmt und nehmen muss. Der Regionalismus, der sich einige Jahre vor der jetzigen Krise und dem jetzigen Krieg in einigen europäischen Staaten gut^{zu}/entwickelt~~en~~ begann, war die richtige Lösung der demokratischen Politik und Administration.

Die Demokratie, die die Freiheit der Überzeugung und der Äusserung betont, gibt, jedem Bestandteil des Volkes und des Staates automatisch das Recht und die Möglichkeit, seine speziellen Wünsche und Bedürfnisse zu betonen und führte daher sehr leicht zu separatistischen, atomistischen oder dezentralisierenden Tendenzen. Die persönlichen Interessen, die Führerivalitäten und die atomisierenden Bestrebungen der politischen Parteien benützen im demokratischen Regime systematisch diese speziellen Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Bestandteile des Staates und des Volkes und rufen, indem sie sie übertreiben oder sie demagogisch missbrauchen, in den demokratischen Staaten viel-

fach im Namen der Freiheit und der Überzeugungsfreiheit eine Zersetzung des Staates und der nationalen Gesellschaft hervor.

Die Anhänger der festen Zentralmacht in den demokratischen Regimen, besonders soweit sie sich in bestimmten zentralistischen Parteien sammeln, die die natürliche parteiliche Tendenz haben, soviel Macht und Einfluss wie möglich in ihrem zentralen parteilichen Machtapparat zu konzentrieren, antworten nämlich regelmässig auf diese atomisierenden Tendenzen gerade im Gegenteil durch übermässige Betonung der Zentralisation und, indem sie in ihrer Agitation die eventuelle Gefahr der demokratischen Atomisierung der staatlichen Verwaltung und Macht übertreiben, verstehen sie nicht immer die richtige Synthese zwischen dem Grad der staatlichen Einheit und dem Grad der staatlichen Dezentralisation zu finden. Daher ist das Problem der Zentralisation und Dezentralisation eine der wichtigen Schwierigkeiten eines jeden demokratischen Regimes, und seine richtige Lösung nach dem heutigen Kriege wird bei uns und in anderen europäischen Demokratien auch eine Bedingung der Wiedergeburt der Nachkriegs-Demokratie überhaupt sein.

Das Problem der Zentralisation und Dezentralisation der Staatsverwaltung und der gesetzgebenden Gewalt ändert sich in verschiedenen Staaten und Gesellschaften je nach den Umständen, Bedürfnissen und der Situation des Volkes und Staates verschieden. Da entscheiden die Zusammensetzung des Volkes, die geographischen Bedingungen, die wirtschaftlichen Bedingungen, heute oft auch die kulturel-

len Bedingungen. Je nach den Umständen äussert sich dieses Problem in manchen Staaten als Föderalisation, anderswo als Autonomisation, noch anderswo nur als einfache örtliche Dezentralisation und geeignete Teilung der Zuständigkeit zwischen den zentralen und den örtlichen exekutiven und legislativen Organen. In manchen Staaten erzwingt sich dies die Frage der verschiedenartigen Zusammensetzung der Bevölkerung, anderswo die zu grosse Ausdehnung des Gebietes, noch anderswo die kulturelle und wirtschaftliche Reife oder Unreife dieser oder jener Gegenden. Auf dem europäischen Kontinent sind sehr oft Grund zur Dezentralisation die geschichtlichen Überlieferungen und Überreste der Staatsverwaltung aus der Vergangenheit, entsprechend der Entstehung der Staaten oder ihrer Vergrösserung und verschiedene Provinzen und Gebiete.

Erkennen und richtig begreifen, wann und wie die eine oder die andere Form grösserer und kleinerer Zentralisation und Dezentralisation durchzusetzen ist, zu bestimmen wissen, welche von ihnen in diesem oder jenem Staate dem betreffenden Entwicklungsstadium des Volkes, des Gebietes, der Wirtschaft, der Kultur usw. am besten entspricht, ist gerade das Kennzeichen der Reife jeder Demokratie. Die britische Demokratie hatte in diesem Sinne bisher mit Recht oder Unrecht einen glänzenden Ruf. Das ist auch für unseren Staat ein wichtiges Problem. Es fällt unter die laufenden Schwierigkeiten einer jeden Demokratie eben darum, weil dieses Problem sich schliesslich wieder auf die Frage der richtigen Synthese von Freiheit und Autorität in der Demokratie reduziert; ob die im Namen der Grundsätze der Demokratie verteidigte Dezentralisation nicht zur Anarchie, zum Ato-

mismus und dadurch zur Schwachung der Regierungsautorität, ja endlich zum Untergang des Ganzen führt.

Es ist doch ein Gesetz jeder Aussen- und Militärpolitik, bei jedem gegnarischen Staat vor allem alle seine zentrifugalen und zersetzenden Faktoren und Bestandteile aufzusuchen, sie zu benützen, zu vergrössern, zu unterstützen und auf diese Weise den Staat von innen zu zersetzen, bevor ihm von aussen der Schlag versetzt wird. Daher pflegt die Dezentralisation oder Autonomisation des Staates so häufig das erste Ziel der Staatsgegner und dann das Mittel zu seiner Vernichtung zu sein. In unserem tschechoslowakischen Falle hat sich dies in dem tausendjährigen Bestreben Deutschlands geäussert, die Einheit von Böhmen und Mähren zu zerschlagen und in dem tausendjährigen Bestreben der Deutschen und der Magyaren, die Vereinigung der Slowakei mit den böhmischen Ländern ^{nicht} zu ~~V~~gestatten. Was in der Republik in den Jahren 1938 /39 seitens dieser beiden Staaten geschehen ist - leider unter Mithilfe des Beck'schen Polens und mancher unserer verräterischen deutschen und slowakischen Faktoren - ist für unser ganzes Volk und unsere ganze Zukunft der beste Beweis dafür, was zugelassen werden soll und nicht soll, was man bei uns tun kann und nicht tun kann und nicht darf.

Andererseits liegt es aber im Wesen und im Interesse der Demokratie, dass die Zentralisation nicht übertrieben wird. Eine enge Zentralisation ist die erste und Hauptbedingung einer jeden Diktatur; die Demokratie schöpft dagegen ihre grösste Kraft aus dem sittlichen Bewusstsein und der freien Überzeugung der Bürger von ihrer Zugehörigkeit

zum staatlichen und völkischen Ganzen. Die örtliche freie Gemeinde - und städtische Selbstverwaltung, die gut ausgestattete Bezirks- und Gau-Selbstverwaltung und die genügende Dezentralisation der Verwaltung und der gesetzgebenden Gewalt in den Provinz - oder Landeseinheiten ¹⁾ ist und wird immer eine Bedingung des richtigen Funktionierens des echten demokratischen Regimes sein. Das gilt für alle Staaten, kleine und grosse, soweit es ihrer geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammensetzung entspricht. Ich habe diesen Standpunkt immer vertreten und vertrete ihn auch heute.

Die Dezentralisation braucht keine Schwachung der Staatseinheit zu bedeuten, wenn sie richtig und vernünftig durchgeführt wird. Im Gegenteil, sie kann mitunter auch zur Stärkung der Staatseinheit beitragen. Jedes Abschieben der Verwaltung und gesetzgebenden Gewalt auf niedrigere Instanzen hat die Stärkung der Macht der Zentralinstanzen in allen Ländern, in denen die zentrale Macht die Zuständigkeit behalten hat, zur unmittelbaren Folge. Die Dezentralisation kann auch die Schwachung der Kämpfe der politischen Parteien in den gesamtstaatlichen Hauptproblemen zur Folge haben, denn die Fragen von zweitrangigem unmittelbaren materiellen und machtmässigen der Parteien werden auf niedrigere Instanzen übertragen, und die Parteikämpfe in der Zentralverwaltung und im Zentralparlament können ideeller und objektiver sein.

1) Bei uns wird man nach dem Kriege erwägen müssen, ob man bei einer Landesdezentralisation, die ich für notwendig halte, noch eine Gaueninteilung einführen kann. Viele meinen, dass dies dann eine zu komplizierte und unwirksame Verwaltung wäre.

Kein Staat, auch nicht ein demokratischer, wird sich allerdings auf einen höheren Grad der Dezentralisation einlassen, wenn er durch eine Bewegung oder separatistische Bestrebungen bedroht ist. Wenn er von der Gefahr bedroht ist, einen Teil seines Gebietes zu verlieren, wenn er denen, die die Dezentralisation anstreben, sie freiwillig ^{nicht} gewährt, so wird ihn niemand auf der Welt zur freiwilligen Dezentralisation zwingen. Entsteht die dezentralisierende Bewegung nur aus persönlichen Rivalitäten und Ambitionen, aus Gelüsten nach Macht und Parteiherrschaft, so werden dadurch tödliche Sünden und Verbrechen gegen den eigenen Staat und das Volk begangen.

Zu jeder erfolgreichen staatlichen Dezentralisation in der Demokratie braucht man einen gewissen, ziemlich beträchtlichen Grad von politischer Reife und Bildung des Volkes und vor allem seiner Führer. Sonst ist die Dezentralisation erfolglos. Die früheren Dezentralisten verwandeln sich dann entweder rasch in Zentralisten oder sie gehen noch weiter zum Separatismus und direkt zur Katastrophe entweder ihres ganzen Staates oder ihrer engeren örtlichen Heimat. Im heutigen Kriege haben wir eine Reihe von Beweisen dafür.

Die Tschechoslowakei wird nach dem heutigen Krieg - ebenso wie andere Demokratien - alle diese Probleme lösen. Ich glaube, dass die Tschechoslowakei als Staat einen bedeutenden Grad von Dezentralisation verträgt und dass sie sie in vernünftiger Form und im Einvernehmen der gesamten Bevölkerung verwirklichen wird. Auch die tschechoslowakische Demokratie hat an einer Reihe von Schwierigkeiten und

Mängeln der Vorkriegsdemokratie überhaupt gelitten. Einer der Wege zu ihrer Beseitigung ist ein vernünftiger Grad von Verwaltungs- und gesetzgebender Dezentralisation. Die Verständigung darüber und die Durchführung müssen den politisch und gesetzlich dazu berufenen Faktoren überlassen bleiben.

8.) Die Nachkriegs-Demokratie und das Problem der demokratischen Bürokratie.

In jedem politischen Regime ist die Bürokratie an sich ein grosses Problem. Im modernen Staat war und ist sie eine grundlegende Frage. Und es ist fast ungläublich, wie fast alle politischen Regime dieser Frage wenig wahre Aufmerksamkeit widmen. Die Bürokratie rekrutiert sich meistens aus der Intelligenz, die laufend aus den Hochschulen hervorgegangen ist, keine besondere Vorbereitung, keine vorangegangene besondere Bildung und keine besondere nähere Beziehung zu ihrem künftigen Beruf hat. Der Staatsdienst pflegt als die leichteste, bequemste und zumeist am besten gesicherte Lebensversorgung angesehen zu werden.

Die Nachkriegs-Demokratie sollte diesen Zustand ändern und die Erziehung, die Rekrutierung und den Dienst der demokratischen Beamtenschaft neu organisieren. Von allen Einrichtungen in der tschechoslowakischen Republik war die Bürokratie eine der für uns heikelsten Fragen, und ich zögere nicht, es offen zu sagen: eine unserer Hauptschwächen. An den Fehlern und Vergehen, zu denen es bei uns im öffentlichen Leben in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gekommen ist, hatte unsere Bürokratie - ausser den politischen

Parteien und der Presse - einen entschiedenen Anteil.

In den meisten europäischen Staaten ist die moderne Bürokratie die unmittelbare Fortsetzung der alten feudalen und monarchistischen Bürokratie, in einer Reihe von Staaten war bis vor kurzer Zeit die führende Klasse der Staatsbürokratie noch aristokratisch, so dass auch in der Zeit des liberalen Parlamentarismus und in der ersten Zeit des demokratischen Regimes die Staatsbürokratie regelmässig in den Traditionen der Obrigkeitsordnung der Regime aus den vordemokratischen Zeiten lebte.

Darum hatten und haben alle Demokratien unserer Zeit mit der Bürokratie so viel Schwierigkeiten. In der Demokratie soll vor allem die Bürokratie wirklich demokratisch sein. Darunter verstehe ich nicht nur, dass jeder Beamte, der dem demokratischen Staate dienen will, ein überzeugter, ergebener, beselter und aufrichtiger, gebildeter Demokrat sein, seine demokratische Aufgabe begreifen und die Geschichte und die Entwicklung der Demokratie gut kennen, sondern dass er sich vor allem vor drei Hauptsünden der modernen Bürokratie hüten soll:

a) Davor, was wir den Obrigkeitsgeist nennen. Die Engländer haben für die Bürokratie eine richtige technische Bezeichnung: civil service - öffentlicher bürgerlicher Dienst. Der Beamte ist und soll nicht ein Herr, sondern ein ergebener Diener der Öffentlichkeit sein. Wer das nicht sein kann, hat im Staatsapparat keinen Platz. Er ist für den Bürger da, nicht der Bürger für ihn. Er soll den Staat und das öffentliche Wohl verteidigen, aber er soll weder

vor sich, noch vor dem Bürger tun, als wäre er selbst der Staat, so auftreten oder sich in diese Rolle hineinleben.
 Der Grundsatz „L'état c'est moi“ wird täglich viel mehr bei der unzähligen Arme von Beamten als in den Kreisen der verantwortlichen Politiker, Minister, Militärs usw. zur Geltung gebracht. Die Neigung zum diktatorischen Geist verpestet viel mehr die Bürokratie und die Bürokraten als irgendeine andere Klasse von öffentlich tätigen Bürgern.

Das ist eben der Überrest der feudalen Obrigkeit. Damit pflegt die Neigung zum Konservativismus, ja zum Reaktionartum verbunden zu sein, sodass die Bürokratie in der Demokratie regelmässig eines der Haupthindernisse der rascheren Entwicklung zu sein pflegt, indem sie sich gegen alle Veränderungen, neuen Verhältnisse und neuen Ideen stellt, die sie aus ihren Überlieferungen, ihren eingefahrenen Geleisen, ihrer Routine aufstören - den natürlichen und verbreitetsten Eigenschaften einer jeden Bürokratie. Ein grosser Teil der Bürokratie war bei uns und anderswo auch der typische Repräsentant des beschränkten, reaktionären Kleinbürgertums. Die Bürokratie denkt überall und immer ungern, sie hat keinen initiativen Geist, sie lässt sich ungern aus ihrer täglichen Ordnung stören, die für sie zwar eine Bürgschaft der Ordnung im Amtieren ist, aber vor allem eine gewisse Art von Bequemlichkeit und leichterem Ausübung der Arbeit.

Auch die Nachkriegs-Demokratie wird daher mit der Bürokratie grosse Schwierigkeiten haben. Es wird ein böser Kampf sein. Ich zweifle nicht, dass die neue Demokratie gezwungen werden wird, ihren bisherigen laufenden und angenommenen Beamtenstatut sehr zu ändern. Aber geradezu

grundlegend wird das Problem der neuen Erziehung der Bürokratie sein. Ihre bisherige Erziehung genügt nicht. Wenn sich die soziale und wirtschaftliche Struktur der demokratischen Gesellschaft so gründlich ändert, wie ich es oben angedeutet habe, so wird direkt eine Revolution im bisherigen Leben, in den Anschauungen, der Arbeit, den Methoden, der demokratischen Beamtenschaft nötig sein. Wir sollten schon heute daran denken und neue Methoden und Wege zur Erziehung der neuen demokratischen Bürokratie suchen und vorbereiten.

b) Das grösste Unglück der Bürokratie war immer die Korruption. Die Demokratie, das Regime der Wahrheit, Redlichkeit und bürgerlichen Sauberkeit, ist vital direkt abhängig von einer sauberen, ehrlichen Bürokratie. Bei uns in der Tschechoslowakei war dieses Problem niemals aktuell. Aber es ist in anderen Staaten, namentlich den weniger reichen, aktuell. Es gibt keine Demokratie und kann keine wahre Demokratie geben, wo es keine ehrlische Bürokratie gibt.

c) Eine der grössten ^vefahren der heutigen demokratischen Bürokratie ist ihre Politisierung. Im autoritativen, aristokratischen oder feudalen monarchistischen Regime hat der Beamte seine Aufgabe ziemlich leicht. Er weiss, wer sein Herr ist, weiss, welche Politik sein dauernder Herr treibt, und weiss, dass er ihm blind gehorsam sein muss. Er weiss daher auch unter allen Umständen, was er zu tun hat.

Im demokratischen Regime sind die Dinge schwieriger. Vor allem wechseln infolge des Wahlsystems die Regime,

die Regierungskombinationen und die Parteikonstellationen. Der landläufige Bürokrat hört niemals auf, sich danach anzusehen, „wer kommen wird“. Schwachere Charaktere unterliegen da sehr leicht; die meisten gewöhnlichen Beamten wissen zwischen Loyalität zum Regime und zur Regierung und dem wirklichen Staatsinteresse nicht zu unterscheiden und fassen oft ihre Aufgabe entweder als Sabotierung des neuen Regimes oder als ein charakterloses sich nach der politischen Witterung Richten auf. Sie haben die Neigung zur Charakterlosigkeit und Liebedienerei auf der einen Seite und, wenn sie sich gut festgesetzt und gesichert haben, zum Diktatorentum und zur Identifizierung ihrer selbst mit dem Staat oder Regime. Sie sind untereinander erst anlich eifersüchtig, missgönzlich und bereit, für die Karriere und die Beförderung alles zu tun. Die Furcht vor Verantwortung pflegt bei ihnen eine fast typische Erscheinung zu sein; sie versuchen überall, die Entscheidung auf jemand anderen abzuwälzen, die Akten zu „schieben“, sich hinter einer politischen Autorität zu verstecken - nur damit die Karriere nicht gefährdet werde. Am häufigsten werden sie dadurch politisiert, dass sie eine Beförderung und bessere Stellung und Funktion dadurch zu erreichen trachten, dass sie den politischen Parteien nachlaufen. Anderswo politisieren wieder die politischen Parteien die Bürokratie dadurch, dass sie in der Bürokratie „Positionen“ mit ihren Leuten besetzen, und sich auf diese Weise des Staates bemächtigen wollen. Eine solche Bürokratie administriert dann nicht den Staat, sondern sie politisiert sich selbst oberflächlich, ruft in der Administration innere

Kämpfe und Demoralisierung hervor und bewährt sich schliesslich absolut notwendig nicht in ihren Aufgaben.

Die Demokratie wird eine aufgeklärte, objektive, bedingungslos überparteiliche, zum Staate und zu jeder Regierung oder dem entsprechenden Regime zwar völlig loyale aber zwischen dauernden Aufgaben und Staatsinteressen und vorübergehenden Interessen und Bedürfnissen des betreffenden Regimes unterscheidende Bürokratie brauchen, eine mutige Bürokratie, die Sinn für die eigene Verantwortung, eine charaktervolle, ehrliche, erfolgreiche und wirksame, initiative und verantwortungsfreudige, dem Volke in wirklich demokratischer Weise dienende - neue Bürokratie.

Wenn ich von der Bürokratie im künftigen demokratischen Regime ausführlicher spreche, so habe ich dafür ausser den oben dargelegten allgemeinen politischen Gründen noch die folgenden zwei wesentlichen Gründe:

a) die Änderungen, die nach diesem Kriege im demokratischen System eintreten werden, bedeuten, dass sich die Funktionen des Staates und die Funktionen der exekutiven Macht wesentlich erweitern werden. In wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten wird der Staat und die Staatsexekutive eine Zuständigkeit auf sich nehmen, die der liberale Staat und das liberale Bürgertum dem Staate meistens abgelehnt hat. Das bedeutet, dass die Reihen der Bürokratie gefährlich vermehrt und die Beamtenschaft ein noch wichtigerer und zahlreicherer Faktor sein wird, der in das Leben der ganzen Gesellschaft und der Einzelnen noch mehr eingreift. Die Bürokratie wird daher in Zukunft ein noch mächtigerer Faktor sein. Wenn die Bürokratie als Ganzes wichtiger und mächtiger sein wird, so wird man ihr auch neue Pflichten und meiner Meinung nach

in politischer Beziehung manche neue Beschränkung auferlegen müssen. Ich kann dies hier nicht in Einzelheiten auseinandersetzen, wiederhole aber, dass das Problem der Bürokratie nach diesem Kriege für das politische Leben der Demokratie noch schwieriger als bisher sein wird. Ich möchte wünschen, dass man bei uns bei der künftigen Regelung der Nachkriegsverhältnisse daran nicht vergisst.

b) Die Erweiterung der Funktionen des Staates in wirtschaftlichen und sozialen Fragen ruft die Gefahr der Bürokratisierung des Wirtschaftslebens hervor. Die Nachkriegs-Demokratie muss sich der Tatsache bewusst sein, dass die Bürokratisierung der Produktion und der Güterverteilung eine solche Gefahr ist, dass das ganze Regime an ihr scheitern kann. Deswegen muss ihr die ganze neue Organisation konsequent und bewusst ausweichen und allen ihren Folgen entgegenarbeiten. In die Produktion und Güterverteilung die ganze Neigung zur bürokratischen Routine, die Eifersucht, Initiativlosigkeit, Angst vor Verantwortung, Langsamkeit, Prestigesucht, kleinliche Kompetenzteilung und beständige Streitigkeiten um die Kompetenz, die Bildung einer unendlichen Reihe von Rangklassen in ^{hineintragen} der Produktion usw.,/dies würde bedeuten, dass man dieses ganze neue Regime wirtschaftlich unmöglich macht.

Daraus geht die Schlussfolgerung hervor, dass die künftige soziale und wirtschaftliche Demokratie bei den Änderungen der sozialen und wirtschaftlichen Nachkriegsstruktur diese Gefahr stets und überall im Auge haben muss; die Grundsätze der wirtschaftlichen Rentabilität müssen auch für das öffentliche Unternehmen in Geltung bleiben, und alles staatliche, Gemeinde-, öffentliche und kooperative

Unternehmen und allgemeine Eigentum müssen im Wesen durch die Grundsätze der wirtschaftlichen Rentabilität bei voller Aufsicht des Staates geleitet werden, der dieses Unternehmen entsprechend dem ganzen Rahmen seiner Staatswirtschaft gleichschaltet.

Sonst wiederhole ich nochmals: die Nachkriegs-Demokratie wird eine neue demokratische, bessere und reifere Beamtenschaft brauchen. Die bisherige Bürokratie war geradezu ein genaues Abbild unserer bisherigen politischen liberal-bürgerlichen Gesellschaft. Die Veränderungen, die durch diesen Krieg in unserer ganzen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesellschaft eintreten werden, müssen automatisch und tief auch die Nachkriegsbürokratie berühren.

9.) Schlusswort.

Ich habe in diesem Kapitel die Hauptschwierigkeiten der heutigen Demokratie flüchtig durchgenommen und nur ganz annähernd angedeutet, welche Versuche zu ihren Lösungen in der Demokratie von morgen vielleicht getan werden. Es blieb, wie ich schon darauf hingewiesen habe, eine Reihe von Fragen der täglichen politischen Praxis - und allerdings auch manche allgemeinere Fragen - unerörtert. Ich habe über alle meine feste, aus den hier wiedergegebenen Betrachtungen sich logisch ergebende Anschauung. Gewiss wird sich noch anderswo eine Gelegenheit finden, zu ihnen zurückzukehren. Aber in den Hauptzügen habe ich ~~mir~~ hier alles berührt, was ich für den Aufbau der Demokratie von morgen als das Wichtigste erachte.

Ich wiederhole nur noch einmal, dass ich Demokrat bin, weil ich das ideelle, politische und soziale System der Demokratie als geschlossene Lebens- und Weltanschauung sittlich und philosophisch für das Beste halte. Der Mensch, das menschliche Geschöpf ist darin ein absoluter Wert und das Mass für Leben und Welt. Deswegen nenne ich die echte Reife politische, soziale und wirtschaftliche Demokratie eine humanitäre Demokratie.

Die humanitäre Demokratie ist ein System, das die Besserung der Gesellschaft für möglich halt vor allem durch die Besserung des Menschen als menschlichen Individuums. Es halt die Vervollkommnung der Gesellschaft durch die Besserung und Änderung der gesellschaftlichen Einrichtungen aller Art im Geiste der Grundsätze der Demokratie gleichfalls für absolut wesentlich und ebenso wichtig, es legt aber keiner Institution, keiner sozialen Einrichtung einen absoluten Wert bei. Es ist immer der Mensch, der allen Institutionen die Richtung, den Charakter, den Geist, die Funktion und das Ziel gibt. Jede ideelle Bewegung, jedes Regierungssystem, jede Klasse und Partei, jede Lehre: der Feudalismus, der monarchistische Autoritativismus, der Liberalismus, der Sozialismus, der Kommunismus, der Faschismus schaffen sich vorübergehende Institutionen, die sich verbrauchen, entwickeln und wandeln, und alle diese Institutionen haben nur einen relativen, vorübergehenden, schwindenden Wert. Je nach der historischen Entwicklung gehen sie in neue, bessere, durch die neue Entwicklung erforderte Institutionen über.

Wie wir gesehen haben, eignet sich und wird sich die Demokratie als modernes politisch-soziales System eine

ganze Reihe von praktischen Institutionen und Einrichtungen aus den verschiedenen Regierungssystemen aneignen- soweit sie seinen eigenen theoretischen Grundsätzen nicht direkt widersprechen = wie z.B. aus dem Liberalismus, dem reformistischen Sozialismus und dem Kommunismus. Sie tut dies nach der täglichen Praxis, der Erfahrung, den Bedürfnissen und auf dem Entwicklungswege, verschliesst sich den Weg in die Vergangenheit, ^{nicht} und lässt sich ihn in die Zukunft vollkommen offen. Die Demokratie ist evolutionistisch. Als sittliche und philosophische Lebens- und Weltanschauung und als ein System von bestimmten Grundsätzen bezüglich des gesellschaftlichen Lebens des modernen Menschen, hat sie jedoch theoretisch einen dauernden, ewig wahren Wert; im Vergleich zu den anderen politisch-sozialen Systemen ist sie philosophisch und metaphysisch ein System, das meiner Meinung nach den grössten und berechtigtesten Anspruch darauf hat, für richtig gehalten zu werden.

Die folgerichtig durchdachte humanitäre Demokratie hat zum Unterschied von manchen anderen Systemen ein ganz anderes, d.h. direktes und positives Verhältnis zu jenem geistigen und gesellschaftlichen Faktor, der die Religion und der Gottesbegriff sind. Die Demokratie muss durch ihr Wesen, ihren Spiritualismus und Idealismus, ihren Humanismus und ~~die~~ den Grundsatz der Vervollkommnung des Menschen bis zum höchsten Grad des sittlichen Ideals, der aus der Vorstellung von der göttlichen Vollkommenheit ausgeht, und schliesslich durch ihre völlige wissenschaftliche und geistige Toleranz ihren ideellen Höhepunkt in der Religion suchen, die mit ihren anderen Grundsätzen vereinbar wäre. Deswegen wird das demokratische System stets die

Religion, den Kultus und die Kirche achten. Namentlich das Christentum als religiöses System ist in seiner idealen und sittlichen Grundlage mit der Demokratie durchaus vereinbar.

Die Demokratie ist schliesslich wahrhaft menschlich. Sie kennt und begreift die menschlichen Schmerzen und Schwächen, den menschlichen Egoismus, die Leidenschaften und die Gefühle. Sie ist aber und soll zu ihnen streng sein. Sie weiss aber, dass keine gesellschaftliche Ordnung vollkommen ist und vollkommen sein kann und dass es keine ideale und vollkommene Gesellschaft gibt und dass sie unerreichbar ist = eben infolge der menschlichen Schwäche. Sie glaubt jedoch an die Möglichkeit der menschlichen Vervollkommnung und erblickt die grösste Aufgabe des Menschen und der Gesellschaft im Kampfe um diese tägliche und beständige Vervollkommnung, im Kampfe um das sittliche Ideal, im Kampfe um den starken, sittlichen, vollkommenen Menschen.

Durch all dies ist die Demokratie in ihrem Wesen optimistisch und ermöglicht das Leben, das trotz allen menschlichen Leiden verdient, geliebt zu werden.